

DER PAKT

Außer Kontrolle: Die geheime Zusammenarbeit von NSA, BND und Verfassungsschutz





Das ist es.
Das ist, worauf es ankommt.
Wie man ein Produkt erlebt.
Wie es einen fühlen lässt.
Wird es das Leben verbessern?
Gibt es einen wirklichen Grund dafür?

Wenn man damit beschäftigt ist,
Alles zu machen, wie soll man je
Etwas perfektionieren?
Wir nehmen uns viel Zeit
Für einige besondere Dinge.
Bis jede Idee jedes Leben verbessert,
Das mit ihr in Berührung kommt.

Man mag es selten lesen.
Aber man kann es immer spüren.
Das ist unsere Unterschrift.
Und sie sagt alles.

Designed by Apple in California





FAHREN-WIE-NIE-ZUVOR.DE

Ausdrucksstark, dynamisch und effizient – der neue BMW 5er Touring beeindruckt mit einzigartiger Vielseitigkeit und zukunftsweisenden Technologien. Zahlreiche auf Wunsch erhältliche Ausstattungen wie Online Entertainment, die innovative Diktierfunktion oder das vollfarbige BMW Head-Up Display machen das Fahren noch sicherer und komfortabler. Erleben Sie diese und viele weitere BMW ConnectedDrive Technologien für intelligente Vernetzung und mehr Fahrfreude jetzt in der neuen BMW 5er Reihe bei Ihrem BMW Partner oder unter www.bmw.de/5erTouring

DER NEUE BMW 5er TOURING.

BMW ConnectedDrive
Vernetzt mit Ihrer Welt.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km (kombiniert): 9,1–4,8. CO₂-Emission in g/km (kombiniert): 213–127.
Als Basis für die Verbrauchsermittlung gilt der ECE-Fahrzyklus. Abbildung zeigt Sonderausstattungen.

Der neue BMW 5er
Touring



www.bmw.de/
5erTouring

Freude am Fahren

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

22. Juli 2013

Betr.: Titel, Papst, Afghanistan, SPIEGEL GESCHICHTE

Üblicherweise ist die traditionelle Pressekonferenz vor der Sommerpause ein eher entspannter Termin für Angela Merkel, am vergangenen Freitag war das anders. Vor rund 250 Pressevertretern gab es nur ein wichtiges Thema: die NSA-Affäre. Merkel sagte: „Nicht alles, was technisch machbar ist, darf auch gemacht werden.“ Der SPIEGEL konnte in den vergangenen Wochen recherchieren, dass vieles, womöglich das meiste von dem, was technisch machbar ist, durchaus umgesetzt wird – Grund genug für die dritte Spionage-Titelgeschichte in vier Wochen (Seite 16).

Als SPIEGEL-Italienkorrespondentin Fiona Ehlers erstmals den Namen Jorge Mario Bergoglio hörte, stand sie auf dem Petersplatz unter einem Regenschirm und war genauso ahnungslos wie die Mehrzahl der Journalisten, die auf den neuen Papst warteten. Die Wahl des Argentiniers vor vier Monaten war für die Medien wie für die Gläubigen eine Überraschung. Heute empfinden viele Katholiken sie sogar als Segen. Sie sind von Papst Franziskus begeistert, weil er nahbar ist, menschenfreundlich, weil er im bescheidenen Gästehaus des Vatikans wohnt und nicht im Apostolischen Palast, wo er, wie er sagt, „verrückt werden würde vor Einsamkeit“. Von den Eigenschaften des neuen Papstes konnte sich Ehlers selbst überzeugen, sie traf ihn im Apostolischen Palast, drückte ihm die Hand: „Das war ein fröhlicher, ein sehr schöner Moment“ (Seite 76).

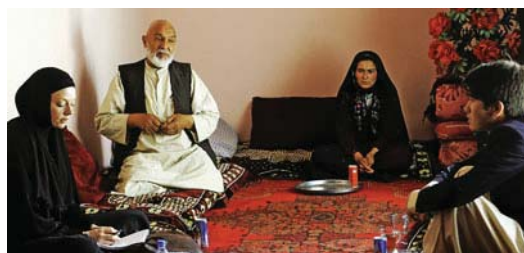


L'OSSERVATORE ROMANO

Ehlers, Papst Franziskus

SPIEGEL-Redakteurin Nicola Abé spürte in Masar-i-Scharif einem verstörenden Trend nach: In der wohl liberalsten aller afghanischen Städte töteten sich in den vergangenen Monaten etliche Frauen und Mädchen, allein seit März soll es mehr als 200 Suizidversuche gegeben haben, die im Krankenhaus der Stadt endeten.

Abé sprach mit Überlebenden, ihren Familien, traf sich mit Ärzten und dem Polizeichef, um eine Erklärung zu finden. „Die Frauen und Mädchen scheinen zu verzweifeln, sind zerrissen zwischen Tradition und neuen Freiheiten.“ Einige der Opfer durften sich schminken, trugen Jeans – zugleich sind Zwangsheirat und häusliche Gewalt noch immer üblich (Seite 79).



FARSHAD USYAN / AFP / DER SPIEGEL

Abé (l.) mit afghanischer Familie



Wie lebte man im Mittelalter, als Bauer, Adeliger, als Frau? Wie sieht der Alltag aus, wenn es kaum Papier und Glas gibt, kein Plastik? Wie fühlt es sich an, wenn die Hölle ein realer Ort ist wie Syrien? Antworten liefert die neue Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE „Das Leben im Mittelalter“. Auf 148 Seiten beschreiben die Autoren, wie die Menschen vor tausend Jahren arbeiteten, was sie fürchteten, woran sie glaubten. Das gedruckte Heft erscheint an diesem Dienstag, zeitgleich mit der digitalen Ausgabe für Tablet und Smartphone, die Videos, 360-Grad-Bilder und animierte Grafiken bietet.

In diesem Heft

Titel

Neue Dokumente belegen, dass deutsche Behörden bis ins Detail über die Spitzelaktionen der NSA Bescheid wussten ... 16
Wie die digitale Vernetzung den Rechtsstaat paralyisiert 22
Internetkritiker Evgeny Morozov über Privatsphäre in Zeiten von Smartphones und Apps 24

Deutschland

Panorama: FDP schließt Ampelkoalition aus / Schweizer Großbank UBS droht Millionenstrafe / Rechtsextremist Horst Mahler schrieb Hetzbuch offenbar auf Gefängniscomputer 12
Rüstung: Neue Probleme beim Militärtransporter A400M 26
Sozialdemokraten: Mit skurrilen Aktionen versuchen sich Kandidaten vom unglücklichen Wahlkampf der Parteispitze abzusetzen 30
Lobbyismus: Wie ein Bundestagsabgeordneter zum begehrten Geschäftspartner von Pharmakonzernen wurde 32
Wohnungspolitik: Armutsfalle Miete – eine Studie untersucht die je nach Region unterschiedlichen Lebensverhältnisse 34
Prozesse: Das Verfahren gegen die ehemaligen HSH-Nordbank-Vorstände verspricht einen Einblick in jene Zeit, als Banker zu Hasardeuren wurden 36
Bundeswehr: Die ersten von Islamisten bedrohten Helfer der Afghanistan-Truppe kommen nach Deutschland 39
Medizin: Die Aufklärung des bundesweiten Organvergabeskandals geht mancherorts nur schleppend voran 40
Strafjustiz: Fünf Jahre lang war Horst Arnold unschuldig inhaftiert – nun ist sein angebliches Opfer angeklagt 42
Glaube: SPIEGEL-Gespräch mit der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann über das neue Eheverständnis ihrer Kirche und Maria, Josef und Jesus als Patchwork-Familie ... 44
Umwelt: Weil die Deutschen Wasser sparen, laufen in vielen Städten die Keller voll 47

Gesellschaft

Szene: Der Papst als Maske / Bushidos Karriereknick 48
Eine Meldung und ihre Geschichte – wie ein entführter Chinese nach Hause fand 49
Karrieren: Die Jungpolitikerin Michelle Müntefering und ihr Weg nach Berlin 50
Ortstermin: In Koblenz wird ein Rentner als Landesverräter angeklagt 55

Wirtschaft

Trends: BA-Vorstand Alt verteidigt Lebenstipps für Hartz-IV-Empfänger / Politik will an Commerzbank festhalten / Missbrauchsverfahren gegen die Post 56
Finanzaufsicht: EZB-Chef Mario Draghi macht Druck beim Aufbau der Bankenunion 58
Vermögen: In zollfreien Lagern horten Superreiche ihre Kunstschatze 60
Subventionen: Die Brüsseler EU-Kommission torpediert die deutsche Energiewende 63
Serie (Teil IV): Weshalb Italiens Wirtschaft weiter abwärts 64
Unternehmen: Loewe-Chef Matthias Harsch sieht noch Rettungschancen für die angeschlagene Firma 66



Merkel vor der Bundespressekonferenz

Die unwissende Kanzlerin

Seiten 16, 22, 24

Vorigen Freitag legte sich Angela Merkel erneut fest: Sie habe nichts von Amerikas Spähaktionen gewusst. Dokumente zeigen nun, wie eng deutsche Geheimdienste mit der NSA paktieren – ohne Billigung der Regierenden?

Armutsrisiko Wohnen

Seite 34

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung warnt vor neuem sozialen Sprengstoff: In 60 der 100 größten deutschen Städte werden so hohe Mieten verlangt, dass Geringverdiener-Familien ein Leben auf Hartz-IV-Niveau führen.

Münite II

Seite 50

Als ihr Mann in den Bundestag kam, war sie noch nicht einmal geboren. Jetzt verlässt Franz Müntefering, ehemals Parteichef der Sozialdemokraten, das Parlament, und Michelle Müntefering will dorthin. Auf seinen Spuren?



Käßmann

Warum noch die Ehe?

Seite 44

Die evangelische Kirche verzichtet in ihrem jüngsten Familienpapier auf die Ehe als Leitbild und hat damit eine heftige Diskussion ausgelöst. Kirche sei keine „Produktionsanstalt für Normen“, sagt die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann im SPIEGEL-Gespräch. Sie aber „hätte die positiven Seiten der Ehe gern deutlicher herausgestellt gesehen“.



Chefanklägerin Fatou Bensouda

Die Ohnmacht des Weltgerichts

Seite 70

Die Chefanklägerin in Den Haag will Kenias Präsidenten vor Gericht bringen. Doch der Prozess verzögert sich immer wieder durch neue Verfahrenstricks. Auf dem Spiel steht die Zukunft der internationalen Strafverfolgung.

Dortmunds Angreifer

Seite 84

Unter der Führung von Hans-Joachim Watzke hat sich Borussia Dortmund zum Dauerrivalen von Bayern München gemausert. Jetzt ist der Unternehmer ein gefragter Mann, immer gut für Zoff auf dem Boulevard.

Rückkehr vom Tod

Seite 92

Ärzte schlampten bei der Reanimation, kritisiert der New Yorker Notfallmediziner Sam Parnia im SPIEGEL-Gespräch: „Diese Nachlässigkeit kostet Tausende Menschenleben.“ Seine Erfahrung zeige ihm: „Der Tod ist umkehrbar.“

Die zwei Seiten des Erfolgs

Seite 114

Er ist einer der wichtigsten Bildhauer der Gegenwart – und ein sehr erfolgreicher dazu. Dem Österreicher Erwin Wurm behagt der Ruhm jedoch nicht. In einem Text, einer Skulptur aus Worten, beschreibt er die Widersprüche des Marktes: ein Selbstporträt zwischen Größenwahn und Selbstzweifel, zwischen Ekel über den Erfolg und Sucht nach Zuspuch.



Wurm

Ausland

- Panorama:** Regierungskrise in Finnland / Favorit bei der Präsidentschaftswahl in Mali zieht aus Protest Kandidatur zurück 68
- Kenia:** Der Internationale Strafgerichtshof könnte im Verfahren gegen Präsident Uhuru Kenyatta scheitern 70
- Spanien:** Soraya Sáenz de Santamaría gilt als mögliche Nachfolgerin des Regierungschefs ... 73
- Türkei:** Den Protesten folgt eine Welle von Einschüchterung, Anklagen und Entlassungen .. 74
- Vatikan:** Wie der neue Papst Franziskus Rom und das Papstamt verändert hat 76
- Afghanistan:** Gefangen zwischen neuer Freiheit und alter Tradition – in Masar-i-Scharif töten sich viele Frauen 79
- Global Village:** In Israel adoptieren junge Einwanderer einsame Holocaust-Überlebende 82

Sport

- Szene:** Grüne fordern Aufklärung im Steuerfall Hoeneß / Ausdauerathlet Bruno Baumgartner über Unfälle beim Langstreckenschwimmen ... 83
- Fußball:** Borussia Dortmunds Clubchef Hans-Joachim Watzke entwickelt sich zum Liebling des Boulevards 84
- Affären:** Die umfangreiche Anklage gegen Formel-1-Chef Bernie Ecclestone 87

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Schreie eines Vulkans aufgezeichnet / Superschwamm aus Schweden 90
- Sterben:** SPIEGEL-Gespräch mit dem Notfallmediziner Sam Parnia über Fortschritte bei der Wiederbelebung 92
- Automobile:** Der Hybrid-Porsche 918 Spyder – Sparmobil oder Rennwagen? 98
- Tiere:** Die künstliche Besamung von Papageien 99
- Philosophie:** Altertumsforscher entdecken den Atheismus in der Antike 100

Kultur

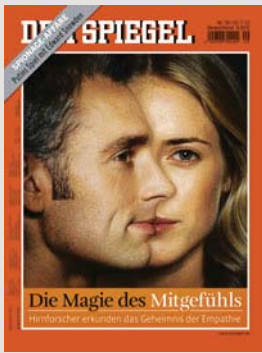
- Szene:** Das Duo AlunaGeorge – Britanniens Pop-Hoffnung des Sommers / Der private Sender Klassik.tv ist im Netz 102
- Literatur:** Peter Hennings packender Roman „Ein deutscher Sommer“ beschreibt das Gladbecker Geiseldrama von 1988 104
- Zeitgeschichte:** SPIEGEL-Gespräch mit dem Historiker Walter Laqueur über den Niedergang Europas 108
- Bestseller** 111
- Festspiele:** Bayreuth vor dem Jubiläums-„Ring“ von Frank Castorf 112
- Künstler:** Der österreichische Bildhauer Erwin Wurm hat seinen Zorn auf den Kunstmarkt formuliert – als artistische Wortschulpe 114
- Filmkritik:** Eine Sinnsuche in Rom – Paolo Sorrentinos „La Grande Bellezza“ 117

Medien

- Trends:** Google+ wächst, will sich aber nicht an Facebook messen / TV-Entertainerin Anke Engelke über ihre neue Talkshow 119
- TV-Legenden:** Der Journalist Gerd Ruge im SPIEGEL-Gespräch über Auslandsberichterstattung im Wandel der Zeit 120

- Briefe** 8
- Impressum, Leserservice** 124
- Register** 126
- Personalien** 128
- Hohlspiegel / Rückspiegel** 130

Titelbild: Montage DER SPIEGEL; Fotos W. Zerla / The Image Bank / Getty images, Reuters, AFP



SPiegel-Titel 29/2013

„Es sieht so aus, als hätten die Hirnforscher die Seele entdeckt. Beruhigend zu wissen, dass sie nun doch im Oberstübchen residiert und nicht im Herzen oder im Zwerchfell, wo man sie bis jetzt vermutet hat.“

DR. CLAUD DOENECKE, ILLINGEN (SAARLAND)

Nr. 29/2013, Die Magie des Mitgefühls – Hirnforscher erkunden das Geheimnis der Empathie

In eine Zitrone beißen

Man sollte das Experiment mit Baby Ole auf die Arbeitswelt übertragen. Statt Survival-Training sollten Manager und Führungskräfte vielmehr lernen, ihre Empathie einzuschalten, damit sie innerlich miterleben können, was ihre Mitarbeiter empfinden, wenn beispielsweise wieder einmal eine Umstrukturierungswelle mit nachfolgendem „sozialverträglichem“ Arbeitsplatzabbau rollt. So würde vielleicht eine Rückbesinnung auf den Erhalt von Arbeitsplätzen eingeläutet.

INES VON KÜLMER, ERLANGEN

Das Spannende ist ja: Selbst völlig unempathische Menschen können die Perspektive anderer einnehmen. Sie müssen nur wissen – sie müssen es nicht fühlen –, dass es eine andere Perspektive ist. Hört ein Taxifahrer Musik im Auto und der Fahrgast will telefonieren, bedarf es keines Mitgefühls, damit der Fahrer sein Radio ausschaltet. Er benötigt nur Geistesgegenwart und die Bereitschaft zu erkennen, dass ein anderer Mensch die Welt anders wahrnimmt als er selbst.

THILO BAUM, HEILIGENGRABE-GRABOW

Das Titelbild ist fast schon kubistisch, da sieht man, wie sich die Sehgewohnheiten geändert haben.

FRITZ GRÖGER, LANGENZERSDORF (ÖSTERREICH)

Auch bei Erwachsenen lässt sich Empathie gut weiterentwickeln: In unserem Projekt, genannt „Der Schattenmann“, lassen wir im Bereich der stationären Altenpflege regelmäßig unsere Mitarbeiter in die Rolle von Bewohnern schlüpfen. Sie leben dann eine Zeitlang selbst im Heim – wie ein Schatten – unter den Bewohnern und erlernen durch diesen Perspektivenwechsel einen ganz neuen Blick auf die Welt der alten Menschen. Eine Welt, die sie sonst nur aus der Sicht der professionell Pflegenden kennen: Diese

Schule der Empathie ist gut gegen eigene blinde Flecken und hilft, Alter im Berufsalltag besser zu verstehen.

WOLFGANG DYCK, MONHEIM (NRW)

Folge ich Herrn Keyzers, dann spiegele ich mich selbst, wenn mir bei der Vorstellung, in eine Zitrone zu beißen, das Wasser im Mund zusammenläuft. Was soll das?

DR. NORBERT KOHL, UNTERPLEICHFELD

Die zentralen Aussagen über die kommunikative, weitgehend unbewusste Funktion der Emotionen und Affekte wurden ähnlich bereits durch Sigmund Freud unter dem Begriffspaar „Übertragung“ und „Gegenübertragung“ formuliert. Sie sind



Gähnende US-Marinesoldaten

seitdem weiter erforscht worden – auf gänzlich anderem Wege als dem der experimentellen Naturwissenschaft, nämlich durch direktes Beforschen der unbewussten Interaktionsprozesse mit den Methoden der Psychoanalyse. Die psychoanalytischen Forschungen sind erheblich differenzierter als die experimentellen, weil sie dichter am Forschungsgegenstand sind. Sie erlauben beispielsweise Aussagen darüber, warum jemand zum Psychopathen geworden ist, was durch den Verweis auf Gene ja nur scheinbar zu beantworten ist.

CHRISTOPH FRÜHWEIN, BREMEN

Den Artikel habe ich mit großem Interesse gelesen. Ergänzen möchte ich, dass die Umsetzung des „Roots of Empathy“-Programms in Deutschland von der „API

Kinder- und Jugendstiftung“ finanziert wurde. Ohne den jahrelangen persönlichen Einsatz der Stifterin Imme Adler aus Hamburg hätten die ersten Kinder in Deutschland nicht an diesem Projekt teilnehmen können.

LUISE-HENRIETTE FREIFR. V. BUTTLAR, HAMBURG

Der Tenor des Artikels ist, die Empathie sei ein Instrument des Guten. Das ist eine unangebrachte moralische Wertung. In meinen Kommunikationskursen erreiche ich empathisches Denken bei den Teilnehmern am schnellsten, indem ich die Aufgabe stelle, jemanden gedanklich treffend zu beleidigen. Jemand anderem seelischen Schmerz zufügen zu wollen entfaltet ein deutlich stärkeres Leistungspotential als altruistisches Denken. Dann erst lehre ich den moralisch positiven Anteil dieses emotionalen Verständnisses, der Zuneigung hervorrufen kann.

PHILLIP VON SENFTLEBEN, BERLIN

Nr. 28/2013, Warum die Arbeitsagentur bei der Vermittlung von Arbeitslosen versagt

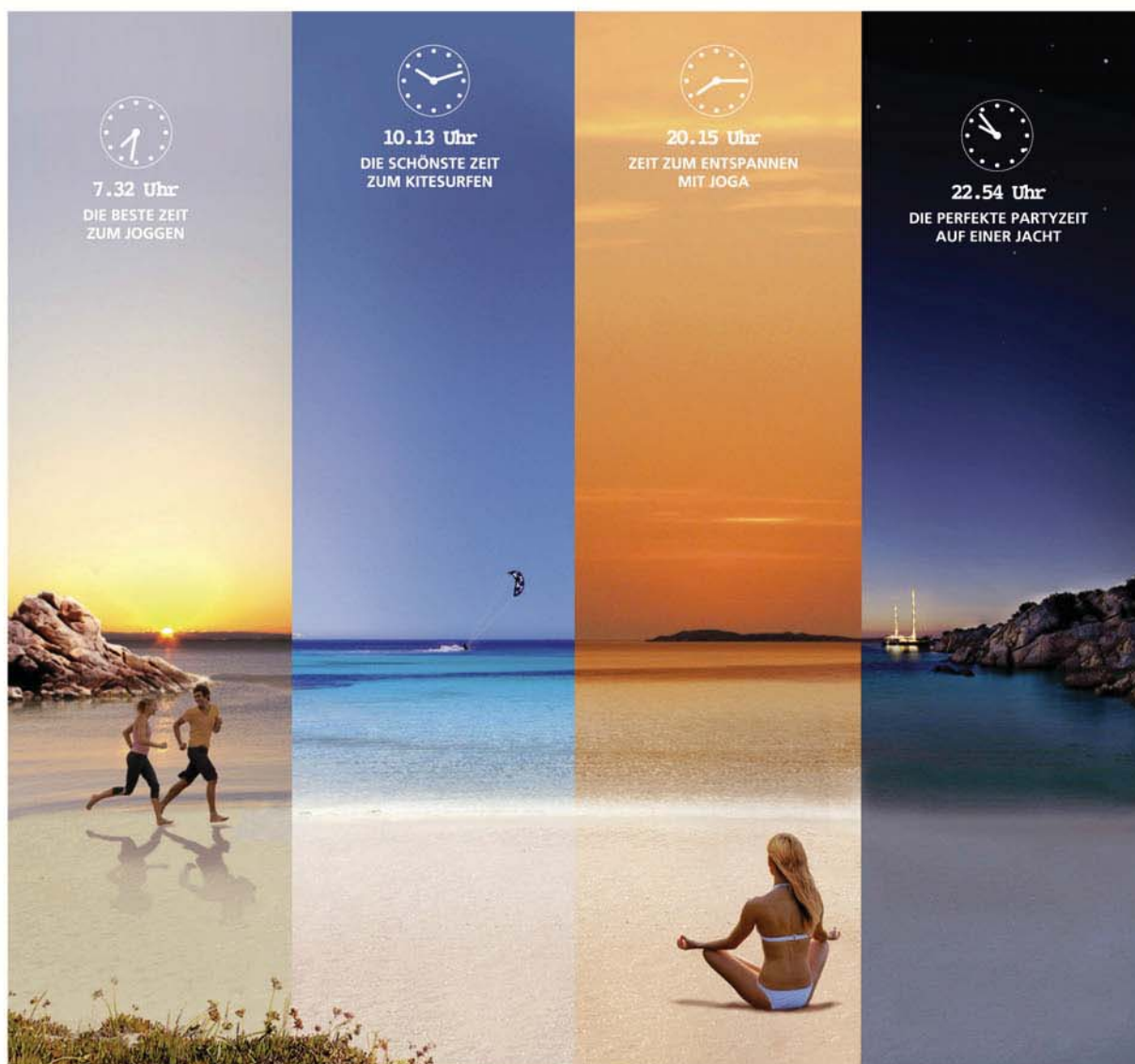
Agentur für Schönfärberei

Der Artikel hat eindrucksvoll das „Unternehmen“ Bundesagentur für Arbeit als das entlarvt, was es ist: ein von Managern geführter Konzern, der technokratisch die Herstellung von Zahlenwerken und Schönfärbereien organisiert. Sie ist ein feudales System geworden, welches in Nürnberg Zielvorgaben, Projekte und so weiter erfindet, die dann, zwecks Umsetzung, durchgenickt werden bis zum kleinen Sachbearbeiter. Der muss dann den Unsinn nach außen, den „Kunden“ und der Öffentlichkeit gegenüber, vertreten. Er soll den Kunden helfen und gleichzeitig seinem Arbeitgeber gegenüber loyal sein. Ein Spagat, den viele inzwischen kaum noch schaffen.

ARIBERT DREER, SCHWARMSTEDT

Ich war von 2008 bis 2010 als Dozent für verschiedene Bildungsträger in Berlin und Brandenburg bei Jobcenter-Weiterbildungsmaßnahmen tätig. Nicht nur ist der Inhalt der Kurse in der Regel unzureichend festgelegt, sondern auch die Zuteilung der Teilnehmer mehr als zweifelhaft. In einem vierwöchigen Bewerbungstraining hatte ich Menschen, deren Renteneintritt in drei Monaten bevorstand. Die Leute werden oft immer wieder in die nächste Maßnahme gesteckt, teilweise erhalten sie die gleichen mehrfach innerhalb eines Jahres – unter Androhung einer Leistungskürzung, wenn sie nicht teilnehmen. Solange in dieser Behörde die Zahlen im Vordergrund stehen, wird sich an den Zuständen nichts ändern.

RALF GIESEN, BERLIN



Du & Sardinien: 24 Stunden sind niemals genug.

Wie und wann auch immer Sie Ihren Mittelmeerurlaub genießen möchten, Sardinien passt sich Ihren Bedürfnissen an und bietet Weltklasse-Service und preisgekrönte italienische Gastlichkeit. Von Schnorcheln bis Kitesurfen und von Ausflügen in die Waldgebiete bis Mountainbike-Touren, Sardinien gibt Ihnen Zeit, Ihre Leidenschaft zu leben. **Sardinien. Immer viel Vergnügen in Italien.**



PER LEI EUROPEAN UNION WITH TRANSPARENT POLICY - EUROPEAN UNION FUND FOR REGIONAL DEVELOPMENT



SARDEGNA

www.sardegnaturismo.it





Zufriedenheit garantiert.

Das kostenlose Girokonto – jetzt mit Zufriedenheitsgarantie.*

Mit Zufriedenheitsgarantie:
50€ + 50€
zum Start* bei Nichtgefallen*

Jetzt in Ihrer Filiale oder unter
www.girokonto.commerzbank.de

*Kostenlos nur bei privater Nutzung und ab mind. 1.200€ monatl. Geldeingang, sonst 9,90€ je Monat. Gutschrift 50€ zum Start 3 Monate nach Kontoeröffnung und nur, wenn noch kein Zahlungsverkehrskonto bei der Commerzbank besteht. Zahlung 50€ bei Nichtgefallen erst nach aktiver Kontonutzung über mind. 1 Jahr (mind. 5 monatl. Buchungen über je 25€ oder mehr) und nachfolgender Kontokündigung unter Angabe von Gründen binnen 15 Monaten nach Kontoeröffnung. Angebot gültig für alle Kontoeröffnungen ab 9.11.2012

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite

Nr. 29/2013, Panorama Deutschland – Hoeneß

Bayerische Urteile

Wieder einmal zeigt sich, wie wichtig gute Vernetzung in den gesellschaftlich relevanten Schichten – zumal in Spezl-Amigo-Bayern – ist. Da wird im Zweifel auch eine Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II schwach und dreht, was das Zeug hält, um Liebling Uli den Knast zu ersparen. Wie kann man die zusätzlich angepeilte Geldstrafe abtrennen, wenn es rechtlich um denselben Tatbestand geht? Und warum sind ausgerechnet genau 2,3 Millionen verjährt, mit den attraktiven Folgen für den Angeklagten?

FRIEDRICH BUCHSBAUM, HAMBURG

Nur ganz naive Zeitgenossen haben wohl geglaubt, dass in Bayern Uli Hoeneß in den Knast kommt.

BERNHARD IVO, DUISBURG

Obwohl Hoeneß weit über eine Million Euro Steuern hinterzogen haben soll und der Bundesgerichtshof für solche Fälle eine Gefängnisstrafe mit Bewährung verneint hat, zaubern bayerische Staatsanwälte Tricks aus dem Hut, dem Uli trotzdem noch den Knast zu ersparen. Steuerhinterziehung bleibt wieder ohne schwerwiegende Folgen. Erneut ein Schlag ins Gesicht aller ehrlichen Steuerzahler.

RÜDIGER KAMMERHOFF, KÖNIGSLUTTER AM ELM

Ein „bayerisches“ Urteil gegen Uli Hoeneß wird Auswirkungen auf die Steuer-moral haben. Dem Fiskus werden Milliarden entgehen.

MANFRED PLIENINGER, NORDHEIM (BAD.-WÜRTT.)

Ich war zutiefst enttäuscht, lesen zu müssen, auf welche Weise der Manager Uli Hoeneß einer vermutlich weit höheren Strafe in der Steuerhinterziehungsaffäre zu entgehen vermag. Ja, geradezu widerlich wirkt auf mich, was sich manche Mitglieder der sogenannten Elite immer wieder und immer öfter herauszunehmen erlauben oder gar gewährt bekommen, wenn sie gut vernetzt sind.

WOLFGANG OUDE HENGEL, MÖNCHENGLADBACH

Zumwinkel lässt grüßen. Auch in diesem Fall hatte man nach der Verhaftung festgestellt, dass strafrechtlich relevante Teile seiner Steuerhinterziehung seit wenigen Stunden verjährt waren. Kann es sein, dass die Münchner Justiz ein etwas differenziertes Verhältnis zur Anwendung bestimmter Vorschriften hat?

ALFRED BOSS, IMMENSTAAD

Es ist sehr bedenklich, wie Politik, Wirtschaft und Justiz gemeinsame Sache machen, um Uli Hoeneß vor einer gerechten Strafe zu schützen. Das sich anbahnende

Urteil erschüttert meinen Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Justiz. Mein stiller Protest wird sich dahingehend äußern, dass ich künftig wenigstens um die Produkte der Bayern-Sponsoren einen großen Bogen machen werde.

ANDREAS BRAUN, NEU WULMSTORF

Sollte der Steuerbetrüger Hoeneß mit Bewährung davonkommen, wäre das ein monströser Verfall von Anstand und Moral, ganz zu schweigen von den immensen Flurschäden für das Vertrauen in die Justiz.

DR. HELMUT KLINGENFELD, AHRENSBURG

Nr. 28/2013, Milliardengrab „Eurofighter“

Da fliegen unsere Kitas

Der „Eurofighter“ ist ökologisch, ökonomisch und sozial schlichtweg eine Steuermittel verschlingende Katastrophe. Nicht nur, dass seine Entwicklungs- und Produktionskosten explodiert sind – allein eine Flugstunde für einen einzigen Jet kostet knapp 74.000 Euro bei einem Verbrauch von 3500 Kilogramm Kerosin und einem Kohlendioxidausstoß von etwa elf Tonnen. Ein Skandal.

JOSEF GEGENFURTNER, SCHWABMÜNCHEN

Der „Unglücksvogel“ ist nicht Schicksal oder Versagen eines Einzelnen, sondern das Ergebnis einer konzertierten Aktion. Die jetzige schnelle Fehlerzuweisung lässt leider erwarten, dass wieder einmal die adäquaten Konsequenzen – Beseitigung organisatorischer und struktureller Schwachstellen, eindeutige Verantwortlichkeiten, Gesamtcontrolling und so weiter – nicht gezogen werden.

LORENZ HUBER, WEES, BRIGADEGENERAL A. D.



„Eurofighter“-Produktion in Manching

Da fliegen unsere Kitas und Schulen! Deutschland braucht keine „Eurofighter“. Genauso wenig wie Drohnen und alle anderen Bundeswehr-Großmannssucht-Geräte. Diese Projekte dienen nur der Geldverteilung hin zu den Aktionären der Rüstungskonzerne. Gleichzeitig fehlt es an Kita-Betreuung, man sieht kaputte Schulgebäude. Wähler sollten dies zum Knackpunkt ihrer Wahlentscheidung machen.

GÜNTER STEINHEIMER, DIETZENBACH



PICTURE ALLIANCE / DPA

Ausgebrannte H&M-Zulieferfabrik

Nr. 28/2013, H&M-Chef Persson verteidigt im SPIEGEL-Gespräch die Textilproduktion in Bangladesch

Was für ein Zyniker!

Herr Persson hat offensichtlich eine ihm exklusive Sicht der Dinge. Mit H&M sei die Welt ein Stück besser geworden, eigentlich sollten wir dankbar sein, dass der Konzern so viele – wenn auch schlecht bezahlte – Arbeitsplätze schaffe. Und Schuld an den miserablen Arbeitsbedingungen haben natürlich die anderen. Die Textilunternehmen, die Niedriglöhne zahlen, und die Konkurrenz, die sich nicht der verantwortungsvollen Pionierarbeit von H&M in Sachen Weltverbesserung anschließt. Hätte ich H&M nicht schon immer aus Prinzip gemieden, hätte ich morgen damit begonnen.

MORITZ THAUER, HAMBURG

Schon ein einziger Satz entlarvt den Herrn: „Wir haben trotzdem Millionen Menschen Jobs gegeben, die vor 20 Jahren noch in Armut lebten.“ Und nun leben sie nicht mehr in Armut? Ausgebeutet und entrechtet, sorgen sie für sein besseres Leben. Was für ein Zyniker!

PETER GREGERSEN, HAMBURG

Persson brüstet sich damit, dass er Jobs und Wohlstand schaffe. Sind für ihn 30 Euro wirklich Wohlstand? Das gilt selbst in Bangladesch als wenig. Was bringt die angebliche Nachhaltigkeit den Nähern, wenn sich nichts an den Arbeitsbedingungen ändert? Als Branchenriese könnte H&M viel bewegen, man müsste nur endlich die Zulieferer unter Druck setzen.

MATHIAS OTTO, BAD ZWESTEN

Nr. 28/2013, Wirbel landender Jets decken Häuser ab

Honigsüße Beschwichtigungen

Wer wird sich in der Gemeinde Flörsheim noch ansiedeln – mit einem Biergarten, dem die Sonnenschirme wegfliegen? Wirbelschleppen kündigen sich nicht an, sie kommen plötzlich. Wer einmal eine erlebt hat, kann berichten, wie erdrückend scheußlich dieses mächtige Geräusch auf einen zuströmt. Da ist der Dachziegelklammerversuch eine Verhöhnung der seit Generationen Ansässigen.

FRIEDRICH DEMMLER, MOMMENHEIM

Die Wirbelschleppen sind nur ein Teil des Problems. Über eine Million Menschen werden seit Eröffnung der neuen Landebahn im Oktober 2011 bisweilen im Minutentakt überflogen. Wirbelschleppen in Flörsheim und Raunheim haben auch schon Fahrrad- und Kanufahrer herumgewirbelt, ja sogar Trauergesellschaften auf dem Friedhof umgeweht. Unglaublich, dass in unserem Rechtsstaat so etwas möglich ist.

JUDITH BARTHEL, MAINZ

Ich habe vor 16 Jahren mein gesamtes finanzielles Potential in ein Haus in einer ruhigen Lage in Bretzenheim investiert. Ich glaubte, in einem ruhigen Garten mein Alter genießen zu können. Seit fast zwei Jahren ist es zur Hölle geworden. Nirgendwo in Europa gibt es so viele Landungen wie hier. Bei Ostwind bedeutet das ein donnerndes Flugzeug pro Minute, ununterbrochen, von 5 Uhr morgens bis 23 Uhr nachts.

DIANA RIES-TISKEN, MAINZ

Mit welcher Arroganz und Menschenverachtung hier eine Allianz aus schwarz-gelber Landesregierung, dem Flughafenbetreiber Fraport und der Luftverkehrsindustrie Gesundheit und Leben der Bewohner des Rhein-Main-Gebiets gefährdet, ist erschreckend. Die existenziellen Sorgen Hunderttausender Menschen werden herablassend als „Partikularinteressen“ verhöhnt.

GEORG REICHELT, MAINZ

Nr. 28/2013, Im Fernsehen wird so viel gemordet wie nie zuvor

Lust am Voyeurismus

Tag für Tag blättert man hilflos im TV-Programm. Auf breiter Front werden nur Krimis („War die Spusi schon da?“, „Wo waren Sie gestern zwischen acht und neun?“), Blödelformate, Koch- und Tier-sendungen sowie seichte Unterhaltungsfilme gezeigt. Die wenigen geistig anspruchsvollen Sendungen beginnen zur Schlafenszeit. Dabei haben doch die öffentlich-rechtlichen Sender einen Bildungsauftrag. Leider sind wir durch die neue Gebührenordnung gezwungen, das alles zu bezahlen, ob wir wollen oder nicht.

OLAF HEFFE, HAMBURG

Warum gönnen Sie uns denn die „Tatorte“ nicht? Ich habe noch keinen versäumt! Egal ob gut oder schlecht, ich muss sie sehen. Die Deutschen sind halt Krimifans und haben einen Proll-Geschmack. Da können die tollsten Fernsehspiele im Ersten kommen, was gucken die Leute? Den Krimi im ZDF oder bei RTL.

HEIDI GRAF, ANDERNACH

Wesentlich für die Wirkung der „Tatort“-Filme ist die milieutreue Darstellung von verschiedensten Lebensformen. Den Haupteffekt bilden die oft brillanten und überaus witzigen Dialoge und Interaktionen zwischen den handelnden Personen. Manche Filme mit Wortwechseln zwischen Professor Boerne und Alberich oder zwischen Freddi Schenk und Max Ballauf würde ich auch zum dritten Mal noch gern anschauen.

DR. RÜDIGER TESSMANN, ALBENGA (ITALIEN)

Seit einiger Zeit schalte ich diese Krimis nicht mehr ein, weil die Dialoge sehr oft durch starke Hintergrundgeräusche und



MARTIN MENNE / WDR

Szene aus „Tatort“ Münster

überlaute Musikuntermalung überlagert sind, so dass man kaum noch versteht, worum es eigentlich geht.

GERHARD OSTEN, BÜLACH (SCHWEIZ)

Der pseudokritische Artikel macht in Wahrheit Werbung für einen schlechten Film, in dem ein grauenhaft nuschelnder Matthias Brandt von Polizisten 45 000 Euro erpresst, womit er selbst zum Kriminellen und zugleich zum Deppen wird – ein grauenhafter Unsinn!

FALK HÄCKEL, HEIDELBERG

Die Lust des Menschen am Voyeurismus, speziell was die Qualen anderer angeht, scheint ungebrochen. Das Fernsehen ersetzt hier nur die Gladiatorenkämpfe früherer Zeiten.

DIETER BLUMTRITT, HELMSTEDT

Jeder Kriminalist fällt vom Glauben ab, wenn er den Unsinn bei den Öffentlich-Rechtlichen sieht. Die meisten Kommis-sare dieser Möchtegern-Krimis würden zur Streife oder gar in den Ruhestand versetzt, wenn sie solchen Unsinn verzapfen würden. Rauchen oder essen und trinken am Tatort, Leichenflecken schon beschreiben, ehe das Opfer entkleidet wurde, und so weiter. Die Drehbuchautoren sollten lieber Märchen schreiben.

KLAUS SCHUMANN, LEIPZIG,
KRIMINALOBERKOMMISSAR I. R.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

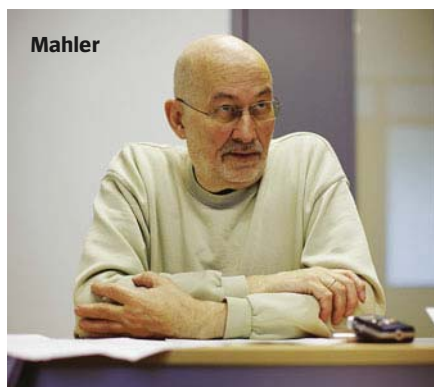
RECHTSEXTREMISTEN

Hetzschrift aus der Haft

In Brandenburg bahnt sich ein Justizskandal um den inhaftierten Rechts-extremisten Horst Mahler an. Offenbar konnte der Neonazi, der in der Haftanstalt Brandenburg/Havel eine mehr-jährige Freiheitsstrafe wegen Volks-verhetzung verbüßt, im Gefängnis mo-natelang unbehelligt an einer neuen Kampfschrift arbeiten. Für die Verbrei-tung des 235-seitigen, augenscheinlich ebenfalls volksverhetzenden Buch-manuskripts („Das Ende der Wander-schaft“) soll Mahler zeitweise sogar einen Anstaltscomputer genutzt haben. Erst nachdem das Machwerk im Frühjahr im Internet aufgetaucht war, schaltete sich die zuständige Staatsan-waltschaft Cottbus ein, Mahlers Zelle wurde durchsucht. Als dies Anfang Juni publik wurde, war in Justiz-kreisen zunächst nur von einem verdächtigen „Aufsatz“ gesprochen worden.

In Mahlers Buch, das mit 269 Fuß-noten versehen ist, zeigt sich der mehr-fach vorbestrafte Neonazi-Ideologe er-neut unverhohlen antisemitisch. „Die Idee des Nationalsozialismus“ hält Mahler für den „Weg der Rettung aus der judaisierten Welt“; „gereinigt von den Spuren der Jüdischen Lügen“ wer-de „der Deutsche Volksgeist in neuem Glanz erstrahlen“.

Die Cottbuser Staatsanwaltschaft hat nun ein neues Ermittlungsverfahren gegen den 77-Jährigen eingeleitet. Für eine Stellungnahme war Mahler am



Mahler

Freitag im Gefängnis telefonisch nicht zu erreichen. Dieter Graumann, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, zeigte sich entsetzt über den Fall. Sollten die Vorwürfe zutref-fen, so Graumann, wäre es „unfassbar, dass ein notorischer Volksverhetzer unter den Augen der Justiz ein solches Machwerk verfassen“ könne.



FABRIZIO BENSCH / REUTERS

FDP-Spitzenpolitiker Rösler, Brüderle

PARTEIEN

FDP schließt Ampel aus

Die FDP will eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen kurz vor der Bundes-tagswahl offiziell ausschließen. Eine entsprechende Festlegung soll der Bun-desvorstand auf einem Wahlkonvent am 12. September in Mainz treffen. Dazu werden alle Bundestagskandida-ten und die Kreisvorsitzenden der Par-tei erwartet. FDP-Parteichef Philipp Rösler will mit dem Beschluss zehn Tage vor der Wahl Unentschlossene mobilisieren, die bislang fürchten, die FDP könnte den SPD-Kandidaten Peer Steinbrück zum Kanzler wählen, wenn es für Schwarz-Gelb nicht reichen soll-te. Den Liberalen bliebe nach dem Beschluss nur der Gang in die Opposi-tion, wenn das Wahlergebnis gegen

eine erneute Koalition mit der Union spricht. Nicht zum ersten Mal schließt die FDP vor einer Wahl Koalitions-optionen definitiv aus: Nach der Bun-destagswahl 2005 hatte der damalige Parteichef Guido Westerwelle die FDP in die Opposition geführt, obwohl eine Koalition mit SPD und Grünen rech-nerisch möglich gewesen wäre. Landet die FDP nach der Wahl in der Oppo-sition, wäre die politische Karriere von Spitzenkandidat Rainer Brüderle wohl beendet. Er hätte kaum Chancen, wieder Fraktionschef zu werden, zu-mal ihm in der Partei der schleppende Wahlkampf angelastet wird. Brüderle trage den Ampel-Beschluss aber mit, berichten Parteifreunde.

SOZIALES

Gewerkschaften gegen höhere Mütterrente

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stellt sich gegen Pläne der Parteien für höhere Mütterrenten. „Die Wahlversprechen der Union zur Mütterrente sind unseriös“, sagt DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die auch Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund ist. Man könne nicht bessere Rentenleistungen versprechen, wenn man gleichzeitig den Beitragssatz senke und auch keine zusätzlichen Steuer-gelder bereitstelle. Auch die SPD hat sich für höhere Mütterrenten ausgesprochen, will die Kosten allerdings aus Steuereinnahmen finanzieren. Nach den Plänen der Parteien soll die Schlechterstellung von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, verringert werden. Buntenbach fordert, dass die Regierung ihre Zuschüsse für die von der Rentenversicherung gezahlten Bezüge erhöhen müsse, falls die Änderung umgesetzt werde.



ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE ZÜRICH / LAIF

STEUERHINTERZIEHUNG

UBS droht Millionenzahlung

Die Schweizer Großbank UBS muss sich auf ein teures Verfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung gefasst machen. Vor zwei Wochen durchsuchten 180 Beamte unter der Leitung Wuppertaler Steuer-

fahnder Filialen der Bank an zehn deutschen Standorten, darunter Berlin, Frankfurt und München. Dabei haben sich offenbar konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Mitarbeiter der UBS in Deutschland und der Schweiz Hunderten deutschen Kunden bei der Steuerhinterziehung halfen. Diese Beihilfe kann für die UBS ein teures Nachspiel haben. In einem ähnlich gelagerten Fall hat

die Bank Credit Suisse 150 Millionen Euro gezahlt, weil sie ihre Kunden in großem Umfang bei der Steuerhinterziehung unterstützt haben soll. Bei der UBS dürfte die Summe noch höher ausfallen, weil das Volumen der am Fiskus vorbeigeschleusten Gelder größer ist. Die jüngste Durchsuchungswelle geht auf den Kauf einer CD durch das Land Nordrhein-Westfalen zurück. Die Steuerfahndung prüft derzeit den Ankauf von mindestens drei weiteren Datenpaketen der UBS.

KOLUMNE

Neun Wochen noch



Die SPD führt dieser Tage wieder ein Doppelleben, es gibt eine offizielle Version von ihr und eine echte. In der offiziellen sitzen Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel mit hochgekrempelten Ärmeln in einem Biergarten vor halbvollen Krügen. „Wir sind ein tolles Team“, soll das heißen, und: „Wir gewinnen!“ Solche fotografisch meist in der „Bild“-Zeitung dokumentierten Zusammenkünfte galten einst als Geniestreich von PR-Beratern. Es gab aber auch Zeiten, da waren Dauerwellen und Klettverschlüsse der letzte Schrei. Wie es wirklich um die SPD bestellt ist, erfährt man in Hintergrundgesprächen. So heißen jene Veranstaltungen, bei denen Politiker mit Journalisten reden, und weil sie vorher vereinbaren, dass dieses Gespräch offiziell nie stattgefunden hat, erzählt der Politiker dann, wie es tatsächlich um etwas bestellt ist – um die Kampagne der SPD beispielsweise. Es ist alles ein wenig schizophr. Als ich noch nicht über Politik schrieb, dachte ich, Hintergrundgespräche seien aufregend. Heute denke ich da anders. Ihr tieferer Sinn scheint darin zu bestehen, dass Journalisten sich wichtig fühlen dürfen, weil sie mit einem wichtigen Politiker zwanglos plaudern können. Und dass Politiker sich wichtig fühlen dürfen, weil so viele Journalisten ihnen zwanglos zuhören. Die Zwanglosigkeit besteht übrigens meist darin, dass während des Plauderns Alkohol konsumiert werden kann.

Würde die Wahl durch die Zahl der Hintergrundgespräche entschieden, wäre der SPD die Mehrheit sicher.

Sozialdemokraten aber lieben Hintergrundgespräche. Würde die Wahl durch die Zahl der geführten Hintergrundgespräche entschieden, der SPD wäre eine Zweidrittelmehrheit sicher. Leider haben solche Gespräche naturbedingt etwas Intrigantes, sie erlauben selbst Feiglingen, einmal mutig zu sein – wie die Namenlosigkeit im Internet. Politikern und deren Beratern bieten sie die Gelegenheit, auf die Schwächen jener Leute hinzuweisen, die nicht wissen sollen, dass man auf ihre Schwächen hinweist. Ein Hintergrundgespräch eines Sozialdemokraten über die Schwächen der Bundeskanzlerin ergäbe wenig Sinn. Dafür gibt es Pressekonferenzen. Also reden Sozialdemokraten in Hintergrundgesprächen bevorzugt über andere Sozialdemokraten. Die sogenannten Berater des Spitzenkandidaten Steinbrück etwa reden gern über die Unzulänglichkeiten des Parteichefs Gabriel. Die Berater des Parteichefs hingegen können prima erklären, was der Spitzenkandidat wieder versemmt hat und was für Esel seine Berater sind. Es handelt sich übrigens um dieselben Berater, die Steinbrück und Gabriel für ein Foto in den Biergarten schicken und sich deshalb für echte Füchse halten.

Man müsste mal eine Studie in Auftrag geben, die das Erscheinungsbild der SPD in Relation zur Anzahl der von Genossen geführten Hintergrundgespräche setzt. Es muss da einen Zusammenhang geben. Vielleicht ist es nicht bekömmlich, so oft zwischen den Welten zu wechseln. Vielleicht würde ein Tick mehr Aufrichtigkeit am Ende gar nicht schaden. Angela Merkel jedenfalls führt ungern Hintergrundgespräche. Und wenn, dann sagt sie – auch dort – eher wenig.

Markus Feldenkirchen

JUSTIZ

Geldbuße für Wallraff?

Das Kölner Amtsgericht soll in den kommenden Wochen über die Einstellung des Verfahrens gegen den Enthüllungsjournalisten Günter Wallraff entscheiden. Ein Ex-Mitarbeiter hatte dem Autor vorgeworfen, ihn illegal beschäftigt und Beihilfe zum Sozialbetrug geleistet zu haben. Nach einjährigen Ermittlungen empfiehlt die Staatsanwaltschaft Köln jetzt offenbar die Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbuße. Im selben Zusammenhang gibt es ein weiteres Verfahren gegen Wallraff wegen Steuerhinterziehung, das aber nicht eingestellt werden soll.



INTERTOPICS / DDP IMAGES

Niesenheimer See bei Dormagen

BADEGEWÄSSER

Hausverbot für ADAC

Wenn der ADAC am Dienstag seine Tests der Wasserqualität deutscher Badeseen vorstellt, wird der Niesenheimer See bei Dormagen fehlen. Die Betreiber des Sees hatten den ADAC-Testern Hausverbot erteilt. So etwas erlebten die Prüfer bislang nur in Italien, wo Behörden auf diese Weise versuchten, kritische Berichte etwa über dortige Straßentunnel zu verhindern. Vergangenen Sommer hatten ADAC-Tester auffällige Bakterienwerte im Niesenheimer See festgestellt und an den Eigentümer, die Kreiswerke Grevenbroich, gemeldet. Das Unternehmen untersagte weitere Untersuchungen. Geschäftsführer Stefan Stelten versichert: „Wir sind Trinkwasserversorger und bekommen regelmäßig Bestnoten für unsere Qualität.“ Der ADAC habe in zu flachem Wasser gemessen. „Wir messen immer ufernah, dort, wo kleine Kinder im Wasser sind“, sagt Projektleiter Nicolas Adunka auf Anfrage, „die sind besonders gefährdet.“



CARSTEN REHDER / PICTURE ALLIANCE / DPA

ENERGIE

Stromleitungen als Ladenhüter

Der Plan, mittels finanzieller Beteiligung der Bürger an neuen Stromleitungen den schleppenden Netzausbau zu beschleunigen, könnte zum Flop werden. Kürzlich hatten Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) ein entsprechendes Konzept vorgestellt. Danach sollten Bürger, die in der Nähe geplanter Höchstspannungsleitungen wohnen, Einlagen kaufen können, die dann mit bis zu fünf Prozent pro Jahr verzinst würden. Dadurch sollte sich die Akzeptanz der Anwohner erhöhen. Altmaier und Rösler verwiesen auf vermeintlich positive Erfahrungen mit einem Pilotprojekt in Schleswig-Holstein. Tatsächlich erweist sich eine dort entlang der Westküste geplante Verbin-

dung als schwer verkäuflich. Der Netzbetreiber Tennet, der die Leitung für 210 Millionen Euro bauen will, plante, 15 Prozent der Kosten über Bürgeranleihen zu finanzieren. Obwohl die Zeichnungsfrist schon seit mehr als einem Monat läuft, haben nach Auskunft von Tennet nur 1500 Anwohner Unterlagen angefordert. Wie viele sich zu einer Beteiligung entschlossen hätten, wollte Tennet nicht sagen. In den Kommunen entlang der Trasse heißt es, der Verkauf verlaufe äußerst schleppend. „Die Akzeptanz für die Leitung ist einfach nicht da“, sagt etwa Detlef Honnens, Bürgermeister der Gemeinde Koldenbüttel, „außerdem genießt Tennet hier auch in finanzieller Hinsicht nicht gerade den besten Ruf.“

HANDEL

Discount-Zähne

Ein ungewöhnliches Angebot des Kaffeerösters Tchibo führt zu einem heftigen Rechtsstreit. Ab dieser Woche können Kunden in den Filialen „ZahnersatzCards“ kaufen. Damit könnten sie über das Kooperationsunternehmen Novadent Dentaltechnik hochwertige Kronen und Brücken anfertigen lassen, die teilweise nur die Hälfte des regulären Preises kosteten, verspricht Tchibo. Doch in der vergangenen Woche mahnte die Zahntechnikfirma Audentic das Kaffeeunternehmen wegen unlauteren Wettbewerbs ab. Der Konkurrent Audentic wirft dem Kaffeeröster vor, als Vergleichswerte

„Mondpreise“ verwendet zu haben, um die vermeintliche Kostenersparnis zu belegen. Tatsächlich habe die Firma Novadent, die ein Labor auf den Philippinen betreibt, 2011 Zahnersatz zu noch weitaus günstigeren Preisen als zum Tchibo-Satz angeboten. Außerdem sei es irreführend zu behaupten, jeder Patient könne sich sein Zahnlabor aussuchen – das mache der Zahnarzt, der auch für den Therapieerfolg verantwortlich sei. Als Reaktion darauf will Tchibo nun anwaltlich gegen Audentic vorgehen. Der Kaffeeröster räumt ein, jedem Kunden werde empfohlen, vorab mit seinem Zahnarzt zu besprechen, ob dieser zu einer Zusammenarbeit mit Novadent bereit sei. Jedes Labor könne die Preise „innerhalb gewisser Grenzen frei kalkulieren“.

PARTEIEN

„Vergleichbar mit der Tea Party“



Andreas Kemper, 50, Soziologe aus Münster, kritisiert Mitglieder der Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD) wegen ihrer antidemokratischen und homophoben Tendenzen.

SPIEGEL: Die AfD gilt als Sammelbecken für Euro-Kritiker. Was genau werfen Sie der Partei in Ihrem neuen Buch „Rechte Euro-Rebellion“ nun vor?

Kemper: Es wird oft übersehen, dass die AfD nicht nur von dem Ökonomen-Kreis um Bernd Lucke gebildet wurde. Dieser technokratische Flügel hat sich primär auf wirtschaftspolitische Themen wie Euro-Rettung und Staatsverschuldung eingeschossen. Aber es gibt eine zweite Fraktion, vergleichbar mit der Tea Party in den

USA, die mit der AfD ganz andere Themen aufgreifen möchte.

SPIEGEL: Was will diese Gruppe?

Kemper: Die AfD hat starke Wurzeln im nationalliberalen Lager, das elitäre und homophobe Meinungen propagiert. Vertreter dieses Kreises äußern sich regelrecht demokratiefeindlich. Vorstandsmitglied Konrad Adam hat etwa schon mal implizit gefordert, Arbeitslosen das Wahlrecht abzuerkennen. Der Ökonom Roland Vaubel, wissenschaftlicher Berater der AfD, spricht sich für eine „unternehmerfreundlichere Demokratie“ aus, zu Lasten finanziell schwacher Kreise. Und die „Zivile Koalition“ von Beatrix von Storch, die auf Listenplatz zwei der Berliner AfD steht, kämpft gegen das, was sie als „Minderheiten-Lobby“ der Schwulen und Lesben bezeichnet.

SPIEGEL: Warum findet sich im offiziellen AfD-Programm dazu nichts?

Kemper: Natürlich tritt die AfD in ihrem ersten Wahlkampf nicht offen für eine Einschränkung des Wahlrechts ein. Aber wichtige Wortführer innerhalb der Partei verfolgen dieses Ziel, das ist gefährlich.

VERTEIDIGUNG

Mangelhafte Aufklärung

Die finanziellen Verluste nach dem Aus für den „Euro Hawk“ könnten weit höher ausfallen als von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) erhofft: Vor dem am Montag beginnenden Untersuchungsausschuss zum gescheiterten Millionenprojekt gibt es Zweifel an der weiteren Nutzbarkeit der in der Drohne getesteten Aufklärungstechnik Isis. Das geht aus einem als „vertraulich“ eingestuften Bericht der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft in Ottobrunn hervor, die sich im Auftrag des Wehrbeschaffungs-

amts im November 2012 mit Alternativen zum gescheiterten „Euro Hawk“ befasst hat. De Maizière hatte die finanziellen Verluste des Projekts für verkraftbar gehalten, weil Isis auch auf anderen Fluggeräten genutzt werden könne. Die Prüfer kommen in ihrer Untersuchung jedoch zu dem Ergebnis, dass die Nutzung von Isis für andere Luftfahrzeuge, darunter der Airbus A319 und die israelische Drohne „Heron TP“, vermutlich nur unter hohem Zeitaufwand möglich sei und mittlere bis sehr hohe Kostenrisiken berge. Selbst bei dem Modell mit den besten Noten, der A319, müsste die Bundeswehr mit Nachteilen rechnen, sogar die Piloten der Isis-Aufklärungsflüge könnten in Gefahr geraten. Zudem

kann die A319 nicht so hoch fliegen wie der „Euro Hawk“ und damit weniger Daten ermitteln. Auch für den Fiskus würde die Umrüstung teuer: Laut Studie wäre bei einem 20-jährigen Betrieb des neuen Aufklärungssystems mit Gesamtkosten von rund 1,5 Milliarden Euro zu rechnen.



Drohne „Euro Hawk“

MAG

Der digitale SPIEGEL

Jetzt testen:
Der digitale SPIEGEL
5 Ausgaben
für € 9,90
spiegel.de/
digitaltesten



In dieser Ausgabe:

Strafgericht

Video zum Kenyatta-Prozess
in Den Haag

Notfallmedizin

Video über den Reanimationsforscher
Sam Parnia

Hybrid-Raser

Videotestfahrt im neuen Porsche 918

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag, 8 Uhr!**



Einfach scannen und
Testangebot sichern –
Nutzen Sie dafür unsere
App **DER SPIEGEL** mit
integriertem QR-Code-
Scanner

**DER
SPIEGEL**

TOP SECRET//SI//NOFORN

National Security
Agency/Central
Security Service

17 January 2013

Information Paper

Subject: (S//REL TO USA, FVEY) NSA Intelligence Relationship with Germany –
Bundesnachrichtendienst (BND)

- Issue #1: (S//SI//NF) The BND has been working to influence the German Government to relax interpretation of the privacy laws over the long term to provide greater opportunity for intelligence sharing. In the near term, NSA decided to right-

Auszug aus dem Snowden-Archiv: Deutsche Datenschutzgesetze aufgeweicht



Der fleißige Partner

Die NSA-Affäre rückt an die Kanzlerin heran. Angela Merkel will erst aus der Presse von der Abhörmanie der US-Regierung erfahren haben – dabei nutzen deutsche Geheimdienste eines der ergiebigsten NSA-Schnüffelwerkzeuge selbst.

Es waren zwei geschäftige Tage für die Abhörspezialisten des Bundesnachrichtendienstes. Ende April flog eine zwölköpfige, hochrangig besetzte Reisegruppe des BND in die USA, sie besuchte das Herz des globalen amerikanischen Abhörimperiums: die National Security Agency (NSA). Was die Delegation dort wollte, steht in einem als „top secret“ klassifizierten NSA-Papier: BND-Chef Gerhard Schindler, heißt es darin, habe wiederholt seinen „dringenden Wunsch“ geäußert, enger mit der NSA ins Geschäft zu kommen. Die Deutschen suchten „Führung und Rat“.

Der Wunsch wurde offenbar erfüllt. Spitzenkräfte aus dem Foreign Affairs Directorate der NSA umsorgten die deutsche Delegation. Die Amerikaner organisierten eine „Strategische Planungskonferenz“, um die Partner aus Deutschland auf den letzten Stand zu bringen.

Einer der Höhepunkte war für den Nachmittag vorgesehen: Nach mehreren Vorträgen zu aktuellen Methoden der „Datenbeschaffung“ („Data Acquisition“) referierten Führungskräfte der Einheit „spezielle Quellen“, intern „SSO“ genannt. Sie gehört zum Geheimsten der Geheimen, es ist die Abteilung, die zum Datenabschöpfen unter anderem mit IT-Unternehmen paktiert. Der Whistleblower Edward Snowden bezeichnet diese Eliteeinheit als „Kronjuwelen“ der NSA.

Es war nicht die erste Fortbildungsreise deutscher Geheimdienstler über den Atlantik in diesem Frühling 2013 – und auch nicht die letzte. Tatsächlich belegen Dokumente, die der SPIEGEL einsehen konnte, dass in der Regierungszeit von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Washington auf dem Gebiet der digitalen Aufklärung und Abwehr erheblich intensiviert wurde. Die Deutschen, so heißt es in einem Dokument, seien entschlossen, die Kooperation „zu festigen und auszubauen“.

Das sind heikle Nachrichten für Angela Merkel. Bisher plätscherte der Wahlkampf in Deutschland träge vor sich hin, jetzt scheint er ein Thema gefunden zu haben: die Gier der Amerikaner nach Daten. In den vergangenen Tagen wurden die Angriffe der Opposition heftiger. Zuerst warf Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (SPD) der Kanzlerin vor, ihren Amtseid gebrochen zu haben, weil sie die Grundrechte der Deutschen nicht zu schützen wisse. Jetzt sagt SPD-Parteichef Sigmar Gabriel: „Merkel ist eine Schönrednerin, die die Bevölkerung einlullt.“ Mittlerweile sei erwiesen, so Gabriel, dass die Bundesregierung von den Machenschaften der NSA gewusst habe.

Aber es sind nicht so sehr die Attacken der SPD, die der Kanzlerin Sorgen bereiten. Die eigentliche Gefahr droht für sie von innen. Merkel hat sich sehr früh darauf festgelegt, dass die Regierung nichts

vom dem Treiben der NSA wusste. Bevor sie sich vorigen Freitag in den Urlaub verabschiedete, beteuerte sie das erneut.

Daran wird sie nun gemessen. Intern argumentieren Merksls Leute, ihr sei ja gar nichts anderes übrig geblieben, als sich so klar festzulegen. Schließlich hätten sowohl der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) als auch der Präsident des Verfassungsschutzes versichert, dass sie keine genaueren Kenntnisse von dem Spähprogramm „Prism“ und der Datensammelwut der Amerikaner hätten. Mit welcher Begründung solle die Kanzlerin dieser Einschätzung widersprechen?

Aber mit jedem Tag wächst in der Regierungszentrale die Furcht, dass am Ende doch ein Papier auftauchen könnte, das die Mitwisserschaft der Regierung belegt.

Aber kommt es darauf überhaupt noch an? Was wäre schlimmer? Von einem Kabinett regiert zu werden, das den Bürgern seine Mitwisserschaft verschweigt? Oder eine Kanzlerin und Minister zu haben, deren Geheimdienste ein Eigenleben führen, außerhalb der Kontrolle von Regierung und Parlament? Denn interne Dokumente der NSA belegen, dass die Amerikaner und die deutschen Dienste enger zusammenarbeiten als bisher bekannt. Die seit Wochen mantrahaft vorgetragene Beteuerung von Regierung und Geheimdiensten, man wisse gar nicht genau, was

vor allem für den Umgang mit dem G-10-Gesetz, das festlegt, unter welchen Bedingungen deutsche Bürger abgehört werden dürfen. So heißt es in einem als streng geheim deklarierten Papier der Agency von diesem Januar unter der Rubrik „Success stories“ („Erfolgsgeschichten“): „Die deutsche Regierung hat ihre Auslegung des G-10-Gesetzes geändert, um dem BND mehr Flexibilität bei der Weitergabe geschützter Daten an ausländische Partner zu ermöglichen.“

Die Behauptung von der Unwissenheit der deutschen Dienste ist schon deshalb wenig glaubwürdig, weil diese seit Jahrzehnten mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Bereits im Jahr 1962 habe die Kooperation der offensiven Abteilungen der NSA und der „Technischen Aufklärung“ des BND begonnen, so heißt es in einem NSA-Papier aus dem Januar.

Die Amerikaner sind überwiegend zufrieden mit den Deutschen. Über Jahrzehnte hatte man sich in Washington über die braven deutschen Spione lustig gemacht, die immer eine Rechtsverordnung zur Hand hatten, mit der sie begründen konnten, warum sie bei einer heiklen Operation leider nicht mitmachen durften. Die Amerikaner nervte das zwar, aber am Ende blieb ihnen nichts, als es zu akzeptieren.

Doch in jüngster Zeit hat sich etwas verändert, das zeigen die Snowden-Dokumente.

Der deutsche Partner habe großen Eifer an den Tag gelegt, lobt die NSA.

die Abhörspezialisten aus den USA trieben, lässt sich angesichts der nun erstmals vom SPIEGEL ausgewerteten Dokumente aus dem Archiv des amerikanischen Whistleblowers Snowden kaum aufrecht erhalten.

Demnach spielen neben dem BND nämlich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das in Bonn ansässige Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine zentrale Rolle im Austausch der Dienste, die NSA spricht von ihnen gar als „Schlüsselpartnern“.

Dem Inlandsgeheimdienst BfV stellten die Amerikaner eines ihrer ergiebigsten Schnüffelwerkzeuge zur Verfügung: ein System namens „XKeyscore“. Es ist jenes Spionageprogramm, mit dem die NSA selbst einen Großteil der monatlich bis zu 500 Millionen Datensätze aus Deutschland erfasst, auf die sie internen Dokumenten zufolge Zugriff hat (SPIEGEL 27/2013).

Darüber hinaus zeigen die Unterlagen, welche Anstrengungen die deutschen Dienste und die Politik unternahmen, um noch enger als bisher mit den Amerikanern ins Geschäft zu kommen. Das gilt

kumente. Aus den deutschen Bürokraten wurden echte Schlapphüte.

Vor allem im Laufe des Jahres 2012 habe der Partner großen „Eifer“ an den Tag gelegt, seine Überwachungskapazitäten zu verbessern, und sogar „Risiken in Kauf genommen, um US-Informationsbedürfnisse zu befriedigen“, heißt es in den NSA-Papieren, die der SPIEGEL einsehen konnte.

Der Schwenk hin zu einer offensiveren deutschen Sicherheitspolitik begann bereits 2007. Damals regierte in Berlin die Große Koalition. Den deutschen Behörden gingen – aufgrund eines Hinweises der NSA an den Verfassungsschutz – Islamisten der sogenannten Sauerland-Zelle um den Konvertiten Fritz Gelowicz ins Netz. Dieser hatte mit Freunden in Deutschland Bomben zünden wollen. Für den Hinweis ist die Bundesregierung den Amerikanern bis heute dankbar.

Der Fahndungserfolg habe „ein hohes Maß an Vertrauen“ zwischen NSA und Verfassungsschutz gebildet, heißt es in dem NSA-Dokument. Seitdem gebe es „einen regelmäßigen amerikanisch-deutschen Analyse-Austausch und eine enge



hervor, dass die NSA das Bundesamt für Verfassungsschutz mit XKeyscore ausgestattet hat – und dass auch der BND das Werkzeug bestens kennt, schließlich soll er die Kollegen vom deutschen Inlandsgeheimdienst im Umgang mit dem Spionageprogramm unterweisen. Das BfV solle vor allem deshalb mit XKeyscore ausgerüstet werden, um dessen „Fähigkeit auszubauen, die NSA bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung zu unterstützen“.

Was XKeyscore schon vor fünf Jahren alles konnte, erschließt sich aus einer „top secret“ eingestuft Präsentation vom 25. Februar 2008, die fast schon die Form einer Werbebroschüre hat – offenbar sind die amerikanischen Spione sehr stolz auf das System.

Es sei „einfach zu bedienen“ und ermögliche Ausspähungen von rohem Datenverkehr „wie kein anderes System“, heißt es dort. In einer der NSA-Folien mit dem Titel „Was ist XKeyscore?“ ist zu erfahren, das Programm verfüge über einen Zwischenspeicher, der für mehrere Tage einen „full take“ aller ungefilterten Daten aufnehmen könne. Im Klartext: XKeyscore registriert nicht nur Verbindungsdaten; es kann wohl zumindest teilweise Kommunikationsinhalte erfassen.

Zudem lässt sich mit dem System rückwirkend sichtbar machen, welche Stichwörter Zielpersonen in Internetsuchmaschinen eingaben und welche Orte sie über Google Maps suchten.

Das Programm, für das es verschiedene Erweiterungen (Plug-ins) gibt, kann offenbar noch mehr. So lassen sich „Nutzeraktivitäten“ nahezu in Echtzeit verfolgen und „Anomalien“ im Internetverkehr aufspüren. Wenn das stimmt, bedeutet das: XKeyscore ermöglicht annähernd die digitale Totalüberwachung.

Aus hiesiger Sicht ist das besonders brisant. Denn von den rund 500 Millionen Datensätzen aus Deutschland, auf die die NSA monatlich Zugriff hat, wurden beispielsweise im Dezember 2012 rund 180 Millionen von XKeyscore erfasst.

Das wirft Fragen auf: Hat die NSA damit nicht nur Zugriff auf Hunderte Millionen Datensätze aus Deutschland, sondern – zumindest tageweise – auch auf einen „full take“, also auch deutsche Kommunikationsinhalte? Können BND und Verfassungsschutz über ihre XKeyscore-Ausführungen auf die NSA-Datenbanken zugreifen und damit auf die dort gespeicherten Daten deutscher Bürger?

Wäre das der Fall, dann könnte die Regierung kaum behaupten, sie wisse nichts vom Sammeleifer der Amerikaner.

Der SPIEGEL hat beide Dienste und das Bundeskanzleramt dazu befragt. Antworten zum Einsatz des Systems gab es nicht. In einer Reaktion des BND heißt es lapidar, zu Einzelheiten der nachrichtendienstlichen Tätigkeit

Verfassungsschutzchef Maaßen, Innenminister Friedrich: Verlässlicher Partner

re Kooperation bei der Verfolgung von deutschen wie nichtdeutschen Extremisten“. Die NSA habe mehrere Schulungen für Beamte des Verfassungsschutzes abgehalten, um die Fähigkeiten der Deutschen auszubauen, „heimische Daten zu gewinnen, zu filtern und weiterzuverarbeiten“. Am besten sollten Schnittstellen geschaffen werden, um den Datenaustausch in größerem Umfang zu ermöglichen. Von dieser engen Form der Zusammenarbeit könnten „sowohl Deutschland als auch die USA profitieren“.

Der Pakt vertieft sich auch auf deutschem Boden: Ein NSA-Analyst, der als Diplomat an der amerikanischen Botschaft am Brandenburger Tor akkreditiert ist, bezieht einmal pro Woche im BfV ein Büro. Aufgabe des NSA-Mannes ist dem Papier zufolge, die gedeihliche Beziehung

zum deutschen Verfassungsschutz zu „nähren“ und natürlich „amerikanische Wünsche einzubringen“. Zudem richteten die Deutschen einen „Communications link“ zur NSA ein, um die Verbindung der Dienste zu verbessern.

Auch der persönliche Austausch ist intensiv. Allein im vergangenen Mai, nur wenige Wochen bevor die Enthüllungen von Edward Snowden begannen, besuchten Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, Innenminister Hans-Peter Friedrich und die zwölfköpfige Delegation des BND die NSA-Zentrale. Umgekehrt reiste im selben Monat NSA-Chef Keith Alexander nach Berlin und machte auch einen Zwischenstopp im Kanzleramt, das die Aufsicht über den BND führt.

Und es blieb nicht nur bei regem Reiseverkehr. Aus den Snowden-Akten geht

As of: 29 April 2013//1417



FINAL AGENDA



1330-1345 (U) Break

1345-1430 (U//FOUO) Data Acquisition Special Project Discussions

2B4118-5

[REDACTED] CH Radio Frequency Targeted Operations

Office (RFTO)

[REDACTED] CH RFTO Special Projects Office

[REDACTED] CH Special Source Operations (SSO)

[REDACTED] SSO

NSA-Tagesordnung für den BND-Besuch in den USA (oben), NSA-Papier über Geheimdienstzusammenarbeit mit dem BND

- (S//REL TO USA, FVEY) The German government modified its interpretation of the G-10 Privacy Law, protecting the communications of German citizens, to afford the BND more flexibility in sharing protected information with foreign partners.

„Die Deutsche Regierung legt das Datenschutzgesetz neu aus“

[REDACTED] NSA also has held several multilateral technical meetings with BND/BfV/NSA/CIA to introduce SIGDEV methodology and tradecraft to improve the BfV's ability to exploit, filter, and process domestic data accesses and potentially develop larger collection access points that could benefit both Germany and the U.S. [REDACTED]

„Verschiedene technische Zusammenkünfte mit BND und BfV“

könne man leider öffentlich nicht Stellung nehmen.

Ähnlich einsilbig gaben sich auf Anfrage auch NSA und Weißes Haus: Den Worten Barack Obamas bei seinem jüngsten Besuch in Berlin sei nichts hinzuzufügen.

Mit den neuen Enthüllungen rücken die Präsidenten von BND und Verfassungsschutz ebenfalls in das Blickfeld: Gerhard Schindler und Hans-Georg Maaßen. Beide sind vergleichsweise neu in ihrem Amt. Aber vor allem der seit Januar 2012 amtierende BND-Präsident Schindler hat schon seinen Fußabdruck hinterlassen. Er steht für den neuen, offensiveren Kurs des Auslandsgeheimdienstes, den die NSA ausdrücklich lobt. Schindlers „Eifer“, heißt es in den NSA-Dokumenten, habe man schon 2012 „willkommen geheißen“.

Die neue Devise hatte der forsche BND-Chef zu Amtsbeginn in einen Satz gepackt, den in Amerika jedes Schulkind kennt: „No risk, no fun.“ Intern forderte er jede Abteilung des BND auf, sie solle drei Vorschläge für gemeinsame Operationen mit den US-Nachrichtendiensten machen.

Natürlich hat diese engere Kooperation mit den Amerikanern auch positive Seiten. Es gehört zu den Aufgaben des BND, deutsche Soldaten zu schützen und Terrorangriffe zu verhindern. Kein deutscher Geheimdienstchef kommt dabei ohne die Hilfe der Amerikaner aus. Umgekehrt hat sich der BND bei US-Spionen einen guten Ruf erarbeitet, gerade im Norden Afghanistans war er hilfreich, im Umfeld von Kunduz, wo die Bundeswehr stationiert ist. Dort sind die Deutschen mittlerweile die drittgrößten Informationsbeschaffer.

Sie teilen ihre Erkenntnisse nicht nur mit der NSA, sondern mit 13 westlichen Staaten. Vor einiger Zeit hat der Dienst seine technische Ausrüstung am Hindu-kusch auf den neuesten Stand gebracht. Die Ergebnisse seien seitdem richtig gut, freut sich die NSA.

Seit einigen Jahren ist der BND im Norden Afghanistans in der Lage, flächendeckend Gespräche mitzuverfolgen. Auch mit dieser Hilfe gelang die Verhaftung von mehr als 20 hochrangigen Taliban – darunter war mit Mullah Rahman der zeitweilige Schattengouverneur von Kunduz.

Deutschland habe sich in der afghanischen Abhörkoalition zum „fleißigsten Partner“ der NSA entwickelt, heißt es in einem Papier der Agency vom 9. April dieses Jahres. Ähnlich erfolgreich sind die Deutschen in Nordafrika, wo sie eben-

falls über besondere technische Fähigkeiten verfügen, die die NSA interessieren. Das Gleiche gilt für den Irak.

Im Bemühen, den Amerikanern zu gefallen, ging der deutsche Auslandsgeheimdienst den Unterlagen zufolge aber noch weiter: „Der BND hat daran gearbeitet, die deutsche Regierung so zu beeinflussen, dass sie Datenschutzgesetze auf lange Sicht laxer auslegt, um größere Möglichkeiten für den Austausch von Geheimdienstinformationen zu schaffen“, notierten die NSA-Leute im Januar zufrieden.

Tatsächlich war es im BND bis zu Schindlers Amtsantritt rechtlich umstritten, ob die nach dem deutschen G-10-Gesetz gewonnenen Informationen an Partnerdienste weitergegeben werden dürfen. Schindler entschied: Sie dürfen. Die USA registrierten es mit Wohlgefallen.

Wie eng die BND-Bande zur NSA sind, zeigt auch ein altbekannter Lauschposten der Amerikaner in Süddeutschland: die Abhörbasis in Bad Aibling. Sie war das Symbol für technische Spionage während des Kalten Krieges. NSA-intern wurde der Horchposten zuletzt unter dem Codewort „Knoblauch“ („Garlic“) geführt. Zwar wurden im Mai 2012 die letzten Teilbereiche offiziell an den BND übergeben. Doch die NSA geht dort immer noch ein und aus.

In der örtlichen Mangfall-Kaserne ist bis heute der NSA-Chef für Deutschland stationiert. Anfang des Jahres arbeiteten noch 18 Amerikaner in der Abhörstation, 12 davon kamen von der NSA, 6 standen in Diensten von Privatfirmen, „Contractors“. Die Repräsentanz soll im Laufe dieses Jahres schrumpfen, übrig bleiben den Plänen zufolge am Ende noch sechs NSA-Leute. Sie sollen „neue Kooperationsmöglichkeiten mit Deutschland ausfindig machen“, so heißt es in den Snowden-Dokumenten.

Zwar gehört die intensive Zusammenarbeit bei der Terrorabwehr zum Kerngeschäft des deutschen Auslandsgeheimdienstes. Die Frage wird nun jedoch sein: Wusste die Politik vom Ausmaß der Zusammenarbeit mit den Amerikanern? Und wenn ja: seit wann?

Bislang konnte sich der BND bei seiner neuen Linie auf die Rückendeckung des Kanzleramtes verlassen. Nun aber scheinen sich die Dinge zu drehen. Die Abhöraffaire hat das Potential, das Vertrauen in die deutsche Regierung und Angela Merkel nachhaltig zu erschüttern und damit auch dem Wahlkampf eine Wende zu geben.



BND-Präsident Schindler, Neubau der BND-Zentrale in Berlin: Lobende Worte für den „eifrigen“

Noch treiben die Machenschaften der NSA die Menschen nicht scharenweise auf die Straße. Doch die internationalen Spähorgien der Amerikaner nagen an Merkels Image als verlässliche Managerin der Regierung. 69 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit ihrer Aufklärungsarbeit, vor allem diese Zahl hat das Kanzleramt aufgeschreckt. Bis zum Ende vergangener Woche hatte Merkel versucht, das Thema von sich fernzuhalten, sie gab nur dürre Erklärungen ab. Statt ihrer

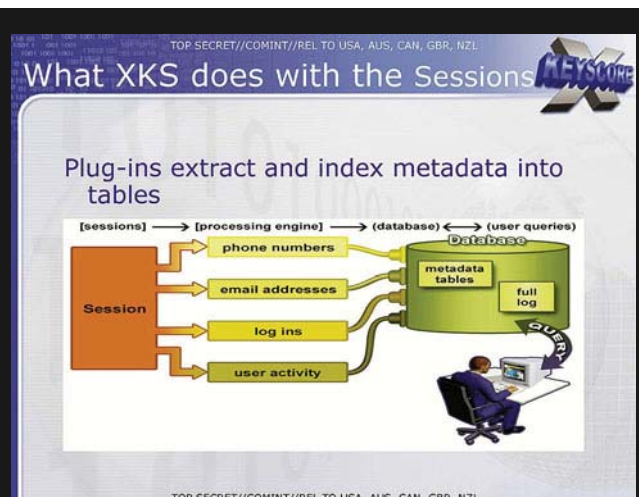
sollte sich Innenminister Friedrich der delikaten Sache annehmen.

Doch der machte alles nur noch schlimmer. Von seiner Visite in Washington kam er mit leeren Händen zurück. Stattdessen gab er sich mächtig stolz, dass er mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden reden durfte.

Kaum zurück in Deutschland, erfand Friedrich zu allem Überfluss noch das Supergrundrecht „Sicherheit“, das wie ein Räumbagger die anderen Grundrechte im Notfall zur Seite schieben darf. Ein Verfassungsminister, der plötzlich eine NSA-konforme Interpretation des Grundgesetzes erfindet? Spätestens in diesem Moment war Merkel wohl klar, dass sie die Dinge nicht allein ihrem Innenminister überlassen darf.

Am vergangenen Freitag, kurz vor ihrem Abschied in den Sommerurlaub, präsentierte sie einen Acht-Punkte-Plan, der für mehr Datensicherheit sorgen soll. Aber die meisten Punkte wirkten eher wie Placebopillen. Wie zum Beispiel sollen sich die europäischen Geheimdienste auf gemeinsame Richtlinien beim Datenschutz einigen, wenn doch die britischen und französischen Spione schon jetzt über die Datenschutz-Obsession der Deutschen schmunzeln?

Merkel steckt in der Klemme. Einerseits will sie nicht den Eindruck erwecken, dass sie der Informationsgier der Amerikaner tatenlos zusieht. Andererseits



In einer geheimen Präsentation erläutert die NSA das Abhörprogramm XKeyscore.

Dabei werden die unterschiedlichen Module aufgelistet, mit denen auf breiter Front folgende Informationen ausgespäht werden: E-Mail-Daten, Dateinamen, Internet-Verbindungsdaten, Zugriffe auf Websites, Telefonnummern, aber auch Freundeslisten, Chats oder aktive Cookies.

Das Diagramm zeigt den Weg dieser Daten in eine zentrale Datenbank, auf die der Analyst zugreift.



Geheimdienstchef aus Deutschland

rückt damit die Affäre auch näher an sie heran. Es wird am Ende um die Frage gehen, wie viel die Regierung von den Schnüffeltätigkeiten der Amerikaner wusste. Am vergangenen Freitag beteuerte der BND noch einmal, dass er „keine Kenntnis vom Namen, Umfang und Ausmaß des in Rede stehenden NSA-Projektes ‚PRISM‘ hatte“.

Doch selbst wenn das stimmt – „Prism“ war nur ein Teil der Abhörtechnik der NSA, und die neuen Dokumente zeigen, dass die Deutschen sehr wohl im Bilde waren über umfassende Spionagemöglichkeiten der Agency. Sie profitieren davon, und sie verlangten nach mehr.

Merkel aber nimmt für sich in Anspruch, gar nichts von der Spähsoftware der Amerikaner gewusst zu haben. „Von Programmen wie ‚Prism‘ habe ich durch die aktuelle Berichterstattung Kenntnis genommen“, sagte sie der „Zeit“. Bei Sätzen wie diesem stütze sie sich auf Aussagen der deutschen Geheimdienstchefs, so jedenfalls erzählen es ihre Leute.

Doch was bedeutet das? Hat die Bundesregierung ihre Geheimdienste noch im Griff? Oder gibt es eine Art Staat im Staat?

Und wer kontrolliert eigentlich, ob die Dienste in ihrem Eifer, das „Supergrundrecht“ Sicherheit durchzusetzen, nicht längst über das Ziel hinausschießen?

Der Ort, an dem über das Treiben der Geheimen im In- und Ausland debattiert werden müsste, ist das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages. Die Regierung ist gesetzlich dazu verpflichtet, die elf geheim tagenden Abgeordneten regelmäßig „umfassend“ über die Arbeit von BND und BfV zu infor-

mieren und „Vorgänge von besonderer Bedeutung“ zu erläutern.

Seltsam nur: Seit Beginn der NSA-Affäre hat das Gremium viermal getagt – viermal erfuhren die Parlamentarier wenig über die weltweiten Datenausprogramme. Stattdessen hörten sie zum Teil langatmige Vorträge der Verantwortlichen, deren Essenz in der Regel war: Wir wissen eigentlich auch nichts.

Das Gremium ist im Laufe der Jahre längst zu einem – gar nicht mehr so geheimen – Schauplatz der Eitelkeiten mutiert. Es sitzen eben nicht nur Mitglieder mit ausreichend Zeit und technischer Expertise in der Runde. Den Diensten kann es nur recht sein. Je weniger die Öffentlichkeit von ihren Aktivitäten erfährt, desto ungestörter können sie walten.

„Die Kontrolle der Dienste findet nur in der Theorie statt“, klagt denn auch der Grünen-Vertreter im Gremium, Hans-Christian Ströbele. „Die wirklich brisanten Sachen erfahren wir erst, wenn Medien sie enthüllt haben.“ Verwunderlich ist das nicht. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Geheimdienstkontrolle sind vage.

Die Dienste genossen „Narrenfreiheit“, sagt der Jurist Wolfgang Nešković, der lange für Die Linke im Kontrollgremium saß. Union und FDP haben sich nun darauf geeinigt, im Bundestag ein zusätzliches Geheimdienstreferat einzurichten. Im Licht der jüngsten Ereignisse glaubt jedoch der CDU-Innenexperte Clemens Binniger, dass eine „große Lösung“ erforderlich sei. Er plädiert für einen parlamentarischen Geheimdienstbeauftragten, der mit eigenen Befugnissen und einem eigenen Stab ausgestattet sein sollte.

Doch auch in der Regierung wächst das Misstrauen gegen die Geheimdienste.

Am vergangenen Mittwoch kam es deshalb zu einer denkwürdigen Szene in der Bundespressekonferenz. Zuvor hatte ein Nato-Papier die Runde gemacht, wonach die Bundeswehr sehr wohl von der Existenz von „Prism“ Kenntnis hat. Regierungssprecher Steffen Seibert verkündete zwar die Einschätzung des BND, wonach es sich bei dem erwähnten Programm nicht um die Spähsoftware der NSA handle. Aber er machte sich die Bewertung des Geheimdienstes ausdrücklich nicht zu eigen. Später verbreitete dann das Verteidigungsministerium ein Statement, das man auch als Dementi der Worte des BND verstehen kann.

Für Merkel ist das misslich. Mitten im Wahlkampf steht sie als Chefin einer Regierung da, in der es drunter und drüber geht. Natürlich, sollte sich herausstellen, dass die Geheimdienste sie hinters Licht geführt haben, könnte sie personelle Konsequenzen ziehen. Eng könnte es dann vor allem für BND-Chef Schindler werden, aber auch für Ronald Pofalla, der als Kanzleramtschef für die Geheimdienste zuständig ist.

Aber ihre Leute machen sich keine Illusionen. SPD und Grüne würden von einem Bauernopfer reden. „Die Bundeskanzlerin vertritt eher die Interessen der US-Geheimdienste in Deutschland als die deutschen Interessen in den USA“, sagt SPD-Chef Gabriel. Die Opposition hat sich in der NSA-Affäre ganz auf die Kanzlerin eingeschossen. Und es sieht nicht so aus, als würde sich das bis zum Wahltag am 22. September ändern.

RENÉ PFISTER, LAURA POITRAS,
MARCEL ROSENBACH, JÖRG SCHINDLER,
HOLGER STARK



LICHTKUNSTLER OLIVER BIENKOWSKI / AFP

Leviathan ohne Hemd

Der Staat ist vom digitalen Zerfall bedroht.

Von Thomas Darnstädt

Der Vertrag ist schon recht alt. Im Kanzleramt hat man ihn vielleicht deshalb übersehen. Doch er ist aktueller denn je. Es ist der Vertrag mit Leviathan. Das Volk hat das Abkommen einst mit dem wüsten Kerl im Kettenhemd geschlossen. Leviathan beschützt mit seinem Schwert und Krummstab Freiheit und Eigentum der Menschen vor fremden Gewalthabern und der Unbill daheim. Dafür schulden ihm die Beschützten Gehorsam.

Das ist der Deal. Und auf dieser Erzählung beruht der moderne Staat, wie ihn vor fast 400 Jahren der britische Philosoph Thomas Hobbes begründet hat. Schutz gegen Loyalität: Auf dieses Prinzip stützen sich bis heute die Regierungen fast aller Staaten, auch deutsche Innenminister berufen sich auf den Leviathan.

Doch nun wird klar, dass der alte Vertrag notleidend geworden ist. Leviathan kann seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Die Enthüllungen Edward Snowdens über die weltumspannenden Informationsangriffe der Geheimdienste machen unübersehbar, dass das große Versprechen des Staates, die Freiheit seiner Bürger zu schützen, hohl geworden ist. Wer schützt die Bevölkerung vor dem totalen Datenkrieg, den der US-General und NSA-Chef Keith Alexander mit seiner Forderung ausgerufen hat, „alle Signale“ der Menschen immer und überall abzufangen? „Ich kann mich nicht in ausländische Rechtslagen einmischen“, ist die hilflose Antwort der deutschen Regentin.

Um die Hilflosigkeit zu verschleiern, hat Leviathan sich aufs Argumentieren verlegt. Der millionenfache Angriff auf die Privatsphäre der Menschen geschehe ja nur zu deren Besten. Gerade um seine Schutzpflicht zu erfüllen und die Menschen vor

den Gefahren des Terrorismus zu bewahren, müsse alles und jeder überwacht werden können – oder solche Überwachung durch fremde Machthaber hingenommen werden. Es gehe um die „Balance von Sicherheit und Freiheit“, sagt Innenminister Hans-Peter Friedrich, den man sich nun nicht mehr anders vorstellen kann denn als Leviathan ohne Hemd.

Er hat es nicht besser verdient. Der Verfassungsminister sollte schwerwiegenden Verfassungsbruch nicht mit dem Hinweis schönreden, er sei gutgemeint. Die Verfassung bringt den Staat erst hervor, der deutsche Leviathan balanciert auf den schmalen Planken des Grundgesetzes. Tritt er daneben, ist er weg.

Der moderne Staat ist das schützende Konstrukt, unter dem die Bürger ihre grundgesetzlich verbürgten Freiheiten verwirklichen können: Diese Funktion, das Freiheitsversprechen des demokratischen Rechtsstaates, ist seine einzige Existenzberechtigung, seine letzte. Weil er als Gehäuse der Bürgerfreiheit unverzichtbar ist, kann sich so ein Staat im großen Weltgeschehe der Globalisierung überhaupt noch halten. Nun sieht es so aus, als werde das Schutzgehäuse der Menschen durch die globale Vernetzung und Speicherung digitalisierter Informationen geradezu paralytisiert. Das ist kein Problem der Kanzlerin und ihres Innenministers, es ist ein Problem des Staates: Es droht sein digitaler Zerfall.

Der moderne Staat ist schwach, unheilbar schwach. Denn als demokratischer Rechtsstaat verfügt er nicht über Kettenhemd und Schwert, um seine Versprechen einzulösen, sondern nur über das Mittel des Gesetzes und seiner Durchsetzung. Diese Instrumente des modernen Leviathan aber erweisen sich in einer digitalen Welt als erschreckend stumpf.

Ist der Umgang mit digitalen Informationen mit dem Mittel des Rechts noch beherrschbar? Die Frage quält Politiker wie Juristen in zahllosen Zusammenhängen. Die Aufgabe der Re-

* Projektion des Künstlers Oliver Bienkowski auf die Fassade der US-Botschaft in der Nacht zum 8. Juli.

gulierung im Netz stellt weite Teile der Privatrechtsordnung auf die Probe.

Mit der Verfassungsordnung ist es noch schwieriger. Wo es um die Freiheit der Bürger und die Verantwortung des Staates geht, hat das Bundesverfassungsgericht dringende Erwartungen geäußert. In ihrem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung haben die Richter vor drei Jahren dem Staat die Verantwortung übertragen, die Privatsphäre der Bürger nicht nur zu respektieren, sondern aktiv vor Ausforschung zu schützen. Es müsse in einer funktionierenden Demokratie jedermann möglich sein, sich zu äußern, ohne Sorge haben zu müssen, dass irgendjemand außer dem Adressaten dies zur Kenntnis nimmt.

Das Urteil ist das Update des alten Leviathan-Vertrages für die digitalisierte Gesellschaft. Und es ist empörend, dass die Regierung den Karlsruher Spruch bislang ignoriert. Aber es ist nicht verwunderlich. Denn es scheint fast unmöglich, dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

Ein rechtsstaatliches Gesetz funktioniert nur, wenn es in seinen Worten genau beschreibt, unter welchen Voraussetzungen der Staat was genau tun darf oder muss. Doch in der Welt der Festplatten, Glasfaserkabel und Algorithmen fehlen dem guten alten Recht allzu oft die Worte. Was ist überhaupt ein digitaler Eingriff in Bürgerfreiheiten – und worin liegt er? Es war ja erst das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1983, das für den Geltungsbereich des Grundgesetzes klarstellte, dass die Panscherei mit personenbezogenen Daten freiheitsrelevant, ein „Eingriff“ in die Bürgerrechte ist. Das war im digitalen Mittelalter.

Nun geht es darum: In welcher Weise ist das Anzapfen eines Unterwasserkabels zwischen Deutschland und Großbritannien ein Eingriff in die Freiheitsrechte von (zum Beispiel) Herrn Müller in Bielefeld? Und wer ist der Täter? Und wo ist der Tatort? Nicht mal der klügste Gesetzgeber wäre in der Lage, auch nur die Tat so in Worte zu fassen, dass daraus rechtliche Konsequenzen zu ziehen sind. Was machen wir mit einer Maschine, die irgendwo an dem besagten Kabel klemmt – warum auch immer –, einige Daten plötzlich in unbefugte Hände leitet, verhaften wir dann die Maschine? Und ist wirklich Herrn Müllers Freiheit in Bielefeld dadurch vermindert, dass seine Daten dabei waren? Es ist kein Wunder, dass die Amerikaner, die da ganz anders denken, anfangen, über das alte Europa, das analoge, zu spotten.

Spöttisch mag ein Datensammler wie Keith Alexander (alles, immer, überall) auf das altmodische Projekt blicken, Datenverarbeitung mit Gesetzen regeln zu wollen. Die Frage „Wozu?“ drängt sich in einer Welt, die sich ihre Regeln im Wesentlichen nach Gesichtspunkten der Ökonomie und der Effektivität gibt, geradezu auf. Gesetze haben in dieser Hinsicht eine Dosierungs- und eine Lenkungsfunktion. Jede Aktion – egal ob von staatlicher Hand oder durch ein privates Unternehmen – wird an das Vorliegen von Voraussetzungen geknüpft, einfach weil nur so rationales und ressourcenschonendes Handeln möglich ist. Die Dosierung und Lenkung wird in der Demokratie dann der Weisheit des parlamentarischen Gesetzgebers überantwortet.

Warum aber brauchen wir Gesetze, wenn es um ein Nichts wie Daten geht? Daten wiegen nichts, ihre Erhebung spürt man nicht, ihre Lagerung auf Vorrat ist fast unbegrenzt möglich, sie sind überall und jederzeit in jeder Menge vorhanden. Den Umgang mit ihnen zu regeln ist Haschen nach Wind.

So ähnlich haben sie früher auch im Umweltschutz gedacht. Erst die spürbare Vergiftung, die Sondermüllablagerung, das Fischsterben im Fluss hatten genug Gewicht, staatliches Eingreifen auszulösen. Dass es eine Pflicht des Staates geben könnte, das Klima, die Reinheit der Gewässer, die Wälder zu

schützen, nahm lange niemand ernst. Denn hier ging es um Verletzungen, die scheinbar nicht zu spüren, die für sich gesehen folgenlos waren. Heute ist – zumindest in Deutschland – der Klimaschutz eine Verfassungspflicht des Staates.

Um so weit zu kommen, hat die Umwelt-Rechtsordnung einen Wandel durchgemacht. Im Immissionsschutzrecht etwa kommt es nicht mehr nur darauf an, Leben und Gesundheit einzelner Bürger zu schützen, sondern die Luft um ihrer selbst willen sauber zu halten, Lärm zu verhindern, weil Stille gut ist. Die „Verantwortung“ des Staates nicht nur für Leben und Gesundheit einzelner Bürger, sondern für „künftige Generationen“ steht im Grundgesetz. Staatsziel: die Offenhaltung von Freiräumen zum Leben.

Es gibt nicht wenige einflussreiche Juristen in Deutschland, die über Pläne brüten, etwas Ähnliches für den Datenschutz zu erreichen. Gesetzliche Regelungen müssen nicht nur am drohenden Eingriff in die Rechte einzelner Bürger ansetzen, sondern an der Quelle der Gefahr – und digitale Datenanlagen sowie ihre Programme behandeln wie etwa ein Braunkohlekraftwerk: Googles Datenserver als gefährliche Anlage, gegen deren schädliche Auswirkungen Vorsorge getroffen werden muss. Der Witz: Auch staatliche Anlagen, auch ausländische, auch die der Geheimdienste wären dann einem strengen Genehmigungs- und Überwachungsverfahren zu unterwerfen. Der Zweck eines solchen Datenschutzregimes wäre nicht mehr der Schutz der Privatsphäre von Herrn Müller in Bielefeld, sondern die Offenhaltung von Freiräumen unbelauschten Diskurses in der Demokratie.

Das würde bedeuten, dass es statt Privatschutz-Gesetzen künftig Datenschutz-Gesetze gibt. Fachleute der Genehmigungsbehörde würden sich massiv in die Frage einmischen, welche Software wie verwendet wird. So wie die „Technische Anleitung Luft“ heute für jede Industrieanlage in Deutschland verbindliche Grenzwerte für die Substanzen festlegt, die aus den Schornsteinen der Industrie geblasen werden

Warum brauchen wir Gesetze, wenn es um ein Nichts wie Daten geht?

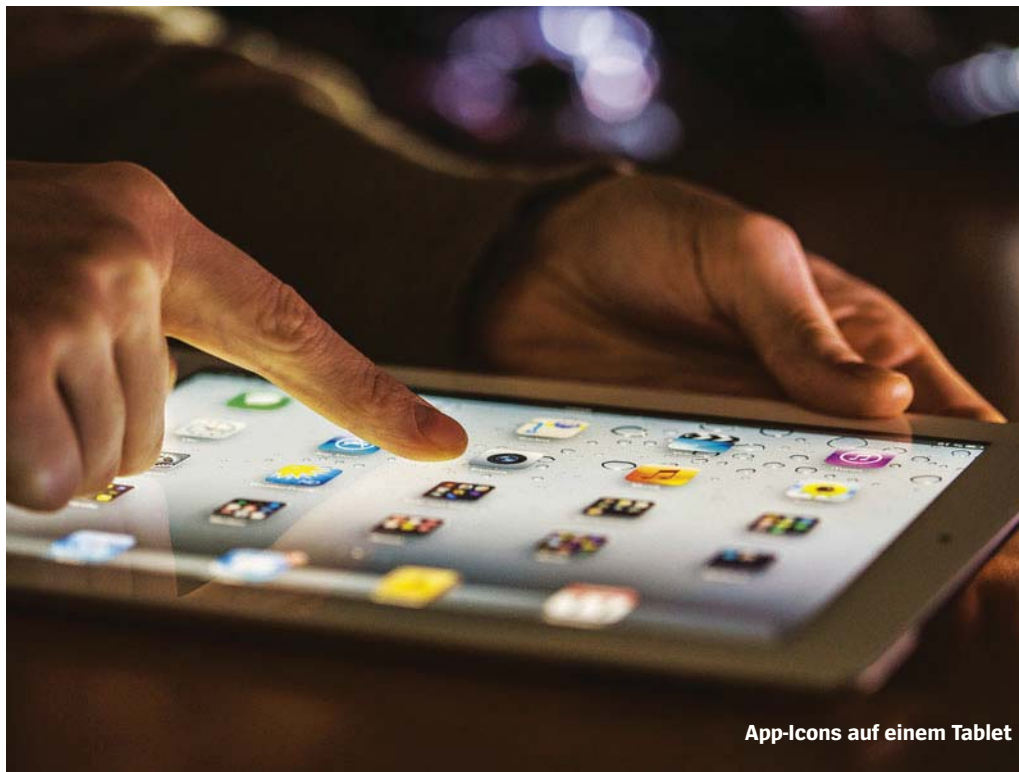
dürfen, müsste es eine „Technische Anleitung Datenschutz“ geben, mit einer verbindlichen und vom Parlament kontrollierten Liste, nach welchen Schlagwörtern im Netz gesucht werden darf.

Natürlich folgt so einer Idee der Protest von Google und vom Bundesinnenminister. Weil die Geschäftsmodelle der Datenwirtschaft und der Geheimdienstler damit in Gefahr gerieten. Wir werden sie darauf hinweisen, dass auch das Bundesimmissionsschutzgesetz und erst recht der Klimaschutz auf massiven Widerstand der Industrie stießen.

Nun ist es im Klimaschutz wie im Datenschutz: Die USA sehen das nicht ein und machen nur zögernd mit. Doch gerade Ökologie ist ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, ein Staatsziel über die Grenzen des eigenen Staates hinaus zu verfolgen. Klimaschutz ist mittlerweile Bestandteil des Völkerrechts – und die deutsche Kanzlerin macht sich auch zu Hause beliebt, weil sie als „Klimakanzlerin“ durch die Welt reist.

Angela Merkel als „Datenkanzlerin“? Dass es Probleme gibt, vor denen auch Leviathan allein die Menschen nicht schützen kann, hat 150 Jahre nach Thomas Hobbes der Philosoph Immanuel Kant eingeräumt. In seinem Traktat „Zum ewigen Frieden“ hat er gefordert, dass über die Grenzen eines Staates hinaus viele Leviathane zusammenwirken, um das große Versprechen zu erfüllen.

Aber wer weiß, ob sie im Kanzleramt die alte Schwarte kennen.



App-Icons auf einem Tablet

„Nützliche Idioten“

Internetkritiker Evgeny Morozov über die Folgen der Snowden-Affäre und die zunehmende Überwachung im Zeitalter von Smartphones und Apps.



Netzaktivist Morozov

Morozov, 29, wurde in Weißrussland geboren. Als Netzaktivist machte er sich in ehemaligen Sowjetrepubliken für soziale Medien stark und wollte mit Hilfe von YouTube oder Facebook die Demokratie und Transparenz fördern. Heute lebt der Autor in den USA und warnt vor einer umfassenden Kontrolle des digitalen Lebens. Sein neuestes Buch „To Save Everything, Click Here“ erscheint im Oktober auch auf Deutsch.

SPIEGEL: Sind die Enthüllungen von Edward Snowden ein Weckruf für die Welt?

Morozov: Ich will seine Leistung nicht schmälern. Aber ausgerechnet China und Moskau als Fluchtorte zu wählen – das kommt bei der amerikanischen Öffentlichkeit eher nicht so gut an. Mein Gott, Snowden wusste doch, mit wem er sich anlegt. Er hat ja für diese verrückten Leute gearbeitet. So hat er es den USA leichtgemacht, ihn als Landesverräter zu behandeln. Ich glaube deshalb nicht, dass die NSA-Affäre die Gesellschaft in einem Maß wachrütteln wird, wie es möglich gewesen wäre. Das Tragische an Snowdens Enthül-

lungen ist, dass sich die meisten Nutzer nicht darum scheren.

SPIEGEL: Warum ist das so?

Morozov: Viele haben sich längst damit abgefunden, dass sie zu Werbezwecken überwacht werden. Was denken Sie denn, warum neben Ihren Suchergebnissen bei Google stets Anzeigen auftauchen, die haargenau zu Ihnen passen? Außerdem scheint durch die Überwachungsprogramme der NSA für den Einzelnen zunächst mal kein Schaden zu entstehen. Es ist ein opferloses Verbrechen.

SPIEGEL: Hat Sie das Ausmaß der Überwachung überrascht?

Morozov: Jeder, der sich mit US-Außenpolitik auskennt, weiß, dass die Amerikaner ihre politischen Ideale in der Welt nicht mit Hilfe von Poesie durchgesetzt haben. Das wäre ja womöglich noch in Ordnung, wenn die Obama-Regierung nicht so penetrant ihre „Internet Freedom Agenda“ vermarktet hätte. Das State Department hat weltweit gegen Internetzensur und Überwachung gekämpft. Dieser Kampf wirkt jetzt nur noch scheinheilig.

SPIEGEL: Noch im Mai haben die USA angekündigt, gegen Internetsperren in Iran

vorzugehen, um dort die Meinungsfreiheit zu garantieren.

Morozov: Diese Agenda ist tot. Und über eine Rede, wie sie die damalige Außenministerin Hillary Clinton noch im Januar 2010 über die Bedeutung der Freiheit im Netz gehalten hat, würde heute die ganze Welt lachen.

SPIEGEL: Wie konnte es dazu kommen? Das Internet galt ursprünglich doch als Hort der Freiheit, in den Regierungen nicht eindringen.

Morozov: In der Mitte der neunziger Jahre stand das Netz an einem Scheideweg: Es hätte auch kommerzfrei von Tüftlern, von Geeks dominiert werden können, die freie Server betreiben, auf denen jeder Nutzer seine E-Mails speichern kann – ohne staatliche Überwachung. Doch dann gewannen große amerikanische Internetkonzerne an Bedeutung. Für viele Leute im Silicon Valley ist das Netz kein Medium mehr, sondern eine Religion. Sie glauben ernsthaft, dass sie die Welt mit ihren einfach zu bedienenden Apps befreien können. Sie sind die nützlichen Idioten der staatlichen Datenüberwacher geworden.

SPIEGEL: Was ist so schlimm daran, wenn die Menschen mehr miteinander kommunizieren? Wenn Apps den Konsum erleichtern und sich Leute auf Facebook zu politischen Kampagnen verabreden?

Morozov: Per se ist das nicht schlimm. Tatsächlich lassen sich Demonstrationen einfacher über das Netz organisieren. Man sollte aber bedenken, dass sich nicht nur die NSA wahnsinnig für diese Kommunikation interessiert. Woanders werden diese Technologien auch für Propaganda, Zensur und Repression benutzt, etwa in Iran oder China. Und die Regierungen sind den Bürgern in der Technik meistens einen Schritt voraus.

SPIEGEL: Sie bezeichnen viele Netzaktivisten als Utopisten, die die Gefahren des Internets unterschätzen. Es gab aber eine Zeit, in der auch Sie viel optimistischer waren.

Morozov: Ja – als ich als Aktivist einer Nichtregierungsorganisation durch die Staaten der früheren Sowjetunion reiste. Ich glaubte, dass soziale Netzwerke, Blogs und Wikis dabei helfen können, die Demokratie und Menschenrechte zu fördern.

SPIEGEL: Wie kam es zum Sinneswandel?

Morozov: Es gab nicht den einen Tag, an dem ich in den Spiegel sah und dachte, dass mein Leben in die falsche Richtung läuft. Aber ich erinnere mich an Konferenzen, an Treffen mit anderen Aktivisten – immer wieder haben wir unsere Absichten auf Powerpoint-Folien über YouTube und Twitter verbreitet. Irgendwann erkannte ich: Während wir diskutieren, besorgen sich autoritäre Regierungen die neueste Überwachungstechnik, um Aktivisten in den sozialen Netzwerken auszuspähen.

SPIEGEL: Die Digitalisierung schreitet weiter voran. Was befürchten Sie?

Morozov: Das klingt alles ganz prima. Aber sehen Sie sich das Beispiel Fettsucht an. Eine Krankheit, die in der amerikanischen Gesellschaft weitverbreitet ist. Die Firmen im Silicon Valley haben tolle Apps entwickelt, die dabei helfen, die Pfunde abzutrainieren. Solche Anwendungen beruhen auf Sensoren an Ihrem Smartphone, die zum Beispiel aufzeichnen, wie viele Kilo-



CHAPPATTE IN "NZZ AM SONNTAG", ZÜRICH / GLOBECARTOON

meter Sie gejoggt sind. Und wenn Sie mal einen Tag aussetzen, erinnert Sie Ihre App daran, dass Sie nicht genug getan haben. Und was ist mit Ihrem dicken Nachbarn, der die App nicht nutzt? Ist der nicht automatisch verdächtig? Kriegt er die gleiche Versicherungspolice wie Sie? Wird er bei der Jobsuche genauso behandelt?

SPIEGEL: Wie sollen Dritte an diese individuellen Informationen kommen?

Morozov: Heute regt man sich noch auf, dass die NSA Daten umständlich und heimlich über Glasfasernetze absaugt. In fünf Jahren werden Unternehmen und Geheimdienste Daten auf dem freien Markt erwerben können – sie kaufen sie einfach bei den Herstellern smarter Technologien. Denn die Menschen stellen ihre Daten freiwillig zur

eine tragfähige Gesellschaft zu bauen, brauchen wir politische Prozesse und müssen wir uns historischer Entwicklungen bewusst werden. Es ist ja nicht so, dass uns Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Fairness vor 200 Jahren mit Hilfe von Apps eingebläut wurden. Es mag ein altmodischer Ansatz sein, aber ich finde, um die Verhältnisse zu ändern, brauchen wir Menschen, die sich auf gemeinsame Werte verständigen – und nicht auf Algorithmen.

SPIEGEL: Schon heute nutzen manche Polizeibehörden in den USA eine Software namens PredPol, die angeblich vorhersagen kann, wo es zu Straftaten kommen könnte. Ist es kein Fortschritt, wenn auf diese Weise Verbrechen verhindert werden könnten?

Morozov: Ich denke, dass wir als Gesellschaft etwas verlieren werden. Denn solche Technologien haben die Tendenz, sehr rigide zu sein. Denken Sie zum Beispiel an den berühmten Fall der Rosa Parks ...

SPIEGEL: ... eine schwarze Bürgerrechtlerin in den USA, die sich in den fünfziger Jahren weigerte, im Bus für einen Weißen aufzustehen.

Morozov: Stellen Sie sich vor, es hätte damals Kameras mit Gesichtserkennung an der Bustür gegeben. Rosa Parks wäre vielleicht gar nicht erst in den Bus gekommen. Wir brauchen demokratische Instanzen, die sich mit der Technik befassen und in Zukunft darauf achten, dass Algorithmen nicht zur Diskriminierung der Bürger benutzt werden.

SPIEGEL: Also parlamentarische Kontrollgremien für Algorithmen? So, wie wir sie für Geheimdienste haben?

Morozov: Warum nicht? Ich verstehe ja die Argumente von Google und anderen Unternehmen, die ihre Betriebsgeheimnisse schützen wollen. Aber ihr Einfluss auf die Gesellschaft ist zu groß geworden, als dass wir einfach nur zusehen könnten.

SPIEGEL: Wie schützen Sie eigentlich Ihre Daten?

Morozov: Ich habe mehr als 40 000 Follower bei Twitter und versuche nicht, mich zu verstecken. Ich bin auch zu faul. Ich nutze das E-Mail-Programm von Google und habe ein Mobiltelefon.

SPIEGEL: Ihre Glaubwürdigkeit stärkt das nicht.

Morozov: Ich lehne neue Technologien nicht grundsätzlich ab. Mir geht es darum, eine Debatte über ihre gesellschaftliche Kontrolle anzustoßen. Unser System braucht ein Update, und wir brauchen Politiker, die diesen Wandel gestalten.

INTERVIEW: SVEN BECKER, JÖRG SCHINDLER

„In fünf Jahren werden die Geheimdienste unsere Daten ganz legal erwerben können.“

Morozov: Bald werden wir nicht nur Smartphones haben, die mit dem Internet verbunden sind, sondern auch intelligente Autos, intelligente Kühlschränke, intelligente Schuhe, sogar intelligente Mülltonnen, die unermüdlich Daten über uns sammeln. Intelligente Zahnbürsten werden rausfinden, was wir in den vergangenen Wochen gegessen haben, und dann ein gesünderes Ernährungsprogramm für uns entwickeln.

SPIEGEL: Na und?

Verfügung, wie bei Apps, die eigentlich die Fettsucht bekämpfen sollen. Mein Problem damit ist, dass sich die Politiker nicht mehr zuständig fühlen. Ab jetzt übernehmen ja die Smartphones ihre Arbeit.

SPIEGEL: Die pure Existenz von Smartphones und Apps bedeutet doch nicht automatisch einen Rückzug der Politik.

Morozov: In dem Moment, in dem alles Wissen über uns in Datenbanken fließt, können wir vielleicht effizienter werden. Aber um



Transportflugzeug A400M*

AIRBUS

RÜSTUNG

Flugzeug ohne Flügel

Während das Parlament diese Woche das Drohnendesaster um den „Euro Hawk“ untersucht, plagt Verteidigungsminister Thomas de Maizière ein noch größeres Problem: Er kämpft darum, das Transportflugzeug A400M zugelassen zu bekommen.

Es war ein Bild mit Symbolkraft. Ein großes, schweres Transportflugzeug, gestrichen in grauer Tarnfarbe, steckte im Lausitzer Sand fest, eingesunken bis zu den Achsen, manövrierunfähig.

Gut ein Jahr ist das her, und kaum jemand nahm damals so recht Notiz von dem Missgeschick, das den Piloten eines Flugzeugs vom Typ A400M widerfuhr. Außer den Verantwortlichen des Herstel-

lers Airbus Military, der Bundeswehr und sechs europäischer Luftwaffen, die die Propellermaschine gekauft haben.

Auf der Graspiste des Flughafens Cottbus-Drewitz sollte das Flugzeug getestet werden, das für ein maximales Startgewicht von 141 Tonnen konzipiert worden ist. Die Landung hatte noch ohne Probleme geklappt. Doch bei Roll- und Bremsversuchen sackte der schwere Prototyp plötzlich weg, und sein linkes Fahrwerk

grub sich in den weichen Sandboden Brandenburgs ein.

Das Bild könnte einmal Symbol für das Schicksal des deutschen Wehrbeschaffungswesens sein, ausgerechnet bei einem europäischen Prestigeprojekt mit Bestellungen von insgesamt 170 Maschinen im Wert von über 25 Milliarden Euro. Im ver-

* Beim Ausstoß von Flares (Täuschkörpern) zum Schutz vor feindlichen Raketen.

gangenen Jahr halfen Schaufeln und schweres Schleppgerät, das Luftfahrzeug nach Stunden wieder flottzubekommen. Doch inzwischen droht ein weiteres, ungleich gravierenderes Problem den Flieger lahmzulegen. Der Bundeswehr gelingt es nicht, die rechtlichen Voraussetzungen für die militärische Zulassung der A400M zu schaffen.

Während in dieser Woche der Untersuchungsausschuss des Bundestags seine Ermittlungen aufnimmt in Sachen gescheiterter Zulassung der Aufklärungsdrohne „Euro Hawk“, plagen die Beamten im Verteidigungsministerium ganz andere Sorgen. Erhält die A400M nicht die notwendige Militärlicenz, stehen 9,5 Milliarden Euro auf dem Spiel. Das ist die Gesamtsumme für die 53 von Deutschland bestellten Transporter, die teilweise bereits ausgezahlt ist.

Über dem glücklosen Verteidigungsminister Thomas de Maizière bräut sich das nächste Unwetter zusammen. Nach dem millionenschweren Aus für den „Euro Hawk“ musste die Bundeswehr vorvergangene Woche einen Bericht des SPIEGEL bestätigen, dass auch die Kosten für den Kampfjet „Eurofighter“ um einige Milliarden Euro steigen werden. Hier spielten ebenfalls Unregelmäßigkeiten bei der Zulassung eine Rolle.

Was man der Öffentlichkeit bislang nicht eingestanden hat: Bei der A400M droht nun Ähnliches. Diese Einschätzung ergibt sich aus internen, auch als Versuchssache deklarierten Dokumenten.

Derzeit treffen Bauteile der ersten für die Bundeswehr bestimmten Maschinen im Werk in Sevilla zur Endmontage ein. Ende nächsten Jahres soll das erste Exemplar für die Bundeswehr fertig sein. Aber jetzt müsste eigentlich der Prozess der militärischen Musterzulassung für das Flugzeug beginnen. Nach deutscher Rechtslage müsste auch der Fertigungsprozess durch Prüfer des Wehrbeschaffungsamts, des heutigen Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz, nun überwacht werden.

Doch bei der Truppe herrscht Chaos: keine Prüfer, kein rechtlich abgesichertes Konzept, wie das Projekt zu zertifizieren sei. Juristisch betrachtet, ist die A400M derzeit für die Bundeswehr ein Flugzeug ohne Flügel. Ganz im Gegensatz zu Frankreich, dessen Militär in diesen Tagen die erste A400M zulassen und in Betrieb nehmen will.

Die deutschen Beamten hingegen entwickeln in ihrer Not geradezu abenteuerliche Pläne. Unter anderem wollen sie eine „virtuelle nationale militärische Luftfahrtbehörde für den Betrieb der A400M“ gründen – eine in der deutschen Verwaltungsgeschichte vermutlich beispiellose Idee. Sie soll „Nukleus“ für ein nationales militärisches Zulassungsamt sein.

Bundesverteidigungsminister de Maizière erwähnte die Gründung einer solchen Institution bereits in seinem Auftritt vorigen Monat vor dem Verteidigungsausschuss zum „Euro Hawk“. „Für Deutschland schaffen wir eine militärische Luftfahrtbehörde, die für alle militärischen Luftfahrzeuge die Zulassungsfragen entscheidet“, verkündete de Maizière vor den Parlamentariern.

Das sollte nach Handlungsstärke klingen. Doch geht es in Wahrheit nicht um den „Euro Hawk“. Seit über einem Jahr

fung, ob das neue Produkt auch den Sicherheitsstandards entspricht. Begleitet wird er von der Zulassungsbehörde, in Europa ist das die EASA, die dann im Prinzip nur noch die Testunterlagen sichtet und die sogenannte Musterzulassung erteilt. Diese ist dann die Voraussetzung dafür, dass ein Flugzeug Verkehrszulassung erhält und im europäischen Luftraum fliegen darf.

So ähnlich sollte es nach dem Willen der Verantwortlichen nun auch bei der A400M laufen, und zwar auf europäischer



Verteidigungsminister de Maizière: Das nächste Unwetter bräut sich zusammen

weiß die Leitungsebene des Verteidigungsministeriums, dass sie dringend eine solche Behörde braucht. Das erfordern Vereinbarungen, die Deutschland mit den europäischen Partnern zur Zulassung von militärischem Luftfahrtgerät vereinbart hat. Nun ist klar, der Minister benötigt die Behörde für sein Transportflugzeug.

Dabei versucht de Maizière einem Schlamassel zu entkommen, den ihm sein Vorgänger Rudolf Scharping (SPD) eingebrockt hat. Denn bei den Vertragsverhandlungen kurz nach der Jahrtausendwende unterlief dem eine folgenschwere Fehleinschätzung: Laut der Vereinbarung sollte die Zulassung der A400M erstmals in der Geschichte der Bundeswehr nicht nach der dafür geltenden Zentralen Dienstvorschrift ZDv 19/1 ablaufen. Stattdessen wollte man einen sogenannten kommerziellen Ansatz und so tun, als wäre die A400M, im Fachjargon auch Militärbus genannt, ein ziviles Flugzeug.

Bei kommerziellem Fluggerät übernimmt der Hersteller weitgehend die Prü-

Ebene. Nur: Ein entsprechendes militärisches Zulassungssystem war in Europa noch nicht etabliert, und es ist auch heute erst im Entstehen. Als Hauptproblem entpuppte sich für die Bundeswehr, dass ein kommerzielles europäisches Zulassungsverfahren, wie für die A400M vereinbart, gar nicht mit den entscheidenden Dienstvorschriften in Einklang zu bringen ist.

Doch das wäre zwingend notwendig, soll das Flugzeug militärische Aufgaben übernehmen. Denn die Bundeswehr ist nach bestehender Rechtslage von einem zivilen kommerziellen Verfahren ausgeschlossen. Stattdessen werden ihre Flugzeuge in der Hauptsache von zwei Behörden zugelassen: dem Güteprüfdienst in Koblenz und der Wehrtechnischen Dienststelle 61 im bayerischen Manching.

Doch gegen diese Regel glaubte man sich vor über zehn Jahren einfach hinwegsetzen zu können. Scharping wollte damals der deutschen Luftfahrtindustrie mit dem Auftrag für die A400M helfen, hatte aber eigentlich kein Geld in seinem



Kältetest einer A400M in der Arktis: Die Bundeswehr sitzt in der Falle

Haushalt und wollte die Kosten der Zulassung senken.

Im Wehrbeschaffungsamt hatte man damals schon größte Bedenken, dass sich der Vertrag später, wenn das Flugzeug zugelassen wäre, als nicht tragfähig erweisen würde. Doch das Ministerium wollte die Flieger, und Scharping dachte an die Arbeitsplätze in der deutschen Luftfahrt-industrie.

Viele Jahre blieb der Geburtsfehler unter der Decke, wurde weitergereicht zu den Ministern Peter Struck (SPD), Franz-Josef Jung (CDU) und Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). Auf der Fachebene schwante den Beamten allerdings, dass sich die luftrechtliche Zulassung des Fliegers als Zeitbombe entpuppen könnte.

Warnungen vor dem vertraglich vereinbarten Zulassungsverfahren hat es genug gegeben. Im August 2011 wies ein Ministerialrat darauf hin, dass „internationale Programmvereinbarungen mit den nationalen Gesetzmäßigkeiten in Einklang zu bringen sind und nicht umgekehrt“. Auch die Juristen des Bundesverkehrsministeriums warnten ihre Kollegen aus dem Verteidigungsministerium, bei der Sonderstellung der Bundeswehr im Luftverkehrsgesetz handle es sich „nicht um eine Ermächtigungsgrundlage“. Es ließen sich daraus „keine Rechtssetzungsbefugnisse herleiten“ oder diese auf europäische Institutionen übertragen, heißt es in einem Schreiben vom November 2009.

Im Verteidigungsministerium überhörte man diese Stimmen offensichtlich. Anfangs schien auch alles bestens geregelt. Die EASA machte sich an die Musterzulassung und erteilte sie dem Flieger im März dieses Jahres – allerdings nur als

ziviles Flugzeug. Für die militärische Nutzung, etwa das Absetzen von Fallschirmspringern, Tiefflug oder den Abwurf von Fracht, erklärte sich die Kölner Behörde nicht zuständig.

Den juristischen Geburtsfehler zu verdrängen fiel leicht. Die Auslieferung des Militärbusses verschob sich Jahr um Jahr wegen massiver technischer Probleme etwa mit den neuartigen Turboprop-Triebwerken. Die offene Frage der Zulassung blieb weiter unbehandelt. Das Bundesverteidigungsministerium bestreitet gegenüber dem SPIEGEL, dass man damals Fehler gemacht habe. Das Ministerium und

Den Beamten schwante, dass sich die Zulassung als Zeitbombe entpuppen könnte.

die Partnerländer hätten sich bewusst „aufgrund der großen Schnittmenge der Bauteile des militärischen A400M mit denen ziviler Luftfahrzeuge“ für das kommerzielle Zulassungsverfahren entschieden.

In der Zentrale von Airbus Military und dessen Mutterkonzern EADS ist man mit sich im Reinen: „Das A400M-Programm ist wieder zurück auf der Schiene und schreitet gut voran“, so eine Sprecherin von Airbus Military. Ganz im Gegensatz zum deutschen Zulassungswesen. Dessen Unzulänglichkeiten sah man bei Airbus sicher klarer als im Ministerium. Das Durcheinander spielt dem Konzern in die Hände. Denn bereits länger drängt EADS darauf, sich bei der Zulassung von Flugzeugen von der Aufsicht der Prüfer vom

Wehrbeschaffungsamt zu befreien und die Regie weitgehend selbst zu übernehmen.

Mit der A400M sitzt die Bundeswehr nun in der Falle. Denn die Endmontage der ersten deutschen A400M steht an. Jetzt müssten Deutschlands Militärprüfer dringend das Flugzeugmuster zulassen und die Einzelproduktion überwachen. Doch Airbus Military verweist mit einigem Recht auf das damals vereinbarte Verfahren. „Wie vertraglich vereinbart, ist es nicht vorgesehen, dass deutsche Zulassungsbehörden bei der Endmontage beteiligt sind“, so Airbus Military. Die deutschen Prüfer würden ja schon einzelne Flugzeugkomponenten kontrollieren. In diesem „einzigartigen europäischen Programm“ habe schließlich jeder Partner einer ganz bestimmten Rolle zugestimmt, um doppelte Arbeit zu vermeiden, sagt der Konzern.

Die deutschen Prüfer sind damit praktisch raus aus dem Zulassungsprozess in Sevilla. In der Wehrtechnischen Dienststelle 61 in Manching beklagen sich die Kontrolleure deshalb auch bitter darüber.

Hinzu kommt, dass ihre Vorgesetzten mehr als ein Jahrzehnt lang bei Personal und Ausstattung der Prüfer gespart haben. So steht kein einziger speziell ausgebildeter Kontrolleur bereit, um die sogenannte Stückprüfung an den Serienmodellen der A400M für die deutsche Luftwaffe vorzunehmen. Dabei brauchte man mehr als ein Dutzend von ihnen, wollte man die Zulassung des Transporters über die gültigen Vorschriften regeln. Die Ausbildung der Ingenieure dauert jedoch zwei bis drei Jahre.

In diesem Schlamassel versucht nun der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Stéphane Beemelmans zu retten,



EINE WOCH KOSTENLOS IM URLAUB SURFEN.

URLAUBSAKTION IN ALLEN EU-LÄNDERN
VOM 01.07. BIS 30.09.2013.*

Mehr Infos auf www.telekom.de/travel-and-surf



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

* Als Telekom Laufzeit-Vertragskunde können Sie vom 01.07. – 30.09.13 mit dem Travel & Surf WeekPass eine Woche kostenlos in den Ländern der EU (entspricht Travel & Surf Ländergruppe 1) surfen. Sie erhalten einen WeekPass (150 MB Inklusivvolumen) kostenlos. Nach Verbrauch der 150 MB wird die Geschwindigkeit auf 64 kbit/s (Download) und 16 kbit/s (Upload) reduziert. Um dieses Angebot nutzen zu können, ist es erforderlich, dass Sie auf Ihrem Handy die Datenroaming-Funktion einschalten. Dadurch entstehen Ihnen noch keine Kosten, da erst nach Auswahl des WeekPasses für das Ausland eine Internetverbindung aufgebaut wird. Kostenlosen WeekPass buchen unter dem auch im Ausland kostenlosen Link www.telekom.de/urlaubsaktion – Buchung ist nur aus dem Ausland möglich, Link funktioniert nur per Handy, Tablet oder Surfstick.

was zu retten ist. Beemelmans, ein langjähriger Weggefährte de Maizières, billigte am 20. Dezember vorigen Jahres die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum „Aufbau einer Organisation für die Verkehrssicherheit von Luftfahrzeugen und Luftfahrtgerät der Bundeswehr“.

Begründet wird das in einem Schreiben („VS – Nur für Dienstgebrauch“) damit, dass es einer solchen nationalen militärischen Zulassungsbehörde bedürfe, um Vorgaben aus dem nun entstehenden europäischen Zulassungsverfahren bei Kooperationsprojekten wie der A400M auf nationaler Ebene umzusetzen. In Wahrheit geht es darum, das Problem der fehlenden militärischen Zulassung zu lösen.

„Diese abenteuerliche Konstruktion bringt die Prüfer in rechtlich große Gefahr.“

Die Zeit drängt. Die Arbeitsgruppe sollte bis zum 31. Mai ihre Ergebnisse vorlegen. Kosten und Personal spielen offensichtlich keine Rolle. Mit einem „Dienstpostenmehrbedarf“ sei zu rechnen, heißt es in dem Papier. „Es entstehen absehbar mindestens sechs Dienstposten der Besoldungsstufen B7, B6, B3 in verantwortungsvollen, attraktiven Arbeitsgebieten“, schreibt der Verfasser, wobei sich „attraktiv“ vor allem auf das Salär beziehen dürfte. B7 entspricht einem monatlichen Grundgehalt von über 9000 Euro.

Wunschgemäß legte die Arbeitsgruppe Ende Mai ihren Abschlussbericht vor. Darin nimmt die künftige Behörde weitere Formen an: 400 Dienstposten seien innerhalb der ersten Realisierungsphase von drei bis vier Jahren zu erwarten.

Drei Orte werden für das neue Amt diskutiert: der Großraum Köln wegen seiner Nähe zum Waffensystemkommando der Luftwaffe; das oberbayerische Manching, weil dort schon heute Zulassungsaufgaben erledigt werden; oder „unter Wirtschaftlichkeitsaspekten“ Münster, weil dort im Jahr 2010 das Lufttransportkommando aufgelöst wurde und günstige Räumlichkeiten vorhanden sind.

Die Bundeswehr wollte sich zu Fragen des Standorts und des Personals gegenüber dem SPIEGEL nicht äußern, weil darüber noch „im Rahmen der Feinplanung entschieden“ werde.

Doch Staatssekretär Beemelmans scheint zu ahnen, dass die neue Behörde nicht rechtzeitig fertig sein wird. Deshalb ergeht Weisung für die „Einrichtung einer virtuellen nationalen militärischen Luftfahrtbehörde Luftwaffe für den Betrieb des A400M“. Eine virtuelle, also der Wortdefinition nach „nicht in Wirklich-

keit vorhandene“ Behörde – ein Schildbürgerstreich?

Ganz im Gegenteil. Eine nationale militärische Zulassungsbehörde sei „in den Streitkräften bisher nicht existent und bedarf bis zur realen Umsetzung insbesondere für den A400M einer virtuellen Organisation“, heißt es weiter. Nur so könne der Transporter nach europäischen Regeln betrieben werden. Zudem könnte das virtuelle Amt den „Nukleus für eine spätere, auch weitere Aufgaben umfassende Organisation bilden“.

Verlegen gesteht das Verteidigungsministerium den Zeitdruck bei der Zertifizierung der A400M ein und bezeichnet die virtuelle Behörde als eine „ablauforganisatorische Übergangslösung“.

De Maizières nationales Zulassungsamt wird wohl zu lange virtuell bleiben, weshalb sein Ministerium schon an der nächsten Behelfskonstruktion arbeitet. Statt der deutschen Prüfer sollen sich nun ihre spanischen Kollegen von der Generaldirektion für Rüstung und Material um die Zulassung kümmern.

Auf deren Urteil hin sollen die Prüfer des Wehrbeschaffungsamtes mit ihrer Unterschrift die Verkehrszulassung erteilen. So würde man auch das Werk nicht als luftfahrttechnischen Betrieb zertifizieren müssen, was nach den internen Vorschriften der Bundeswehr eigentlich nötig wäre. Vergangene Woche reiste deshalb eilends eine Delegation des Verteidigungsministeriums nach Madrid, um stattdessen die spanische Behörde „zu auditieren“, wie es aus dem Wehrbeschaffungsamt heißt.

Die Bundeswehr bestätigt auf Anfrage zwar diese Überlegungen, das Treffen in Madrid allerdings nicht. „Konkrete, für eine Bekanntgabe geeignete Ergebnisse liegen nicht vor“, wiegelt das Verteidigungsministerium ab – vielleicht, weil man um die Unruhe weiß, die dieses Vorhaben bei den zuständigen Prüfern des Wehrbeschaffungsamtes auslöst.

Die sollen ihre Unterschriften hergeben für ein Flugzeug, das sie technisch nicht ausreichend studiert haben. „Das Verteidigungsministerium handelt hier ohne eine rechtliche Grundlage“, kritisiert der Justitiar des Forums Militärische Luftfahrt, Hans-Joachim Ahnert. „Diese abenteuerliche Konstruktion bringt die Prüfer in rechtlich größte Gefahr“, sagt der Anwalt für Wehrrecht aus Düsseldorf.

Im Falle eines Unfalls, der auf ein schlampiges Zulassungsverfahren zurückzuführen ist, haften die Prüfer nach Ansicht von Ahnert nämlich persönlich.

Während sich die deutschen Kontrolleure im Stich gelassen fühlen, können sich ihre spanischen Kollegen auf höchstem Beistand berufen. Ihre Prüftätigkeit an der A400M basiert auf einem königlichen Dekret. Unterschrieben hat es der spanische Monarch Juan Carlos.

GERALD TRAUFFETTER



SPD-Wahlkämpfer Franke (l.), Hummel: Grobkörnige

SOZIALDEMOKRATEN

Das System Ahle Wurscht

Bei der Bundestagswahl droht der Partei wieder eine Pleite. Doch fern von Berlin sind die Wahlkämpfer kreativ wie nie. Ihr Motto: Retten, was nicht zu retten ist.

Es ist ein warmer Donnerstag im Juli, als die Wochen des Ärgers für Rebecca Hummel in einem Glas Erdbeermarmelade verschwinden. Hummel, 30, schiebt einige Krümel Vanille von einem Brett in eine silberne Schüssel. Vor ihr türmt sich ein Tag Arbeit im Naturfreundehaus Enningen: über 700 Miniaturgläser frischer Brotaufstrich. „Ein Familienrezept“, sagt die Gemeinderätin, dann schabt sie an der nächsten Vanilleschote.

Hummel kocht ihre Marmelade in politischem Auftrag. Wenn genügend Gläser gefüllt sind, läuft sie damit in ihren Heimatgemeinden von Tür zu Tür, damit doch noch das „kleine Wunder“ gelingen kann, wie sie selbst sagt: im Herbst ein Bundestagsmandat zu gewinnen, obwohl sie für die SPD antritt.

Die Ausgangslage ist dieses Jahr besonders düster. Den Reutlinger Direktkandidaten stellt seit Jahren die CDU, auf der Liste hat die tapfere Wahlkämpferin einen aussichtslosen Platz. Selbst mit der Brüsseler Bürokratie ist sie aneinandergerast. Komplizierte EU-Richtlinien definie-



Schweinswurst und Erdbeermarmelade für das kleine Wunder

ren genau, was Marmelade heißen darf und was nicht. Deshalb verteilt Hummel auch keine Konfitüre, sondern „Erdbeer-Brotaufstrich“.

Und dann ist da natürlich Berlin – die Parteizentrale an der Wilhelmstraße, die Kampagne, die nicht in Fahrt kommt, der glücklose Kandidat. „Es ist frustrierend, wenn sich die Leute den Arsch uffreißen, und in Berlin schlagen sie sich die Köpfe ein“, seufzt Hummel. Gekämpft werden muss trotzdem, und so eilt sie zwischen Erdbeerstücken, Gelierzucker und Vanillearoma rastlos hin und her.

Bei den Sozialdemokraten ist ein neuer Trend zu beobachten. Statt sich der Hoffnungslosigkeit zu ergeben, schöpfen die Wahlkämpfer quer durch die Republik zwei Monate vor der Wahl aus sich heraus erstaunliche Kräfte: Je mehr sich der Abstand des Kanzlerkandidaten zur Amtsinhaberin vergrößert, desto kreativer werden die Genossen vor Ort.

Während sich in Berlin eine Panne an die nächste reiht, haben sich die Wahlkämpfer von Tatarenmeldungen aus der Hauptstadt einfach entkoppelt. Wo der Bürger auf den Direktkandidaten trifft, ist das Willy-Brandt-Haus weit weg. Die Bundes-SPD wird im Wahlkreis wie eine ungeliebte Tante behandelt: Jeder betet, dass man möglichst wenig von ihr hört. Und wenn sie sich wieder danebenbenommen hat, na, dann spricht man am besten nicht drüber.

Am Donnerstag vor zwei Wochen lenkt Edgar Franke sein Audi-Cabrio mit einem Knie über die Autobahn, linke Spur, hinter seinem Sitz flattert das Sakko im Wind. Im Gegensatz zu Rebecca Hummel hat Franke schon eine Legislaturperiode

für die SPD hinter sich, aber auch er muss um die Wiederwahl kämpfen.

Kein Problem, sagt Franke: „Man kennt mich hier im Kreis.“ Seit Wochen kurvt er durch Nordhessen und besucht jeden, der sich bei ihm meldet. Und weil auch in der Politik Taten mehr zählen als Worte, hat der Hochschullehrer im Kofferraum gut gekühlt stets dutzendfach Ahle Wurst dabei: eine grobkörnige Schweinswurst, im Naturdarm geräuchert, die zwischen Kassel und Borken als kulinarische Spezialität schlechthin gilt, trotz der fettigen Finger, die sie hinterlässt.

Frankes Welt teilt sich in zwei Hälften: die der Funktionäre in Berlin, die in ihrem Kosmos um sich selbst kreisen – und in die Welt der Ahlen Wurst. Im Bundestag gebe es zu viele Politiker, „die mit der Realität auf dem Land nichts mehr anfangen können“, findet er. „Dieses Wiederkäuen von Textbausteinen bei manchem Politiker, das geht mir gewaltig auf die Klötze.“ Die Ahle Wurst ist für ihn zum Symbol geworden für den Widerstand, den Widerstand gegen das System Textbaustein.

Wo Franke auf den Bürger trifft, findet er sofort Bestätigung. „Von Politikern haltet ihr nichts, oder?“, sagt er zur Begrüßung in einer Jugend-WG in Gudensberg.

Die Schulabgänger nicken.

Franke nimmt einen Schluck Bier, er springt vom „Du“ zum „Sie“ und wieder zurück. Als er nach einer Stunde von dannen zieht, hat er die Erstwähler zwar nicht von der SPD überzeugt. Aber persönlich fanden sie ihn ganz überzeugend. „Super, dass Sie vorbeigekommen sind“, sagt einer beim Abschied. Schwer zu sagen, ob es nun die fettige Wurst im Kof-

ferraum oder seine fröhliche Art ist: Seit Wochen wird Franke mit Einladungen zum gemeinschaftlichen Ahle-Wurst-Essen geradezu überhäuft. Er hatte schon Werbekarten drucken lassen. Aber die will er erst mal nicht verteilen. „Sonst enttäusche ich noch die Erwartungen“, sagt Franke. „Das hat eine ganz schöne Eigendynamik bekommen.“

Was so eine Dynamik auslösen kann, hat etwas weiter nordöstlich auch Mario Hennig in Sachsen-Anhalt erfahren. Hennig, kurzärmliges Hemd, Stoppelfrisur, goldene Uhr, hatte mit einem befreundeten Genossen aus der Heimat vor einigen Wochen einen Einfall: Sein Wahlkampf sollte einen eigenen Song erhalten.

Verglichen mit Hennig tritt Rebecca Hummel noch in einer Art SPD-Kernland an. Nicht mal 18 Prozent der Wähler gaben 2009 im Bördekreis der SPD die Stimme. Die Sozialdemokraten landeten abgeschlagen hinter der CDU und den Linken auf Platz drei. Tiefste Diaspora also.

Damit es im Herbst anders wird, schrieb Gewerkschaftssekretär Hennig einen Liedertext, der sich darum dreht, warum die Welt eine bessere wird, wenn er erst einmal im Bundestag sitzt. „Wir haben die Idee – das ist die SPDeee“, reimt sich eine Zeile. „Das ist nichts für den Grand Prix“, sagt Hennig.

Aber was soll's. Wenn der große Preis das Bundestagsmandat ist, muss auch mal eine Zeile gebogen werden, bis sie passt. Seit einigen Wochen tönt der „Harzer Septemberwind“ überall dort aus einem CD-Spieler, wo der Kandidat für sein Verständnis von SPD-Politik wirbt. Dass der Stil – irgendwo zwischen dem Schlagerstern Andrea Berg und dem Erbauungspop der Gruppe Pur – auch manchen Witz provoziert, schert den Wahlkämpfer nicht weiter. „Auf Dorffesten haben sogar schon einmal DJs nach dem Lied gefragt“, sagt er stolz.

Trotz aller Kreativität, das schwant den tapferen Wahlkämpfern Hennig, Franke und Hummel, wird es mit dem Wahlsieg im September nur etwas, wenn sie sich auch im Willy-Brandt-Haus endlich etwas einfallen lassen, was bei den Leuten zieht. Parteichef und Kanzlerkandidat beteuern immerhin, dass sie für die letzten 60 Tage an einem Strang ziehen wollen.

In Metzingen läuft Rebecca Hummel mit ihrem Marmeladenkorb durch die Straßen. „Ich wollte mich vorstellen und Ihnen mein Versucherle geben“, sagt sie an der Tür eines Heizungsbetriebs.

„Und, muss ich jetzt SPD wählen?“

„Das wäre natürlich optimal!“

Hummels Lächeln will gerade ein ganzes Stück breiter werden, da setzt der Mann noch einmal an. „Und was habe ich dann davon“, sagt er, „dann muss ich doch höhere Steuern bezahlen!“

Die Marmelade nimmt er an, dann schließt er die Tür.

GORDON REPINSKI





CDU-Gesundheitsexperte Koschorrek, Tablettenproduktion: Dinner-Einladung „im Namen des Unternehmens“

LOBBYISMUS

1000 Euro in 30 Minuten

Ein Zahnarzt aus Bad Bramstedt wurde zum begehrten Geschäftspartner von Pharmakonzernen – und kassierte als Bundestagsabgeordneter hohe Vortragshonorare.

Was auch immer Rolf Koschorrek jetzt sagt, ist mindestens 1000 Euro wert. Der Bundestagsabgeordnete sitzt auf einem Podium der Saarländischen Landesvertretung in Berlin, es geht um Lieferengpässe bei Arzneimitteln. Koschorrek wirft ein paar dürre Sätze in die Diskussion, nebenbei tippt er auf seinem Handy, zum Abschied werden fleißig Hände geschüttelt. Als der CDU-Mann zielstrebig den Ausgang ansteuert, flüstert ihm eine Dame zu: „Ganz, ganz toll, dass du eingesprungen bist.“

Termine wie dieser sind für Koschorrek Routine. Mehr als 64 000 Euro hat er sich insgesamt mit 54 Auftritten verdient – der Volksvertreter gehört zu den besonders fleißigen Vortragsreisenden der Berliner Politik. Novartis, Pfizer und zahlreiche weitere Pharmaunternehmen haben seine Dienste gebucht. Berater wie Gisela Merck, die mit ihrer Firma Cognomed „zielgerichtetes Lobbying“ betreibt und für die Koschorrek kurzfristig zur Verfügung stand, können auf ihn als verlässlichen Partner bauen.

Kaum eine andere Branche übt in Berlin so viel Einfluss aus wie das milliardenschwere Gesundheitswesen. Und kein zweites Gremium im Bundestag ist für die Lobbyisten so interessant wie der Gesundheitsausschuss. Was die Abgeordneten dort beschließen, hat Folgen für die Industrie, für Krankenkassen und Kliniken. Intensiv kümmern sich deren Vertreter deshalb um die Ausschussmitglie-

der. Großzügige Vortragshonorare sind ein beliebtes Mittel, um den Gedankenaustausch zu befördern.

In welche Interessenkonflikte Abgeordnete dabei geraten können, zeigt die Karriere von Rolf Koschorrek. Der Zahnarzt aus dem Holsteiner Auenland zog vor acht Jahren in den Bundestag, um die Anliegen der Menschen in seinem Wahlkreis zu vertreten – am Ende wurde er zum begehrten Geschäftspartner privater Firmen. Seine Geschichte ist ein Lehrstück für Parlamentarier, denn gleich nach den Bundestagswahlen werden die Karten im Gesundheitsausschuss neu gemischt. Dann geht es für die Pharmaflüsterer wieder darum, Verbündete zu finden, Abgeordnete, die sich für ihre Belange einsetzen.

So wie Rolf Koschorrek. Das Geschäftsgewahren der Branche konnte er von 2005 an studieren, zunächst als einfaches Ausschussmitglied. Der Christdemokrat aus Bad Bramstedt wirkt sympathisch, spielt Trompete in Jazzbands, kann auf Leute zugehen. Nach vier Jahren stieg Koschorrek zum stellvertretenden gesundheitspolitischen Sprecher seiner Fraktion auf – plötzlich war er für die Industrie wichtig.

Nervös hatten Pharmakonzerne im Sommer 2010 verfolgt, wie das geplante Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) ihr Geschäft bedrohte. Das Gesetz sollte die Hersteller erstmals zwingen, den Zusatznutzen ihrer neuen Me-

dikamente nachzuweisen und dann die Preise mit den Krankenkassen auszuhandeln. Ein Schock für die Konzerne, derartige Eingriffe in ihre Preisgestaltung mochten sie nicht hinnehmen.

Am 6. Oktober, während im Bundestag Änderungsanträge für das AMNOG beraten wurden, eröffnete das Pharmaunternehmen AstraZeneca sein Hauptstadtbüro. Die Firma bat Koschorrek und einen Krankenkassenchef zum Gespräch mit dem Deutschland-Boss von AstraZeneca. Der ZDF-Mann Chernobobatey moderierte. Mehr als 1000 Euro zahlte der Hersteller an Koschorrek.

Bei einem weiteren Termin redete der CDU-Abgeordnete wieder bei AstraZeneca über das Gesetz. Die Firma überwies erneut zwischen 1000 und 3500 Euro – die genaue Höhe ist unbekannt, weil Parlamentarier ihre nebenberuflichen Einkünfte nur in Stufen angeben müssen.

Auch bei Novartis trat Koschorrek als Redner auf. Für 30 Minuten erhielt er im Oktober 2010 ebenfalls mehr als 1000 Euro. Und weil er als Zahnarzt ja nun wirklich ein Mann vom Fach ist, hielt er im selben Jahr weitere bezahlte Vorträge, etwa bei Gesellschaften des US-Konzerns Pfizer und des belgischen Medikamentenherstellers UCB.

Er habe sich auf seine Reden intensiv vorbereitet und arbeite grundsätzlich nicht umsonst, erklärt Koschorrek zu den Nebentätigkeiten: „Pharmanähe muss man mir erst mal nachweisen.“ Im Übrigen habe ihn 2010 kein Pharmakonzern gebeten, über das AMNOG zu sprechen. Bei einem seiner Auftraggeber, AstraZeneca, klingt das anders: Gesprochen wurde über „aktuelle Entwicklungen wie das AMNOG“, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens über seine Veranstaltung mit Koschorrek.

Noch im Herbst 2010 wurde das ungeliebte Gesetz entschärft. Die schwarz-gelbe Koalition schrieb offenbar fast wort-



gleich Formulierungen beim Verband Forschender Arzneimittelhersteller ab. Wie der Nutzen von neuen Medikamenten geprüft wird, soll demnach das von der FDP geführte Gesundheitsministerium festlegen. Und nicht, wie ursprünglich geplant, der Gemeinsame Bundesausschuss – das Selbstverwaltungsgremium gilt in der Industrie als schwierig und unbequem, weil dort Kassenvertreter auf Nutzen und Kosten achten.

Um einen anderen Störfaktor hatte sich Koschorrek bereits gleich nach der Wahl 2009 gekümmert. Mit Jens Spahn, dem gesundheitspolitischen Sprecher der Unionsfraktion, und weiteren Parteifreunden ging er damals den größten Kritiker der Pharmaindustrie an: Peter Sawicki. Der Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hatte mehrere neue Medikamente als Scheininnovationen entlarvt; in der Regel weigerten sich die Krankenkassen, dafür zu zahlen.

In „Kernforderungen an eine schwarze Gesundheitspolitik“ verlangten die Gesundheitsexperten der Union, die Arbeit des IQWiG „neu zu ordnen“. Die „Neuausrichtung muss sich auch in der personellen Spitze des Hauses niederschlagen“. Wenig später stand fest, dass Sawicki seinen Posten räumen muss, zur Freude der Industrie.

Einen guten Draht entwickelte Koschorrek in dieser Zeit zum Verband der Deutschen Dental-Industrie. Die Zahn-technikhersteller mussten 2010 Einbußen fürchten, weil die Koalition den Krankenkassen Sparmaßnahmen verordnen wollte. Nur zu gern hätten die Verbandsleute erfahren, wo die Politiker den Rotstift ansetzen wollten. So ließe sich womöglich rechtzeitig eine Gegenposition aufbauen und das Schlimmste verhindern.

Im Juni 2010 luden sie den Christdemokraten als Redner ein. Danach war ihnen vieles klarer: Koschorrek habe,

heißt es in einer Mitteilung des Dentalverbands, „Vorschläge für Sparmaßnahmen aus dem Papier“ zitiert, „das er gemeinsam mit seinem Abgeordnetenkollegen Jens Spahn für die Sitzungen der Gesundheitsfachleute der Koalition in der vergangenen Woche erarbeitet hatte“.

Bundestag und Öffentlichkeit informierte der damalige Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) über Details erst Wochen später. Er habe über die aktuelle Situation in der Gesundheitspolitik berichtet, erklärt Koschorrek zu seinem Auftritt. Der Dentalverband zahlte ihm dafür die bis dahin höchste Vortragsgage seiner Abgeordnetenkarriere – zwischen 3500 und 7000 Euro.

Voriges Jahr erweckte der Parlamentarier den Eindruck, sich sogar um die Partikularinteressen eines einzelnen Unternehmens zu kümmern: B. Braun Melungen ist einer der weltweit führenden Medizintechnikhersteller mit Sitz in Hessen. Das Unternehmen will seine medizinischen Mundspülungen und Shampoos besser positionieren. Diese Mittel sollen gegen Bakterien zum Einsatz kommen, denen Antibiotika nichts anhaben können. Bisher müssen die Krankenkassen in der Regel die Kosten für die ambulante Form dieser Keimentfernung nicht übernehmen.

Eine Gesetzesänderung stand nicht auf der Agenda. Trotzdem versuchte Koschorrek mit einem FDP-Kollegen, die von B. Braun erhoffte Erstattungspflicht in einer Reform arzneimittelrechtlicher Vorschriften unterzubringen. Er habe selbst mit antibiotikaresistenten Keimen zu kämpfen gehabt, erklärt Koschorrek die Initiative. Der Vorstoß wurde zwar

damals nicht richtig bekannt und kam nicht ins offizielle Gesetzgebungsverfahren. Dennoch frohlockte B. Braun auf der Firmenseite, ein entsprechender Antrag sei gestellt.

Die Berliner Lobbyistin von B. Braun unterhält offenbar enge Kontakte zu Koschorrek. Wie eng, wollen beide nicht sagen. Das sei Privatsache, so der CDU-Politiker. Er könne Berufliches und Privates sauber trennen.

Koschorreks Umtriebigkeit wurde auch in seinem Wahlkreis bemerkt – weil er daheim kaum noch präsent war. Zur Bundestagswahl im September stellten seine Parteifreunde einen neuen Kandidaten auf.

Um seine berufliche Zukunft muss sich Koschorrek deshalb aber nicht sorgen. Seit Januar 2012 vertritt der Abgeordnete neben den Menschen in seinem Wahlkreis auch den Bundesverband der Freien Berufe als Präsident. Ein Gehalt gebe es dafür nicht, sagt Koschorrek, bloß eine Aufwandsentschädigung. Zwischen 3500 und 7000 Euro monatlich.

Zu Beginn des Jahres, den Abschied vom Bundestag vor Augen, drehte Koschorrek noch einmal auf. Bei einem Parlamentarischen Abend mit dem kalifornischen Hersteller Genomic Health begrüßte er die Gäste zu einem Dinner-Menü; das Unternehmen zahlte ihm dafür mehr als 1000 Euro.

In einem Brief hatte er sich zuvor an seine Ausschusskollegen gewandt. Als Vertreter des Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen, lud Koschorrek die Abgeordneten „im Namen des Unternehmens herzlich ein“.

HANNES VOGEL

Hyperaktiv Nebenaktivitäten von Rolf Koschorrek in der 17. Legislaturperiode

Quelle: www.bundestag.de

● bezahlte Tätigkeiten (z. B. Vorträge)

- Posten in Unternehmen und in sonstigen Einrichtungen

Dienstleister, Consulting, PR-Agenturen

- Adriane Beck & Partner
- AnyCare
- Aristo Telemed
- COGNOMED
- Frielingsdorf Consult
- Institut für Empirische Gesundheitsökonomie
- Dr. Hans-Joachim Jobelius
- Medicalnetworks CJ
- SHL Telemedizin
- Stuppardt Partner
- Ulrich Opherck Consulting

KLINIKGESELLSCHAFTEN

- Damp Holding
- Paracelsus Kliniken

PHARMAINDUSTRIE, MEDIZINTECHNIK

- AstraZeneca
- Genomic Health
- GlaxoSmithKline
- Grünenthal
- Haemato Pharm
- Mittelständische Pharma Holding
- MSD Deutschland
- Mundipharma
- Novartis Pharma
- Pentax Europe
- Pfizer Pharma
- Pioneer Medical Devices
- Schwarz Pharma
- UCB Pharma

VERSICHERUNGEN

- Barmeria Versicherungen
- BKK Gesundheit
- DAK Gesundheit

SONSTIGE ORGANISATIONEN

- Bundesinnungsverband für das Orthopädiemechaniker- und Bandagistenhandwerk
- Bundesverband Dentalhandel
- Bundesverband der Beschaffungsinstitutionen in der Gesundheitswirtschaft
- Bundesverband der Freien Berufe
- Bundeszahnärztekammer
- Deutsch-Chinesischer Technologieaustausch
- Deutscher Medical Wellness Verband
- Deutscher Sportstättenverband
- DUK Versorgungswerk
- Health Care Region Rheinland
- Medinform
- Rheumatologische Fortbildungsakademie
- Verband der Deutschen Dental-Industrie
- Verband Deutsche Nierenzentren
- Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen

WOHNUNGSPOLITIK

Die Armutsfalle

Die gestiegenen Mieten in vielen Städten bergen sozialen Sprengstoff: Nach einer neuen Studie bleibt einkommensschwachen Familien oft nur noch ein Leben auf Hartz-IV-Niveau.

Er habe ja noch Glück gehabt mit seiner Wohnung, findet Arne Petrich. 100 Quadratmeter im zweiten Stock, das reicht für die Familie mit zwei Kindern und zwei Zwerkaninchen. „So etwas würden wir heute zu dem Preis nicht noch einmal bekommen“, sagt Petrich.

Die Familie aus Jena muss trotzdem aufs Geld schauen. Petrichs Ehefrau Heidi bleiben als Pädagogin im Kindergarten rund 2100 Euro im Monat, er selbst arbeitet als Internet-Blogger, was aber nicht viel einbringt. In ihrer Wohnung steht ein kleiner alter Röhrenfernseher, für eine Spülmaschine reicht es bislang nicht, auch große Urlaubsreisen sind nicht drin. Nach Abzug von 800 Euro Kaltmiete und dem Geld für Heizung, Strom, Wasser und andere Fixkosten kommt Familie Petrich über die Runden. „Wenn der Kühlschrank kaputtgehen würde, wäre das aber schon ein Problem“, sagt der 45-Jährige.

So wie die Petrichs leben viele in Deutschland. Sie erwirtschaften ein vergleichsweise schmales Einkommen, aus dem sie einen großen Teil fürs Wohnen ausgeben müssen – und sie beobachten besorgt, was um sie herum passiert: steigende Mieten, lange Bewerberlangen bei Wohnungsbesichtigungen, verzweifelte Annoncen und Aushänge.

Bislang kannte man das vor allem von einigen wenigen Großstädten wie München, Köln, Hamburg, Stuttgart oder Frankfurt am Main. Doch die Entwicklung hat, kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, bereits auch zahlreiche mittelgroße deutsche Städte erfasst. Zu diesem Urteil kommt jedenfalls eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung. Demnach gelten inzwischen als teures Pflaster für Geringverdiener auch Kommunen wie Mannheim, Regensburg, Aachen, Potsdam – oder eben das thüringische Jena, wo Arne Petrich und seine Familie wohnen.

In 60 der 100 größten Städte der Republik, so die Studie, sind teure Wohnungen neben Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen zur größten potentiellen Armutsfalle speziell für Fa-

milien mit Kindern geworden. Es handelt sich oft um Städte, in denen das Versprechen auf Arbeitsplätze oder große Universitäten für wachsende Bevölkerungszahlen sorgt – und für stetig steigenden Druck auf den Wohnungsmarkt.

Ein besonders alarmierendes Ergebnis der Studie, die in dieser Woche veröffentlicht werden soll: Familien, denen weniger als 60 Prozent des jeweils ortsüblichen mittleren Einkommens zur Verfügung steht, haben in diesen 60 Städten nach Abzug der dort üblichen Mieten mitunter weniger Geld in der Haushaltskasse als eine Hartz-IV-Familie. In Frankfurt am Main zum Beispiel bleiben einer einkommensschwachen Familie mit zwei Kindern nach Abzug der durchschnittlichen Mietkosten bei Neuverträgen rechnerisch gerade mal 739 Euro zum Leben übrig. In Jena sollen es laut Studie sogar nur 666 Euro sein – sofern die Wohnungen auf dem freien Markt angeboten wurden.

Diese Zahlen geben Anlass, den Armutsbegriff in Deutschland zu überdenken und womöglich zu korrigieren. Bislang entscheidet vor allem die Höhe des Einkommens darüber, wer als arm gilt und die Hilfe des Staates, etwa in Form von Sozialleistungen wie Hartz IV, beanspruchen darf. Die Bertelsmann-Studie lenkt den Blick verstärkt auf die Ausgabenseite. Und dort vorrangig auf die

Mieten als wichtigstem Bestandteil der Lebenshaltungskosten, die sich in verschiedenen Regionen der Republik sehr unterschiedlich entwickelt haben.

Ein Einkommen, das etwa im sächsischen Zwickau für ein auskömmliches Leben in einer angemessen großen Wohnung reicht, kann eine Familie im bayerischen Augsburg oder im baden-württembergischen Heidelberg schon zum Sozialfall werden lassen. So müssen etwa Familien, die nur unterdurchschnittlich verdienen, nach Erhebungen des Statistischen Bundesamts oft die Hälfte ihres Einkommens für ihre Wohnung ausgeben. „Armut muss in Deutschland stärker regional erfasst und bekämpft werden“, fordert deshalb Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Und das nicht nur in München, wo die ohnehin extrem hohen Mieten 2010 bis Ende 2012 nach Angaben von Immobilienberatern bei Neuvermietungen um 16,5 Prozent stiegen; wo vor dem Büro des „Gemeinnützigen Wohnungsvereins München 1899“ kürzlich bereits um vier Uhr morgens Wohnungssuchende in einer Schlange stehen, um sich in eine Liste für möglicherweise freierwerdende Mietobjekte eintragen zu lassen.

Während wohnungssuchende München im Schnitt schon mit Mieten von rund 14 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche rechnen müssen, berichten Immobilienexperten anderswo in Deutschland, etwa in der Ruhrgebietsstadt Oberhausen, von stagnierenden, gar von sinkenden Mieten. Wohnungen sind dort für fünf Euro pro Quadratmeter zu haben.

Allerdings ist ein direkter Vergleich schwierig. Denn wer in München arbeitet, verdient meistens auch besser als Beschäftigte in strukturschwachen Gegenden. Die Verfasser der Studie, im Wesentlichen Mitarbeiter des Beratungsbüros Empirica aus Bonn und Berlin, haben deshalb Mikrozensus-Daten des Statistischen Bundesamts ausgewertet, um für jede Kommune die jeweiligen Durchschnittseinkommen zu ermitteln. Als „arm“ werden in der Studie Familien bezeichnet, die 60 Prozent oder weniger des mittleren Haushaltsnettoeinkommens ihrer Region zur Verfügung haben – inklusive Wohngeld.

Für solche Familien, das ist ein weiteres beunruhigendes Ergebnis der Studie, gibt es in einigen Städten schon so gut wie kein Angebot mehr auf dem freien Wohnungsmarkt. Die Empirica-Mitarbeiter fanden das bei einer Datenbank-Analyse der Wohnungsinserate aus Internetportalen, überregionalen, regionalen und lokalen Zeitungen heraus. Dabei



Ehepaar Petrich: „Viele können sich die Stadt nicht mehr leisten“

CANDY WELZ

Wo Wohnen arm macht

Als arm in Deutschland gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Die Bertelsmann Stiftung hat für die 100 größten Städte das jeweilige Armuts-einkommen einer Familie mit zwei Kindern errechnet und davon die Wohnkosten des jeweiligen freien Wohnungsmarktes abgezogen.

Das bleibt Geringverdienern nach Abzug der Wohnkosten

Zum Vergleich: Der Hartz-IV-Regelsatz beträgt 1169 Euro.

- 869€ und weniger
- 1069€ bis 870€
- 1164€ bis 1070€
- Hartz IV: 1169€ ± 4€
- 1174€ bis 1268€
- 1269€ bis 1468€
- 1469€ bis 1668€
- 1669€ und mehr

Rhein-Ruhr-Städte

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 1 Lünen | 11 Velbert |
| 2 Dortmund | 12 Recklinghausen |
| 3 Hagen | 13 Herne |
| 4 Remscheid | 14 Bochum |
| 5 Wuppertal | 15 Gelsenkirchen |
| 6 Solingen | 16 Essen |
| 7 Mönchengladbach | 17 Bottrop |
| 8 Neuss | 18 Oberhausen |
| 9 Düsseldorf | 19 Mülheim/Ruhr |
| 10 Ratingen | 20 Duisburg |

suchten sie gezielt nach Wohnungen, die einer vierköpfigen Familie mindestens 75 Quadratmeter Platz bieten und nicht mehr als 30 Prozent des Familieneinkommens kosten.

In Frankfurt am Main, München, Freiburg, Potsdam, Konstanz oder Jena ist unter diesen Prämissen nur ein Prozent der angebotenen Wohnungen für einkommensschwache Familien erschwinglich. In Hamburg, Düsseldorf, Wiesbaden und Mainz sind es zwei, in Münster und Köln drei, in Berlin immerhin sieben Prozent.

Es gibt zwar auch Städte mit großem Wohnungsangebot für einkommensschwache Familien: das niedersächsische Hildesheim zum Beispiel, Iserlohn, Heilbronn, Gera, Chemnitz oder Zwickau. „Aber das sind häufig Gegenden, in die man schon deshalb nicht einfach umziehen kann, weil es da nicht ausreichend Jobs gibt“, sagt Carina Schnirch, eine der Mitverfasserinnen der Studie.

Eng wird es naturgemäß überall dort, wo viele Menschen hinstreben, um Arbeit oder einen Studienplatz zu finden. Jena wird deshalb von Experten schon seit Jahren als „München des Ostens“ bezeichnet. In der Universitätsstadt sind von 105 000 Einwohnern rund 25 000 Studenten, zahl-

reiche Forschungseinrichtungen haben sich angesiedelt. Firmen wie Carl Zeiss und Jenoptik sorgen für attraktive Technologie-Arbeitsplätze.

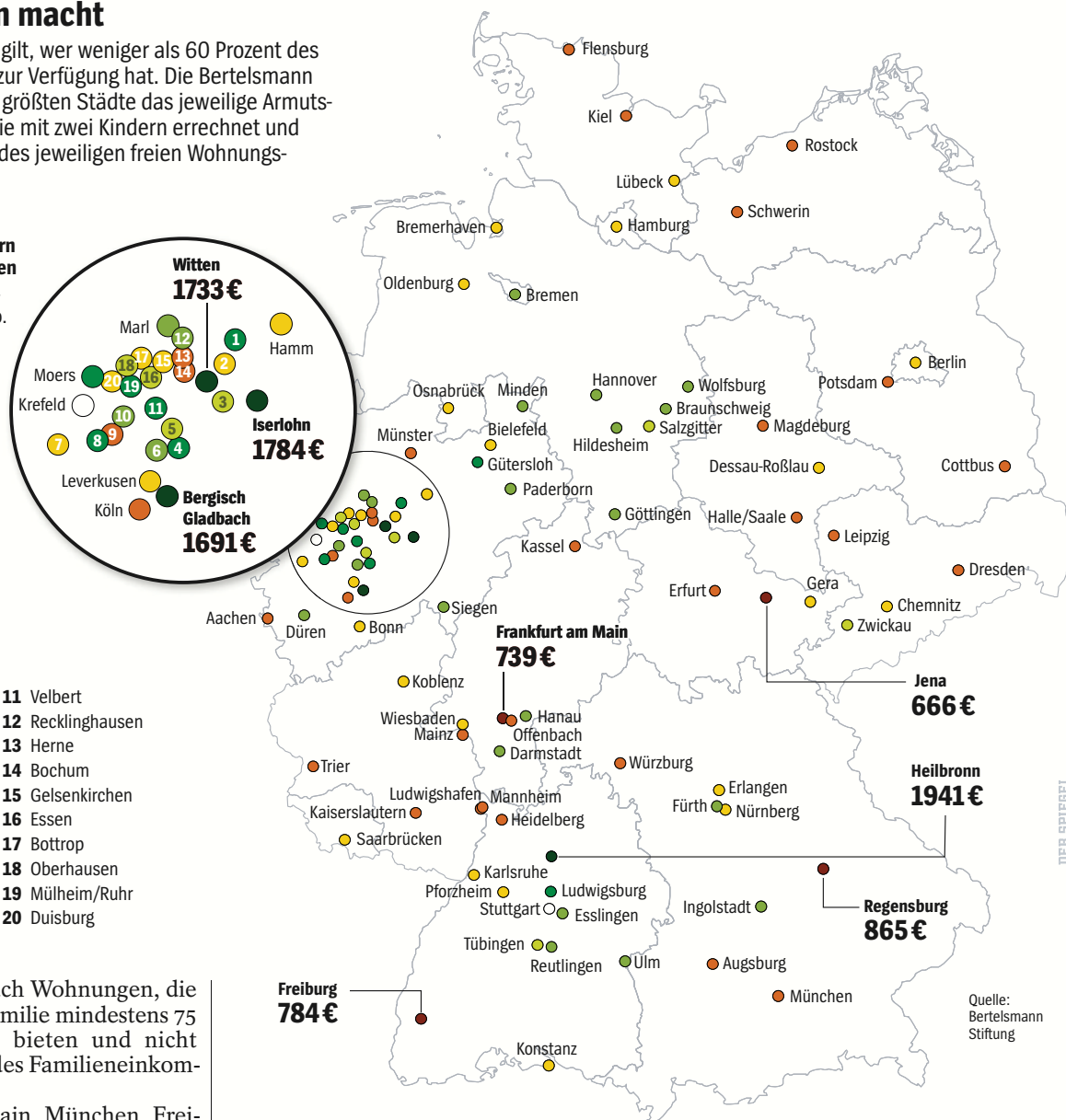
Der Wohnungsleerstand in Jena geht gegen null, das Angebot an günstigen Familienwohnungen auch, so die Bertelsmann-Studie. Die Folgen waren zum Beispiel am vergangenen Dienstag in einem Stadtteilbüro in Jena-Nord zu besichtigen, wo sich Vertreter verschiedener Bürgerinitiativen getroffen haben. Unter dem Namen „Unser Jena“ kämpfen sie gemeinsam gegen hohe Mieten und den Mangel an Wohnraum. Die Anwesenden schimpften über hohe Gewinnspannen der Wohnungsgenossenschaften, zu wenige Neubauten und die steigenden Mieten: „Jena boomt, aber viele können sich die Stadt nun nicht mehr leisten“, beklagt Familienvater Arne Petrich.

„Das Problem ist da, keine Frage“, räumt Denis Peisker ein, Jenas Stadtent-

wicklungsdezernent. Ganz so schlimm wie in der Studie beschrieben sei es aber nicht, sagt Peisker. Ein großer Teil der Wohnungen in Jena gehöre der Stadt oder Genossenschaften, und die seien in der Regel günstiger als annoncierte Wohnungen auf dem freien Markt.

Wohnungen in städtischem oder genossenschaftlichem Besitz mögen die Preistreiber dämpfen, doch zwingend ist das nicht. In Frankfurt am Main sitzt Anette Mönich, 61, vom Stadtteilbüro Bockenheim vor einem Stapel mit Protestbriefen, in denen Anwohner des Viertels gegen die Mietpreiserhöhungen der städtischen Wohnungsholding ABG und anderer öffentlicher Vermieter protestieren. Es sind keine hippen Innenstadt-Lofts, in denen diese Mieter leben, sondern kleine Wohnungen in tristen Blocks aus den fünfziger Jahren an stark befahrenen Straßen.

Im letzten Mietspiegel der Stadt wurde der Stadtteil zur exklusiven „Innenstadt-



Quelle:
Bertelsmann
Stiftung

lage 2“ erklärt, der zweitbeste Lage in Frankfurt. Dadurch waren bei bestehenden Mietverträgen sofort Zuschläge möglich.

„Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften haben das oft sogar noch konsequenter ausgenutzt als die privaten Vermieter“, sagt Mönich. In ihren Protestbriefen werden Erhöhungen der Kaltmiete von 50, 60 oder 80 Euro pro Monat beklagt. „Damit ist für viele der Rentner oder sozial schwächere Familien die Grenze überschritten, ab der sie sich die Wohnung schlicht nicht mehr leisten können“, sagt Mönich. In ihrem Büro hätten schon weinende alte Damen gesessen, die sich in ihren letzten Lebensjahren aus ihrem Viertel gedrängt fühlten.

Mit Glück können sie noch eine Wohnung am Stadtrand oder im Umland finden – aber auch da sind die Mieten inzwischen oft stark gestiegen. Zudem befördert der Fortzug eine Entwicklung, die Sozialwissenschaftler und Kommunalpolitiker mit Sorge betrachten: die zunehmende Aufspaltung mancher Städte in arme und reiche Viertel. „Besonders nachteilig“, warnt der Stadtentwicklungsexperte Wolfgang Hinte von der Universität Duisburg-Essen, „wirkt sich dies auf die Kinder und Jugendlichen aus, deren Teilhabe- und Zukunftschancen gravierend verringert werden.“

Hinte, der die Bertelsmann-Studie ausgewertet hat, fordert ein generelles Umdenken in der deutschen Wohnungs-, Sozial- und Förderpolitik. Denn die Studie zeige, „dass die Lage einkommensarmer Haushalte gerade in Wachstumsregionen mit angespannten Wohnungsmärkten in der Regel sehr viel kritischer ist als in schrumpfenden Regionen mit geringeren Lebenshaltungskosten“.

Auch der Deutsche Städtetag hat kürzlich in einem Positionspapier Lösungen für die Wachstumsregionen gefordert. Mit einer Mietsteigerungsbremse bei Mieterwechseln, die inzwischen auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel befürwortet wird, sei es jedoch nicht getan, meint Städtetagspräsident Ulrich Maly.

Maly, 52, im Hauptberuf Oberbürgermeister von Nürnberg, drängt auch auf eine Erhöhung des Wohngeldes. Dieser staatliche Zuschuss für Geringverdiener sei zu niedrig und seit 2009 nicht mehr erhöht worden.

Vor allem aber müssten Städte, Länder und der Bund gemeinsam Programme auflegen, um wieder preiswerten Wohnraum in den boomenden Kommunen zu schaffen, meint der SPD-Politiker. Das sei auf Dauer auch sinnvoller, als steigende Mieten durch steigende Sozialleistungen bekämpfen zu wollen. Gegen die neue, mietbedingte Armut sieht Maly nur ein Mittel: „Bauen, bauen, bauen.“

MATTHIAS BARTSCH, ANNA KISTNER,
MARTIN SCHNEIDER



PROZESSE

Botox für die Bilanz

Ab dieser Woche steht der komplette ehemalige Vorstand der HSH Nordbank vor Gericht. Das Verfahren verspricht einen Einblick in den Wahnsinn einer Zeit, als Banker zu Hasardeuren wurden.

Natürlich ist der Mann nur eine Randfigur in dieser Sache, wer kennt schon Marc S.? 2007 ein Kreditexperte der HSH Nordbank, auf dem Außenposten London. Der Zeuge S. wird auch nicht zum Gesicht dieses Verfahrens werden, das diesen Mittwoch vor dem Hamburger Oberlandesgericht beginnt. Das gehört schon einem anderen: Dirk Jens Nonnenmacher, 50, genannt „Dr. No“. Der frühere HSH-Chef, der mit seiner Gelfrisur auch so aussah, wie man sich einen Zocker vorstellte, in den Casino-Jahren des Bankgewerbes.

Aber was immer nun kommen wird, von Nonnenmacher und fünf anderen Ex-Vorständen, von den Staatsanwälten, die ihnen Untreue in einem besonders schweren Fall vorwerfen, oder den Verteidigern, die das ganz anders sehen: Nichts bringt den Wahnsinn dieser Zeit und dieser Bank so auf den Punkt wie eine E-Mail, eben von Marc S. Geschrieben am 18. Dezember 2007, nachzulesen in der Anklage.

Es sind die Tage kurz vor Jahresende, als die Bank sich in ein Kreditgeschäft stürzt, das ihr später einen Gesamtverlust von 158 Millionen Euro einbrockt und den Vorständen von damals den Prozess heute in Hamburg: „Omega 55“. Ein Deal

und Gegendeal mit der französischen Bank BNP Paribas, hochkompliziert und schwer durchschaubar. Fassungslos schreibt S. um 20.58 Uhr an zwei Kollegen im Haus: „Um ehrlich zu sein, das ist wirklich verrückt!! Die Bank läuft in ein Geschäft hinein, ohne es zu verstehen und zu wahnwitzigen Konditionen.“ Aber der einzige Jurist „geht zu den Spice Girls“, der Erfinder des Geschäfts „genießt ein paar Wein bei einem langen ‚Geschäfts-Essen‘“. Dabei haben sie jetzt nur noch drei Tage, um drei Deals durchzuziehen. „Bin ich durchgeknallt, oder läuft hier was falsch??“

Dass hier etwas falsch lief, kriminell falsch, davon ist die Hamburger Staatsanwaltschaft überzeugt; niemals, so ihr Vorwurf, hätte der damalige Vorstand Omega 55 beschließen dürfen. Und dass bei der HSH Nordbank noch viel mehr in die falsche Richtung lief, mehr als dass sich der Jurist in der Endphase des Katastrophen-Deals Zeit nahm für ein Konzert der Spice Girls – darüber ist das Urteil längst geschrieben. Mit Milliarden mussten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Bank vor der Pleite retten.

Mit dem Prozess wird nun aber die Brücke geschlagen zwischen dem Desaster einer deutschen Bank und der straf-

Damaliger HSH-Chef Nonnenmacher 2010 Falsche oder gefälschte Bilanz?

Doch dazu durfte die Bank so kurz vorher keine Kratzer abbekommen. Also: kein schlechteres Rating, das langfristige Dollarkredite verteuert hätte. Und der eigene Dachverband der Landesbanken und Girozentralen, der notfalls die HSH mit absichern müsste, sollte nicht in die Bücher schauen dürfen. Zu groß, so die Anklage, war die Angst vor schlechten Nachrichten und akribischen Kontrollen.

Genau dies drohte aber laut Anklage: der Verlust des A-Ratings, weil die Bank sich mit schwer durchschaubaren Papieren vollgesogen hatte, die in der aufziehenden Bankenkrise schon als riskant galten. Und ein peinlicher Sonderbericht für den Dachverband, wegen der schwachen Kennzahlen. Eine war bereits ganz nah an die Grenze herangerutscht, ab der sich der Haftungsverbund nicht mehr mit guten Worten abspesen lassen würde. Vor allem die Gesamtkapitalquote sollte jetzt hoch. Mit Bilanz-Botox.

Dabei war sich der Vorstand noch in seiner Sitzung am 20. November 2007 einig gewesen, nicht mehr länger über Tricks nachzudenken, mit denen sich Bündel von Giftpapieren in der Bilanz kaschieren ließen. Das sei doch alles nur „Bilanzkosmetik“, hatten Experten aus dem Haus abgeraten. Die Risiken würden zwar in neue Schachteln gesteckt, besser besagt: in ihnen versteckt. Nur verschwunden seien sie deshalb ja nicht, und man solle besser auch nicht so tun. Als treibende Kraft gegen die Trickserien erschien der neue Finanzvorstand, erschien Dirk Jens Nonnenmacher.

Aber nur einen Monat später beschloss der damalige Vorstand inklusive Nonnenmacher genau so ein Schachtelgeschäft, Omega 55. Ja, es treffe in der Tat zu, dass die Struktur von Omega 55 „der Struktur entspricht, die wir damals als Bilanzkosmetik festgestellt haben“, räumte der damalige Leiter des Risikomanagements, Martin van Gemmeren, in einer Zeugnisaussage ein. Für die Staatsanwaltschaft ein klarer Fall: Plötzlich war der HSH-Spitze doch jedes Mittel recht, wenn sich damit nur die Kennzahlen nach oben biegen ließen. Rein kosmetisch.

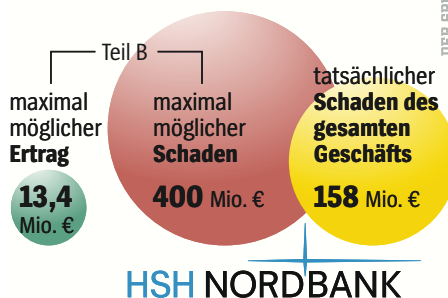
Eigentlich wäre für den Einkauf der hochspekulativen Bündelpapiere nun die HSH-Niederlassung in Luxemburg zuständig gewesen. Doch dieser hatte der Vorstand schon im Sommer 2007 faktisch verboten, noch mehr von der heißen Ware ins Haus zu holen; zu gefährlich und zu undurchsichtig erschienen die Papiere. Also kamen die Experten in Luxemburg auch für Omega 55 nicht mehr in Frage. Stattdessen sollte London den Job erledigen – ausgerechnet jene Londoner Filiale, die laut van Gemmeren als *Enfant terrible* des ganzen Hauses galt. Gerade erst hatte

die Dependence bei einem Geschäft 60 bis 70 Millionen Euro verbrannt, weil ihre Computersysteme die Risiken nicht richtig bewerten konnten.

Die Konstruktion von Omega 55 ging nun grob gesagt so: Die HSH versicherte bei der BNP Paribas knapp zwei Milliarden Euro Kreditgeschäft gegen einen Ausfall. Das ließ die HSH-Kapitalquote um bis zu zwei Zehntel steigen. Allerdings nur für kurze Zeit. Damit sich die Bank über den Jahresendtermin retten konnte. Denn bereits im April, das stand von vornherein fest, sollte dieser erste Teil des Gesamtgeschäfts wieder rückabgewickelt werden. Eine Wirkungsdauer von gerade mal vier Monaten – so lange glätet auch Botox die Falten.

Das Omega-Debakel

Mit Finanzkonstruktionen unter dem Codenamen Omega 55, Teil A und B, sollte die Bilanz der klammen HSH geschönt werden. Chancen und Risiken dieses Geschäfts standen in einem ungewöhnlich schlechten Verhältnis.



Aus Sicht der Ermittler war die schnelle Nummer schon deshalb windig, weil so kurze Deals für die Eigenkapitalquote gar nicht zählen dürfen. Also erfuhr auch die Bankenaufsicht BaFin nicht, dass der Handel nur für vier Monate geplant war. Hinzu kam, dass die Gebühr, mit der sich die BNP Paribas ihren Notdienst bezahlen lassen wollte, immens hoch war: 20 Millionen Euro, doppelt so viel, wie die Franzosen sonst in einem ganzen Jahr bei Geschäften mit der HSH machten.

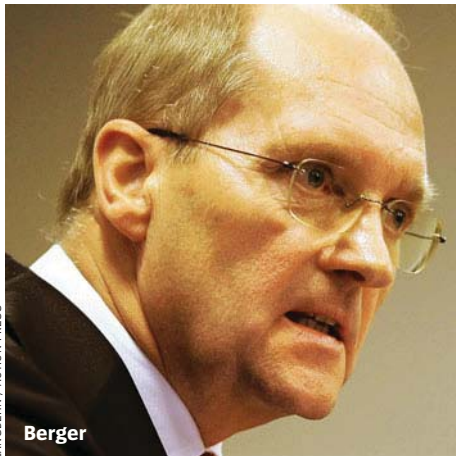
Doch der größte Haken war ein anderer: Die HSH verpflichtete sich, den Franzosen in einem zweiten Schritt ein Paket mit Hochrisikopapieren abzunehmen, für sechs Jahre. Ein Paket, das im besten Fall 13,4 Millionen Euro Ertrag für die HSH bringen konnte. Aber im schlechtesten 400 Millionen Euro Miese. Macht ein Verhältnis von 1:30, ohne dass die Bank diesen zweiten Teil des Geschäfts vorher gründlich geprüft hätte.

Zeugen berichteten den Anklägern von Nachschichten, die das Ziel hatten, den Abschluss noch vor Jahresende durchzuprügeln. Der Druck aus dem Vorstand sei enorm, ein Nein zu dem Geschäft keine Option gewesen; es sei denn, man hätte seinen Arbeitsplatz riskieren wollen. Und während der Vorstand am 17. und am 20.

rechtlichen Verantwortung ihrer früheren Spitzenmanager. Jetzt steht ein ganzer Ex-Bankvorstand vor Gericht. Nicht einzelne Vorstandsmitglieder der IKB, nicht Georg Funke, Vorstand der Hypo Real Estate, oder wie all die anderen Spiel-Banken hießen, in denen Manager riskante Geschäfte machten in der Hoffnung, dass sie entweder aufgehen oder andere dafür die Rechnung zahlen müssen. Stattdessen nun bei der HSH Nordbank, heruntergebrochen auf nur einen einzigen Handel: Omega 55. Aber wenn der Prozess hält, was die Anklage verspricht, ist das sicherlich kein schlechter Fall, um noch einmal die Deformationen einer Branche vorzuführen, die erst die Vernunft verlor, dann den Verstand, dann das Geschäft.

Der Bank ging es im Sommer 2007 in etwa so wie der welkenden Schönheitskönigin, die sich Botox spritzt, um doch noch eine gute Partie zu machen. Die HSH Nordbank hatte sich jahrelang herausgeputzt, um mit einem Börsengang Milliarden einzusammeln. So hatten es ihre Hauptanteilseigner Hamburg und Schleswig-Holstein beschlossen, so sollte es der damalige Vorstand um Chef Hans Berger und den neu berufenen Finanzvorstand Nonnenmacher 2008 exekutieren.

CHRISTIAN CHARISUS / REUTERS



LANGBEHN / ACTION PRESS



Rieck



Strauß

AP (M); FRANK PETERS / ACTION PRESS (R)

Angeklagte Ex-HSH-Manager: Erst die Vernunft verloren, dann den Verstand

Dezember 2007 schon die Kreditvorlage abzeichnete, waren in London die Verhandlungen noch in vollem Gange.

Es stand nicht mal fest, welche Papiere die BNP Paribas in den Korb für den zweiten, den riskanten Teil des Geschäfts packen würde.

Die Folge: Laut Kreditantrag hätten nur Papiere zum Omega-Bündel gehören dürfen, für die Staaten und Firmen bürgten – eine halbwegs sichere Sache. Tatsächlich rutschten später aber plötzlich Papiere ins Paket, die von Giftschleudern der Finanzbranche stammten, Lehman Brothers etwa. Und obwohl die HSH sich in ihren Investment-Richtlinien verpflichtet hatte, solche Papiere vor dem Einkauf selbst zu durchleuchten, verließ sie sich auf externe Ratings. Die Computersysteme der HSH waren mit solchen Risikomessungen nämlich überfordert, wie ein Vorstand den Ermittlern ausrichten ließ.

Überfordert – das galt am Ende auch für jene Truppe, die in der Bank alle komplexen Kreditgeschäfte vorher hätte prüfen müssen. Tatsächlich nahm sich die Abteilung Neue Produkte, Neue Märkte (NPNM) aber nur den ersten Omega-Teil vor, mit dem die Bank ihre Kapitalquote aufpolieren wollte – nicht den gefährlichen zweiten, der sie ruinieren konnte. Auch in ihren Reihen, so eine frühere NPNM-Mitarbeiterin, sei allen klar gewesen: Die Sache platzen zu lassen wäre ein No-go gewesen. „Blind und taub“ hätten sich die Prüfer deshalb gestellt, vermutet die Staatsanwaltschaft, jeder habe gewusst: Der Vorstand will es.

Es gibt heute einige Erklärungen, mit denen die Ex-Vorstände die Schuld von sich weisen: Einer, Hartmut Strauß, behauptet, er könne sich nicht mal mehr daran erinnern, dass es eine Transaktion Omega 55 gegeben habe; ein anderer, Peter Rieck, er habe den zweiten Teil des Geschäfts überhaupt „nicht auf dem Radar“ gehabt – was aus Sicht der Staatsanwälte allerdings nicht für, sondern gegen ihn spricht.

Ebenso das, was Ex-Chef Berger vorbrachte: Für solche Entscheidungen habe er damals höchstens eine Dreiviertelstunde Zeit gehabt. Deshalb habe er sich eben darauf verlassen, dass sich die Kollegen die Sache gründlicher angeschaut hätten. Und Nonnenmacher, der Berger bald danach als HSH-Vorstandschef beerbte? Hat zwar wie alle anderen Vorstände die Vorlage unterschrieben, will aber als Finanzvorstand für die Sache nur eine „rudimentäre Verantwortung“ gehabt haben – und die Schwächen der Bank nicht erkannt haben, weil er erst so kurz dabei gewesen sei, knapp drei Monate.

Auch das sieht die Staatsanwaltschaft anders: Sie wirft ihm vor, sich blind auf Omega 55 eingelassen zu haben, wie „ein Spieler, der hofft, dass alles gutgehen

Im besten Fall 13,4 Millionen Euro Ertrag, aber im schlechtesten 400 Millionen Euro Miese.

wird“. Dabei soll Nonnenmacher die Bilanz gefälscht haben, indem er Omega 55 zunächst nicht mit dem traurigen Marktwert in die Bücher schrieb, sondern zum viel besseren Nominalwert.

Eine falsche Bilanz sei noch lange keine gefälschte Bilanz, hat Nonnenmacher dazu gesagt, das sei wohl ein Fehler, aber keine Absicht gewesen. Doch das nimmt ihm die Staatsanwaltschaft nicht ab: Nonnenmacher mit der Bilanz überfordert? Dazu sei Dr. No viel zu klug, viel zu sehr Fachmann gewesen, als dass ihm so etwas hätte durchrutschen können.

Mit der Meinung stehen die Ankläger auch nicht allein, es gibt da nämlich noch einen, der Nonnenmacher genauso sieht: Nonnenmacher selbst.

In Stichworten, die als Vorlage für ein Arbeitszeugnis dienen sollten, bescheinigte er sich im Januar 2008 ganz unbeschei-

den „herausragende Fach- und Führungskompetenz, herausragende analytisch-konzeptionelle Fähigkeiten, strategische Weitsicht, schnelle Auffassungsgabe, sicheres Urteilsvermögen“.

Nicht zu vergessen: „äußerst effizient, hochgradig effektiv“, immer alles „zur vollsten Zufriedenheit“. Und, was auch für Omega 55 interessant sein dürfte: ein „außergewöhnlich breites Verständnis/Erfahrungsschatz für risikothoretische Fragestellungen“.

Bleibt noch die Möglichkeit, dass selbst ein Supermann wie Nonnenmacher im HSH-Schlamassel hätte überlastet sein können. Dagegen spricht allerdings nicht nur seine Selbsteinschätzung, dass er „auch unter hoher Belastung stets hervorragende Arbeitsergebnisse“ abliefere. Sondern auch noch eine besondere Fähigkeit.

Wie E-Mails von ihm zeigen, fand Nonnenmacher auf dem Gipfel der Finanzkrise, Ende 2008, Zeit genug, sich mit anderen Katastrophen des Lebens zu befassen, etwa einer Fuge in seiner neuen Küche in Hamburg-Pöseldorf. Während in seiner Bank keiner mehr wusste, ob sie den nächsten Monat erleben würden, echauffierte sich Nonnenmacher an einem Mittwochmorgen im November in einer E-Mail an seinen Architekten: „Die Küche bleibt einfach unschön mit dieser katastrophalen Fuge ... Ich bin natürlich davon ausgegangen, dass alles so perfekt ... aussieht und nicht so dilettantisch. Bei einer Küche für mittlerweile 60 T€ jedenfalls nicht akzeptabel ... wie kriegen wir das Problem zeitnah gelöst?“

Dieses Problem ließ sich lösen, mit einer eingelassenen Blechplatte, die der Architekt verbal zum „Küchenmeridian“ veredelte: „wenn schon Fuge, dann ein Schmuckstück.“ Ein anderes Malheur ließ sich schwerer beheben: Um die Bank zu retten, mussten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein drei Milliarden Euro Eigenkapital nachschießen. Plus eine Zehn-Milliarden-Garantie.

JÜRGEN DAHLKAMP, GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT

Heimliche Rettung

Der Militärische Abschirmdienst holte einen afghanischen Informanten diskret nach Deutschland. Doch was wird aus den vielen anderen Helfern der Truppe?

Wenn der einheimische Informant im Feldlager Kunduz erschien, wussten die Bundeswehrsoldaten vor Ort, dass es nun ernst werde. Nurullah Gul** war ein exzellenter Kundschafter, der frühzeitig erfuhr, welche Angriffspläne die Taliban schmiedeten – wo die deutschen Truppen in Hinterhalte gelockt und wo ihre Fahrzeuge mit Sprengfallen attackiert werden sollten.

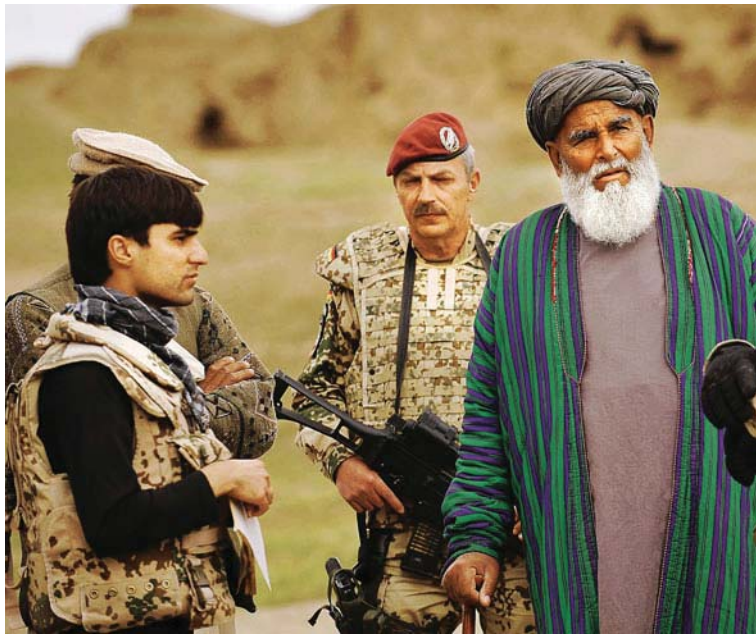
Seit 2007 lieferte Gul sein Wissen an den Militärischen Abschirmdienst (MAD), den Geheimdienst der Bundeswehr. Bei der Truppe freute man sich über so einen Mann. Er habe „zahlreiche Leben gerettet“, berichten Insider, seine Informationen seien stets belastbar und verlässlich gewesen.

Jedoch blieb sein Job als Zuträger der Deutschen anscheinend auch den Taliban nicht verborgen. Um den Jahreswechsel begriffen die Islamisten offenbar, dass einer ihrer paschtunischen Brüder ihren Kampf gegen die Bundeswehr sabotieren könnte. Sie drohten, ihn zu töten.

So wie Gul ergeht es vielen Helfern, die für die deutschen Stellen in Afghanistan als Dolmetscher, Wachmänner oder anderweitig Dienst tun. Sie erhalten unfreundliche Anrufe, werden persönlich gewarnt oder per SMS verängstigt. Des Öfteren kommt nachts ein Brief, garniert mit einer Sure aus dem Koran zum Thema Verrat und Verräter. Angesichts des bevorstehenden Abzugs der Bundeswehr fürchten deswegen viele Mitarbeiter nicht nur um ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage, sondern auch um Leib und Leben – und erwarten Beistand vom langjährigen Geschäftspartner.

Im Fall von Nurullah Gul ließ sich die Bundeswehr nicht lange bitten. Als der Afghane dem MAD von der Todesdrohung berichtete, setzte der Geheimdienst alles in Bewegung, seinem Zuträger zu helfen. Ende Mai landete dieser erschöpft, aber wohlbehalten auf einem deutschen Flughafen. Er bekam eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraf 22 des Aufenthaltsgesetzes, der eine „Aufnahme aus dem Ausland aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen“ und „zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik“ ermöglicht. Durchgewinkt wurde dies vom für Sicherheit zuständigen Innenstaatssekretär.

Über die Aktion wurde jedoch ein Mantel des Schweigens gelegt: Nicht einmal der Geheimdienstkontrollausschuss des Bundestags ist bislang über das Thema informiert. Aus Sicht des MAD wurde die Geheimhaltung aus Sorge um die Sicherheit des Mannes angeordnet – die Politik will aber offenbar



Bundeswehreinsatz in Afghanistan*: Drohbriefe mit Koransuren

auch die Diskussion um einen Präzedenzfall vermeiden.

Denn die Anzahl der sogenannten afghanischen Ortskräfte, die sich ein neues Leben in der Bundesrepublik wünschen, ist zuletzt sprunghaft angestiegen: Sprach im Frühjahr die Bundesregierung noch von zwei Dutzend Anträgen, so ging Mitte Juni der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Kossendey im Verteidigungsausschuss von 96 ausreisewilligen Helfern aus, die eine Gefährdung geltend machten. Zuletzt ist die Gesamtzahl bei 228 angelangt; die meisten Anträge kommen von Mitarbeitern des Feldlagers Kunduz, das schon in diesem Herbst geschlossen werden soll.

Bearbeitet werden die Gesuche von einer Handvoll Offizieller von Bundeswehr, Auswärtigem Amt und MAD, die sich

mehrmals pro Woche im Camp Marmal in Masar-i-Scharif treffen. Geleitet wird der Stab vom stellvertretenden deutschen Kommandeur in Nordafghanistan.

Ob ein Mitarbeiter der Truppe in die Bundesrepublik ausreisen darf, orientiert sich an einem sorgsam geheim gehaltenen Katalog mit „Kriterien zur Beurteilung des Gefährdungspotentials von afghanischen Ortskräften“. In 14 Einzelnoten können die Experten nach Gesprächen mit den Antragstellern maximal vier Punkte für die „höchste Gefährdung“ und null für „keine Gefährdung“ eintragen.

Dass die deutschen Behörden nicht geneigt sind, besonders vielen Afghanen den Umzug nach Deutschland zu ermöglichen, ist aus dem Katalog leicht abzulesen. Hinweise auf eine Gefährdung, heißt es etwa, müssten belegt werden: „Die Behauptung reicht nicht aus.“ Risiken wie „Verwandtschaft in von Aufständischen kontrollierten Gebieten“, so das Papier, seien „nur relevant, soweit die Situation

sich erst im Laufe der Verwendung“ entwickelt habe.

So verwundert es kaum, dass von 38 bearbeiteten Anträgen bis vergangenen Freitag nur 4 positiv beschieden wurden. Zu den Glücklichen gehört ein ehemaliger Dolmetscher in Kabul, der die deutschen Kräfte zu Vernehmungen von Taliban-Verdächtigen begleitet hatte. In diesem Frühling erfuhr er von Nachbarn, dass einer der einst Vernommenen nach ihm suche, obwohl dieser eigentlich zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Als der Übersetzer den Talib auf der Straße sah, wandte er sich in Todesangst an die deutsche Botschaft – und durfte samt Familie nach Deutschland ausreisen.

Dem Dank des Arbeitgebers können sich jedoch nicht alle Ortskräfte sicher sein, wie der Fall eines anderen Dolmetschers zeigt. Über Jahre begleitete der 28-Jährige die deutschen Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte bei ihren Einsätzen. Als er sie fragte, ob er ihnen nach dem Abzug in die Bundesrepublik folgen könne, reagierten seine vermeintlichen Kameraden brüsk. „Sie brüllten mich an, Deutschland habe kein Geld und keinen Platz für uns“, berichtet der Afghane. „Sie sagten, wir sollten unser Land endlich allein in den Griff kriegen und nicht immer um Hilfe betteln.“

MATTHIAS GEBAUER, FIDELIUS SCHMID

* Deutscher Soldat mit einem afghanischen Übersetzer (l.) und einem Stammesführer.

** Name von der Redaktion geändert.

Lesen Sie auch die Reportage über afghanische Frauen auf Seite 79.



SWEN PFOERTNER / DAPD / DDP IMAGES (L); AUTRO (R.)

Universitätsklinikum Göttingen, Chirurg Aiman O.: Ab der 21. Operation 1500 Euro Bonus für jede Lebertransplantation

MEDIZIN

Im Schongang

Ein gutes Jahr nach Aufdeckung der Transplantationsskandale kommt der erste Chirurg vor Gericht. Andere Ärzte werden überraschend glimpflich behandelt. Warum ist das so?

Der schwerkranke Mann, der an einem Sommertag 2011 das Münchner Klinikum rechts der Isar betrat, war voller Hoffnung. In der Leber des 32-Jährigen wucherte ein seltener, bösartiger Tumor. Aber die Rettung schien nah. Franz Heffner* hatte den ersehnten Anruf erhalten: Die Klinik hatte eine Spenderleber für ihn.

Heffner stand eine Tortur bevor. Sein Arzt Peter B. setzte ihm eine Leber ein, die zu knapp 80 Prozent verfettet war. Das Organ versagte. Heffner geriet in Lebensgefahr – und schnellte auf der Warteliste für hochdringliche Patienten der Organ-Vermittlungsstelle Eurotransplant nach oben.

36 Stunden später wurde der junge Bayer erneut operiert, wieder von B. Dieses Mal bekam Heffner eine Leber, die nicht als „poor“, sondern als „good“ klassifiziert worden war – mit der besten von drei Bewertungsstufen.

Im Herbst 2012 untersuchte die Prüfungskommission unter Führung der Bundesärztekammer (BÄK) den Fall. Sie sah einen klaren Verstoß gegen die Richtlinien: Heffner hätte nicht transplantiert werden dürfen, da er an einer bösartigen Erkrankung litt, die bereits zu Metastasen in seiner Lunge geführt hatte. Dreieinhalb Zeilen brauchte die BÄK in ihrem Bericht vom 9. April dieses Jahres für diese Feststellung.

Falsch sind die dreieinhalb Zeilen nicht. Auch gegen das Urteil ist generell nichts einzuwenden. Und doch steht der Bericht

für die schleppende Aufarbeitung, die vielerorts den Skandal um die Organvergabe in Deutschland begleitet. Kein Wort verloren die Kontrolleure über diese besonders perfide Form, die Zahl der Organtransplantationen nach oben zu treiben. Keinen Tadel fanden sie für das Handeln des Arztes, über das erfahrene Mediziner fassungslos sind.

Darf so eine „umfassende Aufklärungsoffensive“ enden, wie sie die Bundesärztekammer im Schulterschluss mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) versprach? Und wozu werden Kommissionen zu Prüfungen in Transplantationszentren geschickt, wenn ein derart heikler Fall im BÄK-Prüfbericht letztlich nur auf dreieinhalb Zeilen abgehandelt wird?

Peter B. hatte offenbar eine minderwertige Leber für einen noch stabilen Patienten angenommen, dessen Zustand sich nach der OP prompt verschlechterte – um dann, mit der Mentalität eines Zockers, innerhalb kürzester Zeit eine hochwertige Leber für ihn zu bekommen.

Ein Jahr ist es her, dass Manipulationen bei der Organvergabe zuerst an der Uni-Klinik Göttingen bekannt wurden. Ein Arzt hatte seine Patienten auf dem Papier kränker gemacht als sie waren, um schneller Organe für sie zu erhalten. Es war der Beginn eines bundesweiten Skandals, der das Vertrauen der Bürger in das deutsche Gesundheitssystem erschütterte. In den folgenden Monaten stellte sich heraus, dass auch in München, Leipzig und Regensburg getrickst worden war. Staatsanwälte schalteten sich ein.

Wer zwölf Monate später Bilanz zieht, stellt fest: Nicht nur der Enthüllungseifer der Prüfungskommission ist fragwürdig. Auch andere Institutionen wie Staatsanwaltschaften oder Klinikleitungen ermittelten mancherorts im Schongang. Die Folge: Während in Göttingen der verantwortliche Mediziner in Untersuchungshaft sitzt, tauchte der Münchner Chirurg Peter B. als Chefarzt in eine Klinik in Kempten ab. Während in Leipzig drei Ärzte, gegen die auch ermittelt wird, unmittelbar suspendiert wurden, sind der Ärztliche Direktor in München und der Chirurgiechef in Regensburg bis heute in Amt und Würden. „Leider wurden nicht alle Zentren mit gleicher Intensität und Konsequenz geprüft“, klagt ein leitender deutscher Transplantationsmediziner.

Besonders in München lahmte die Aufklärung, sowohl in der Klinikführung wie in der Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt gegen Peter B. wegen des Verdachts der Körperverletzung, weil er unter anderem falsche Blutwerte an Eurotransplant gemeldet haben soll. „Es ging ihm nur darum, die Transplantationszahlen nach oben zu treiben“, behaupten ehemalige Kollegen. B. bestreitet die Vorwürfe.

Dass B.s Wirken nicht gründlicher untersucht worden ist, schreibt die Kommission der BÄK in ihrem Prüfbericht dem Ärztlichen Direktor des Klinikums rechts der Isar zu: Ein Schreiben von Professor Reiner Gradinger lasse „erkennen, dass weitere Untersuchungen gerade nicht stattfinden sollten“. Gradinger war zu dem Schluss gekommen, dass ein Fehlverhalten von B. ausgeschlossen sei.

Inzwischen hat Gradinger bei der Landes-anwaltschaft ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt, um sich „vom Verdacht eines Dienstvergehens zu entlasten“. In der Ärzteschaft des Klinikums ist er weiterhin umstritten. Er soll ein enges Verhältnis ins Wissenschaftsministerium haben, das die Uni-Kliniken beaufsichtigt. Wurde hier erdacht, was in der Belegschaft mit Kopfschütteln quittiert wird? Der mutmaßliche Übeltäter geht in die Provinz, der Ärztliche Direktor

* Name von der Redaktion geändert.

darf im Amt bleiben. Und der fristlos gekündigte Chef der Chirurgie soll demnächst wieder in die Klinik zurückkehren.

Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) hat angekündigt, das Lebertransplantationsprogramm am Klinikum rechts der Isar zu schließen. Doch was nach außen als Handlungsstärke verkauft wurde, sehen Eingeweihte als Vernebelungsaktion: Mit dem Zusperrern wurden weitergehende Recherchen über das Handeln der Verantwortlichen erstickt.

Franz Heffner hat die Debatte um Transplantationen nicht mehr erlebt. Er starb. Die Medikamente, die verhindern sollten, dass sein Immunsystem das neue Organ abstoßt, hatten offensichtlich die Metastasen in seinem Körper enorm wuchern lassen. Knapp zwei Monate nach seinem Tod wurde sein Arzt Peter B. von der TU München zum Professor ernannt.

Die Münchner Staatsanwaltschaft tut sich derweil schwer mit den Ermittlungen. Der Behördensprecher sagt, sie seien rechtlich sehr komplex, man brauche Zeit. Womöglich würden nach Auswertung der in Auftrag gegebenen Gutachten weitere Beweismittel benötigt. Peter B.s Verteidiger Ulrich Ziegert hält das ganze Verfahren für überflüssig – weil er die deutsche Praxis, die Organspende von privaten Stiftungen organisieren zu lassen, als verfassungswidrig einschätzt.

Dass die Aufarbeitung durchaus anders betrieben werden kann als in München, zeigt die Reaktion der Leipziger Transplantationsklinik, die ihren Direktor Sven Jonas ebenso von seinen Aufgaben entband wie zwei Oberärzte. Die drei Medi-

ziner sollen in mehr als 40 Fällen durch Trickserie den sogenannten MELD-Score nach oben getrieben haben, der für die Vergabe der Organe entscheidend ist. Bei Alkoholikern sollen sie auf den Nachweis verzichtet haben, dass die Empfänger abstinent waren. Insgesamt soll es bis zu hundert Verstöße gegen Richtlinien gegeben haben. Die Staatsanwaltschaft Leipzig ermittelt seit Anfang Januar gegen die drei Ärzte wegen des Verdachts versuchter oder vollendeter Tötung und gefährlicher Körperverletzung. Jonas hat sich bisher öffentlich nicht geäußert, eine Anfrage des SPIEGEL blieb unbeantwortet.

Noch ganz am Anfang steht die Staatsanwaltschaft Münster. Die Behörde bekam erst am vergangenen Donnerstag eine Mitteilung aus dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium dass es auch an der Uni-Klinik Münster Auffälligkeiten bei Transplantationen gegeben haben soll. Die Staatsanwaltschaft hat Mediziner hinzugezogen, um prüfen zu lassen, ob sie ein Ermittlungsverfahren einleiten wird.

Wie weit Strafverfolger kommen können, wenn sie bereit sind, tief in das System der Organvergabe einzusteigen, zeigt sich in Göttingen. Dort durchleuchtete eine Sonderkommission der Kripo mit 16 Beamten die Akten des Transplantationszentrums. Das Resultat: Ab dem 19. August muss sich der frühere Oberarzt Aiman O. wegen fahrlässiger Tötung in elf Fällen und wegen Körperverletzung mit Todesfolge in drei Fällen vor dem Landgericht verantworten. Der Chirurg soll nicht nur Daten manipuliert haben,

um seine Patienten eher transplantieren zu können. In drei Fällen soll er ihnen eine Leber verpflanzt haben, obwohl sie noch kein neues Organ gebraucht hätten.

Hinweise auf Bestechlichkeit oder Organhandel fanden die Ermittler nicht. Dennoch könnten finanzielle Interessen Aiman O. motiviert haben, die OP-Zahlen hochzutreiben. Der Chirurg hatte einen Bonusvertrag abgeschlossen. Danach kassierte er von der 21. bis 60. Transplantation zusätzlich jeweils 1500 Euro.

Als die Staatsanwaltschaft Anfang dieses Jahres Hinweise hatte, dass der gebürtige Palästinenser im Ausland ein neues Zuhause suchte, ließ sie O. in Untersuchungshaft nehmen. Sein Anwalt will auf die Vorwürfe nicht näher eingehen, er hält das forsche Vorgehen der Staatsanwaltschaft für überzogen. Es sei absurd, O. Körperverletzung vorzuwerfen, sagt Anwalt Steffen Stern, die Organtransplantation in Deutschland bewege sich in einer rechtlichen Grauzone.

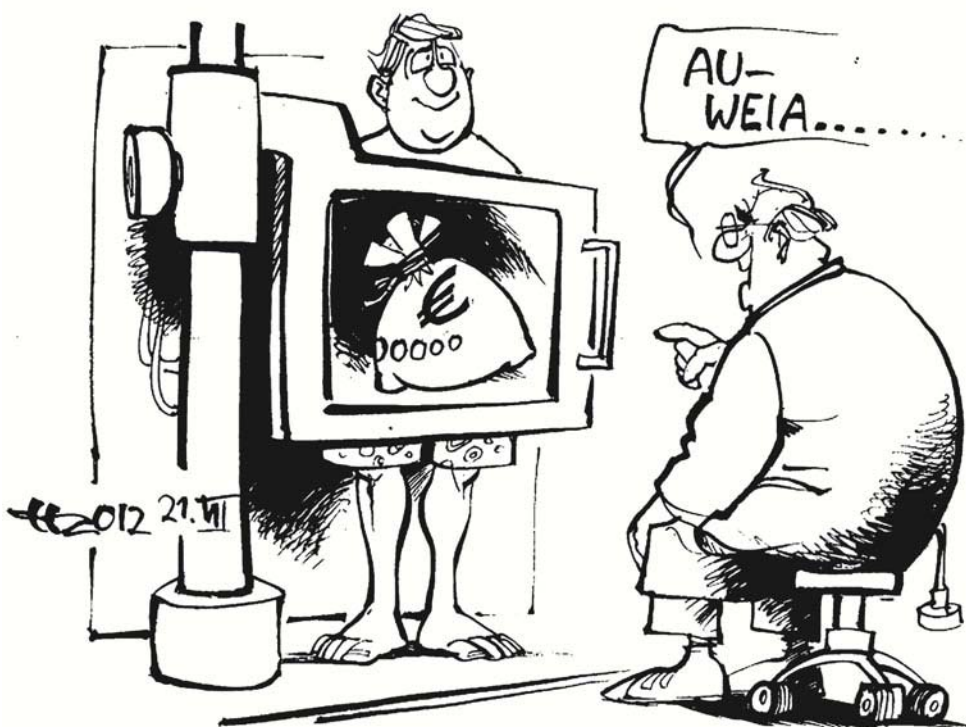
Im Kontrast zu den Göttinger Ergebnissen steht die Arbeit der Kollegen in Regensburg, wo O. bis 2008 tätig war und wo die Staatsanwaltschaft bislang allein die Angaben der Klinik aus deren Strafanzeige prüft. 43 Verdachtsfälle aus den Jahren 2004 bis 2006 legte das Universitätskrankenhaus vor. Für die folgenden Jahre seien keine Auffälligkeiten gemeldet worden, so die Strafverfolger – weshalb es auch keine Ermittlungen für die Zeit ab 2007 gebe.

Ein einziger Kripo-Beamter habe sich mit den Vorgängen befasst, derzeit sichte ein Staatsanwalt dessen Endbericht. Die Ermittlungen hätten sich gegen O. gerichtet. Dessen damaliger Chef, der renommierte Chirurg Hans Schlitt, habe danach mit diesen Manipulationen nichts zu tun.

Insider zweifeln jedoch an Schlitt. Stutzig macht sie etwa eine Studie, die 2011 in einem skandinavischen Fachmagazin erschien. Darin beschreibt Schlitt als Co-Autor die Erfolgsaussichten nach Lebertransplantationen – von alkoholkranken Patienten, die weniger als sechs Monate abstinent gewesen waren. Unklar ist, wie Schlitt zu diesen Patienten kommen konnte, da die Richtlinien der BÄK vorschreiben, dass man eine neue Leber frühestens nach sechs Monaten Abstinenz erwarten kann. Die Uni-Klinik und Schlitt wollten sich nicht äußern. Zu der Publikation würden noch Untersuchungen laufen.

Schlitts Forscheransehen haben die Organskandale offenbar nicht geschadet. Der Chirurg publizierte in diesem Jahr eine Studie über eine spezielle Therapieform nach Transplantationen. Seine Mitautoren: Sven Jonas, der geschasste Arzt aus Leipzig, und sein langjähriger Wegbegleiter Aiman O., der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Gefängnis saß.

DENNIS BALLWIESER, UDO LUDWIG,
ANTJE WINDMANN, STEFEN WINTER



„... da können wir eine Organtransplantation nicht mehr länger aufschieben“

HATZINGER



Angeklagte Heidi K.

STRAFJUSTIZ

„Mein Gott, ist das paranoid!“

Der Lehrer Horst Arnold war 2002 in Darmstadt als Vergewaltiger verurteilt worden. Nun steht dort sein angebliches Opfer vor Gericht – wegen Freiheitsberaubung. *Von Gisela Friedrichsen*

Darauf muss man erst einmal kommen. Sie wolle sich an eine andere Schule versetzen lassen, erzählte die Studienrätin Heidi K. einst vor Kollegen, möglichst nach Mittelhessen. Denn sie habe einen Verlobten, Manfred, der sei Kriminalbeamter und befinde sich in der Marburger Uni-Klinik, weil ihm bei einem Einsatz gegen das Qaida-Netzwerk in den Kopf geschossen worden sei. Zunächst habe er im Koma gelegen, er sei aber inzwischen bei Bewusstsein und müsse wieder sprechen lernen. Sie helfe ihm dabei, denn sie sei logopädisch geschult.

Wenig später stand eine Stelle als Konrektorin im südhessischen Ober-Ramstadt in Aussicht. Nun war bei Heidi K. keine Rede mehr von Mittelhessen, auch nicht von Manfred. Auf Fragen der mitfühlenden Lehrerkollegen nach dem pflegebedürftigen Verlobten erklärte sie beiläufig, der sei verstorben.

Dann lief es in Ober-Ramstadt nicht so, wie sie wollte. Also meldete sie sich krank, wie schon oft in der Vergangenheit. Als vermeintlich dem Tod nahe, ließ sie sich in die Uni-Klinik Heidelberg bringen, denn es könne sein, deutete sie dort an, dass ihr jemand in der Schule etwas in den Tee oder den Kuchen getan habe. Einer aus dem Personalrat vielleicht oder die Kollegin, die Gebäck mitbrachte. Man habe sie offenbar vergiften wollen.

In den Erzählungen der Heidi K. geht es meist um Dramatisches, um Krankheit und Tod, Unglück und Gewalt: Der Mieter im unteren Stockwerk habe sich umgebracht, weil sie ihn angeblich nicht erhörte. Sie habe einen Tumor im Kopf. Sie sei an Krebs erkrankt. Sie habe eine kleine Tochter bei einem Verkehrsunfall verloren. Sie sei von Herrn X schwanger gewesen und habe abtreiben müssen. Jeder ihrer drei Ehemänner habe sie misshan-

delt. Der erste Mann habe sie geschlagen und zum Studienabbruch gezwungen, der zweite habe sie oft anal vergewaltigt, der dritte habe ihr eine Hand gebrochen. Zwei Ehemänner sollen sie, einmal mit Kind, einmal ohne, die Treppe hinuntergeworfen haben. Und so fort.

Inzwischen weiß man, dass es Manfred, den Kriminalbeamten, zwar gibt – allerdings ohne Kopfschuss und höchst lebendig. Verlobt war er nie mit Heidi K., er war nicht einmal befreundet mit ihr, sondern kannte sie nur flüchtig. Krebserkrankungen kommen in ihren Krankenunterlagen nicht vor. Von einer Schwangerschaft weiß Herr X nichts. Anale Vergewaltigungen bestreitet der betreffende Ex-Mann vehement. Und so fort.

Ob sie je vergiftet wurde? In den Patientenakten der Klinik sind als Eingangsdiagnose „unklare Schwindelgefühle“ vermerkt. Im Blut fanden sich seinerzeit Abbauprodukte von Antidepressiva. Wären diese heimlich in der Schule verabreicht worden, wie Heidi K. es für möglich hielt, hätten sie bei der Blutanalyse drei Wochen später überhaupt noch nachgewiesen werden können? Auch von einer lebensgefährlichen Arsenvergiftung soll sie einer Kollegin aufwühlend berichtet haben, ebenso von einer Herzmuskelentzündung. Nichts stimmte.

„Wir haben ein Riesenrad an Diagnostik gedreht“, sagen in der Rückschau die Ärzte, die damals vergebens nach Grün-

den für den Schwindel suchten. Einer Kollegin teilte Heidi K. mit, der Polizeibeamte, der in ihrer „Intoxikationsangelegenheit“ ermittelt habe, sei heimtückisch ermordet worden, weil er einem Pädophilenring auf der Spur gewesen sei. „Mein Gott, ist das paranoid“, habe sie damals bei sich gedacht, sagt diese Lehrerin heute, denn ihr war bekannt, dass der Mann wegen familiärer Probleme Selbstmord begangen hatte.

Und nun soll man Heidi K. glauben, dass sie am 28. August 2001 in einer Pause im Biologie-Vorbereitungsraum der Georg-August-Zinn-Schule in Reichelsheim von dem Lehrer Horst Arnold vergewaltigt wurde. Anal, von hinten, im Stehen. Von einem stark nach Alkohol riechenden Mann, der fast einen Kopf größer war als sein Opfer. Vor einer Anrichte voller Gläser und Flaschen, die trotz der Attacke in Reih und Glied stehen blieben. Geht das, wenn die Frau nicht will?

Mal sagt sie, sie habe während der Tat geschrien. Dann: Sie sei danach schreiend über den Flur gelaufen. Gehört oder gesehen hat sie niemand. Das nächste Mal sagt sie, sie habe keinen Ton herausgebracht, der Täter habe ihr die Luft abgedrückt. Sie erinnere sich nicht. Vergisst man solche Angst? Wie ist sie in ihre Klasse gelangt, in der sie nach der angeblichen Vergewaltigung Lyrik unterrichtete? Kurz nach der Tat wusste sie nicht, ob der Täter ein Kondom benutzt hat, heute ist sie sich sicher: nein. Wie konnte sie am nächsten Tag mit einer Kollegin Tennis spielen, trotz schlimmer Unterleibsbeschwerden angeblich, und sich fröhlich an einem Frauenstammtisch beteiligen?

Von den alten Räubergeschichten will sie heute nichts mehr wissen. Man habe sie falsch verstanden. Sie habe so etwas nie gesagt, sie wisse nichts mehr. Von der Beschuldigung Arnolds aber lässt sie nicht ab. Sie ließ allerdings auch nicht von der Behauptung ab, Arnold habe sie auf dem Marktplatz von Michelstadt bedroht. Da saß er schon längst in U-Haft. Aber: Kann nicht auch eine notorische Märchenerzählerin wie Heidi K. einmal die Wahrheit sagen? Um die Unschuldsvermutung kommt man nicht herum.

Seit April steht sie vor der 15. Großen Strafkammer des Landgerichts Darmstadt wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung. Denn just in Darmstadt war Arnold 2002 wegen Vergewaltigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt worden, die er, weil weder zu einem Geständnis noch zu Reue bereit, bis zum letzten Tag absitzen musste.

In Kassel wurde er dann 2011 dank des Berliner Rechtsanwalts Hartmut Lierow nach einem spektakulären Wiederaufnahmeverfahren wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Auf das angebliche Opfer, die einzige Tatzeugin, sei „beim besten

Willen kein Verlass“, urteilten die Kasseler Richter.

Für Arnold ein schwacher Trost, denn eine vollständige Rehabilitierung blieb ihm trotzdem versagt. Heidi K. hatte gegen den Freispruch Revision eingelegt, bis zur Rechtskraft verstrichen weitere Monate. Arnold erhielt noch immer keine Haftentschädigung, und die Ministerialbürokratie verweigerte ihm eine rasche Rückkehr in seinen Beruf. Er fand keine Arbeit mehr, seine Gesundheit war ruiniert, der Lebenswille gebrochen, er starb schließlich 2012 im Alter von 53 Jahren (SPIEGEL 33/2011 und 29/2012). Es war



Angeklagter Arnold, Anwalt Lierow 2011
Freispruch wegen erwiesener Unschuld

nicht nur das Herz gewesen, das versagt hatte.

Nach mehr als einem Jahrzehnt unternimmt die Darmstädter Justiz jetzt endlich den Versuch, den Fall ordnungsgemäß aufzuklären – inzwischen ein fast aussichtsloses Unterfangen. Die Zeugen können oder wollen sich kaum noch erinnern. Vor Gericht geht es um Gerüchte und Gerede in Lehrerkreisen, weniger

„Ausgeschlossen, dass die Zeugin K. den Angeklagten der Tat falsch bezichtigt.“

um Fakten. Ehemalige Kollegen Heidi K.s rücken mit ihrer Meinung nicht heraus. Man scheut das offene Wort, um sich nicht den Vorwurf der Illoyalität zuzuziehen, um nicht Unruhe zu stiften oder dem Ansehen der Schule zu schaden. Oder um nicht zugeben zu müssen, dass man sich in Heidi K. wohl getäuscht hat.

Wohin sie auch kam, die Reaktion war immer die gleiche. Die Schulleiter, die Kollegen waren zuerst angetan von ihrem Charme, ihrer Eloquenz, ihrem Aussehen. Dann das Erwachen: extrem hohe Fehlzeiten, der Eindruck, mit ihr stimme et-

was nicht, die dramatischen Geschichten, mit denen sie sich in den Mittelpunkt drängte, die zelebrierte Opferrolle. Selbst gutgläubige Freundinnen gingen irgendwann auf Distanz.

„Wir haben durchaus diskutiert, ob die Tat überhaupt machbar ist“, sagt der pensionierte Polizeibeamte als Zeuge, der damals den Tatort videografiert hat. „Unser Grundgedanke war, nachzuweisen, dass die Tat möglich war.“ Heute würde man wohl anders ermitteln. Man habe die Sache „nicht mit dem nötigen kritischen Blick“ gesehen. „Wir haben zwar gezweifelt, aber sie war eben das Opfer!“

Der Vorsitzende, dessen Kammer Arnold verurteilte, bietet als Zeuge ein ärmliches Bild. Wie war die Aussage Heidi K.s? Keine Erinnerung. Ihre Verfassung? Keine Erinnerung. „Ich habe nicht mal ein Bild ihres Gesichts vor mir“, sagt er und schließt die Augen. Ein Richter mit Totalamnesie?

Nein. An den Angeklagten erinnert er sich nämlich sehr wohl: „Der hatte ja ein massives Alkoholproblem. Eine der Lehrerinnen berichtete, er habe oft mit der Zunge geschlackert, was sie als sexuelle Anspielung deutete. Die Kammer fand letztlich kein Motiv für die Tat. Ich erinnere mich, dass Frau K. in der Sekundarstufe II unterrichten wollte und Arnold ihr im Wege war. Dass die Zeugin den Angeklagten in Michelstadt gesehen haben wollte, als der definitiv schon in U-Haft saß, war bemerkenswert.“

Der Beisitzer hat nur noch „Erinnerungsinseln“ parat, etwa an eine Analfissur. „Ich weiß, ich diskutierte mit dem Vorsitzenden, ob man sich da Gedanken machen müsse. Aber so intensiv war wohl nicht nachgeschaut worden.“ Nach ihrer „festen Überzeugung“ aber sei es ausgeschlossen, urteilten diese Richter, „dass die Zeugin K. den Angeklagten der Tat falsch bezichtigt“. So leicht kommt man also zur Überzeugung von Schuld.

Die jetzige Kammer mit der Vorsitzenden Barbara Bunk ist in einer prekären Situation. Der Kasseler Freispruch spielt rechtlich keine Rolle. Die Unterlassungssünden des ersten Gerichts, dessen mangelnder Aufklärungswille, die Zeugen, die nicht geladen, Beweismittel, die ignoriert wurden – all dies ist nicht mehr zu heilen. Die drei Verteidiger kaprizieren sich darauf, Arnolds Reputation zu beschädigen. Da mag der einstige Schulleiter auch betonen, Arnold sei „ein ordentlicher Studienrat gewesen, der engagierten Unterricht“ erteilt habe. Die Verteidigung widmet sich lieber Gerüchten, Arnold habe während eines Pferdemarkts eine 16-Jährige „angetanzt“ und ihr ein Küsschen auf die Wange gegeben.

Heidi K., 48, gilt seit zwei Jahren als dienstunfähig. Ihre Bezüge wurden um 50 Prozent gekürzt. Arnold lebte nach der Haftentlassung von Hartz IV. ♦

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Dort sind alle Tränen abgewischt“

Margot Käßmann, 55, ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), über das erneuerte Eheverständnis der evangelischen Kirche, Maria und Josef als Patchwork-Familie und die Frage, wo denn nun das Höllenfeuer brennt

SPIEGEL: Frau Käßmann, glauben Sie eigentlich noch an Himmel und Hölle?

Käßmann: Ich glaube zuallererst an Gott und Jesus Christus. Was den Himmel angeht, glaube ich, dass uns die Auferstehung erwartet, in welcher Form auch immer. Die Bibel sagt, dort sind alle Tränen abgewischt – Not, Leid, Geschrei werden ein Ende haben. Das finde ich eine sehr schöne Verheißung. Ob es eine ewige Verdammnis der Sünder und eine Hölle gibt, diese Frage überlasse ich lieber Gott.

SPIEGEL: Wie sieht es aus mit der Jungfrauengeburt, also der biblischen Überlieferung, dass Maria bei der Geburt Jesu noch unberührt war?

Käßmann: Da bin ich ganz Theologin des 21. Jahrhunderts. Ich glaube, dass Maria eine junge Frau war, die Gott vollkommen vertraut hat. Aber dass sie im medizinischen Sinne Jungfrau war, das glaube ich nicht.

SPIEGEL: Es gibt mehrere Bibelstellen, wonach sie ihr Kind vom Heiligen Geist empfängt. Damit scheidet Josef als Vater schon mal aus.

Käßmann: Gottes Geist war sicherlich am Werk. Aber es gibt beispielsweise im Matthäusevangelium eine Abstammungsliste Jesu, in der sein Vater als Abkömmling des großen Königs David ausgewiesen wird. Das eine schließt das andere nicht aus.

SPIEGEL: Also eine Art Patchwork-Familie, mit ungeklärter Vaterschaft?

Käßmann: Für mich ist das eine sehr solide Familie. Maria, Josef, samt den Kindern, die sie gemeinsam hatten. Ich denke, dass Josef im biologischen Sinne der Vater Jesu war. Gott war es im geistigen.

SPIEGEL: Die evangelische Kirche hat in den letzten Jahrzehnten viel von dem aufgegeben oder umgedeutet, was nicht mehr so recht in die Zeit zu passen scheint. Können Sie verstehen, wenn manchen Gläubigen dabei unwohl wird?



Höllendarstellung aus dem 16. Jahrhundert: „Strafe, Sünde, Zorn – das ist nicht mein Evangelium“

Käßmann: Einige tun sich mit dem historisch-kritischen Blick auf die Bibel schwer, auch wenn ich den Grund nie ganz verstanden habe. Es hat meinen Glauben nie gefährdet, die Bibel als ein Buch zu sehen, in dem Menschen ihre Erfahrungen mit Gott über die Jahrtausende aufgezeichnet haben. Ich muss den Geist der Bibel erkennen und verstehen. Der Apostel Paulus sagt es sehr schön: Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig.

SPIEGEL: Bislang galt auch bei einer evangelischen Heirat der Satz: „Bis dass der Tod euch scheidet.“ Wenn man das neueste Familienpapier der EKD richtig liest,

dann ist selbst dieses Versprechen jetzt eher symbolisch gemeint. Was ist so verkehrt an dem Treueversprechen, dass man es weginterpretieren muss?

Käßmann: An dem Satz ist gar nichts falsch. Ich würde auch ein Paar nicht trauen, das ihn nicht sagen will. Wer eine Ehe eingeht, sollte entschlossen sein, bis zum Lebensende zusammenzubleiben. Wir sollten nicht immer von der Verfallsgeschichte der Ehe sprechen, sondern mehr von den Paaren, die Goldene, Diamantene oder gar Eiserne Hochzeit feiern.

SPIEGEL: Aber warum braucht es dann diese Orientierungshilfe?

Käßmann: Ich erinnere mich, dass wir die Schrift im Jahr 2008 im Rat der EKD in Auftrag gegeben haben, weil der Eindruck war, wir brauchen innerhalb von Kirche und Diakonie eine Hilfestellung, wie wir mit Familien umgehen, die nicht mehr dem klassischen Bild entsprechen. Damals gab es eine Studie, die zeigte, dass gerade Alleinerziehende ihre Kinder nicht taufen lassen, weil sie das Gefühl haben, in der Kirche nicht willkommen zu sein.

SPIEGEL: Viele Menschen haben das Papier so gelesen, dass nun auch die evangeli-

SPIEGEL: Bei der Vorstellung des Papiers in Berlin war nicht von ungefähr von einem „Kurswechsel“ die Rede. Die Familienschrift verzichtet auf die Ehe als Leitbild. Sie sagt nicht: Ihr sollt für immer zusammenbleiben, weil Jesus das so gewollt hat. Sie sagt: Es wäre schön, wenn die Ehe bis zum Ende hielte.

Käßmann: Das ist jetzt Ihre Exegese des Papiers, die ich nicht teile. Ich kann nur sagen, ich finde, die Ehe ist eine großartige Lebensform.

SPIEGEL: Seit langem hat kein Text die Kirchenmitglieder mehr so bewegt wie die

formulieren, um Familien als verlässliche Gemeinschaft zu stärken. Wer will, kann jederzeit andere Vorschläge einbringen.

SPIEGEL: Ist es noch Aufgabe der Kirche, den Menschen zu erklären, wie ein gottgefälliges Leben aussieht?

Käßmann: Die Kirche ist keine Produktionsanstalt für Normen. Die Protestanten haben sich stets im Dialog mit der Zeit befunden. Dass Luther 1525 geheiratet hat, war damals der Skandal. Entlaufenen Mönchen und Nonnen wurde gedroht, dass ihre Kinder als „Satansbrut“ verkrüppelt zur Welt kämen. Der Schritt in die Ehe sollte zeigen: Weltliches Leben ist genauso viel wert vor Gott wie zölibatäres oder klösterliches.

SPIEGEL: Die Sündhaftigkeit des Menschen ist eines der zentralen Themen der Bibel. Warum kommt das Wort Sünde in der evangelischen Predigt kaum noch vor?

Käßmann: Wäre es Ihnen so wichtig, dass Ihnen Ihre Sünden vorgehalten werden?

SPIEGEL: Gehört das nicht zu Ihren Aufgaben?

Käßmann: Na gut, wenn ich an das achte Gebot denke – „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“ –, fällt mir bei Journalisten einiges ein. Wir könnten zum Beispiel darüber sprechen, was es für sie bedeutet, dass Luthers Kleiner Katechismus dazu schreibt: Ihr sollt Euren Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder seinen Ruf verderben, sondern Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.

SPIEGEL: Hat der Sündenbegriff überhaupt noch Bedeutung für Sie?

Käßmann: Sünde bedeutet für mich Gottesferne. Es ist also Sünde, wenn ich glaube, Gott nicht länger zu brauchen, und stattdessen der Meinung bin, ich verdanke alles mir selbst – meinen Erfolg, mein Leben, alles, was ich bin.

SPIEGEL: Sünde ist also an keine konkrete Tat mehr gebunden?

Käßmann: Der Anspruch aus der Taufe ist, dass ich Gottes Gebote befolge. Aber wenn ich dabei scheitere, kann ich mich in meiner Schuld Gott anvertrauen. Jede Scheidungsgeschichte ist auch immer eine Schuld- und Verletzungsgeschichte. Das ist schmerzhaft, das tut weh. Da finde ich es wichtig zu sagen: Auch mit dieser Schuld kannst du in den Gottesdienst kommen und Vergebung erfahren.

SPIEGEL: Der Theologe Friedrich Wilhelm Graf beklagt, dass die evangelische Theologie vor allem damit beschäftigt sei, den



HC PLAMBECK / DER SPIEGEL

Theologin Käßmann: „Ich finde die Ehe eine großartige Lebensform“

sche Kirche die Erwartung aufgibt, dass die Ehe bis zum Ende hält.

Käßmann: Ich gebe diese Erwartung nicht auf.

SPIEGEL: In der Orientierungshilfe der EKD werden alle Heiratswilligen aufgefordert, vor der Eheschließung das Scheidungsrecht zu konsultieren.

Käßmann: Ist das schlimm? Die neue Lage im Unterhaltsrecht sollte den Menschen klar sein, wenn sie eine Ehe mit traditioneller Arbeitsteilung leben wollen. Ich sage Ihnen als geschiedene Frau, dass ich froh war, nach meiner Trennung meine Kinder und mich ernähren zu können.

familienpolitischen Empfehlungen der EKD. Der Berliner Landesbischof Markus Dröge sagt, es würden viele Bedenken genannt, ob man sich noch die Treue versprechen könne. Es fehlten aber leider Argumente, warum man trotz aller Einwände einander das Jawort geben solle.

Käßmann: Mag sein, aber die Orientierungshilfe ist ja nun auch kein Dogma. Ich persönlich hätte im Text die positiven Seiten der Ehe gern deutlicher herausgestellt gesehen. Nicht umsonst wollen ja viele homosexuelle Paare genau diese Form leben. Aber die Kommission hatte vom Rat den Auftrag, Empfehlungen zu

Leuten ein gutes Gefühl zu verschaffen. Er spricht von einem „Kuschelgott“. Fühlen Sie sich angesprochen?

Käßmann: Ich lese schon, was andere über mich schreiben. Herr Graf schreibt auch, es gebe heute zu viel Sopran in der Kirche. Also, ich singe Alt.

SPIEGEL: Graf ist mit seiner Meinung nicht allein. Die Kritik an der Selbstsäkularisierung formulieren andere auch.

Käßmann: Ja, manche wollen offenbar den strafenden Donnergott zurück. Und dazu eine Kirche, die verdammt und ihnen erklärt, wie sie zu leben haben.

SPIEGEL: Was ist daran so schlecht?

Käßmann: Ich habe neulich das Abendmahl in der hannoverschen Marktkirche ausgeteilt. Wenn ich da stehe und in die Gesichter der Menschen blicke, sehe ich, dass viele durch Krankheit gezeichnet sind, durch Trennung, durch Armut, Angst und Verlust. Ich möchte Menschen in der Seelsorge zur Seite stehen und ihnen die frohe Botschaft des Evangeliums verkündigen. Dafür ist für mich Kirche da, nicht als Moralinstitut.

SPIEGEL: Also hat Graf mit seinem „Kuschelgott“ gar nicht so unrecht?

Käßmann: Er beschreibt das Trostbedürfnis auf eine süffisante Weise, die die Menschen, die in dieser Erfolgsgesellschaft nicht mithalten können, noch einmal degradiert. Wer tröstet denn heute noch jemanden? Sie können doch auch nicht morgens ins Büro kommen und sagen, bevor ich schreibe, brauche ich erst mal ein bisschen Zeit für Trost.

SPIEGEL: Wir halten uns in schwerer Zeit aneinander fest.

Käßmann: Der SPIEGEL als Trostgemeinschaft, das gebe ich gern weiter.

SPIEGEL: Im Protestantismus ging es lange strenger zu als bei den Katholiken, die einen Sündennachlass raushandeln können. Geht es hier auch um eine Abrechnung mit sich selbst?

Käßmann: Die evangelische Kirche stand immer auch für Vergebung und Verheißung. Aber Prügeln und Strafen, das gab es in der Kirche und im Protestantismus leider auch. Denken Sie an „Das weiße Band“ von Michael Haneke. Der Pfarrer da meint es nur gut, wenn er die Tochter in die Ecke stellt und den Sohn am Bett festbindet, um ihn vom Onanieren abzuhalten. Strafe, Sünde, Zorn – so verstehe ich die Botschaft des Evangeliums nicht.

SPIEGEL: So ganz erfolgreich war Ihr Programm nicht. Die evangelische Kirche verliert seit 40 Jahren deutlich mehr Mitglieder als die katholische Konkurrenz.

Käßmann: Beide großen Kirchen verlieren Mitglieder, und wenn Sie Wiedereintritte und Erwachsenentaufen mitzählen, hat die evangelische Kirche eine vergleichbare Bilanz. Das Verständnis der Kirche als



Katholische Messdiener

„Diese Ehrfurcht gibt es bei uns nicht“

Vermittlerin des Heils sitzt bei Katholiken ganz tief. Ich kenne einige, die austreten wollen. Aber sie schrecken zurück, weil sie um ihr Seelenheil fürchten. Diese Ehrfurcht vor der sichtbaren Kirche als Institution gibt es bei uns Protestanten nicht.

SPIEGEL: Möglicherweise liegt es auch daran, dass eine Institution, die kaum noch Orientierung bietet, deutlich an Attraktivität verliert. Wenn es nur darum geht, sich wohl zu fühlen, kann man auch einen Ayurveda-Kurs besuchen oder ein „Zeit“-Abonnement bestellen.

Käßmann: Vielleicht sollten Sie öfter zu Beerdigungen gehen, um etwas zu hören von der Hoffnung auf das Leben mit Gott. Der Tod ist für Christinnen und Christen kein hoffungsloser Fall. Und Gott ist nicht diffus. Wo der Arzt sagt: „Exitus“, da sagen wir: „Introitus“.

SPIEGEL: Gibt es denn in der evangelischen Kirche noch eine Vorstellung vom Jenseits? Sie haben selber gesagt, dass Sie sich nicht sicher seien, ob irgendwo das Höllenfeuer wirklich brennt.

Käßmann: Es gibt die Hölle auf Erden, da ist sie sogar ziemlich oft anzutreffen.

SPIEGEL: Aber als Jenseitsort?

Käßmann: Ich glaube, dass der Mensch für seine Taten nach dem Tod Rechenschaft



Käßmann beim SPIEGEL-Gespräch*

„Bei Journalisten fällt mir einiges ein“

ablegen muss. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Gott Menschen Jahrhunderte in irgendeinem Feuer brennen lässt. Das sind für mich eher die Vorstellungen von Leuten, die ihren Feinden das Schlimmste wünschen.

SPIEGEL: Die Idee der ewigen Verdammnis hat auch etwas Tröstliches. Es gibt einige Figuren der Weltgeschichte, von denen man gern wüsste, dass sie Höllenqualen leiden.

Käßmann: Ich möchte Hitler oder Stalin auch nicht Laute spielend auf einer Wolke sehen. Aber es gilt doch zu fragen, welche Rachebilder wir hier im Kopf haben. Wenn diese Verbrecher die Opfer ihrer Taten vor Augen hätten, meinen Sie nicht, sie würden erkennen, wie völlig verfehlt die eigene Existenz war? Wäre da nicht eine tiefe Trauer über ein entsetzlich gescheitertes, von unendlicher Schuld belastetes Leben? Das muss die Hölle sein.

SPIEGEL: In der „Bibel in gerechter Sprache“, deren Mitautorin Sie sind ...

Käßmann: ... ich habe dafür mal ein Honorar gespendet. Aber ich gehöre nicht zum Herausgeberkreis, auch nicht zu den Übersetzern und Übersetzerinnen.

SPIEGEL: Sorry, dann haben wir das falsch gelesen.

Käßmann: Ich bin übrigens auch keine Vegetarierin, wie es immer wieder heißt.

SPIEGEL: In der „Bibel in gerechter Sprache“, die Sie unterstützen, aber nicht mitgeschrieben haben, ist jedenfalls nicht mehr nur von Gott, dem Herrn, die Rede, sondern auch von dem „Lebendigen“, „ErSie“, der „Ewigen“ oder einfach „Ich-bin-da“. Wäre es da nicht einfacher, Gott als Chiffre zu verstehen, um allen Empfindlichkeiten zu begegnen?

Käßmann: Es gibt viele verschiedene Gottesnamen in der Bibel: Jahwe, Adonaj, Elohim, Gott als Mutter wie beim Propheten Jesaja oder als Vogel, unter dessen Flügeln ich Geborgenheit finde.

SPIEGEL: Es ist auch von den „Apostelinnen und Aposteln“ die Rede.

Käßmann: Mittlerweile ist es exegetisch allgemein anerkannt, dass es sich bei Junia um eine Apostelin handelt. Später wurde ein „s“ angehängt, um aus Junia einen Junias zu machen. Das ändert nichts daran, dass dieser Apostel weiblich war.

SPIEGEL: Aber wir sind uns einig, dass beim letzten Abendmahl nur Männer zugegen waren?

Käßmann: Jesus hat an vielen Tischen gegessen, mit Frauen und Männern, dafür gibt es genügend biblische Zeugnisse. Bei diesem letzten Mahl könnte es anders gewesen sein.

SPIEGEL: Das war nicht sehr taktvoll von ihm.

Käßmann: Ach, ich finde, Männer können sich auch mal untereinander zusammensetzen, um in Ruhe zu reden.

SPIEGEL: Frau Käßmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren René Pfister und Jan Fleischhauer in der Berliner Dienststelle der EKD.

Die nächste Flut

Weil die Deutschen weniger Wasser verbrauchen, steigt in vielen Regionen der Grundwasserspiegel. Fatale Folge: Keller und Tiefgaragen werden überflutet.

Wenn im Berliner Stadtteil Rudow mal wieder das örtliche Wasserwerk ausfällt, werden viele Hausbesitzer zu Gesetzesbrechern. Sie setzen die Motorpumpe in ihrem Keller in Gang, für deren Betrieb sie zu meist keine Genehmigung haben. Doch das ist ihnen egal, seit alle paar Monate das Grundwasser durch die Wände drückt. „Was sollen wir denn tun?“, sagt eine Rudower Rentnerin. Einmal standen die Fluten in ihrem Keller so hoch, dass sie ihrem Hund bis zum Hals reichten, einem Irish Setter, knapp 60 Zentimeter groß.

Ihr Haus stammt aus den siebziger Jahren. „Damals konnte ich nicht ahnen, dass das Grundwasser mal so hoch kommt. Davor hat mich niemand gewarnt“, sagt sie. Ein paar Straßen weiter stand die Mauer, kurz dahinter das nahegelegene Wasserwerk. Mehr als hundert Brunnen waren dort in Betrieb, entzogen dem Boden Flüssigkeit und senkten dadurch den Grundwasserspiegel. Seit den neunziger Jahren ist es damit vorbei. Die Berliner verbrauchen weniger Wasser, in Johannisthal pumpen nur noch 20 Brunnen, und Rudow verwandelt sich nach und nach wieder in eine Sumpflandschaft. Die Folge: Wasser in den Kellern, Schimmel in den Wänden, Risse in den Fassaden.

Eine wesentliche Ursache ist das fast schon zwanghafte Bemühen der Deutschen, weniger Wasser zu verbrauchen. Sie waschen ihre Wäsche im Sparprogramm und gießen ihren Garten mit Regenwasser aus der Tonne. Auch der Bedarf der Industrie sinkt, weil Fabriken schließen oder modernere Maschinen eingesetzt werden.

Noch 1990 verbrauchte jeder Deutsche durchschnittlich 147 Liter pro Tag. 2010 waren es nur noch 122 Liter. Die Fördermenge sank um rund 1,73 Milliarden Kubikmeter. Doch wenn weniger Wasser gefördert wird, bleibt umso mehr im Boden. „Die Wasservorräte nähern sich der Situation an, wie sie

bis ins 19. Jahrhundert bestand“, sagt Michael Schneider, Hydrogeologe an der FU Berlin. Blöd nur, dass in der Zwischenzeit viele der Gebiete bebaut wurden. Häufig ohne Grundwasserschutz.

In einer Studie von Umweltingenieuren aus dem Jahr 2003 gaben über 50 Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet an, von dem Problem betroffen zu sein. Seitdem ist der Wasserverbrauch noch weiter gesunken. Nun schweben laut der Studie nicht nur Gebäude, sondern auch Abwasserkanäle, Tunnel und sogar Friedhöfe in Gefahr, mehr oder weniger regelmäßig im Nassen zu stehen.

Das Hessische Ried, eine ländliche Region südlich von Frankfurt, versorgt das Rhein-Main-Gebiet mit Trinkwasser. Noch vor 20 Jahren verdorrten dort Wälder oder rissen Hauswände, weil das Grundwasser zu niedrig stand. Mittler-

weile ist es weit genug zurückgekommen, um in feuchten Jahren in die Keller zu drücken. In der Nähe von Rüsselsheim war eine Bahnunterführung überflutet, monatelang. Für hohes Grundwasser war sie nicht ausgelegt.

Auch in Hamburg klagten Hausbesitzer über Schäden, da der Wasserverbrauch in den vergangenen 40 Jahren um rund 30 Prozent zurückgegangen ist. Der Baugutachter Peter Wagner wird regelmäßig in schlecht abgedichtete Keller gerufen. Er sagt: „Dass das Grundwasser irgendwann wieder steigen könnte, hatte lange Zeit niemand auf dem Schirm.“ Inzwischen weisen die Behörden Bauherren in Broschüren auf das Problem hin, im Internet listen sie täglich den aktuellen Grundwasserstand auf.

Besonders betroffen ist Berlin, weil die Hauptstadt ihr Trinkwasser fast komplett

aus dem eigenen Stadtgebiet bezieht. So baut die Siemens AG auf ihrem Gelände in Spandau eigene Brunnen, um das Grundwasser abzusinken. Auch das Rote Rathaus steht im Gefahrengbiet. Die Hausmeister mussten den Keller zwar noch nicht auspumpen. Aber weil er nicht richtig abgedichtet ist, stellt sich der Senat auf beträchtliche Schäden in der Zukunft ein. Im Bundesratsgebäude ist es bereits so weit. Vor vier Jahren fiel den Mitarbeitern erstmals Schimmel im Keller auf. Nun bekommt das Gebäude eine Betonsohle. Kosten: 24,4 Millionen Euro.

Inzwischen rufen auch private Immobilienbesitzer nach öffentlicher Hilfe. Der Staat solle Siedlungsgebiete vor Grundwasser schützen, fordert der Verband Deutscher Grundstücksnutzer. Doch die Chancen dafür stehen schlecht, zu lebhaft ist die Erinnerung an die ökologisch bedenklichen Zustände in den achtziger Jahren. Damals waren zwar die Keller trocken, aber auch Biotope und Feuchtgebiete. „Die Wasserressourcen sind in Deutschland erst dabei, sich zu erholen“, sagt Winfried Lücking vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Für Tiere und Pflanzen stehe das Wasser mancherorts „noch immer zu niedrig“.

Das sehen auch die zuständigen Experten in Berlin so. „Laut Gesetz ist jeder Bauherr verpflichtet, sein Haus gegen Feuchtigkeit zu schützen“, sagt Alexander Limberg, Chefgeologe der Berliner Stadtentwicklungsbehörde. „Wer seinen Keller von Anfang an richtig abgedichtet hat, bekommt jetzt auch keine Probleme.“

TOBIAS SCHULZE



Grundwassermesspunkt in Kiel

MICHAEL STAUDT / YOUR PHOTO TODAY

DER SPIEGEL

Wasserverbrauch

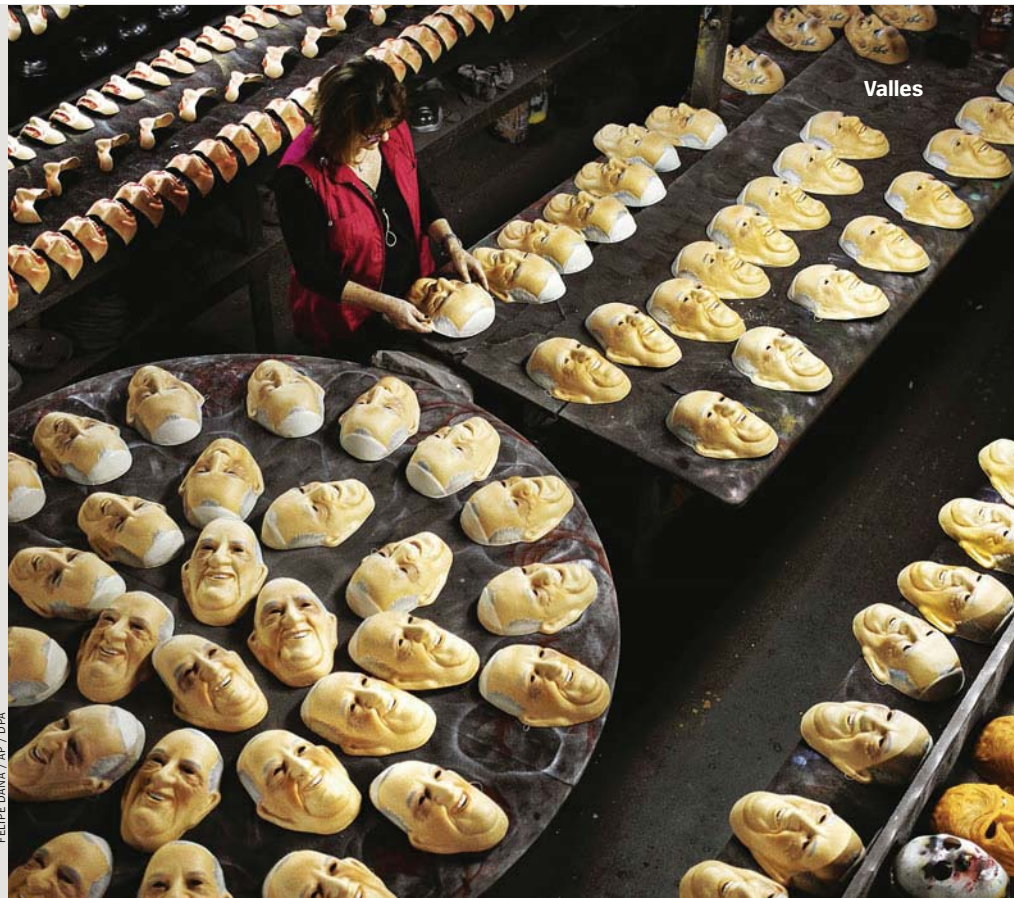
in Litern pro Einwohner und Tag in Deutschland

Quelle: BDEW



Was war da los, Frau Valles?

Olga Valles, 54, Maskenfabrikantin im brasilianischen São Gonçalo, über päpstlichen Besuch: „Wenn Papst Franziskus diese Woche nach Brasilien kommt, werden wir ihn freudig empfangen. In unserer Fabrik haben wir 2000 Masken gefertigt, wir verkaufen sie für umgerechnet zwei Euro pro Stück. Wir haben Masken von Obama, Bin Laden, Hussein, Aznar. Franziskus ist der erste Papst im Sortiment. Als Vorlage haben wir ein Foto vom Petersplatz genommen, auf dem er lacht; es entstand kurz nach seiner Wahl. Franziskus ist zum Glück nicht perfekt. Er hat genug Falten und ein Doppelkinn, die Maske war leichter herzustellen als die von einem glatten Tom Cruise. Nur der Gips am Kinn ging ein paar-mal kaputt. In Brasilien tragen wir Masken auch, um jemandem zu zeigen, dass wir ihn gut finden – so sehr, dass wir kurz einmal aussehen möchten wie er.“



FELIPE DANA / AP / DPA

Wie können wir Bushido schaden, Herr Wegener?

Der Musiker Bushido spricht in seinem neuen Video über seine Gewalt- und Tötungsphantasien. Werbefachmann Oliver Wegener, 49, leitet eine PR-Agentur, die Kampagnen für Rapper entwickelt, und erklärt, wie das Geschäft funktioniert.

SPIEGEL: Herr Wegener, wieso spricht Bushido in seinem neuen Video über das Sexualverhalten von Klaus Wowereit und sagt Sätze wie „Ich schieß auf Claudia Roth, und sie kriegt Löcher wie ein Golfplatz“?

Wegener: Er hatte in den vergangenen Jahren versucht, sich in der Erwachsenenwelt zu etablieren. Er hat ein Praktikum im Bundestag gemacht und sich in Talkshows gesetzt. Dann erschien der „Stern“ mit der Schlagzeile „Bushido und die Mafia“ und berichtete über seine Verbindungen zu einem libanesischen Mafia-Clan. Jetzt wollen die Erwachsenen nichts mehr von ihm wissen. Seine Rap-Karriere steht auf des Messers Schneide.

SPIEGEL: Da dachte er sich, ich riskiere mal eine Anzeige wegen Beleidigung?

Wegener: Er musste sich etwas einfallen lassen. Irgendwer muss ja seine Platten kaufen. Aus der Sicht eines Werbers ist die Strategie genial, aber das heißt nicht, dass sie richtig ist.

SPIEGEL: Wer hört gern Platten mit Gewaltphantasien und Schwulenhetze?

Wegener: Jugendliche, die sich allein-gelassen fühlen, und wahrscheinlich auch ein paar erwachsene Asoziale.

SPIEGEL: Ist es Kunst?

Wegener: Kunst auf einem Irrweg. Er kann gern sein Image als Gangsta-Rapper pflegen, aber es ist verwerf-

lich, darüber zu phantasieren, die Bundesvorsitzende der Grünen zu erschießen.

SPIEGEL: Gibt Wowereit mit seiner Anzeige Bushido nicht das, was er will?

Wegener: Ja, aber andererseits sollte eine Gesellschaft es nicht hinnehmen, wenn ein Musiker beleidigt und droht.

SPIEGEL: Wieso sprechen Rapper so häufig über Gewalt, und warum sind so viele Rapper frauenfeindlich?

Wegener: Machismo gehört zu dieser Kultur. Es geht immer darum zu sagen, dass man den Längsten hat. Dann ist es nicht mehr weit, bis die Texte frauenfeindlich und gewaltverherrlichend werden. Es gibt aber auch Rapper aus der jüngeren Generation, die anders sind. Cro aus Stuttgart beispielsweise singt positive Texte und trägt eine Panda-Maske.

SPIEGEL: Was können wir tun, um Bushido zu schaden?

Wegener: Ich glaube, es hilft, wenn wir die Strategie aufdecken und den Fans helfen, diesen Mann zu durchschauen. Es geht nicht um Gangsta-Rap, sondern ums Geschäft.



FRANK OSSENBRINK

Luos Weg nach Hause

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE: Ein Chinese findet mit Hilfe einer Satellitenaufnahme seine Heimat.

Als er den Mann sah, der angeblich sein Vater war, spürte Luo Gang, wie die Unsicherheit in ihm wuchs. In seiner Erinnerung war sein Vater viel dünner. Seine Erinnerung war allerdings 23 Jahre alt.

Wieder und wieder hatte er die alten Bilder in seinem Kopf betrachtet, in all den Jahren. Die Eltern. Die Schule an einem Berghang, die Flüsse in der Umgebung, die Brücken. Wenn er oft genug an alles dachte, hoffte er, würden die Bilder nicht verlöschen.

Nun hatten sie ihn an diesen Ort geführt, nach Yaojiaba, an den Rand der Millionenstadt Guang'an, in die Provinz Sichuan. Neben dem Vater stand noch ein jüngerer Mann, der angeblich Luo Gangs Bruder war.

Die Nachbarn zündeten ein Feuerwerk, Reporter waren angereist. Es kommt nicht oft vor, dass in Orten wie Yaojiaba ein Kind wieder nach Hause findet.

Aber es verschwinden oft Kinder aus Dörfern in China. Sie verschwinden aus kleinen und großen Städten, überall im Land. Tausende Kinder, womöglich sogar 200.000 im Jahr. Diese Zahl findet man in chinesischen Zeitungen. Offizielle Angaben gibt es nicht.

Die Kinder werden entführt und verkauft, an Banden, die sie zum Betteln schicken. Oder an Paare, die keine Kinder oder nur Töchter haben. Sie wünschen sich Söhne, damit die sie später versorgen. Rund 11.000 Euro koste ein Sohn inzwischen in China, berichtete der „Economist“.

Luo Gang war fünf, als er verschwand, sein Name war damals noch Huang Jun.

An den Tag seiner Entführung erinnert er sich so: Ein Mann und eine Frau sprachen ihn an, als er auf dem Weg zur Vorschule war. Wo arbeitet dein Vater? Bringst du uns hin? Nein, habe er gesagt, er müsse zur Schule. Vor dem Schultor zertritten sie ihn in ein Auto.

Luo erzählt seine Geschichte in knappen Worten, am Telefon. Er legt auf, bevor man alle Fragen stellen kann, beant-

wortet aber noch einige per E-Mail. Sein Leben sei durcheinandergeraten, sagt er, nach seiner Reise, den Zeitungsartikeln.

Menschenhändler nennt Luo die Leute, die ihn in ihr Auto zertritten. Aber die Leute, die ihn kauften, nennt er „meine Familie“, er hat sie geliebt.

Was zahlten sie für ihn? Haben sie ihn bestellt? Luo spricht kaum über seine zweiten Eltern. Sie könnten nichts mehr

etwa so viele Einwohner wie Deutschland. Wo sollte er suchen?

Im vergangenen Herbst stieß er im Internet auf die Website von „Baby, komm nach Hause“. Vor fünf Jahren hatten Eltern entführter Kinder ein Netzwerk gegründet, um einander bei der Suche zu helfen, die Behörden unternehmen meist nicht viel. Die Eltern benutzen Weibo, das chinesische Twitter, und QQ, einen populären Chat; mit den sozialen Netzen überwinden sie die riesigen Entfernungen in ihrem Land.

Er meldete sich bei „Baby, komm nach Hause“ im Chat „Heimkehr in den Südwesten“ an. Er klickte sich durch Videos und Satellitenaufnahmen, suchte nach den Bildern aus seinem Kopf, er zeichnete Karten, lud die Zeichnungen hoch.

Zweimal nannten Leute ihm Dörfer, aus denen Jungen verschwunden waren. Zuletzt im April. Luo sah sich den Ort bei Google Maps an. Wieder nichts, keine Erinnerung.

Er fuhr trotzdem weiter mit der Maus über das Satellitenbild, entlang der Autobahn, plötzlich sah er die Brücken, die Flüsse, eine Schule an einem Hang, alles sah aus, wie er es sich eingeprägt hatte, sagt Luo, „und mein Herz setzte kurz aus“.

Das Dorf hieß Yaojiaba, eine Familie dort vermisste seit 23 Jahren einen Sohn. Im Mai machte sich Luo auf die Reise.

Er sah den Vater an, dann den Bruder. In diesem Moment habe er gewusst, dass er sich nicht geirrt hat, sagt Luo Gang. Er erkannte seinen Bruder sofort.

Er blieb einige Tage lang bei seiner ersten Familie, half ihr, die Reispflanzen umzusetzen, dann kehrte er zurück in die Provinz Fujian. Auch die Großeltern brauchen Hilfe. Er will sie im Alter nicht alleinlassen.

Er hat nach Hause gefunden, aber was heißt das eigentlich?

Seine freie Zeit verbringe er gerade am liebsten in den Bergen, sagt Luo Gang, dort ist er ganz allein. WIEBKE HOLLERSEN



Luo (M.) in Yaojiaba

China: Entführter findet nach 23 Jahren via Google Maps seine Eltern wieder

Ein Mann aus der Provinz Fujian wurde im Alter von fünf Jahren entführt. Jetzt hat Luo Gang seine Eltern wieder gefunden - mit der Hilfe von Google Maps. Ob man die

Von der Website shortnews.de

richtigstellen. Sie starben, zwei Jahre nachdem er zu ihnen gekommen war.

Luo sagt nur: „Sie haben mich nie geschlagen, nie ausgeschimpft, sie haben mich wie ein eigenes Kind behandelt. Reicht das denn nicht?“ Nach ihrem Tod nahmen die neuen Großeltern ihn auf.

Luo lebte nun 1200 Kilometer südöstlich von seinem Heimatort in der Provinz Fujian. Er ging zur Schule, half auf dem Feld. „Ein normales Leben“, sagt er.

Aber er hielt die Bilder in seinem Kopf fest. Die Nachbarn hätten oft darüber geredet, dass er ein gekauftes Kind sei. Aber erst als ihn jemand „Bastard“ rief, habe er sich vorgenommen, die erste Heimat wiederzufinden, da war er 15 Jahre alt.

Den Namen seines Heimatdorfs wusste er nicht mehr. Die Provinz Sichuan hat

SPD

TEINANDER.



Politikerin Müntefering in Augsburg

Die Enkelin

Ihr Mann ist 40 Jahre älter als sie und war zweimal Parteichef der SPD. Sie will in den Bundestag, er will da raus. Michelle Müntefering ist eine von den jungen Frauen, die Politik wieder interessant machen sollen. *Von Barbara Supp*

Er nimmt die Schreibmaschine, wenn er etwas zu schreiben hat, und das Ergebnis versendet er dann per Fax. Er hört gern Volkslieder oder auch ein bisschen Klassik, und wer Michael Jackson war, sagt sie, hat er von ihr gelernt.

Er ist 73 und will immer spazieren gehen. Sie ist 40 Jahre jünger und hat nichts gegen Spaziergänge. Sie ist mit ihm verheiratet, Spaziergänge gehören dazu. Sie fragt nur manchmal, muss es ständig dieselbe Strecke sein?

Neulich waren sie in Bonn. Er kennt sich gut aus dort. Er hat 18 Jahre lang in Bonn gearbeitet, im Parlament, im Kabinett, in der Partei. Sie stellte fest, dass ihr dieses Bonn so fremd war wie die DDR.

Er war Parteivorsitzender, Fraktionsvorsitzender, Geschäftsführer, Minister, Vizkanzler, er hat in Bonn mitregiert und in Düsseldorf und in Berlin. Noch ist er Abgeordneter im Deutschen Bundestag, aber er kandidiert nicht mehr bei der Bundestagswahl im September, auch von dort zieht er sich jetzt zurück. Und sie will dorthin.

Sie hat früher für ihn gearbeitet, Schumann hieß sie damals noch, Michelle Schumann, und war wissenschaftliche Mitarbeiterin in seinem Büro. Pressebeobachtung, Reden schreiben für Franz Müntefering, sie sagt, es war kein leichter Job. Man kommt mit zehn Seiten und

ist und früher ihr Parteichef und Arbeitgeber war.

Seiner Partei geht es nicht gut, in letzter Zeit. Sie ist eine von denen, die diese Partei retten sollen.

Michelle Müntefering, Bundestagskandidatin, Absolventin der Führungsakademie der Sozialdemokratie, Trägerin des Silbernen Mikrofons der Deutschen Rednerschule, läuft am Rhein-Herne-Kanal entlang, wo das Wasser grün gegen Spundwände schwappt, wo ein gelbes Schild am Ufer noch an „Wanne-Eickel“ erinnert, das längst eingemeindet ist und zu Herne gehört. Eine junge Frau mit Jeans, Lederjacke, Pferdeschwanz, die sagt: „Is dat schön hier“, und bruchlos in einen Vortrag über die Sorgen der Kommunen übergeht. Nokia ist weg, Opel Bochum wird gehen. Man hat Sorgen, ganz unten, um Geld und um vieles andere.

Es gibt vieles zu retten in diesen Tagen, die Partei, die Kommunen, die Ideale.

„Man muss wat machen“, sagt sie. Was macht man? Man macht Politik. Seit sie 19 war, macht sie Politik.

Was reizt einen daran, als junger Mensch? Welche Art junger Mensch muss man sein?

Politik ist zum Beispiel ein Samstagnachmittag im Dezember, im „Union-Eck“ feiert der Ortsverein Herne-Süd. Es gibt Knappschaftsfahnen an der Wand

Wandel und Haushaltssicherungskommune, ist Wahlkampf mit einer Partei im Agenda-2010-Schock und einem Kanzlerkandidaten, mit dem die Partei nicht warm wird. Politik ist dieses leise Flüstern im Ortsverein: „Manchmal tut es weh, in der SPD zu sein.“

Politik heißt weiterzumachen, wenn's weh tut.

Was reizt sie daran? Warum steht eine 19-Jährige vor dem Herner Rathaus und will unbedingt da rein?

Sie hat es sich ausgesucht, sie ist nicht hineingeboren in die SPD. Sie kommt aus keiner dieser Revier-Familien, in denen man so selbstverständlich Sozialdemokrat ist, wie man ins Mettbrötchen beißt; es gibt diese Familien ja noch immer. Das Kind Michelle geht zur Waldorfschule, was aber nicht heißt, dass man in der Familie zu Fisimatenten neigt. Fünf Bücher finden sich in der Wohnung, Neues Testament, Weltatlas, Campingführer, ein Buch übers Ruhrgebiet und ein deutsch-französisches Fabelbuch, warum auch immer. Der Vater hat ein Rohrreinigungsunternehmen und ist konservativ. Das Kind soll etwas Ordentliches lernen, woraufhin das Kind Kinderpflegerin lernt und dann erst Journalismus studiert und später auch praktiziert.

Davor aber, in der Schule, ist dem Kind jemand begegnet: Brecht. Die „Dreigroschenoper“, das war die erste Begegnung „mit grundsätzlichen Fragen“, mit „Gesellschafts- und Kapitalismuskritik“. Das Brot der armen Leute, Bürger und Räuber, Fressen und Moral.

Brecht also ist schuld, dass sie in den Stadtrat wollte. Sie scheiterte beim ersten Mal, dachte: „Jetzt erst recht“, und besuchte die Kommunal-Akademie der SPD. Wo sie nicht nur lernte, wie man Haushaltsentwürfe liest, „diese fetten Ordner, bei denen jeder nur ‚Ach du Scheiße‘ denkt“. Sondern auch Prominente traf, den Peer, die Malu, die Hannelore, den Franz.

Er war öfters in Herne, es gehörte zu seinem SPD-Bezirk. Westliches Westfalen. Ein Abend im Volkshaus in Herne-Röhlinghausen, 2004, als er Arbeiterlieder mit den örtlichen Genossen sang, gilt als legendär. Sie war diejenige in Herne, der

Politik betreiben heißt, die eigene Hand ins Rad der Geschichte zu legen. Es gibt Käsekuchen dazu.

total tollen Formulierungen, wie man meint. Und dann sieht man, auf dem Weg zum Termin, wie er im Auto ein Blatt nach dem anderen auf den Boden wirft. Wie er sich ein paar Stichpunkte aufschreibt, und dann passt alles auf ein zweimal gefaltetes Blatt, DIN A4.

Er will „knappe, gute Formulierungen“, das habe sie dann begriffen. Kurze Sätze, Glück auf, und was geht die anderen an, was er sonst noch denkt. So war er immer, der Sozialdemokrat Franz Müntefering, der nun ihr Mann

und Käsekuchen mit Streusel und Ehrungen für die Jubilare und die Kandidatin Müntefering, die in brauner Hose und fliederfarbener Bluse erschienen ist. Und da steht sie nun und nimmt Ehrungen vor und hat es so gewollt.

Politik, so hat sie bei Max Weber gelesen, Politik heißt, „seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte“ zu legen.

Politik ist ganz groß und ganz klein. Politik ist Jubilareehren und Wintergrillen und Familientag der SPD. Politik ist Schulschließung und demografischer

man den guten Draht nachsagte nach Düsseldorf und Berlin.

Sie schafft es in den Stadtrat, sie wird Vize im Ortsverein und Mitglied im Landesvorstand NRW. Sie hat zwei Mitbewerber um die Bundestagskandidatur besiegt. Sie macht, was man machen muss, Januar-Brunch, Bürgergespräch im Friersalon, Kleingartenverein. Sie wirkt manchmal wie ein Mädchen und manchmal wie 150 Jahre SPD.

„Wenn es klappt“, sagt sie, „dann komme ich etwa im selben Alter in den Bundestag wie Franz.“

Als Franz Müntefering in den Bundestag einzog, Mitte der siebziger Jahre, hatte die SPD mehr als eine Million Mitglieder und wusste noch ziemlich genau, was der Unterschied war zwischen Sozialdemokratie und CDU. Heute sind es weniger als 500 000 Mitglieder, und die Partei versucht herauszufinden, wer sie ist.

Berlin im Frühjahr, im gläsernen Willy-Brandt-Haus, unten im Foyer, hat der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus Schwarzweißbilder des 90-jährigen Fotografen Rudolf Holtappel aufgehängt. Man sieht Duisburg und Oberhausen, Zechentürme, qualmende Kokereien, Arbeitersiedlungen, Schrebergärten und frische Wäsche, die nicht lange frisch bleiben wird. Alte Zeiten, arme Zeiten, aber man wusste, wer man war. Sozialdemokrat.

Klaus Tovar empfängt oben am Fahrstuhl, im zweiten Stock, er ist der Leiter der Parteischule und der Führungsakademie. Eine Parteischule gab es schon zu Bebels Zeiten. Eine Führungsakademie, so wie bei der Bundeswehr oder bei der Polizei, gibt es seit sechs Jahren. Michelle Schumann war im ersten Lehrgang. Sabine Bätzing und Thorsten Schäfer-Gümbel waren auch dabei.

Tovar führt in ein kleines, büchergefülltes Büro. 2007, vor der Eröffnung der Akademie, sagte er der „WAZ“, man wolle hier „die Besten auf verantwortungsvolle Jobs vorbereiten“; das sagt er jetzt nicht mehr. Es klingt so elitär.

Tovar, graumeliert, geschmeidig, sagt über Michelle Müntefering: „Sie hat sich in der Partei überzeugend durchgesetzt und immer an sich gearbeitet. Sie macht ihren Weg ganz wunderbar.“

Die „Fellows“ der Akademie, sagt er, bekommen „Tools“ an die Hand. Sie lernen Führung, Kommunikation, Auftreten, Strategie. „Leadership“ lernen sie. Politische Inhalte nicht, nein. Schon die Vorstellung, er hätte die Agenda 2010 vor sechs Jahren zum Lerninhalt erklärt – was wäre jetzt? Was wäre jetzt der Lehrstoff? Es weiß ja selbst unter den Agenda-Befürwortern von früher nicht mehr jeder, wie er dazu steht.

Die Akademie hat all die Querelen und Umbrüche an der Führungsspitze unbeschadet überstanden, das macht ihn froh. „Die Herausforderungen für das Füh-

rungspersonal sind größer geworden“, das ist seine Formulierung. Er meint vermutlich: Der kannibalistische Umgang der Partei mit ihren Führungskräften schafft ständig Bedarf.

Tovar spricht von der „Tagesschau“-Fraktion, die das Bild der SPD nach draußen verkörpere, eine kleine Gruppe nur unter den Berufspolitikern in Deutschland, 3500 sind es nach seiner Rechnung bei der SPD. Die Jahrgänge seien kleiner geworden, Rekrutierung sei kein Selbstlauf mehr. Politik könne und müsse man lernen. Politik sei ja nun mal nicht mehr so wie zu Willy Brandts Zeiten, der sich „zwei Wochen schwermütig ins Bett legen konnte“.

Schade? Nein, schade findet er das nicht.

Die Leute lernen, wie man vor der Kamera wirkt, was Killerphrasen sind, wann man sein Handy ausschaltet und dass man sich Ziele setzen muss. Managementtraining, denn Tovar ist der Meinung, dass eine Partei zu führen „nichts anderes als Führung in einer großen Firma“ sei, zu 90 Prozent jedenfalls. Und er betont dann noch, dass er nicht will, dass seine Zöglinge uniform durchs Leben gehen.

Die Frage ist, ob man dabei glattwird und vergisst, was das eigentlich ist, Sozialdemokratie.

Was bedeutet es für ihn, Klaus Tovar? „Gelebte Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit“, die Antwort kommt schnell. Er

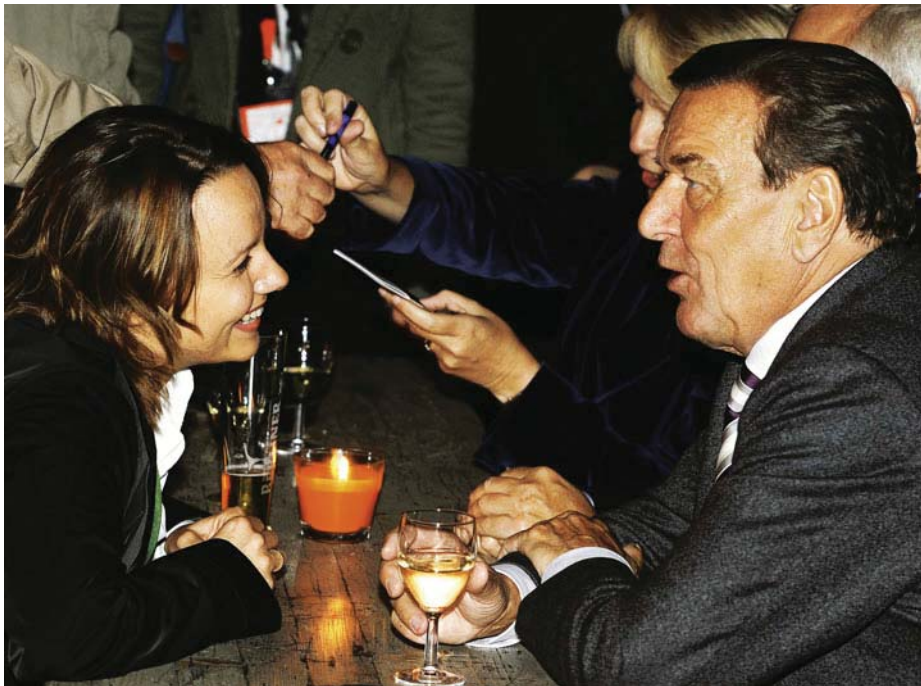


BLEICKER / CARO

Hochzeitspaar Müntefering 2009: „Man muss wat machen“



Jungpolitiker Franz Müntefering (r.): *Zweimal gefaltetes DIN-A4-Blatt*



Jungpolitikerin Michelle Müntefering*: *„Überzeugend durchgesetzt“*

begleitet zum Fahrstuhl, die Fotos unten in der Lobby, mit den Zechentürmen, Arbeitergesichtern, machen die sentimental, wenn er sie anschaut? Oder sind das einfach alte Zeiten, Gott sei Dank vorbei?

Die Fotos, sagt er, habe er sich noch gar nicht angesehen.

Ein paar Tage später sieht man ihn wieder, zwischen Stellwänden in der Augsburger Messehalle, wie er freudig Michelle Müntefering begrüßt, die als Delegierte zum Parteitag gekommen ist. Es ist der große Auftritt für Peer Steinbrück,

die letzte Chance, die Partei auf ihn, den nominierten Kandidaten, einzuschwören. Es soll jetzt Aufbruch sein, endlich. Gabriel heizt an, und dann spricht Steinbrück, beginnt stark, schwächelt in der Mitte und fängt sich wieder. Der Applaus: hocherfreut.

Michelle Müntefering sagt, dass die Rede hervorragend gewesen sei. Sie sagt: „Note 1,0.“ Es klingt nach: Partei gut, Sieg kommt, Hoffnung da. Es klingt münteferingisch.

Sie läuft durch die Augsburger Messehalle, an albernem SPD-Devotionalien vorbei; ernst und geschäftig. Sie bewegt sich selbstsicher auf diesem Parteitag und trägt ein Kleid mit aufregendem Schnitt

und gedeckten Farben, halb jung, halb brav, halb Rebellion, halb Pragmatismus.

Sie musste nicht lange überlegen, in Augsburg, wie sie abstimmen soll. Vor zehn Jahren in Berlin war es anders. 2003: Das war die Agenda 2010.

Sie erzählt davon in Herne, einiges später, auf einer Tour durch ihre Stadt. Sie erzählt es im Unterbezirksbüro, und von den Wänden blicken August Bebel, Kurt Schumacher, Willy Brandt auf die Generation der Enkel herab. Große Namen einer großen Partei.

Die Partei ist geschrumpft, nicht zuletzt seit der Agenda 2010. Jener Agenda, die Franz Müntefering so eisern vertreten hat. Erstaunlich bruchlos war er zum Kämpfer für die Beschneidung des Sozialstaats geworden, er, der immer Sozialpolitiker und Mann für die Seele der Partei gewesen war.

Es gebe durchaus politische Debatten über diese Dinge im Hause Müntefering. Heftige Debatten? Nun ja, sagt sie, „wir diskutieren so miteinander über Politik, dass wir abends noch im gleichen Bett schlafen wollen“.

Sie hat der Agenda damals zugestimmt, mit ein paar Einschränkungen, wo sie etwas ungerecht fand.

Sie war jung, Anfang zwanzig, soll sie sich jetzt damit rausreden?

Wenn sie sagt: verdammt Agenda, dann freut sich die Basis.

Wenn sie sagt: großartige Agenda, dann freut sich die Führung. Ein Teil der Führung jedenfalls.

Sie weiß, sie muss eine eigenständige Person sein. Sie lässt sich allein befragen, ihr Mann funkt ihr nicht dazwischen. Er spüre keine Versuchung, sich einzumischen, lässt er wissen, „wenn es dazu keine Einladung gibt“. Es ist nicht wie bei Familie Schröder/Schröder-Köpf: Man spricht mit Doris, und plötzlich steht Gerhard im Bild. Franz Müntefering hält sich fern.

Aber sie trägt seinen Namen. Warum ist sie nicht Michelle Schumann geblieben, um ihre Eigenständigkeit zu betonen? Wenigstens für die Politik? Sie sagt, das sei eine private Sache. Sie sagt: „Das ist mein Leben. Ich möchte mit meinem Mann zu Hause eine Familie sein. Ein Name an der Tür gehört für mich dazu.“

Knappe Sätze, hinter denen man sich verstecken kann: Er konnte das schon immer. Sie kann es auch.

Der Name ist ein Vorteil, selbstverständlich. Er schafft Aufmerksamkeit. Aber sie muss sehen, womit sie diese Aufmerksamkeit belohnt.

Dass man auch mal „Gesetze, die man selbst gemacht hat, verändern kann“, also auch die Agenda, das sei ihr wichtig. Sie habe auch in der Akademie nicht alles widerspruchslos hingenommen, beispielsweise haben ihr oft „die Vergleiche zu Wirtschaftsprozessen“, wo es um Demokratie ging, nicht gepasst. Sie habe eine Distanz zu vielem, das habe sie im

* Oben: mit Ex-Kanzler Willy Brandt während des Wahlkampfes im Sauerland 1976; unten: mit Ex-Kanzler Gerhard Schröder auf einem Sommerfest des „Vorwärts“ 2010.



ROLAND WEHRAUCH / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Sozialdemokrat Müntefering: „Es gibt sie, wir mögen uns“

Journalismus gelernt. Kompromisse müssen sein, aber wie viele? Wie viele Kompromisse hat sich Franz Müntefering, der Sozialpolitiker, angetan?

Politik bringt etwas, und sie kostet etwas. Manchmal eine Haltung. Manchmal Gesundheit. Manchmal das private Leben. Einmal hatte er sich für das Privatleben entschieden, als er sich aus seinen Ämtern zurückzog, 2007, um seine todkranke Frau Ankepetra zu pflegen. Aber als man ihn rief, nicht lange nach dem Tod seiner Frau, kam er zurück.

Damals wurde Michelle Schumann Referentin im Büro, man kannte sich ja aus Herne. Sie war eine von einem Schwall junger Leute, die ihn betreuten, fand das alles spannend und dachte gleichzeitig: „Um Got-tes-willen. Wir waren alles junge Leute um Franz herum. Wir haben uns abgewechselt, und am Ende eines Tages haben wir ihn um zwei Uhr nachts abge-

jungen Glück“, so schrieb „Bild am Sonntag“ und vermerkte den „Mut zu einer ungewöhnlichen Liebe“. Über „Müntes Liebes-Turbo“ berichtete der „Berliner Kurier“ und glaubte zu spüren, „dass in dieser Beziehung alles möglich ist“.

Die Umwelt rätselte und rätselt noch. Einen Mann zu heiraten, der 40 Jahre älter ist, lässt sich das erklären?

Sie stammen aus verschiedenen Zeiten. Sie haben nicht dieselben Spiele gespielt als Kind, sind mit anderen Bildern groß geworden, haben andere Filme gesehen, andere Musik gehört.

Michelle Müntefering findet, „es gibt wichtigere Dinge als das Alter“ und dass „manche Alten jünger sind als die Jungen“. Und Hannes Wader und Konstantin Wecker hören sie beide gern.

Franz Müntefering erzählt ab und zu Kleinigkeiten, wenn er nach seiner Ehe gefragt wird, dass er jetzt die „Simpsons“

Der Boulevard jubelte über „Müntes Liebes-Turbo“, über „Müntes Ja zum jungen Glück“.

liefert. Er musste um sechs wieder raus auf Schicht. Ich dachte, du meine Güte, wie hält der das aus?“

Und dann, irgendwie, fanden sie zusammen. Dann war der legendäre Auftritt Franz Münteferings, im Umspannwerk in Kreuzberg, am Abend vor dem Parteitag, am 13. Juni 2009. Es hatte Gerüchte gegeben um eine junge Frau an seiner Seite, und er bestätigte sie. „Erstens: Es gibt sie. Zweitens: Sie ist hier. Drittens: Wir mögen uns.“

Sie heirateten im Dezember 2009. Er war 69 Jahre alt, sie 29. „Müntes Ja zum

mag und dass er ihr eine Delle ins Auto fuhr, weil er das Fahren verlernt hatte. Und dass er manchmal sogar mit ihr ins Ausland reist, was früher nicht seine Gewohnheit war. Knappe Sätze eben.

Und dann fährt man mit Michelle Müntefering durch Herne, und sie erzählt von früher, geboren ist sie nicht weit von der damaligen Zentrale der Deutschen Steinkohle AG. Gleise in der Nähe, Ruhrpott, Sozialdemokratie außen rum, aber in der Familie eben nicht. Der Großvater: Zentrums-Wähler, katholisch, der Vater kon-

servativ. Es waren die späten Kohl-Jahre, die bleierne Zeit. Michelle und ihre Freunde hatten nie einen anderen Kanzler erlebt als Helmut Kohl. Und wenn sie zu Hause etwas sagte gegen diesen Kohl, korrigierte der Vater: „Das heißt Herr Doktor Kohl.“

In der Schule dann: Brecht. Der Weg in die SPD: Das war Rebellion.

Es ist eine Erzählung, die an jemanden erinnert. An einen jungen Mann aus dem Sauerland, Franz hieß er, aus konservativer Familie, der Vater: Zentrums-Wähler, der Junge: Messdiener, aufgewachsen in einer Zeit, in der viele Leute fanden, man dürfe Sartre nicht auf die Bühne bringen, Sartre, diesen Kommunisten. Zu den Sozis zu gehen, Willy Brandt zu wählen: Das war Rebellion.

Eine Spiegelung, über Jahrzehnte hinweg. Politik als Hoffnung, den Mief zu vertreiben, so hat es begonnen, für beide.

Michelle Müntefering sagt: „Ich muss ihm nicht erklären, warum ich am 1. Mai mit der roten Fahne auf der Straße bin.“

Am 22. September will sie gewählt werden, der Wahlkreis Herne-Bochum II ist aussichtsreich, ihre Chancen sind gut. Er wird sein Büro räumen. Für ihn sind es jetzt die letzten Tage mit Mandat.

Politik: Das sind auch Termine, die einen am Laufen halten. Er macht weiter Termine, für eine Hospiz-Stiftung, als Chef des Arbeiter-Samariter-Bunds.

Noch ist er Mitglied im Familienausschuss. Er ist viel unterwegs und redet übers Alter und manchmal auch übers Sterben. An einem dieser Termine, in einem Mehrgenerationenhaus in Falkensee bei Berlin, sieht man ihn auf einem dieser Podien sitzen, schmal, straff, er ist noch immer der Mann mit den kurzen Sätzen und der eckigen Frisur.

Ein kleiner, grauer Termin, Pflegeversicherung, Generation Praktikum, Mindestlohn, um die Nöte der Jungen geht es und vor allem um die Nöte der Alten.

Diese Alten, die allein leben. Die vom Pflegedienst besucht werden, der geht nach anderthalb Stunden, und dann kommt niemand mehr. Die schlimmste Krankheit, sagt er, „heißt Einsamkeit“. Alleinsein, sagt er, führt zu Krankheit, zu Depression. Man braucht, sagt er, „die Reibungsfläche Mensch zu Mensch“.

Franz Müntefering ist jetzt 73 und sagt, er fühle sich auch wie 73.

Michelle Müntefering sagt: „Er ist alt, aber jung.“

Sie ist jung auf eine Art, wie es die Alten mögen. Es sieht so aus, als hätte sie die perfekte Beziehung gefunden: eine Dreiecksbeziehung, ein Mann, eine Frau und eine Partei.



Video: Michelle Müntefering im SPIEGEL-TV-Porträt

spiegel.de/app302013muntefering
oder in der App DER SPIEGEL



Nato versus Manfred

ORTSTERMIN: In Koblenz wird darüber verhandelt, ob ein deutscher Rentner ein Landesverräter ist oder ein Held.

Seinen Lebensabend wollte Manfred K. in Panama verbringen. Wegen des Klimas und womöglich auch, weil man ihn dort schwer finden würde. Aber Panama muss warten.

Stattdessen betritt Manfred K. in Handschellen gekettet den Saal zehn im Oberlandesgericht Koblenz. Der Rentner Manfred K., 61 Jahre alt, soll ein Landesverräter sein. Er selbst sieht sich eher als ungehörten Aufklärer.

Im Prozess gegen Manfred K. geht es um die Nato, Computerdateien und darum, ob sich K. „Staatsgeheimnisse verschafft hat, um sie zu verraten“. So trägt es der Oberstaatsanwalt in der Anklageschrift vor. 20 Verhandlungstage sind für den Fall angesetzt.

Wenn man das alles hört, denkt man schnell an Edward Snowden. Weniger an Manfred K. Der trägt ein altmodisches lindgrünes Jackett, eine altmodische große Brille, sein Haar ist gescheitelt. Man kann sich den Rentner K. gut bei der Gartenarbeit vorstellen. Aber nur schwer bei der Spionage oder dabei, wie er Kontakt zu Russen, Chinesen oder WikiLeaks aufnimmt, oder dass er jemals im Transitbereich des Moskauer Flughafens sitzen könnte wie der zurzeit berühmteste Geheimnisverräter der Welt.

Genau wie der Amerikaner Snowden ist Manfred K. ein IT-Experte. Er arbeitete viele Jahre für die Nato auf dem Luftwaffenstützpunkt in Ramstein. Der Staatsanwaltschaft zufolge lief es dann so: Im März 2012 lud Manfred K. Computerdateien aus dem geheimen Netzwerk der Nato herunter. Er schickte die Dateien an seinen privaten E-Mail-Account. Später speicherte er alles auf zwei USB-Sticks, die er in seinem Wohnhaus versteckte.

Mit den gestohlenen Daten, so die Anklage, hätten sich feindliche Mächte ein Bild von der Sicherheitsstruktur der Nato machen können. Es ging auch um Einsatzplanungen, um Passwörter für Luft- und Seeoperationen.

„Wollen Sie sich dazu äußern?“, fragt der Vorsitzende Richter. Manfred K. hat handschriftliche Notizen vor sich liegen,

eng beschrieben. Sein Verteidigungsvortrag. Er bestreitet den Datenklau nicht. Aber er bestreitet die kriminelle Absicht.

Im Herbst 2012 nahmen Kriminalbeamte und Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes sein Wohnhaus auseinander. Am Ende fanden sie zwei USB-Sticks mit Dateien: unter einer Fliese im Keller und hinter einer Fußleiste in der Küche.



Angeklagter K.: Dateien in Küchenkrepp

Das ist, verstecktmäßig, nicht gerade Super-Agenten-Style. Manfred K. schiebt seine Brille zurecht und sagt: „Die Dateien waren ja eher harmlos. Kein erkennbarer Geheimnischarakter.“

Aber warum hat er die USB-Sticks dann versteckt?, fragt der Vorsitzende Richter. „Das mache ich mit allen meinen Daten“, sagt Manfred K. „Ich habe seit Jahren einen USB-Stick im Keller. Geschützt vor Diebstahl, Wasser und Feuer.“

Er klingt nicht wie jemand, der die Nato herausfordert. Auch nicht wie ein deutscher Edward Snowden. Eher wie ein

vorsichtiger Rentner mit Sinn für das Praktische. Der USB-Stick im Keller war umwickelt mit Küchenkrepp und Plastikfolie, als ihn die Ermittler fanden.

Manfred K. sagt, er wollte der Nato nicht schaden. Das Gegenteil sei der Fall: Er wollte das Bündnis schützen.

Seit dem Jahr 2008, erzählt Manfred K., sei man bei der Nato, aufgrund einer Systemumstellung, mit Daten sehr großzügig umgegangen. Viele Mitarbeiter hätten geheime Unterlagen einsehen können, sogar Gehaltsabrechnungen. „Ich war der Ansicht: Da gibt es eine Sicherheitslücke bei der Nato.“

Warum haben Sie Ihre Vorgesetzten nicht darauf hingewiesen?, fragt der Richter.

Das habe er getan, sagt Manfred K. Immer wieder. Er habe auch eine Beschwerde ins Hauptquartier nach Brüssel geschickt. „Man hat mich nicht ernst genommen“, sagt K. Das habe ihn frustriert. Der Datenklau sollte nun den Beweis erbringen für die Sicherheitslücke. „Es zeigt, wie phlegmatisch man auf Nato-Seite mit Informationen umgeht.“ Weitergeben oder verkaufen, sagt er, wollte er die Dateien aber nie.

Manfred K., könnte das heißen, ist also gar kein Landesverräter. Eher ein weiterer guter Datendieb, ein kleiner Held des digitalen Zeitalters. Edward Snowden wollte der Welt zeigen, wie sie von den USA bespitzelt wird. Manfred K. wollte, im Rahmen seiner Möglichkeiten, die Nato auf einen Fehler hinweisen.

Was mich ein bisschen erstaunt, ist Ihr Vermögen, sagt der Vorsitzende Richter.

Manfred K. ist ein reicher Mann. Fünf bis sechs Millionen Euro schwer. Wie wurde er so vermögend? Weil er Nato-Geheimnisse verkaufte? Manfred K. sagt, er habe geerbt, er habe jahrelang gut verdient, er habe sein Geld klug angelegt. Und er habe immer sehr, sehr sparsam gelebt.

Womöglich sagt Herr K. die Wahrheit. Oder feindliche Mächte besitzen längst einen interessanten Nato-Datensatz.

Der Prozess wird fortgesetzt.

JOCHEN-MARTIN GUTSCH



Illustrationen der Jobcenter-Broschüre

SOZIALSTAAT

„Schräge Debatte“



Heinrich Alt, 63, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit und zuständig für die Grundsicherung, verteidigt Spartipps für Arbeitslose.

SPIEGEL: Ein Ratgeber für Hartz-IV-Empfänger des Jobcenters Kreis Pinneberg sorgt für bundesweite Erregung, weil er auch Tipps zum Sparen enthält, etwa dass es günstiger sei, Leitungswasser zu trinken, als im Supermarkt Mineralwasser zu kaufen. Verstehen Sie die Empörung?

Alt: Kritische Hinweise ja, Empörung überhaupt nicht. Die Broschüre ist in erster Linie ein Ratgeber für Menschen in einer schwierigen Lebenssituation. Die

wenigen Spartipps darin sind Hinweise, die regelmäßig in jeder Verbraucherzeitung stehen. Nur weil sich der Rat an Hartz-IV-Empfänger richtet, gilt er als diskriminierend. Da ist die Debatte schräg, nicht die Broschüre.

SPIEGEL: Dusche statt Vollbad – das klingt für manche weniger nach Lebenshilfe als nach Bevormundung.

Alt: Was ist daran Bevormundung, wenn ich Menschen Tipps gebe, wie sie mit ihrem wenigen Geld besser über die Runden kommen? Keiner hat Arbeitslose aus Pinneberg gefragt, ob sie sich bevormundet fühlen. Dort kommt der Ratgeber übrigens gut an.

SPIEGEL: Die Spartipps in der Broschüre sind unstrittig. Warum dieser Protest, wenn ein Jobcenter sie gibt?

Alt: Für mich ist es ein Ausdruck von Doppelmoral. Wenn gutsituierte Bürger Fleischverzicht empfehlen, ist das politisch korrekt, die gleiche Empfehlung vom Jobcenter ist diskriminierend. Sagt

Stiftung Warentest, Waschmittel vom Discounter seien billiger und besser, ist das Verbraucheraufklärung, in der Broschüre gilt es als Bevormundung. Dabei kann doch jeder frei entscheiden, ob er einen Rat annimmt oder nicht.

SPIEGEL: Sozialverbände kritisieren die Broschüre als „Frechheit“ und „Verniedlichung“ der Realität.

Alt: Über die Art eines Ratgebers kann man immer streiten, aber man sollte ihn auch lesen. Diese reflexhafte Kritik an ein paar Dialogsätzen auf mehr als hundert Seiten schafft nur unnötiges Misstrauen. Immer gleich die Keule rauszuholen, macht jede gute Idee schon im Ansatz kaputt.

SPIEGEL: Welche der Tipps des Jobcenters beherzigen Sie selbst?

Alt: Ich trinke zum Beispiel auch mal Leitungswasser, es heißt ja nicht umsonst Trinkwasser. Und damit am Ende nur im Wagen ist, was ich brauche, gehe ich nie ohne Einkaufszettel los.

WETTBEWERB

Missbrauchsverfahren gegen Post

Die Bundesnetzagentur hat ein millionenschweres Missbrauchsverfahren gegen die Deutsche Post AG eingeleitet. Hintergrund ist der dubiose Erwerb von Anteilen an einem



Briefverteilzentrum in Suhl

kleinen Spezialunternehmen für Briefsortiermaschinen namens Compador Anfang des Jahres (SPIEGEL 17/2013). Compador war früher Dienstleister beim Post-Konkurrenten TNT. Seit die Post jedoch Anteile übernommen hat, versucht das Unternehmen Zug um Zug, Geschäft und Kunden von TNT abzuwerben – mit fragwürdigen Methoden. So kündigte Compador langfristige Wartungsverträge für Sortiermaschinen bei TNT und machte die Anlagen damit quasi wertlos, reihenweise wurden Führungskräfte abgeworben und möglicherweise sogar TNT-Firmengeheimnisse von Festplatten ausgelesen. Die oberste deutsche Regulierungsbehörde verdächtigt die Post zudem, Compador bei diesem Feldzug zu unterstützen, indem sie dem Berliner Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschafft. Als Marktführer und Ex-Monopolist ist der Post die Bevorzugung eines Unternehmens verboten, an dem sie selbst beteiligt ist. In einem Schreiben der Bundesnetzagentur vom 8. Juli an die Post heißt es, es könne die „missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung vorliegen“. Das könnte teuer werden. Kann die Post die Vorwürfe bis Ende Juli nicht entkräften, muss sie mit einer Strafe rechnen. Bislang hatten Compador und die Post unlautere Praktiken abgestritten.

LUFTHANSA

Zoff um Freistellung

Ausgerechnet mit einem Mitglied ihres eigenen Aufsichtsrats liefert sich die Lufthansa einen bizarren Rechtsstreit. In dem Konflikt geht es um den Manager Andreas Strache, 59, der Anfang Mai erstmals in das Kontrollgremium einzog. Der Lufthansa-Rat war im Mai 2010 nach seiner Wahl zum Betriebsrat von seiner Tätigkeit freigestellt worden. Strittig ist nun, wofür diese Freistellung damals erfolgte. Denn bis Januar 2012 war Strache zudem Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats. Nachdem er diese Funktion abgegeben hatte, wollte die Lufthansa die Arbeitsbefreiung wieder streichen. Auch sollte Strache sich für seinen Job als normaler Betriebsrat jeweils gesondert abmelden. Der jedoch pochte auf seine gesetzliche Freistellung und wehrte sich – mit Erfolg. Schon Ende Januar bestätigte das Frankfurter Arbeitsgericht seinen Status. Der Konzern legte daraufhin Beschwerde ein – wenige Tage bevor Strache von seinen Kollegen in den Aufsichtsrat entsandt worden war. Am 26. August soll es nun zum Showdown zwischen dem Lufthansa-Rebellen und dem von ihm zu kontrollierenden Unternehmen kommen. Dann verhandelt das Hessische Landesarbeitsgericht über den Fall.



GETTY IMAGES

YAHOO

Börsenwert legt um 13 Milliarden Dollar zu

Seit einem Jahr ist Yahoo mit seiner neuen Vorstandsvorsitzenden Marissa Mayer auf Shoppingtour. In dieser Zeit hat der Internetkonzern insgesamt 19 Unternehmen übernommen. Allein im vergangenen Quartal hat Mayer für neun Zukäufe, darunter der Microblogging-Dienst Tumblr, netto über eine Milliarde Dollar ausgegeben. Die Investitionen haben sich offenbar gelohnt: Als Mayer vor einem Jahr bei Yahoo anfang, lag der Börsenwert des Konzerns bei 19 Milliarden Dollar. Inzwischen ist er deutlich gestiegen – auf zuletzt 32 Milliarden Dollar.

SACHSEN-ANHALT

Landestochter verbrennt Millionen

Die von einem Insider-Skandal erschütterte IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt hat aus Sicht des Rechnungshofs auch wirtschaftliche Probleme. Aus einer Prüfungsmittelteilung geht hervor, dass sich das Vermögen der landeseigenen Gesellschaft von 2007 bis 2011 „um insgesamt 57 Millionen Euro reduziert“ habe. Zudem habe die Managementgesellschaft, die die Fonds der IBG verwaltet, eingeworbene private Gelder nicht wie vorgesehen in junge technologieorientierte Unternehmen investiert. Von 20 Millionen Euro seien nur 3,2 Millionen eingesetzt worden. Der Verbleib des Rests ist laut dem Papier „nicht dokumentiert“. Beklagt wird zudem eine „unangemessene Kostensteigerung“ bei der Verwaltung der Risikofonds. Verwalter im Auftrag des Landes ist die GoodVent KG, als Geschäftsführer fungiert Dinnies Johannes von der Osten. Der hatte vorige Woche eingeräumt, mit Fördermitteln den Solarzellenhersteller Q-Cells aufgepöppelt und später mit Aktien der Firma selbst Millionen verdient zu haben. Von der Osten weist die Vorwürfe zum mangelnden Einsatz der Gelder zurück. Das Land Sachsen-Anhalt hat angekündigt, sich von ihm zu trennen.

BANKEN

Berliner Politiker wollen Commerzbank behalten

Commerzbank-Zentrale in Frankfurt am Main

Im Bundestag gibt es derzeit wohl keine Mehrheit für einen Ausstieg des Bundes bei der Commerzbank. „Wir sollten unsere Anteile nicht verscherbeln, die Restrukturierung des Instituts braucht Zeit“, sagt FDP-Fraktionsvize Florian Toncar. Auch Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick fordert: „Es muss eine Lösung geben, die dem langfristigen Interesse der Steuerzahler entspricht. Es geht nicht um ein paar Monate mehr oder weniger, sondern um den strategisch besten Zeitpunkt für einen Ausstieg.“ Ähnlich äußert sich SPD-Chefhaushalter Carsten Schneider: „Wir sollten die Bank weiter konsolidieren, Hauruck-Aktionen bringen nur Verunsicherung.“ In der vergangenen Woche machten Spekulationen die Runde, der Bund wolle sich von seinem 17-Prozent-Anteil an der Commerzbank trennen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) habe bereits bei der Schweizer Großbank UBS vorgefühlt, hieß es. Ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt wäre allerdings ein schlechtes Geschäft: Das Aktienpaket an der zweitgrößten deutschen Bank ist nur noch rund 1,2 Milliarden Euro wert. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise hatte der Bund mehr als fünf Milliarden Euro in das Institut gepumpt.



ARNE DIDERT / PICTURE ALLIANCE / DPA



Graffito vor dem Neubau
der EZB-Zentrale in Frankfurt am Main

MARC-STEFFEN UNGER

FINANZAUF SICHT

Aufmarsch der Blockierer

Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank, macht Druck beim wichtigsten Reformprojekt der Euro-Zone, der Bankenunion. Die Regierungen sollen das nötige Geld bereitstellen. Doch vor allem Berlin weigert sich.

Sie entsteigen mit zerfledderten Gesichtern ihren Gräbern und irren gern mit ausgestreckten Armen im Mondlicht umher. Zombies sind seit Jahrzehnten Lieblingsfiguren der Film- und Popkultur. Neuerdings bevölkern sie auch die Tagträume von Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB).

Denn lebende Leichen gibt es auch unter Europas Banken, und der oberste Geldpolitiker des Kontinents soll den Kampf gegen sie führen. Im Rahmen der sogenannten Bankenunion haben die EU-Regierungschefs Draghi die Aufgabe übertragen, die 6000 Kreditinstitute der Euro-

Zone zu überwachen und – bei Bedarf – ihre Schließung oder Sanierung zu empfehlen.

Schon Anfang nächsten Jahres soll Draghi seine neue Aufgabe mit einer großangelegten Inventur der europäischen Kreditbranche starten, die vor allem einem Ziel dient: jene Banken ausfindig zu machen, die zu krank zum Überleben, aber zu gesund zum Sterben sind.

Das Problem ist nur: Inzwischen ist nicht mehr gesichert, dass Draghi die Rolle des Zombie-Jägers überhaupt spielen wird. Wenn die zuständigen EU-Politiker nicht die nötigen Voraussetzungen schaff-

ten, warnte er, könne die EZB den vorgesehenen Stresstest nicht wie geplant starten. Das ließ Draghi kürzlich auch den niederländischen Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem wissen.

In der Euro-Zone droht die nächste Blockade. Und sie ist gefährlicher als viele andere Hemmnisse. Alle Finanz- und Geldpolitiker der Währungsgemeinschaft halten die geplante Bankenunion für dringlich. Doch zugleich streiten sie darüber, wer im Ernstfall die Kosten übernimmt.

Europas Nordstaaten unter Führung Deutschlands wollen, dass allein die na-

tionalen Regierungen denkbare Abwicklungs- oder Sanierungsmaßnahmen für ihre maroden Banken finanzieren. Die Südländer dagegen fordern, den finanziellen Gemeinschaftstopf ESM für die Notmaßnahmen anzuzapfen.

Zwischen diesen Fronten will sich EZB-Präsident Draghi nicht zur Geisel der Nationalstaaten machen lassen. Mit Blick auf den geplanten Frühjahrs-Stresstest heißt es in der Zentrale der Währungsbehörde in Frankfurt am Main: „Es ist wichtig zu vermerken, dass die EZB eine solche Übung nicht starten kann, ohne zu wissen, was passiert, wenn Fehlbeträge zutage treten.“

Es geht um das wichtigste Projekt der Euro-Zone. Weil es die nationalen Aufsichtsbehörden bislang nicht geschafft haben, den chronisch aufgeblähten Bankensektor der Währungsunion vernünftig zu kontrollieren, soll nun EZB-Chef Draghi die unangenehme Aufräumarbeit leisten. Er soll nicht zuletzt jene halbtoten Geldinstitute Europas benennen, die kaum noch Kredite vergeben und so die Wirtschaft vor allem in Südeuropa eher lähmen als stimulieren.

Ohne die Bereinigung des Bankensektors, davon sind Experten überzeugt, wird der Euro nicht aus der Krise kommen – und trotzdem droht das Projekt derzeit an der gegenseitigen Blockade der Beteiligten zu scheitern.

Er glaube nicht, dass der „nötige große Sprung“ zur Europäischen Bankenunion „in den nächsten zwei oder drei Jahren gelingt“, sagt Henrik Enderlein, Professor an der Berliner Hertie School of Governance. „Derzeit denken zu viele Regierungen, sie könnten auf Zeit spielen.“

Auch Draghi fürchtet ein Desaster, wie es Europas Bankenaufsichter bereits einmal erlebt haben. Es war in London. Dort hatte sich 2011 eine nach der Finanzkrise geschaffene EU-Behörde an länderübergreifenden Stresstests versucht, bei denen zunächst nicht einmal die eklatante Schwäche der Großbanken Zyperns zutage trat. Und wozu soll man solche Tests machen, wenn sie nicht mal die naheliegendsten Probleme enthüllen?

Draghi will um jeden Preis vermeiden, sich ähnlich lächerlich zu machen. Denn



Zentralbankchef Draghi
Zombie-Jäger wider Willen

niemand weiß, welche Risiken in den Büchern der Euro-Banken noch schlummern, „es wird recht schwierig werden, sie zu finden“, glaubt Michael Grote, Vizepräsident der Frankfurt School of Finance and Management.

Die Schätzungen, wie viel zusätzlichen Kapitalbedarf die Prüfer entdecken könnten, reichen bis zu einem hohen dreistelligen Milliardenbetrag.

Optimisten verweisen darauf, dass in den Euro-Krisenländern im Zuge der Rettungsmissionen auch bei den Banken aufgeräumt wurde: In Spanien etwa fusio-

nierten viele kriselnde Sparkassen und lagerten die besonders gefährdeten Kredite aus ihren Bilanzen in eine sogenannte Bad Bank aus.

Doch noch immer sind die Methoden, mit denen Kredithäuser die Risiken ihrer Portfolios bewerten, von Land zu Land und sogar von Bank zu Bank unterschiedlich. Zudem reißt die anhaltende Rezession in Südeuropa neue Löcher in die Bilanzen der dortigen Banken.

Viele Unternehmen der Mittelmeerländer stehen derzeit vor der Pleite (siehe Serie Seite 64), entsprechend fällt bei den Banken eine wachsende Zahl von Krediten aus. So ist etwa der Anteil unsicherer Darlehen an Mittelständler oder Privatkunden bei den griechischen Banken innerhalb eines Jahres von 15 auf 25 Prozent gestiegen. Als gesund gelten drei Prozent.

Doch auch im Norden, wo die Konjunktur besser läuft, kämpfen viele Geldhäuser ums Überleben. In den Niederlanden leiden die Institute unter einer schweren Immobilienkrise, deutsche Kredithäuser sitzen derweil auf Abermilliarden an wackligen Krediten für die Containerschifffahrt, die nach dem Ende des Booms reihenweise auszufallen drohen. Von einer „zweiten Welle“ der europäischen Bankenkrise sprechen Experten.

Entsprechend entschlossen gibt sich der EZB-Rat, im siechen Kreditsektor des Kontinents gründlich aufzuräumen. Das Vorbild sind die USA: Dort machten Aufseher und Regierung nach der Finanzkrise kurzen Prozess. Nach radikalen Stresstests wurden viele Banken verstaatlicht und fast 500 Geldhäuser geschlossen.

„Die Euro-Zone braucht einen ähnlich gründlichen Prozess“, sagt EZB-Direktor Jörg Asmussen. Rücksicht auf politische Empfindlichkeiten könne man nicht nehmen, heißt es intern. Die EZB solle „Härte“ zeigen.

Dafür allerdings braucht Draghi ein klares Einverständnis der Politik. Denn je gründlicher seine Leute die Banken durchleuchten, desto größer ist auch der Handlungsbedarf, der sich aus ihren Prüfungen ergibt.

Das Problem ist nur: Bislang ist unklar, wer für die Milliardenrisiken einstehen

Rettungsplan

Die drei Säulen der europäischen Bankenunion

- **Europäische Bankenaufsicht** (soll bis Ende 2014 bei der EZB angesiedelt werden)
- **Einlagensicherung**
- **Europäischer Abwicklungsmechanismus**



Europäischer Abwicklungsmechanismus nach Plänen der EU-Kommission

1 Die Bankenaufsicht bei der EZB erkennt eine Schieflage und schlägt Alarm.

2 Das europäische Abwicklungsgremium aus Vertretern von EU-Kommission, EZB und nationalen Aufsichtsbehörden bereitet die Abwicklung auf Basis der Pläne der Banken im Detail vor. Bei Abstimmungen innerhalb des Gremiums gibt es kein Vetorecht.



3 Die EU-Kommission entscheidet, ob die Abwicklung erfolgt.

4 Der Abwicklungsplan wird von den nationalen Behörden unter Aufsicht des Abwicklungsgremiums umgesetzt.

soll. So verfügen Staaten wie Slowenien oder die Niederlande noch nicht einmal über einen nationalen Bankenrettungsfonds, aus dem sich angeschlagene Institute im Notfall bedienen könnten. Schlimmer noch: Europas Banken sind derart verflochten, dass es regelmäßig zu kaum lösbaren Konflikten zwischen den beteiligten Regierungen kommt.

Bei der französisch-belgisch-luxemburgischen Dexia Bank beispielsweise stritten Paris, Brüssel und Luxemburg jahrelang über die Aufteilung der milliarden-schweren Sanierung. Und bis heute ist unklar, ob das schlingernde Institut noch weitere Finanzspritzen benötigt.

Entsprechend verbreitet ist vor allem in Südeuropa der Wunsch, bei Bedarf auf Geld des gemeinsamen Rettungsfonds ESM zugreifen zu können. Doch dagegen stemmt sich insbesondere die Bundesregierung. Mit aller Macht wehrt sich Berlin derzeit auch gegen den Plan der EU-Kommission, einen europaweiten Abwicklungsmechanismus für Banken unter Brüsseler Regiment zu schaffen.

„So wie von der EU-Kommission geplant, wird es die Bankenunion nicht geben“, sagt der parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Steffen Kampeter. „Wir stimmen auf keinen Fall einer Lösung zu, die den Verlust von nationaler Souveränität bedeutet und entsprechende Durchgriffsrechte der EU zur Folge hat.“ So lange es keine echte politische Union Europas gebe, sei für Deutschland nur ein Netzwerk nationaler Behörden denkbar, heißt es in Berlin. So will die Bundesregierung sicherstellen, dass deutsche Steuerzahler nur im absoluten Ausnahmefall für Schieflagen südeuropäischer Banken aufkommen müssen.

Erst sollten nationale Quellen angezapft werden, so lautet die Position der Deutschen, zudem müssten mögliche ESM-Hilfen auf eine Deckungssumme von 60 Milliarden Euro begrenzt bleiben.

Das ist womöglich zu wenig, heißt es unter Notenbankern und Finanzexperten, um eine europaweite Bankensanierung stemmen zu können. Und so rechnen nicht wenige Experten damit, dass der groß angekündigte Befreiungsschlag für Europas Bankenbranche womöglich noch lange auf sich warten lässt. Bevor auch der geplante Stresstest durchgeführt werden könne, erklärt die EZB, müssten „angemessene Auffanglösungen auf nationalem oder europäischem Level vorhanden sein“.

Es ist eine alte Erkenntnis unter Brüsseler Politikern, dass Fortschritte in der europäischen Integration nur unter Druck gelingen. So könnte es auch diesmal wieder kommen, sorgt sich Bankenökonom Enderlein: „Ich fürchte, dass die Bankenunion auf Eis gelegt wird, bis sich die Euro-Krise erneut zuspitzt.“

SVEN BÖLL, MICHAEL SAUGA, ANNE SEITH



VERMÖGEN

Kunst im Bau

Aus Angst vor dem Fiskus räumen viele Reiche ihre Konten in der Schweiz und investieren in Kunst. In großen Hallen in Genf und Zürich werden die Pretiosen steuer- und zollfrei gelagert.

Einer der wertvollsten Kunstschatze der Welt lagert an einem Ort von vollendeter Hässlichkeit. Sechs Stockwerke hoch ragt der Betonklotz des Genfer Zollfreihafens in den Himmel. Statt Fenstern prägen überwiegend graue Lamellen die Fassade des riesigen Tresors für die Reichen dieser Welt.

Wer in die begehbaren Schließfächer dieses sehr speziellen Schweizer Steuerparadieses vordringen will, muss etliche Barrieren überwinden.

Es braucht eine Mitarbeiterin, die an der ersten Tür die richtige Zahlenkombination in einen kleinen Bildschirm tippt. Dann wartet eine große Stahlschranke, die gegen den Uhrzeigersinn gedreht werden muss, bis sie einrastet. Schließlich lässt sich die schwere Stahltür öffnen, die dem Schott eines U-Boots ähnelt. Dahinter erstreckt sich ein trister Gang, von dem auf beiden Seiten weitere Türen abgehen. Und die wiederum können nur

die Mieter öffnen. Nur sie haben den Schlüssel.

Die Mitarbeiterin der Geneva Free Ports & Warehouses Ltd. bleibt diskret im Hintergrund, während die Besitzer der verschlossenen Reichtümer ihre Goldbarren zählen oder eben die von ihnen gesammelten Bilder in Augenschein nehmen, die hier lagern.

Die Kunsthändlerdynastie Nahmad soll in Genf allein 300 Picassos lagern. Ungezählte Degas, Monets und Rothkos werden in den unwirtlichen Räumen aufbewahrt. Der Wert der Werke wird auf Milliarden geschätzt. Kaum ein Museum kann da mithalten.

Wer hierherkommt, ist richtig reich. Nach dem Wohlstandsreport des Beraterhauses Capgemini gab es im vergangenen Jahr weltweit zwölf Millionen Millionäre, die zusammen ein Vermögen von 46,2 Billionen Dollar besitzen, zehn Prozent mehr als im Jahr



Vorabpräsentation auf der Art Basel im Juni

GETTY IMAGES

zuvor. Die Reichen der Welt werden immer reicher.

Trotzdem machen sich viele Wohlhabende Sorgen. Die Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden. Und Steuerparadiese stehen weltweit unter Druck. Sie sollen offenlegen, wer bei ihnen sein Vermögen bunkert.

Neuerdings fordern selbst Schweizer Banken ihre Kunden schriftlich auf, mit den Finanzbehörden zu kooperieren und über eine Selbstanzeige nachzudenken. Derlei heizt die Furcht vorm Fiskus weiter an. „Wir gehen davon aus, dass insgesamt Hunderte Milliarden Franken aus der Schweiz abfließen“, sagte der Chef der Vermögensverwaltung bei der Schweizer Großbank UBS schon Ende 2012.

Doch nicht alles, was die Banken an Kapital verlieren, verlässt auch die Schweiz. Zwar werden die Konten und Bankschließfächer leer geräumt. Aber ein wachsender Teil des Geldes wird, auch wegen der zahlreichen Unsicherheiten an den Finanzmärkten, in reale Werte wie Kunstwerke, Wein oder Oldtimer gesteckt. Insgesamt vier Billionen Dollar sollen mittlerweile in „treasure assets“, Kostbarkeiten aller Art, investiert sein.

Dafür braucht es Lagerräume, die höchsten Anforderungen an die Sicherheit genügen. Bunker der Schweizer Armee, tief in die Alpenfelsen gesprengt, sind begehrt. Doch die Freihäfen von Genf und Zürich sind noch beliebter. Sie

bieten das, wofür bisher die Schweizer Banken standen: steuerparadiesische Freiheiten und maximale Diskretion.

„Zurzeit transferieren verschreckte Kunden ihr Vermögen von den Banken in die Lager der Stadt“, sagt die freundliche Frau vom Genfer Freihafen. Bisher habe sich höchstens der Schweizer Zoll für den Inhalt der Lager interessiert. Ausländische Finanzbehörden hätten keine Chance, an die Listen mit den Eigentümern zu kommen. Steuerhinterziehung sei in der Schweiz schließlich keine Straftat.

„Ich kann Ihnen leider keinen größeren Tresor anbieten. Wir sind ausgebucht“, sagt sie. Nur zehn Quadratmeter sind noch zu haben, eines der kleinsten Schließfächer hier. Jahresmiete: 22 000 Schweizer Franken.

Die wahre Herausforderung besteht für die Vermögenden allerdings darin, einen ausreichenden Versicherungsschutz für die in Genf auf insgesamt 140 000 Quadratmeter angehäuften Reichtümer zu bekommen. „Wir haben keine zusätzliche Versicherungskapazität für das Lager. Das ist ein Riesenproblem für unsere Kunden“, sagt Ulrich Guntram, Vorstandsvorsitzender des führenden Kunstversicherers Axa Art Versicherung AG.

Auch andere Schweizer Assekuranzen winken ab. Was an Werten dort lagert, weiß niemand exakt. Ein Brand in Genf gilt jedenfalls als größtes anzunehmendes Schadensszenario in der Kunstwelt. Auch auf Druck der Versicherer entsteht nun im Genfer Freihafen ein zusätzliches, ebenfalls sechsstöckiges Gebäude, das nur der Kunst vorbehalten sein wird.

Als Dienstleistung offeriert das Lagerunternehmen, zu 86 Prozent im Besitz des Kantons Genf, einen speziellen eidgenössischen Service: Der Schweizer Zoll, der in dem Lager ein eigenes Büro unterhält, verlangt weder Ein- noch Ausfuhrzoll – oder gar Mehrwertsteuer. Die wertvollen Güter werden direkt vom Genfer Flughafen hierhergeschafft und können jederzeit diskret und kostenfrei ins Ausland weiterverschleibt werden.

Für jedes Problem gibt es eine Lösung: Oldtimer-Freunde können spezielle Garagen mieten. Weinliebhaber finden für ihre Sammlung Lager vor, die eine konstante Temperatur und Luftfeuchtigkeit versprechen. Anbieter wie der britische Vermögensverwalter Stockbridge werben damit, dass Gold in der Schweiz absolut sicher sei, selbst bei einer Konfiszierung des restlichen Vermögens durch einen Staat. Die Eidgenossenschaft ist der größte Importeur von Gold, weit vor dem Riesenland Indien. Vier der sechs großen Raffinerien für das Edelmetall liegen hier.

Nicht zuletzt durch seine zollfreien Lager hat sich die Schweiz zu einem Handelszentrum für alles entwickelt, was teuer ist und funkelt. Das wissen auch große

und kleine Kriminelle. Am 18. Februar überfielen als Polizisten verkleidete, schwerbewaffnete Diebe einen Werttransporter, der auf dem Brüsseler Flughafen vor einem Flugzeug von Helvetic Airways stand. Sie erbeuteten Diamanten im Wert von 50 Millionen Dollar, die auf dem Weg vom belgischen Edelsteinzentrum Antwerpen nach Zürich waren.

„Diamantenbomber“ werden die Flugzeuge, die zwischen Belgien und der Schweiz verkehren, unter Kennern genannt. Einen Großteil der Räuber konnte die Polizei mittlerweile festnehmen. In Genf fand sie schließlich auch einen – wenn auch winzigen – Teil der Beute.

Es locken gewaltige Summen. Allein auf Schweizer Konten deutscher Staatsbürger sollen bis zu 200 Milliarden Euro Schwarzgeld liegen. „Heben Sie das Geld in bar ab, und legen Sie es in ein Schließfach“, raten Banker ihren Kunden. Die Schweizer Nationalbank kommt kaum hinterher, neue 1000-Franken-Scheine zu drucken, die beliebteste Währung für Fiskusflüchtlinge. Doch die wirklich Reichen investieren lieber in Kunst.

Seit auch die Chinesen diesen Markt als Geldanlage entdeckt haben, ist das globale Kunstgeschäft in eine neue Dimension gewachsen und kam 2012 auf einen

Wohin mit dem Vermögen?

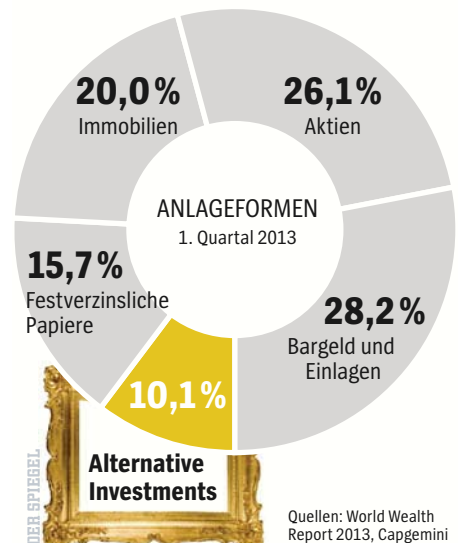
Die Zahl der reichen Menschen* stieg 2012 um eine Million auf

12 Millionen.



Zusammen verfügten sie über ein Vermögen von

46,2 Billionen Dollar.





THE LUXEMBOURG FREEPORT REAL ESTATE S.A.

Simulation der geplanten Luxemburger Freeport-Lagerhalle: „Es wird eine Festung der Kunst“

geschätzten Umsatz von 43 Milliarden Euro. „Im obersten Preissegment funktioniert Kunst als Investment. Reiche wollen ihr Vermögen schützen“, sagte der amerikanische Sammler und Buchautor Ethan Wagner („Collecting Art for Love, Money and More“) in einem Interview mit der „Zeit“.

Nirgendwo sonst funktioniert das so gut wie in der Schweiz, wo der Kunstexport, im Gegensatz etwa zu Deutschland, Mehrwertsteuerfrei ist. Auch deshalb avancierte die Art Basel zur globalen Drehscheibe und wichtigsten Kunstmesse der Welt.

Mitte Juni schweben jedes Jahr bis zu 300 Privatjets auf dem Flughafen Basel-Mulhouse ein, wenn am ersten Tag der Messe die Galerien zu ihren exklusiven Previews einladen. Dieses Jahr mussten viele der kunstinteressierten Milliardäre wie der russische Geschäftsmann Roman Abramowitsch einen Umweg zu umliegenden Flughäfen in Kauf nehmen, da die französischen Fluglotsen streikten.

Den Geschäften schadete das nicht. Vor allem die Werke von Künstlern, die selbst zu globalen Marken geworden sind, haben es leicht auf einer Messe, die von viel Geld geprägt ist. Schon am Vorbesichtigungstag wurde ein Mobile von Alexander Calder für zwölf Millionen Dollar verkauft. Alle fünf Exemplare der neuen Skulptur von Georg Baselitz „Not yet titled (Kleine Marokkanerin)“ fanden für jeweils knapp eine Million Euro Käufer.

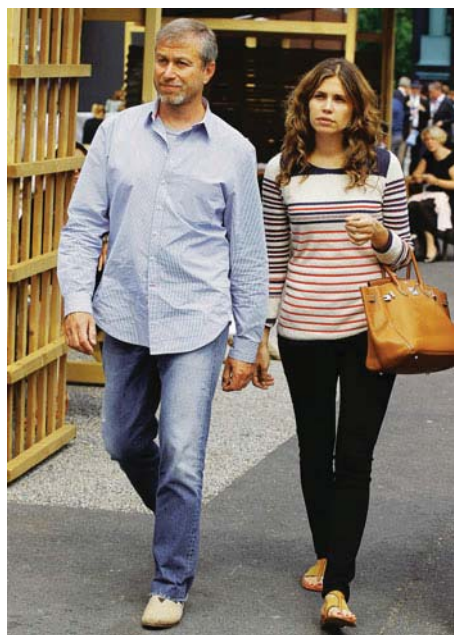
Für ein frühes Bild von Gerhard Richter verlangte der New Yorker Galerist David Zwirner 3,5 Millionen Dollar und bekam die auch sofort. „Wir befinden uns sicherlich in einer Hochpreiszeit – und doch wirkt der Markt absolut gesund und solide.“ Er hatte auch ein Bild des deutschen Malers Martin Kippenberger im Angebot. „Fiffen, Faufen, Ferfaufen“ heißt der 1982 gemalte, irgendwie immer noch gültige Kommentar des Künstlers zur Epoche.

Auch Sam Keller, Direktor des Basler Museums Fondation Beyeler, findet die

Entwicklung atemberaubend. „Die Künstler haben die gleiche Aufmerksamkeit wie früher Rockstars“, sagt der charismatische Glatzkopf. Er könne nichts Schlimmes daran finden, dass die globalen Eliten nun Kunst kaufen, sagt Keller, der die Art Basel lange als Direktor leitete.

Dass viele der Kunstwerke nach dem Kauf postwendend in einschlägigen Lagerhäusern verschwinden, wird achselzuckend zur Kenntnis genommen. Dass der internationale Kunsthandel dabei auch anfällig für Geldwäsche ist, wird allenfalls hinter vorgehaltener Hand diskutiert.

Im April durchsuchte das FBI die Helly-Nahmad-Galerie auf der Madison Avenue in New York. Die US-Bundespolizei wirft Helly Nahmad, einem der Mitglieder der Sammlerfamilie, unter anderem Geldwäsche vor, was dieser bestreitet. Auf der Art Basel hatte die New Yorker Galerie wie jedes Jahr einen prominenten Stand.



MANDAGA MEDIA / DPA

Geschäftsmann Abramowitsch, Partnerin Milliardäre im Anflug

Bereits 2008 bilanzierte das Schweizer Bundesamt für Polizei, wie gut sich die Kunstbranche für Geldwäsche eignet: „Ganz allgemein herrscht im Kunsthandel Diskretion und Intransparenz, und die Geschäfte werden oft in bar abgewickelt.“ Das wird auch im Schweizer Nationalrat häufig thematisiert, doch geschehen ist bislang nichts.

Ein Gesetz, das den Schweizer Kunsthandel unter das Geldwäschegesetz stellen würde, wurde zum wiederholten Mal verschoben.

Hauptsponsor der Art Basel ist die Schweizer Großbank UBS. Sie hat auch die größte Lounge im VIP-Bereich, wo sie ihre besten Kunden zu Sonderführungen einlädt. Kunst ist hier Big Business. „Die Zielgruppe liegt im höchsten Segment der Vermögenden. Mit Kunst erreichen Sie eine unglaubliche Kundenbindung“, sagt der Schweizer Anwalt Karl Schweizer. Er hat den Geschäftszweig für die UBS aufgebaut.

Auch die Deutsche Bank ist in das Geschäft in und mit den Lagerhallen eingestiegen. Sie hat bereits eine eigene große Kunstsammlung und ist Hauptsponsor der Londoner Kunstmesse Frieze, die wiederum einen New Yorker Ableger unterhält. Nun baut die Bank einen eigenen Speicher in London und hat, genauso wie die UBS, Lagerkapazitäten für 200 Tonnen Gold in Singapur angemietet.

Das Auktionshaus Christie's ist beim Singapore Freeport, einem schicken futuristischen Gebäude direkt am Flughafen, ebenfalls dabei. Der asiatische Stadtstaat hat mit Hilfe eines Schweizlers die erfolgreiche Strategie der Eidgenossen abgekupfert. Auch dort locken komplette Steuerfreiheit und Diskretion.

Das lässt die Luxemburger nicht ruhen. Am Flughafen des Großherzogtums entsteht derzeit ein edles Hochsicherheitslagerhaus mit schicker Steinfassade. Keine sechsstöckige Brutalarchitektur mehr wie in der Schweiz, sondern Kunst am Bau, damit die Reichen dieser Welt sich auch wohl fühlen. „Es wird eine Festung der Kunst“, verspricht David Arendt, der Chef des Luxembourg Freeport, auf einer Präsentation im Juni. Die Mauern sollen drei Meter hoch werden, und natürlich ist das Wachpersonal bewaffnet.

Die Luxemburger haben für ihren Freeport, der im September kommenden Jahres eröffnet werden soll, eigens die Steuergesetze geändert. „Ihr steuerfreies Handelszentrum“, umwarben sie im VIP-Bereich der Art Basel eine verwöhnte Kundschaft. Auch auf Russisch.

Das kleine Land mitten in der EU hat große Pläne. Auf einer Konferenz zur Zukunft des Luxemburger Finanzplatzes sagte Arendt: „Wir wollen uns nicht mehr um den belgischen Zahnarzt und den deutschen Fleischermeister kümmern.“

CHRISTOPH PAULY

SUBVENTIONEN

Störfaktor Deutschland

Brüssel schaut misstrauisch auf die deutsche Förderung grüner Energien. Geplante Leitlinien setzen die Bundesregierung weiter unter Druck.

Der EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gilt als mächtigster Mann in der Brüsseler Bürokratie. Ihm obliegt es, gegen Mitgliedstaaten und Unternehmen Verfahren einzuleiten, wenn jene gegen die Regeln des Binnenmarkts verstoßen. Doch vorige Woche musste der Spanier lernen, dass er eine Gegenspielerin hat, die mächtiger ist als er: Angela Merkel.

Eigentlich wollte Almunia vergangenen Mittwoch ein Verfahren gegen Deutschland eröffnen. Grund: Die weitgehende Befreiung energieintensiver Betriebe von der Ökostrom-Förderung verstößt nach Ansicht der EU-Juristen gegen Wettbewerbsrecht. Doch kurz zuvor war das Thema auf Geheiß von ganz oben von der Tagesordnung genommen worden.

Auslöser der Debatte war eine SPIEGEL-Meldung am Sonntag über die Brüsseler Pläne. Tags darauf trafen sich die Kabinettschefs der EU-Kommissare, da war die Entscheidung gegen Almunia bereits gefallen. Es seien noch einige Fragen offen, hieß es.

Bundeskanzlerin Merkel hatte ein elementares Interesse daran, dass Brüssel die Attacke auf das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stoppte. Eine rote Karte für ihre Ökostrom-Förderung mitten im Wahlkampf hätte eines der Vorzeigeprojekte der Kanzlerin in Frage gestellt: die Energiewende. Auch die deutsche Industrie war tagelang gegen Almunias Pläne zu Felde gezogen.

Doch das Aufatmen ist womöglich verfrüht. Denn noch ein anderes Papier der Wettbewerbsbehörde dürfte erhebliche Auswirkungen auf das EEG haben. „Leitlinien für Umwelt- und Energiehilfen“ heißt das 55-seitige Dokument. In dem Entwurf haben Almunias Mitarbeiter zu-

sammengesetzt, welche Subventionen und Förderprogramme im Energiesektor von den Wettbewerbshütern in Zukunft akzeptiert werden und welche mit geltendem Recht nicht mehr vereinbar sind.

Für das deutsche EEG und seine zahlreichen Sonder- und Ausnahmetatbestände dürften damit schwierige Zeiten anbrechen. So halten die Wettbewerbshüter Zuschüsse für die Produktion von grünem Strom für zulässig, wenn die Mengen in einer Art Auktion ausgeschrieben werden. Das Bieterverfahren soll „technologieneutral“ sein, also weder Wind, Sonne noch Biomasse bevorzugen. Außerdem sollen sich auch Mitgliedstaaten an den Auktionen beteiligen können. Den Bau eines Windparks im Nachbar-



EU-Kommissar Almunia
„Scharfes Schwert“

Stromversorgung bezuschusst werden müssen. Besonders brisant: Auch Atomkraftwerke können von den Regierungen gefördert werden, wenn nachgewiesen wird, dass ohne sie die Grundlast im Stromnetz auf ein zu niedriges Niveau fällt.

Für Länder wie Großbritannien, die ihre Energieversorgung auf Atomkraftwerken aufbauen wollen, ist das ein Grund zum Jubeln, für Deutschland dagegen ein echtes Problem. Vergangene Woche erst hatte das Institut der Deutschen Wirtschaft (DIW) kritisiert, dass die EU die Kosten für Atomenergie schönrechnen und so die Förderung von Ökoenergie benachteilige.

Die Bundesregierung muss nun durchaus fürchten, dass ihre Energiewende noch ins Wanken gerät. Denn Regelungen wie etwa die übermäßige Subventionierung der Photovoltaik hierzulande dürften mit Almunias Vorstellungen nur schwer in Einklang zu bringen sein.

Mit den Leitlinien habe der spanische Kommissar „ein scharfes Schwert zur Vollendung des EU-Binnenmarkts auf dem Energiesektor in der Hand“, sagen Experten bei großen Stromkonzernen. Und genau das ist das eigentliche Ziel der EU-Kommission.

Grüner Strom soll nach Vorstellung der Brüsseler künftig dort produziert werden, wo er am billigsten ist, Windstrom etwa an den Küsten des Atlantiks, Sonnenstrom in Spanien oder Griechenland. Der freie Wettbewerb würde entscheiden, welcher Produzent wohin liefert. Dazu sind oft nur Anschubfinanzierungen notwendig. Deutschland ist mit seiner Sonderrolle und seinen milliardenschweren Subventionen für Ökostrom in diesem System geradezu ein Störfaktor.

So wächst der Druck auf die Berliner Regierung, das EEG so schnell wie möglich

nach der Bundestagswahl zu reformieren und den EU-Regeln anzupassen. Bei der Befreiung energieintensiver Unternehmen dürfte das trotz aller Interventionen schneller nötig sein, als es der Bundesregierung lieb ist.

Die Kommission hat das Verfahren vergangene Woche nämlich nicht aufgehoben, die Eröffnung wurde lediglich verschoben, auf Ende September – eine Woche nach der Bundestagswahl.

FRANK DOHMEN, CHRISTOPH SCHULT



Solkraftwerk in Andalusien: Produzieren, wo Ökostrom billig ist

staat etwa können sie sich auf eigene Klimaziele anrechnen lassen.

Ausnahmen wie die in Deutschland praktizierte Teilbefreiung von Ökoabgaben für energieintensive Unternehmen würden an strenge Zeitvorgaben geknüpft – und nur akzeptiert, wenn die Summen abnehmen und die Projekte irgendwann ganz auslaufen.

Großzügiger zeigt sich Brüssel da, wo regenerative Energien an ihre Grenzen stoßen und Kraftwerke zur Sicherung der

SERIE (TEIL IV)

Basta „La Casta“

Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft im Euro-Raum.
Doch eine zerstrittene politische Kaste
macht eine Sanierung des angeschlagenen Staates schwer.

Zumindest die Euphorie war groß: „Wir haben es geschafft!“, twitterte Italiens Regierungschef Enrico Letta, nachdem die EU-Kommission seinem Land neue finanzielle Spielräume verschafft hatte.

Letta hatte Brüssel überzeugt, dass er unter der Grenze für die Neuverschuldung in Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bleiben werde – wenn auch nur haarscharf mit prognostizierten 2,9 Prozent. Endlich habe man nun den Freiraum, das Wachstum anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu fördern, freute sich der römische Premier. Seine Regierung habe „vielleicht das bedeutendste Ergebnis“ aller Zeiten erreicht. Das war Anfang des Monats. Seither streiten Politiker und Lobbyisten wieder mit Verve, wie man die neue Chance nutzen könnte.

Silvio Berlusconi will die Eigenheimsteuer abschaffen, was vier Milliarden Euro kosten würde. Und falls man die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer bleiben ließe, würde das den Staat weitere zwei Milliarden kosten. Letta und die Linke würden unter anderem gern 1,5 Milliarden Euro in die Förderung neuer Jobs für junge Arbeitslose investieren. Das Problem ist nur: All das wäre wieder nur mit neuen Schulden möglich.

Prompt wertete die Rating-Agentur Standard & Poor's das Land weiter ab, was die Italiener empörte. Klar, man steckt in Schwierigkeiten, die Krise ist hart – aber nach wie vor ist „Bella Italia“ doch eines der führenden Industrieländer der Welt, oder? Und man ist doch auf dem richtigen Weg, nicht wahr?

Nein! Seit Jahren ist die – hinter Deutschland und Frankreich – drittgrößte Volkswirtschaft des Euro-Raums auf Talfahrt. Das BIP schrumpfte seit 2007 um sieben Prozent. Die vergangenen Jahre, sagt der Wirtschaftsprofessor Gianni Toniolo, gingen als „schlimmste Krise in die Geschichte“ ein. Nicht einmal zwischen 1929 und 1934 sei es so verheerend gewesen.

„Nächstes Jahr geht es aufwärts“, hatte vorigen Herbst der damalige Regierungschef Mario Monti kühn versprochen. Davon ist nichts übrig. Die Regierung hat die Wachstumserwartungen fürs laufende Jahr auf minus 1,3 Prozent abgesenkt.

Die Banca d'Italia rechnet nun gar mit minus 1,9 Prozent.

Mit jedem Tag frisst sich die Krise tiefer ins Fundament der Wirtschaft. Über eine halbe Million Jobs sind in der Industrie seit 2007 verlorengegangen, 15 Prozent der industriellen Kapazität des Landes sind weg, so Luca Paolazzi, Chef des Forschungszentrums des Industrieverbands Confindustria. In manchen Sektoren, etwa in der Automobilbranche, liege der Schwund bereits bei 40 Prozent. Man durchlebe „einen Prozess der Deindustrialisierung ohne Beispiel“.

Aber warum eigentlich? Viele „Made in Italy“-Produkte sind international doch durchaus gefragt, nicht nur Anzüge von Armani oder der Fiat 500.

Wie Deutschland hat auch Italien den Export in den vergangenen drei Jahren steigern können. Doch während die Ausfuhren in Deutschland die heimische Produktion befeuert, blieb diese Stimulation in Italien fast völlig aus. Die Erklärung der italienischen Experten: Immer größere Teile der Exportartikel werden eher in Südostasien, Polen oder der Türkei produziert. Viele Unternehmen setzen daheim nur noch zusammen, was sie in ihren Fabriken im Ausland produzieren.

Die klassischen Industriegebiete zehrt das aus. Fabriano zum Beispiel, ein 30 000-Einwohner-Städtchen in der Adria-Region, bekannt für seine „weiße Ware“: Kühlschränke, Herde, Waschmaschinen. Fabriano sei „eine reiche Gemeinde, die Schweiz Italiens“ gewesen, sagt Bürgermeister Giancarlo Sagamola, „bis der Euro kam“.

Der einstige Trick, die heimische Lira stetig abzuwerten und so die hohen Produktionskosten auszugleichen, funktionierte mit der Gemeinschaftswährung nicht mehr. Manche Firmen rutschten in die Pleite, darunter die Antonio Merloni SpA in Fabriano, die in Glanzzeiten 5000 Menschen beschäftigt hatte.

Um diesem Schicksal zu entgehen, verlegte die Fabriano-Firma Indesit, deren Gründer und Hauptaktionäre auch aus der Merloni-Familie stammen, Teile ihrer Produktion ins Ausland. In Italien blieben von einst 6500 Stellen nur noch 2900 übrig. Anfang Juni hieß es dann, man müsse auch davon fast die Hälfte abbauen.

KRISE IM SÜDEN

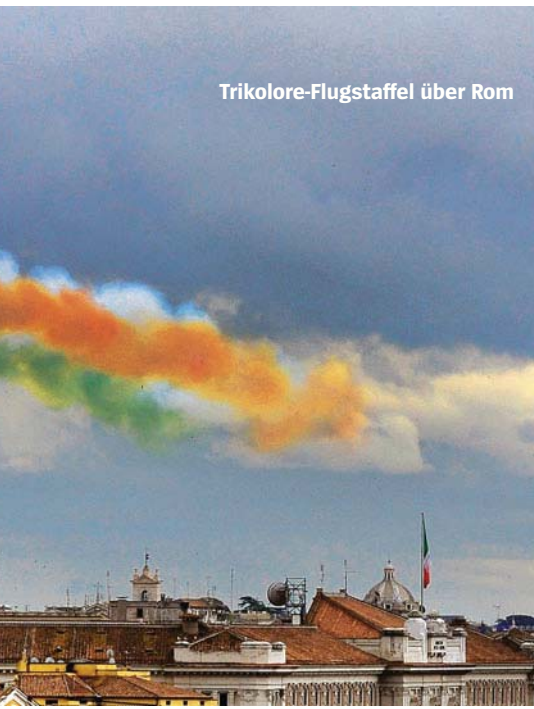


Italiens Wirtschaft

jeweils Veränderung gegenüber
1. Quartal 2009, in Prozent



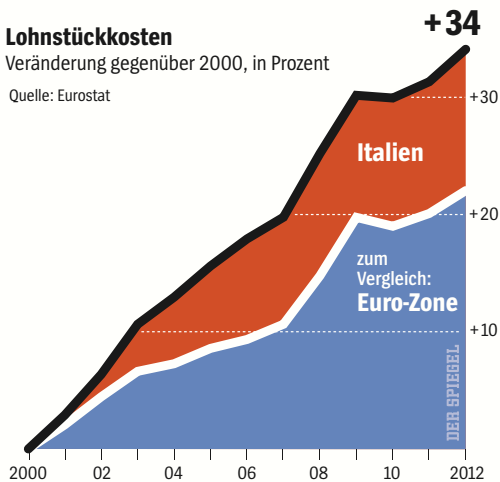
Trikolore-Flugstaffel über Rom



Lohnstückkosten

Veränderung gegenüber 2000, in Prozent

Quelle: Eurostat



Fiat-500-Präsentation



Die Betroffenen weinten, beteten, schrieben Petitionen, besetzten für ein paar Stunden das Werk. Mittendrin der Bürgermeister, der weiß, was der neuerliche Aderlass für seine Stadt bedeutet: noch mehr Arbeitslose, noch größere Löcher in der Gemeindegasse. Er habe nicht einmal mehr das Geld, sagte der Bürgermeister, um defekte Heizungen in kommunalen Gebäuden zu reparieren.

Die Indesit-Beschäftigten fürchten, dass dem jüngst verkündeten Abbau schnell der nächste Schritt folgt und die alteingesessene Firma die Fertigung in Italien komplett einstellt. Doch helfen Demonstrationen, Tränen und Gebete gegen Produktions- und Investitionsbedingungen, die international einfach nicht konkurrenzfähig sind?

An den Löhnen liegt es nicht. Die liegen 15 Prozent unter belgischen oder französischen und 30 Prozent unter den deutschen, so ein aktueller Vergleich der Banca d'Italia. Aber die Steuerbelastung der Wirtschaft sei um 20 Prozent höher als in Deutschland, klagt der Industrieverband Confindustria. Energie sei 30 Prozent teurer. Und um etwa 30 Prozent über dem deutschen Niveau lägen auch die Lohnstückkosten, so die Notenbank.

Aus Angst vor Pleiten kappen die Banken ihre Kredite an Unternehmen. Selbst der Staat zahlt seine Rechnungen nicht. Die Außenstände summieren sich auf etwa hundert Milliarden Euro. Vor allem kleinere Betriebe werden so erst recht in die Pleite getrieben.

Wenn sich nichts grundlegend ändere, gehe das Land bankrott, fürchten Ökonomen wie Clemens Fuest, Präsident des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Der Teufelskreis aus Rezession, Arbeitslosigkeit und ständig schwindender Kaufkraft treibt das Süd-Land immer tiefer in die Krise.

Über acht Millionen Italiener leben bereits unter der Armutsgrenze, darunter viele, die noch Arbeit haben. Jede zweite kleine Firma kann ihre Mitarbeiter nur noch in Raten bezahlen, ermittelte das Forschungsinstitut CGIA aus Mestre. Drei von fünf Firmen müssen Kredite aufnehmen, um die hohen Steuern zu bezahlen.

Die Reformbemühungen der sogenannten Experten-Regierung unter dem Wirtschaftsprofessor und Ex-EU-Kommissar Monti haben an der Misere wenig geändert. Monti, der das Land im November 2011, mitten in der Finanzkrise, von Berlusconi übernahm, hat sich zwar als Nothelfer bewährt, so dass die lebensbedrohlich hohen Zinsen für Italiens Staatskredite kräftig sanken. Er hat eine Rentenreform durchgedrückt, die das Eintrittsalter auf 66 Jahre angehoben hat. Und Monti hat die Einnahmeseite des Staates durch noch höhere Abgaben verbessert. Die Strukturprobleme des Landes aber sind geblieben.

Dazu gehören neben der Steuerlast eine aufgeblähte Bürokratie, die nahezu jede wirtschaftliche Aktivität behindert, eine ineffiziente Justiz, die mit Jahrzehnte dauernden Prozessen potentielle Investoren verschreckt, ein niedriges Bildungsniveau und eine mangelhafte Infrastruktur – geprägt von löchrigen Straßen, störanfälliger Energieversorgung, ständig verspäteten Zügen und veralteten Kommunikationsnetzen.

So fällt der Investitionsstandort Italien im internationalen Wettbewerb weiter zurück. Im Ranking des World Competitiveness Center (WCC) rangiert er nunmehr auf Platz 44 – hinter den Philippinen, Lettland, Russland und Peru, nur noch knapp vor Spanien und Portugal. Was also tun?

Auf 26 Seiten haben im Auftrag des Staatspräsidenten vier „Weise“ aus Italiens Politik zuletzt aufgelistet, was geändert werden müsste. Das meiste davon ist seit langem bekannt. Im Länderbericht Italien hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Vielzahl Ratschläge gegeben, Reformen auf dem Arbeitsmarkt gefordert und der Regierung dringend geraten, weniger auszugeben, statt ständig die Steuern zu erhöhen. Gebracht hat es nichts.

Zwar hat Regierungschef Letta erst vor ein paar Tagen ein dickes Paket mit Reformideen präsentiert. Dass die je umgesetzt werden, ist indes fraglich. Nichts bewege sich, das Land stehe still, schimpft Banca-d'Italia-Chef Ignazio Visco, dabei habe es doch „schon 25 Jahre Verspätung“.

Die Politik ist das wahre Elend Italiens. „La Casta“, wie das Volk die römische Führung abschätzig nennt, ist teils korrupt, teils ideologisch verbohrt und überwiegend kompromissunwillig. Auch die aktuelle Regierung scheint zu Reformen nicht fähig.

Zutiefst verfeindete Linke und Rechte haben sich nur deshalb zusammengetan, weil es nach den Wahlen im Frühjahr keine andere Lösung gab. Was „die Kommunisten“ wollen, lehnt Berlusconi ab und umgekehrt. Experten wie ZEW-Präsident Fuest fürchten, dass Italiens Schuldenquote in diesem Staatsschauspiel immer weiter ansteigen werde.

Die fatalste Lösung für all die Probleme propagieren inzwischen nicht nur Populisten wie Berlusconi oder der Gründer der „Fünf Sterne“-Protestbewegung Beppe Grillo: Das Land habe „viel Vitalität und ein großes Potential“, findet der US-Ökonom und Regierungsberater Allen Sinai, aber davon könne es nur „durch den Austritt aus dem Euro“ profitieren.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Lesen Sie im nächsten Heft:

In Spanien hat die Politik das Vertrauen der Bürger verspielt. Doch wer soll dann die notwendigen Reformen durchsetzen?

UNTERNEHMEN

„Es gibt ja noch die Chinesen“

Der Fernsehhersteller Loewe ist akut insolvenzgefährdet. Vorstandschef Matthias Harsch, 48, sieht für die Traditionsmarke nur noch eine Chance zum Überleben.

SPIEGEL: Herr Harsch, wird es die Firma Loewe in einem Jahr noch geben?

Harsch: Das frage ich mich jeden Morgen beim Aufstehen. Bis jetzt antworte ich noch mit Ja. Loewe als Marke ist ein Mythos, der Strahlkraft hat und ein quasi nationales Gut ist. Die Ursachen unserer Probleme sind erkannt, wir versuchen, sie nun Schritt für Schritt abzuarbeiten. Mit etwas Glück wird das funktionieren.

SPIEGEL: Zweifel sind angebracht. Loewe leidet schon seit Jahren, nun mussten Sie sogar Gläubigerschutz beantragen, weil Sie konstant Verluste machen. Loewe geht das Geld aus. Gleichzeitig sagen Sie, die Umsatzentwicklung im Fernsehmarkt sei in den vergangenen Monaten katastrophal gewesen, eine Erholung nicht in Sicht. Wie passt das zu Ihrem Ziel, das Unternehmen innerhalb der nächsten drei Monate zu sanieren?

Harsch: Ganz einfach: Im deutschen Markt werden pro Jahr etwa neun Millionen Fernseher verkauft, wir aber setzen nur 200.000 Geräte ab. Mit unserer Markenbekanntheit von über 70 Prozent könnten wir eine ganz andere Rolle spielen. Dummerweise haben wir uns mit unserer Fokussierung auf Fachhändler und den hohen Preis selbst limitiert. Der Fachhandel steht nur noch für 25 Prozent des Marktes. Das bisherige Geschäftsmodell ist also das Problem. Das passt nicht mehr zur Marke. Ich will künftig eine Million Geräte verkaufen. Und das ist in Europa auch drin.

SPIEGEL: Der Markt ist doch gesättigt. Die Verkaufszahlen sinken ebenso wie die Preise.

Harsch: Das gilt für den Massenmarkt. Der Premiummarkt ist aber nicht sauber positioniert. Für uns ist da noch Platz. So wie für BMW. Das ist ein Premiumhersteller, der mit dem Einser ein Einstiegsmodell anbietet, obwohl es günstigere



Harsch

in seiner Klasse gibt. Wir waren in dieser Einstiegsklasse bislang nicht mal vertreten. Der Erfolg von BMW oder Audi war ja nicht, dass sie die Oberklasse ausgebaut haben, sondern dass sie ihre Markenwerte in Segmente transportiert haben, in denen Massenabsatz stattfindet.

SPIEGEL: Ihr Umsatz ist in den vergangenen fünf Jahren von 374 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro eingebrochen. Der Verlust liegt aktuell bei 44,5 Millionen Euro. Wie erklären Sie uns so einen Absturz?

Harsch: Mit dem Wechsel von Röhre zu Flatscreen gab es enorme Verschiebungen. Das Thema Design-Kompetenz hat sich verschoben. Heute ist irgendwie jeder flach. Da konnte man als Spezialist

Premiummarke mit Problemen Loewe-Konzernzahlen



für Design nicht mehr so punkten. Zudem hat man das Thema strategische Partner zu lange vernachlässigt. Kein Mensch fragt heute, woher ein Bildschirm-Panel kommt. Differenzieren kann sich Loewe nur noch über Bedienführung in der multimedialen Welt, Vernetzung, Anmutung und über den Sound. Wir sind kein Gerätehersteller mehr, das versuche ich der Firma auch auszureden. Unser Thema ist Entertainment.

SPIEGEL: Liegt die Loewe-Krise auch am ständig wechselnden Personal? Sie sind der vierte Vorstandschef in den vergangenen fünf Jahren.

Harsch: Eine gewisse Stetigkeit wäre in einer solchen Phase sicher hilfreich gewesen.

SPIEGEL: Sie suchen einen strategischen Partner. Wer käme da in Frage?

Harsch: Eine Firma, die künftig die wesentlichen Hardware-Komponenten liefert, die Grundlagenentwicklung vorgibt, die Prozessoren, Leiterplatten und Bildschirm-Panels baut. Der Freiheitsgrad einer Firma unserer Größe ist beschränkt. Da können wir nicht mehr mitspielen. Wir werden uns auf die Bediener-Software konzentrieren, Spezifikationen schreiben und das Design entwerfen. Letztlich will ich ein Tuning-Unternehmen werden, wie es AMG für Mercedes ist. Wir werden bei einem künftigen Hardware-Lieferanten unseren Einfluss geltend machen, aber letztlich werden wir auch abhängig von ihm sein.

SPIEGEL: Mit Ihrem bisherigen Großaktionär Sharp haben Sie eigentlich schon einen strategischen Partner. Dem geht es aber ebenfalls schlecht. Ebenso wie Sony oder Panasonic. Und selbst die Fernsehsparten von Riesen wie LG oder Samsung hängen am Tropf ihrer boomenden Smartphone-Geschäfte.

Harsch: Es gibt ja noch die Chinesen. TCL, Changhong, Skyworth, Hisense. Die werden in Zukunft in unserer Branche eine wesentliche Rolle spielen, wie heute schon in der Solarindustrie.

SPIEGEL: Führen Sie Gespräche mit denen?

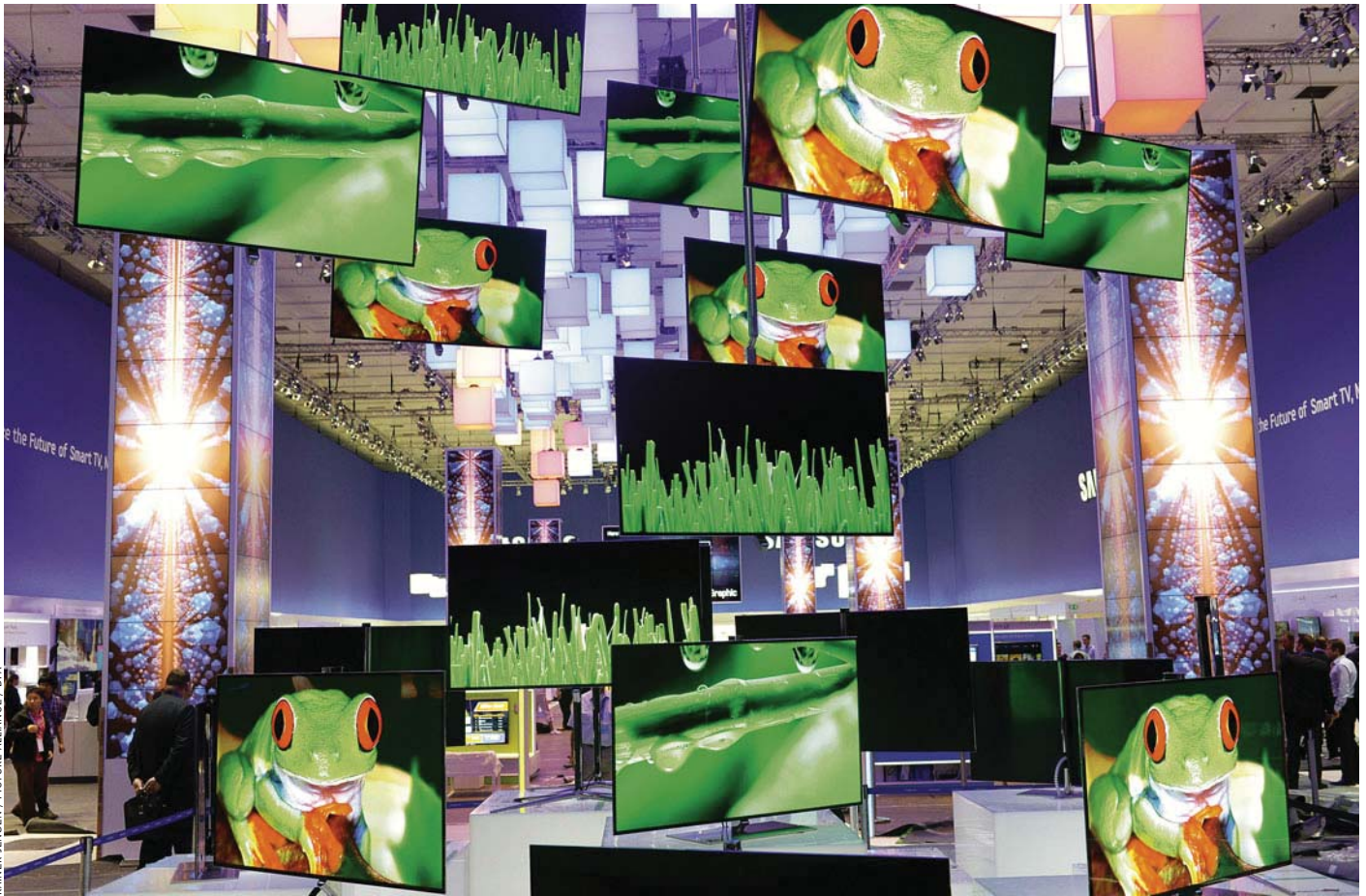
Harsch: Wir führen schon seit längerem Gespräche mit verschiedenen asiatischen Unternehmen.

SPIEGEL: Glauben Sie, bis zu Ihrer Hauptversammlung am 31. Juli Vollzug melden zu können?

Harsch: Ich bin optimistisch. Ob es bis Ende Juli klappt, kann und darf ich nicht sagen. Es muss allerdings innerhalb der kommenden drei Monate passieren.

SPIEGEL: Für TV-Geräte zahlen die Leute nur noch selten einen Aufschlag. Sie brauchen aber dringend Geld und damit neben einem strategischen Partner auch einen Finanzinvestor. Wer käme in Frage?

Harsch: Jeder, der an das neue Konzept der Marke Loewe glaubt und Geld hat. Aber mir ist auch klar, dass ein rein finanzieller Investor beim Einstieg schon den Ausstieg im Blick hat. Als börsennotiertes Unternehmen bieten wir bei einem



Flatscreen-Präsentation auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin: „Heute ist irgendwie jeder flach“

aktuellen Preis von 1,80 Euro auch Chancen. Allein die Ankündigung, dass wir einen Investor hätten, würde doch schon einen Kurssprung bedeuten.

SPIEGEL: Haben Sie jemals mit Apple verhandelt?

Harsch: Nein.

SPIEGEL: Ist es nicht fahrlässig, mit Apple nicht zu sprechen? Die Firma hat Geld, will ins Fernsehgeschäft, liebt exklusives Design. Eine Kooperation wäre naheliegend.

Harsch: Apple ist eine Marke, die heute global dort ist, wo wir im Fernsehgeschäft gern hinwollen. Die fertigen kein einziges Teil selbst. Was wollen die mit einer zweiten Marke? Die machen vielleicht irgendwann auch Fernseher, aber unter der Marke Apple. Die brauchen Loewe nicht.

SPIEGEL: Selbst die Verkäufer in hiesigen Fachgeschäften haben heute Mühe, einem die Vorzüge eines Loewe-Fernsehers und den damit einhergehenden Preisaufschlag von teilweise bis zu 300 Prozent plausibel zu machen. Können Sie es?

Harsch: Loewe steht für Systemkompetenz und einfache Bedienung. Wir haben uns allerdings in den vergangenen Jahren offenbar preislich zu weit vom relevanten Markt entfernt. Ein Preiseinsteigergerät kann 20 bis 30 Prozent mehr kosten als ein vergleichbares Produkt. Mehr darf es in dem dynamischen TV-Markt aber

nicht werden. Es sei denn, man produziert ein Lifestyle-Produkt wie Apple. Aber der Wettbewerb holt selbst die zurzeit vom Sockel. Nicht umsonst denkt Apple jetzt über ein günstigeres iPhone nach. Natürlich wird es auch weiterhin High-End-Fernseher mit hoher Individualisierung und ausgereifter Multimedia-Software von Loewe geben, die den Preis rechtfertigen.

SPIEGEL: Mit „Made in Germany“ brauchen Sie dennoch nicht mehr antreten, wenn Sie die gesamte Fertigung einem chinesischen Partner überlassen.

Harsch: In Kronach wird es weiterhin eine Manufaktur für High-End-Geräte geben. Entscheidend wird aber in Zukunft das Label „Engineered and Designed in Germany“ sein. Im Übrigen kommen viele unserer Komponenten doch seit eh und je aus dem asiatischen Raum. Fertigungsqualität kann ich heute an jedem Ort der Welt sicherstellen.

SPIEGEL: Ihr letzter in Deutschland verbliebene Konkurrent Metz sagt: „Billig können wir uns gar nicht leisten.“ Sind die dümmere oder schlauer?

Harsch: Jeder hat seine Strategie, und am Ende zählt der Erfolg. Das TV-Geschäft ist ein Volumengeschäft. Sonst bekomme ich die Technologie der Zukunft nicht mehr. Wenn ich die nicht mehr bekomme, weil die Masse fehlt, nützt die schönste

Strategie nichts mehr. Volumen ist erforderlich. Wenn man das nicht hat, wird es eng. In dieser Situation sind alle drei in Deutschland verbliebenen Produzenten – wir, Technisat und Metz, die noch kleinere Stückzahlen haben als Loewe.

SPIEGEL: Droht Ihnen am Ende das gleiche Schicksal wie Grundig oder Nordmende, deren Markennamen heute nur noch an ausländischen Plastikgehäusen kleben, sofern sie nicht ganz verschwunden sind?

Harsch: Dann wäre aber die Glaubwürdigkeit als Premiummarke dahin und Loewe ein Artikel wie viele andere auch, die einst einen klangvollen Namen hatten. So weit will ich es nicht kommen lassen.

SPIEGEL: Sie haben sich im Frühjahr von 200 Ihrer 1000 Mitarbeiter trennen müssen. Geht der Jobabbau weiter?

Harsch: Der Restrukturierungsplan Anfang des Jahres sah eine bestimmte Marktentwicklung vor. Die ist nicht eingetreten, es ist schlechter gekommen. Um die Wende zu schaffen, darf der Kostenblock für Personal, gemessen am Umsatzniveau, nicht steigen. Daher kann ich nicht ausschließen, dass weitere Rationalisierungsmaßnahmen eingeleitet werden müssen. Wir haben Überlegungen angestellt, aber die Größenordnung muss innerhalb der finalen Phase der Sanierung in den nächsten drei Monaten noch angepasst werden.

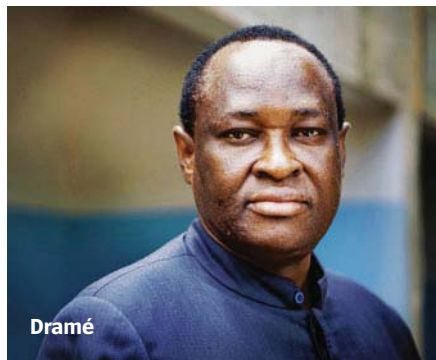
INTERVIEW: JANKO TIETZ

MALI

„Wir steuern auf die nächste Rebellion zu“

Tiébilé Dramé, 58, galt als einer der Favoriten bei der Präsidentenwahl, die am 28. Juli stattfinden soll. Nun hat er seine Kandidatur abgesagt.

SPIEGEL: Warum bewerben Sie sich nicht mehr um das höchste Staatsamt?
Dramé: Ich fürchte, dass die Wahl die Gräben zwischen dem Süden und dem Norden unseres Landes, der von Tuareg und Islamisten besetzt war, noch vertieft. Nur ein Bruchteil der Wähler



Dramé

im Norden wird sein Recht auf Stimmabgabe wahrnehmen können.

SPIEGEL: Warum ist das so?

Dramé: Die Vorbereitungen der Wahl sind eine einzige Katastrophe – vor allem in der Region um Kidal. Als die Wählerlisten dort am 25. Juni geschlossen wurden, war das Militär nur teilweise wieder zurückgekehrt, die Behörden arbeiteten notdürftig. Auf dem Land wurden vielerorts überhaupt keine Wähler registriert, nur in 5 von 465 Dörfern können die Bürger wählen gehen. Wenn wir den Norden auf diese Weise ausschließen, steuern wir auf die nächste Rebellion zu.

SPIEGEL: Welchen Ausweg sehen Sie?

Dramé: Wir sollten die Wahl um ein paar Monate verschieben. Ein Präsident, der nicht die Mehrheit der Malier hinter sich weiß, wird unser Land nicht aus der Krise führen können, in der es seit der Rebellion im Norden und dem Militärputsch von 2012 steckt.

SPIEGEL: Warum hält die Regierung trotzdem an dem Termin fest?

Dramé: Sie steht unter Zugzwang. Sie hat der internationalen Gemeinschaft versprochen, die Wahl im Juli abzuhalten, um Hilfe zu bekommen. Jetzt nehmen die Länder uns beim Wort. Besonders die Franzosen, denen wir die Befreiung verdanken, machen Druck.

KOLUMBIEN

Krieg gegen Frauen

Eine Sonderabteilung der kolumbianischen Staatsanwaltschaft hat bei der Untersuchung von Bürgerkriegsverbrechen zahlreiche Fälle von „extremer Grausamkeit“ dokumentiert. So hätten Guerilleros und rechtsgerichtete Paramilitärs gezielt Vergewaltigungen als Waffe eingesetzt. Die Hälfte dieser Taten wurde von Rebellen der marxistischen Guerilla Farc begangen, die zurzeit mit der Regierung über ein Friedensabkommen verhandeln. Über ein Drittel der Frauen wurde vor den Augen von Söhnen und Töchtern missbraucht, einige Opfer waren jünger als 14 Jahre. Eine Frau in der Provinz berichtete, wie sie von über 20 Farc-Guerilleros verprügelt und vergewaltigt wurde. Sie schlugen so lange auf die

Schwangere ein, bis sie ihr Baby verlor. Die meisten dieser Vorfälle ereigneten sich während bewaffneter Angriffe; oft vergewaltigten die Männer ihre Opfer, während ihre Einheit die Kontrolle eines Territoriums absicherte. In einigen Fällen missbrauchten die Guerilleros sogar Mitkämpferinnen. Die Opfer beschuldigen mehrere Anführer der Farc, dass sie die Verbrechen angeordnet hätten. Auch Ex-Padre Manuel Pérez, der verstorbene Anführer der zweitgrößten kolumbianischen Guerilla-Gruppe ELN, soll für zahlreiche Übergriffe verantwortlich sein. Insgesamt haben Paramilitärs und Guerilleros zwischen 2001 und 2010 fast eine halbe Million Frauen vergewaltigt. Nur wenige Täter wurden bislang verurteilt.

INDIEN

Lieber Kekse essen

Nach dem Tod von 23 Kindern durch vergiftetes Essen streitet das Land über die Ursachen der Katastrophe. „Dies ist keine lokale Tragödie, Ähnliches kann sich überall in Indien wiederholen“, warnt der Menschenrechtsaktivist Shashidhar Sabnavis. Vergangene Woche waren im nördlichen Bundesstaat Bihar 47 Grundschüler erkrankt, nachdem sie kostenloses Schulessen erhalten hatten. Behandelnde Ärzte vermuten, dass die Kinder Pestiziden zum Opfer fielen. Experten wie Sabnavis machen zudem die Korruption im staatlichen Schulspeisungsprogramm

verantwortlich: So werde das Programm, eigentlich eine vielgelobte Ernährungsschaft, oft unter dubiosen Bedingungen umgesetzt. Weil eine echte Kontrolle fehle, könnten kriminelle Zwischenhändler minderwertige Kost an die Schulen verteilen und einen Teil der Subventionen selbst einstreichen. Zur Sicherheit sollten die Kinder lieber Kekse von Markenherstellern essen als lokal zubereitete Kost, rät Sabnavis. Ein Problem ist auch die ärztliche Versorgung; viele Opfer mussten erst in die 80 Kilometer entfernte Metropole Patna transportiert werden.



Vergiftetes Kind in einem Krankenhaus in Patna



CARL DE SOUZA / AFP

Gefährlicher Ritus Einen Monat verbringen diese Jugendlichen des Xhosa-Stammes in der Wildnis Südafrikas, um ihre Männlichkeit zu beweisen. Sie üben sich in Mutproben, jagen oder sammeln ihre Nahrung und schmierern ihren Körper regelmäßig mit einer weißen Schlammschicht ein. Zum Abschluss müssen die meist 13- bis 17-Jährigen eine rituelle Beschneidung, und damit den gefährlichsten Teil der

Initiation, über sich ergehen lassen. Denn häufig sind die Beschneider schlecht ausgebildet oder aber ihre Instrumente unsauber. Erst Anfang Juli meldete die Gesundheitsbehörde in der Provinz Ostkap 30 Todesfälle nach solchen Eingriffen, 300 Jugendliche mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Regierung rief nun dazu auf, die Beschneider medizinisch besser zu schulen.

SICHERHEIT

Beraten statt schießen

Seit sieben Jahren verfügt die Europäische Union über zwei ständig einsatzbereite Kampftruppen. Diplomaten bezeichnen sie als „Flaggschiff“ der EU-Sicherheitspolitik. Es gibt nur einen kleinen Haken: Sie sind noch nie eingesetzt worden. Das will Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) jetzt ändern. Doch weil für echte Kampfeinsätze der etwa 1500 Mann starken Truppen – in die Soldaten der Mitgliedsländer entsandt werden – der politische Wille fehlt, schlägt die Bundesregierung vor, eine der Einheiten zu einer Ausbildungs- und Beratungstruppe für ausländische Militärs umzubauen. Jüngste Er-

fahrungen in Konfliktregionen wie Somalia und Mali hätten gezeigt, dass es notwendig sei, eine solche Aufbauhilfe schnell bereitzustellen, „um den Kollaps von Staaten zu verhindern“, heißt es in einem vertraulichen „Non-Paper“, das die Bundesregierung vor einiger Zeit in Brüssel einreichte. Die Idee stößt jedoch bei den EU-Partnern auf Widerstand. Auf einer Sitzung der für Sicherheitsfragen zuständigen Botschafter führte der Vertreter Großbritanniens die Front gegen den deutschen Vorschlag an. Die meisten Mitgliedsstaaten wollen den Kampfcharakter der Truppen bewahren, der Auswärtige Dienst der EU schlägt in einem Papier sogar vor, sie um „eine Marine- und/oder eine Luftwaffen-Komponente“ zu ergänzen. Ob die Truppen damit öfter eingesetzt würden, ist fraglich.

ZAHL DER WOCHE

Um **283** Prozent

stiegen sogenannte gerechtfertigte Tötungen im US-Bundesstaat Florida, seit dort 2005 das umstrittene „Stand your ground“-Gesetz („Weiche nicht zurück“) erlassen wurde. Es erlaubt Bürgern, sich auch mit „tödlicher Gewalt“ zu verteidigen, wenn sie sich bedroht fühlen. Nach dem Tod des 17-jährigen Schwarzen Trayvon Martin 2012 war das Gesetz massiv kritisiert worden. Der Todesschütze George Zimmerman wurde Mitte Juli freigesprochen, was zu landesweiten Protesten führte.

KENIA

Big Mama und die Massenmörder

Fatou Bensouda, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, will Kenias Präsidenten wegen Anstiftung zum Mord den Prozess machen – und trifft auf starken Widerstand. Ist das Weltgericht zum Scheitern verurteilt? *Von Erich Follath*

Es war ein langer, steiniger Weg, bis sie wurde, was sie ist: Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) und damit von 121 Staaten ermächtigt, die Schlimmsten der Massenmörder zu jagen und hinter Gitter zu bringen. Strafverfolgerin in Sachen Genozid. Die Staatsanwältin der Welt. Unser aller oberstes Gewissen, sozusagen.

Fatou Bensouda, 52, und ihr Team haben es gewagt, den kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta, 51, anzuklagen. Aber Anspruch und Wirklichkeit stehen in einem krassen Kontrast. Im Moment triumphieren nur Kenyattas Anwälte, die eine Einstellung des Verfahrens gefordert haben, denn ihrem Mandanten sei keine Schuld nachzuweisen. Es gelang ihnen Mitte Juni schon zum zweiten Mal, den geplanten Gerichtstermin zu verschieben, diesmal gleich um vier Monate. Die Begründung, mit der sie durchkamen: Die Staatsanwaltschaft habe Beweismaterial nicht fristgerecht vorgelegt.

Überall in Afrika, aber auch im Westen werden nun Zweifel laut, ob dieser Fall überhaupt eine Zukunft hat. „Das wird zu einer Farce“, schrieb Kenias führende Zeitung „Daily Nation“, ein TV-Kommentator in Nairobi sprach von einem „Selbstmord des Weltgerichts“.

In diesen Wochen, da Bensouda nicht wissen kann, wie lange sie noch ihre auf geheimen Wegen an geheime Orte gebrachten Kronzeugen schützen muss, steht sie oft an den Panzerglassfenstern ihres Amtssitzes im niederländischen Den Haag. Nachdenklich, zornig, aber ausgestattet mit einem stählernen Willen. Frühmorgens macht das Reinigungspersonal die Lichter aus. Und dann knöpft sie sich nach einer durcharbeiteten Nacht noch einmal die Akten vor.

Denn es steht sehr viel auf dem Spiel. Sollte der Prozess gegen Kenyatta platzen, würde der Internationale Strafgerichtshof jenen Rest von Autorität verlieren, den er noch hat, er wäre nur noch ein ebenso teures wie nutzloses Instrument. Und es geht nicht nur um den IStGH: Der Menschheitstraum von weltweiter Gerechtigkeit scheint vor dem Scheitern zu stehen. Schließlich wankt



Chefermittlerin Bensouda in ihrem Büro in Den Haag: „Afrikaner foltern Afrikaner“

nicht nur die eigenständige und permanente Organisation IStGH. Auch den von der Uno eingesetzten zeitlich und inhaltlich begrenzten Gerichtshöfen fehlen Erfolge.

Das Kambodscha-Tribunal etwa, in dem sich die Verantwortlichen für den Genozid der Roten Khmer verantworten müssen, tritt auf der Stelle. Im Jugoslawien-Tribunal gab es zwar schon Verurteilungen, aber gerade erst hat ein Richter den politischen Druck beklagt, der zum spektakulären Freispruch hoher serbischer und kroatischer Offiziere führte.

Der Grundsatz, dass militärische Kommandeure für Kriegsverbrechen verantwortlich sind, die ihre Untergebenen befehlen, werde so aufgegeben. Zur Verbitterung der Hinterbliebenen von Opfern des Srebrenica-Massakers sitzt beispielsweise der bosnisch-serbische General Ratko Mladić im niederländischen Strandbad Scheveningen in seiner gemütlichen Zelle, offensichtlich überzeugt davon, straffrei auszugehen.

Beim Internationalen Strafgerichtshof nennen sie Staatsanwältin Bensouda respektvoll „Big Mama“, wegen ihres gro-

ßen Herzens und ihrer Autorität. Sie weiß, was mit diesem Fall auf dem Spiel steht. Für sie. Für diesen Gerichtshof. Für die Idee vom Weltgericht.

Fatou Bensouda hatte schon als kleines Mädchen klare Vorstellungen davon, was ihre Bestimmung war: Sie wollte Verbrechern das Handwerk legen. Und klar war ihr auch, wie schwer das sein kann. Denn Anfang der siebziger Jahre begleitete sie mehrmals ihre Tante zu einer Polizeistation in Banjul, der Hauptstadt ihres westafrikanischen Heimatlandes Gambia. Der Ehemann hatte die Tante grün und blau geprügelt, immer wieder. Aber die Beamten weigerten sich, den Beschwerden nachzugehen – seine Frau zu schlagen galt als gutes Recht des Herrn im Haus. Nichts wurde gesühnt, und das, fand Fatou Bensouda, müsse sich ändern.

Als Teenager lief sie nach Schulschluss immer gleich zum Gericht, egal welcher Fall verhandelt wurde. Sie machte sich wie besessen Notizen, anschließend diskutierte sie mit ihren Müttern über die Fälle – sie wuchs in einem polygamen muslimischen Haushalt auf, ihr Vater hatte mehrere Frauen.

Später, als sie in Nigeria und auf Malta studierte, befasste sie sich auch mit internationalem Recht. Die brillante Juristin wurde als erste Frau in Gambia Generalstaatsanwältin und dann sogar Justizministerin. Konflikte mit einem allenfalls halbwegs demokratischen Regierungschef konnten nicht ausbleiben. Sie quittierte nach zwei Jahren das Amt und begann später, für die Uno zu arbeiten. Unter anderem bei jenem Tribunal, das den Völkermord in Ruanda aufarbeiten soll.

Im Juni 2012 wurde Fatou Bensouda Chefanklägerin in Den Haag. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ wählte sie in den Kreis der 100 einflussreichsten Menschen der Welt. Sie gilt als Symbolfigur für afrikanischen Fortschritt.

Und doch zeigt sich, dass ihrem Einfluss enge Grenzen gesetzt sind. Wenn sie Mächtige anklagt, wie jetzt Kenias Präsidenten und seinen Vize, hat sie es nicht nur mit teuer bezahlten Juristen der Gegenseite zu tun, sondern auch mit Einschüchterung: Die öffentliche Meinung in den von Bürgerkriegen geprägten Ländern lässt sich leicht gegen den weitab vom Geschehen operierenden Gerichtshof manipulieren.

Dem IstGH fehlt es zudem an Unterstützung durch die mächtigsten Politiker der Welt: Zwar haben sich die meisten Staaten seiner Gerichtsbarkeit unterworfen, aber die USA und China sind dem IstGH nie beigetreten; Iran und Israel wollten ebenfalls nichts von ihrer juristischen Souveränität abgeben.

Vor elf Jahren begann das Gericht damit, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden. Doch die Bilanz ist kläglich. Schlampige Ermittlungen und die Arroganz des Bensouda-Vorgängers Luis Moreno-Ocampo („Wir verändern die Welt“) haben dazu beigetragen. Der IstGH hat

Gegenwärtig ermittelt der IstGH in acht Fällen – alle in Afrika. Die Ahndung von Straftaten durch den IstGH sei zur „Rassenhetze“ verkommen, sagte der äthiopische Premier Hailemariam Desalegn beim Gipfel der Afrikanischen Union in Addis Abeba Ende Mai. In einer Resolution forderten die Regierungschefs, das Verfahren gegen Kenyatta an die Justiz in Nairobi zurückzuverweisen. Es solle kein Gericht des Nordens geben, das über Politiker des Südens urteile.

Fatou Bensouda nennt die Angriffe „ungeheuerlich“. Sie sei doch selbst eine Schwarze, sie ermittle selbstverständlich ohne Ansehen von Hautfarbe und Nationalität, sagt sie dem SPIEGEL: „Es ist unbestreitbar, dass Afrikaner von Afrikanern vergewaltigt, vertrieben, gefoltert, als Kinderklaven gehalten werden. Das sollen wir ignorieren?“

Außerdem stünden auf der Liste der Staaten, die man gegenwärtig im Blickfeld habe, auch Afghanistan, Honduras, Georgien. „Am meisten verletzt mich, wie schnell sich viele auf die Worte der Mächtigen konzentrieren und dabei die Millionen vergessen, die keine Stimme haben. Wir ermitteln ohne Ansehen von Person und politischem Rang.“

„Big Mamas“ Mitarbeiter haben die Chefbin selten so nervös gesehen wie in diesen Tagen. Fast trotzig, als müsse sie sich selbst Mut machen, sagt sie: „Wir werden Kenyatta hier in Den Haag den Prozess machen, und ich bin sehr optimistisch, gegen ihn wie gegen seinen Vize William Ruto einen Schuldspruch zu erreichen.“

Nur: Wer residiert ungestört in der prächtigen Villa gleich neben dem State House, dem Präsidentensitz, in Kenias Hauptstadt Nairobi? Wer verfügt über den größten Grundbesitz im

Land? Wer kontrolliert die größte Bank, eine führende Hotelkette? Die Antworten heißen: Kenyatta, Kenyatta, Kenyatta und Kenyatta.

Mit geschätzten 500 Millionen Dollar Privatvermögen gehört der Staatschef zu den 25 reichsten und mächtigsten Männern des Kontinents. Wie sehr nur wenige Clans Kenia beherrschen, zeigt sich auch in der Politik: Vor 50 Jahren, kurz nach der Unabhängigkeit von Großbritannien, konkurrierte schon einmal ein Kenyatta mit einem Odinga um die Macht; im März 2013 war es genauso – nur die Vornamen



Präsident Kenyatta in Kitale 2013: Gegen das „Diktat des Westens“



Straßenschlacht in Kisumu 2008: Grausamer Kampf der Stämme

bislang nur eine einzige Verurteilung vorzuweisen, und die betrifft einen aus der zweiten Reihe: 2012 wurde der kongolesische Milizenführer Thomas Lubanga zu 14 Jahren Haft verurteilt, weil er Kindersoldaten im Krieg verheizt hatte. Andere Schlächter wie der sudanesischer Präsident Umar al-Baschir oder der ugandische Warlord Joseph Kony, gegen die Haftbefehle vorliegen, sind weiter auf freiem Fuß – weil sie nicht ausgeliefert werden, weil sie zu wichtig sind. Es gibt viele Hürden, an denen das Gericht scheitern kann.

der Protagonisten hatten sich geändert. Die Söhne Uhuru und Raila folgten den Vätern Jomo und Oginga.

Zur Geißel Vetterwirtschaft kommt die ethnische Spaltung: Die Führer stehen weniger für Ideologien oder politische Programme als vielmehr für die Interessen ihrer Stämme. Sie verschaffen ihren „Blutsbrüdern“ Jobs und Pfründen, und wenn es denn sein muss, hetzen sie ihre Ethnie gegen die andere auf, bis hin zum Stammeskrieg.

Die Kenyattas gehören zum Stamm der Kikuyu, die in Kenia gut 20 Prozent der Bevölkerung stellen und die größte und wirtschaftlich erfolgreichste Ethnie bilden. Bei der Wahl im Dezember 2007 kandidierte Kenyatta nicht fürs Präsidentenamt, er stellte sich aber hinter seinen Stammesbruder Mwai Kibaki. Nach einer höchst umstrittenen Stimmenauszählung wurde dieser zum Sieger erklärt und umgehend vereidigt. Anschließend brach die Hölle los. Angehörige der Stämme Kalenjin, Luhya und Luo (zu letzterem gehörte auch Barack Obamas Vater) rächten sich blutig an den „Betrügern“. Die Kikuyu schlugen zurück.

Bald kämpfte Dorf gegen Dorf, und in manchen „gemischten“ Regionen sogar ein Straßenzug gegen den anderen. Erst die Intervention des angereisten ehemaligen Uno-Generalsekretärs Kofi Annan beruhigte dann nach Wochen die Lage. Die Bilanz des Schlachtens: 1100 Tote, mehr als eine halbe Million aus ihren Heimatprovinzen Vertriebene, ein von Hass zerrissenes Land.

Auf Betreiben eines kenianischen Richters befasste sich der Internationale Strafgerichtshof mit den Anstiftern der Gewaltorgien. Anfang 2012 ließ Den Haag die Klage gegen den Kikuyu Uhuru Kenyatta und seinen Rivalen vom Kalenjin-Stamm, William Ruto, zu. Aber kann man jemanden für diese indirekte Art von Schuld einsperren? Und kommen Ankläger in den Niederlanden gegen Männer an, die gerissen und skrupellos genug sind für das Spiel mit dem Rassenhass? Sind also diese Verbrechen juristisch zu fassen? Es ist die Existenzfrage des IstGH.

Als klar war, dass die beiden vors Weltgericht gezerrt würden, überlegten sich Kenyatta und Ruto einen cleveren Schachzug: Sie schlossen sich zu einem politischen Zweckbündnis zusammen, der Jubilee Alliance. Und zogen, ohne dass irgendetwas an den damaligen Massakern aufgeklärt worden wäre, gemeinsam in den Wahlkampf. Lange lag ihr Gegenkandidat Raila Odinga vom Stamm der Luo in den Meinungsumfragen vorn. Doch dann drohte Johnnie Carson, der damalige Leiter der Afrika-Abteilung im U.S. State Department, dem Land öffentlich „Konsequenzen“ an, falls die Kenianer die zwei vom IstGH Beschuldigten in die höchsten Ämter wählen würden.

Kenyatta hatte damit sein Wahlkampfthema gefunden: Immer wieder fragte er bei seinen Auftritten sein „souveränes Volk“, ob es sich vom Ausland die Anführer des Landes vorschreiben lassen wolle. Er machte den Urnengang zum Kampf gegen ausländische Einmischung und das „Diktat des Westens“. Den allermeisten Kenianern blieb die Ironie verborgen, dass ihm dieses Konzept von einer Londoner PR-Firma ausgearbeitet worden war, dass auch sein Verteidigerteam für den IstGH-Prozess hauptsächlich aus britischen Juristen besteht.

Kenyatta erreichte mit 50,07 Prozent die absolute Mehrheit. Beobachtern fiel auf, dass die Wahlbeteiligung mit 86 Prozent sensationell hoch war. Gegenkandidat Odinga witterte Betrug und zog vors Oberste Gericht des Landes. Doch sein Antrag auf Annullierung des Ergebnisses wurde abgeschmettert.



Witwe Akinyi mit Foto ihres Mannes
Angst vor dem „rasenden Mob“

Natürlich ließ der Westen seinen Sanktionsdrohungen keine Taten folgen – zu sehr brauchen Washington, Paris und London die Kooperation des strategisch wichtigen Landes bei der Terrorbekämpfung in Somalia und im Sudan, zu sehr fürchten sie auch, dass China den Westen in Nairobi aussittet. Der neue Präsident zeigt sich in diesen Tagen selbstbewusst. Er werde mit dem IstGH kooperieren, sich per Videoschaltung einvernehmen lassen und, wenn gewünscht, auch in Den Haag persönlich vor Gericht erscheinen, lässt er mitteilen. In seinem Umfeld nennen sie ihn „Njamba“, den Helden.

Seine Gegenspielerin Bensouda sagt in Den Haag: „Wir wollen, dass der Prozess so schnell wie möglich beginnt. Und wir schätzen den Mut und die Opferbereit-

schaft der Zeugen äußerst hoch ein – nirgends hat es bisher einen solchen Druck auf sie gegeben wie in Kenia.“

Viele Zeugen leben im Great Rift Valley, das aussieht, als hätte Gott an einem guten Tag einen Handkantenschlag geübt. Die steil abfallenden Felsen, die Ostafrika in zwei Teile trennen, öffnen sich zu einem fruchtbaren Garten Eden: Vulkankegel, dampfende Seen, Dschungelvegetation, Heimat von Nashörnern und Flamingos. Urzeitforscher betrachten das Gebiet als eine Wiege der Menschheit. Für die Bewohner der Orte Nakuru und Naivasha muss es sich in den ersten Tagen des Jahres 2008 allerdings angefühlt haben, als würde die Welt hier enden.

„Wir haben hier lange friedlich und in guter Nachbarschaft mit den anderen Stämmen gelebt, unser Haus war von einem Kikuyu gemietet“, sagt die Luo-Frau Monicah Akinyi. Ihre Augen sind erloschen, Trauer und Verzweiflung haben alles Lebendige aus ihnen herausgebrannt. „Dann kam der Tag, als sich ein rasender Mob von Kikuyu mit Messern und Macheten auf uns stürzte.“

„Ich war damals schwanger, unser neuntes Kind war unterwegs“, erzählt Monicah Akinyi mit stockender Stimme. „Mein Mann und ich hatten Jobs bei einer dieser großen Gärtnereien, die Rosen für den Export nach Europa züchteten. Unsere Kleinen spielten mit den Kikuyu-Kleinen.“ Immer näher kam die bedrohliche Meute. Frau Akinyi konnte mit ihren Kindern in die Polizeistation fliehen. Ihr Mann versuchte noch, Freunden zu helfen, und eilte zurück zum Haus. Er kam nicht weit. Sie stürzten sich mit Messern auf ihn. Dutzende stachen auf ihn ein, immer wieder.

Tagelang wütete der Mob. Akinyi konnte nicht einmal die Leiche ihres Mannes bergen. Alles, was ihr blieb, war ein Foto, das ein Journalist von dem Toten gemacht hat. Sie hält es mit zittrigen Händen. Sie hat später erfahren, dass es in anderen Orten des Rift Valley, aber auch an der Küste, genauso brutal zugeht. Wer waren die Täter? Lässt sich die Befehlskette der offensichtlich gesteuerten Aktionen bis zum Kikuyu-Boss Kenyatta zurückverfolgen?

„Ich lebe nur noch für meine Kinder“, sagt die 37-jährige Akinyi, die aussieht wie eine Greisin. Als sie hörte, dass eine Frau in einem fernen Land den Schuldigen den Prozess machen will, hat sie sich kurz gefreut. Aber inzwischen wagt sie nicht mehr zu hoffen: „Jetzt ist das alles schon über fünf Jahre her. Ich glaube, die Welt hat uns normale Opfer vergessen.“



Video: Der schwierigste Fall des Internationalen Strafgerichtshofs

spiegel.de/app302013kenyatta
oder in der App DER SPIEGEL

Die Unbelastete

Eine Frau steht als Nachfolgerin bereit, sollte Ministerpräsident Rajoy wegen der Affäre um illegale Parteifinancen zurücktreten.

Bring deine Chorizos mit“, hieß es in der Einladung. Tausende folgten ihr. Vor der Zentrale der regierenden Volkspartei im Herzen von Madrid demonstrierten sie mit einer symbolischen Grillparty, ebenso wie vor den Büros des Partido Popular (PP) in 30 weiteren Städten des Landes. Chorizos, so werden fette, stark gewürzte Würste, aber auch korrupte Politiker genannt.

Ausgelöst wurde der Protest durch die doppelte Buchführung des ehemaligen Schatzmeisters der Partei, Luís Bárcenas. In dessen belastenden Papieren, die Zeitungen enthüllten, geht es um Ministerpräsident Mariano Rajoy, um die Generalsekretärin der Volkspartei, um ehemalige PP-Minister und weitere prominente Konservative. Nur die mächtigste Politikerin Spaniens kommt darin nicht vor: Soraya Sáenz de Santamaría, 42, Vize-Premierministerin und engste Vertraute des Regierungschefs.

Während Rajoy immer tiefer im wohl größten Skandal um illegale Parteispenden, Bestechlichkeit und finanzielle Zuwendungen versinkt, bleibt die ehemalige Staatsanwältin Sáenz de Santamaría von allen Vorwürfen unbelastet, als eine der wenigen in ihrer Partei. Das könnte sie womöglich für das Amt an der Spitze qualifizieren.

Der Ministerpräsident hingegen muss nun unangenehme Fragen beantworten: zum Beispiel, warum er den früheren Schatzmeister für ein Monatsgehalt von 21300 Euro weiterbeschäftigte, obwohl der, in einem Korruptionsverfahren angeklagt, vor drei Jahren sein Amt niederlegen musste. Und warum er ihm immer noch freundschaftliche SMS schickte, als längst aufgefliegen war, dass Bárcenas viele Millionen Euro auf Konten im Ausland verschoben hatte.

Die Opposition droht mit einem Misstrauensvotum und fordert Rajoy's Rücktritt. Und selbst in den gewöhnlich geschlossenen Reihen der konservativen Volkspartei wird der Ruf nach seiner Ablösung lauter: Sáenz de Santamaría, seine „chica“, sein Mädchen für alles, könnte ihn ersetzen, so glauben politische Kommentatoren in Ma-

drid. Schon jetzt ist die kleine, rundliche Juristin, die gern High-Heels trägt, die einflussreichste Politikerin Spaniens. Seit Amtsantritt im Dezember 2011 koordiniert sie die Zusammenarbeit von Kabinett und Parlamentsfraktion, nun vermittelt sie auch noch zwischen den Ressorts für Wirtschaftsfragen. Außerdem ist ihr der Geheimdienst unterstellt.

Die Bürger kennen ihr stets dezent geschnittenes Gesicht mit den großen braunen Augen vor allem aus dem Fernsehen. Denn jeden Freitag nach dem Ministerrat ist sie es, die Kabinettsbeschlüsse verkündet, häufig neue, schmerzhaft Sparprogramme. Trotzdem gilt sie als die beliebteste Frau in der ansonsten laut Meinungsumfragen brutal abgestürzten Riege von Rajoy.

Erst Ende Juni gab Sáenz de Santamaría eine Erhöhung der Steuern auf Tabak und Alkohol bekannt, mit fester Stimme und in atemberaubendem Tempo sprudelten da minutenlang Fakten aus ihr heraus. Nach einer Viertelstunde Redefluss blickte sie kurz auf ihre lila Plastikarmbanduhr. Sie ließ nur wenige Journalistenfragen zu. Auf den Parteispendskandal angesprochen, murmelte sie: „Wir respektieren die Entscheidungen der Justiz“, dann rauschte sie aus dem Saal.

Schon in ihrer Kindheit in Kastilien benahm sich Sáenz de Santamaría anders

als andere: Sogar in den Ferien habe sie jeden Tag gelernt, berichtete ein Jugendfreund. Ihr Jurastudium schloss sie als Jahrgangsbeste ab. Anschließend bestand sie das schwierige Examen, um als Anwältin in den spanischen Staatsdienst einzutreten. Ihre früheren Professoren und Kommilitonen rühmen ihr Computergedächtnis, ihre Zähigkeit, ihren Fleiß.

Zur Politik fand sie erst im Sommer 1999. Damals stellte sie sich bei Vizepremier Mariano Rajoy vor, der Rechtsberater suchte. „Schreckt es Sie, ständig Ordnung ins Chaos bringen zu müssen?“, lautete die entscheidende Einstellungsfrage an die 29-Jährige. „Gar nicht“, antwortete sie.

Als ihr Chef zwei Jahre später Innenminister wurde, rückte sie in seinen engen Beraterkreis auf und kümmerte sich um Fragen der Einwanderung. Für die Parlamentswahl 2004, bei der Rajoy erstmals Spitzenkandidat der PP war, bat er sie, am Parteiprogramm mitzuschreiben. Erst da trat sie der Volkspartei bei. Nach dem Wahlsieg 2011 beauftragte er sie, die Amtsübernahme von den Sozialisten vorzubereiten. Nur Tage zuvor war Sáenz de Santamaría mit 40 Jahren zum ersten Mal Mutter geworden.

Rajoy verlässt sich auch deshalb gern auf seine Stellvertreterin, weil sie ihm stets den Rücken freihält, ohne dabei ein eigenes politisches Profil zu entwickeln. Aber reicht das nun, um aufzusteigen und die Regierung zu führen? Vom „Soraya-Faktor“ in der Regierung sprechen ihre Parteifreunde und meinen damit ihre Fähigkeit zum Ausgleich und einen Arbeitswillen bis zur Erschöpfung, den sie auch ihren Mitarbeitern abverlangt. Mehrfach hat Rajoy sie zu Angela Merkel geschickt, mit der er selbst wenig zu reden weiß. Ein Foto, das sie mit der Bundeskanzlerin zeigt, hat Sáenz de Santamaría stolz in ihr Bücherregal im Büro gestellt.

Ihr Privatleben behütet die „Vice“, wie Kollegen sie nennen, streng. TV-Journalisten, die im April eine Protestkundgebung vor ihrem Haus im Villenviertel Fuente del Berro übertrugen, bekamen Ärger. Nur selten lässt sie sich im nahe gelegenen Park mit Sohn Iván im Kinderwagen beim Spaziergang beobachten. Um das Baby hat sich zunächst ihr Ehemann gekümmert und dafür eine Auszeit genommen.

Sollte sie demnächst als Ministerpräsidentin im Moncloa-Palast wohnen, könnte es ihr häufiger gelingen, abends ihren Sohn selbst zu baden: Die Heimfahrt in der Dienstlimousine fiele dann weg.

HELENE ZUBER



Politiker Rajoy, Sáenz de Santamaría: Ordnung im Chaos

PACO CAMPOS / DPA

TÜRKEI

Das große Aufräumen

Nach den Massenprotesten rächt sich die Regierung nun an ihren Kritikern: Gegen Aktivisten und Demonstranten wird ermittelt, Journalisten werden gefeuert und unbotmäßige Beamte versetzt.

Vor fünf Wochen hat Tayfun Kahraman noch den Premier getroffen, jetzt sitzt er in einem Hotel in Gaziantep und ist verzweifelt. Von hier sind es 1150 Kilometer nach Istanbul und nicht einmal 100 Kilometer nach Syrien. Kahraman, 32, ist Stadtplaner und Beamter im türkischen Kulturministerium, Abteilung Denkmalschutz. Bis vor kurzem war er in Istanbul und führte dort die Proteste gegen das Bauprojekt im Gezi-Park an, die Anfang Juni zu Massendemonstrationen gegen die Regierung anschwellen. Nun wurde er in die Provinz strafversetzt, so sagt er. Offiziell heißt es, im Südosten werde Personal benötigt.

„In Istanbul werden meine Freunde festgenommen und mit Tränengas durch die Gassen gejagt“, sagt Kahraman. „Und ich sitze hier fest.“ Aber er kann nichts tun gegen seine Versetzung, er würde sonst womöglich seinen Job verlieren. Zudem bekommt er Todesdrohungen, wohl von Erdogan-Anhängern. Er scrollt durch die E-Mails auf seinem BlackBerry, durch Twitter-Botschaften voller Hass. Jemand hat ihm geschrieben: Wir wollen dich auf dem Taksim-Platz hängen sehen. In Istanbul traute er sich wochenlang nicht nach Hause. Er hat viermal das Hotel gewechselt, bei Freunden und in Büros geschlafen. Wenn er überhaupt geschlafen hat.

Kahraman leitete bis vor kurzem die Konferenzen der „Taksim-Solidarität“, schrieb Pressemitteilungen und wurde im Juni zusammen mit anderen Protestführern von Premier Recep Tayyip Erdogan zu einem Gespräch eingeladen. Er hatte die Vorarbeit gemacht für ein Gutachten, auf das sich ein Istanbul-Gericht stützte, als es das Bauprojekt im Gezi-Park vor drei Wochen für rechtswidrig erklärte.

Doch der Abriss des Parks im Stadtzentrum war nur der Anlass, die Proteste gehen weiter, sie richten sich jetzt direkt gegen die Regierung. Es kommen jedoch nicht mehr Hunderttausende, viele sind erschöpft, viele haben Angst.

Denn von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat das große Aufräumen begonnen. Es werden nun all jene bestraft, die sich in den vergangenen Wochen gegen Premier Erdogan und seine Regierung gewandt haben. Aktivisten werden eingesperrt, Journalisten eingeschüchtert, Demonstranten verfolgt. Das

Parlament hat der Architekten- und Ingenieurskammer die Mitsprache bei Stadtplanungsprojekten entzogen. Das türkische Bildungsministerium hat sich von den Schulen die Namen aller Lehrer geben lassen, die an den Protesten teilgenommen haben, auch ihnen drohen Konsequenzen. „Erdogan führt einen Rachefeldzug gegen seine Kritiker“, sagt die Oppositionspolitikerin Ayşe Danişoğlu. „Dabei scheint ihm jedes Mittel recht.“

Nach Angaben türkischer Menschenrechtsorganisationen nahm die Polizei mindestens 3000 Leute fest, darunter auch Kinder. Etliche sind seitdem wieder freigekommen, wie viele noch im Gefängnis sitzen, ist nicht bekannt.

Verhaftet wurden vor allem die Anführer: Aktivisten der Taksim-Solidarität, Mitglieder vom Fußballclub Beşiktaş, Anhänger oppositioneller Parteien. Aber auch solche, die nur am Rande beteiligt waren. Den meisten wird vorgeworfen, unerlaubt demonstriert oder Staatseigentum beschädigt zu haben. Vergangene Woche stürmten Sicherheitskräfte zudem Wohnheime in Istanbul und nahmen Dutzende Studenten fest.

Viele sitzen im Gefängnis, ohne zu wissen, warum. Umut Akgül ist einer von ihnen. Der Wirtschaftsstudent war aus Eskişehir nach Istanbul gekommen, um seine Eltern zu besuchen. Am 6. Juli fuhr die Familie in die Innenstadt, sie wollte an einer friedlichen Kundgebung auf dem Taksim-Platz teilnehmen. Wie in den Wochen zuvor setzte die Polizei Wasserwerfer und Reizgas ein. Umut Akgül flüchtete



Eltern Akgül

„In diesem Land ist niemand sicher“



Demonstranten in Istanbul, verletzter Fotograf

in eine Hauspassage, die Eltern suchten in einem Café Schutz. Von dort sah Ali Akgül, wie Polizisten seinen Sohn abführten. Er stürmte auf die Uniformierten zu, rief: „Das ist mein Junge!“ Doch die Polizisten stießen ihn zur Seite. Auch andere kamen in Haft, einer war ein Straßenhändler, der Fahnen verkaufte.

Gemeinsam mit mehreren Dutzend anderen Demonstranten brachten sie Umut Akgül auf die Wache, seine Eltern harhten die Nacht über vergebens vor dem Polizeipräsidium aus. Einen Tag später stand ihr Sohn vor dem Haftrichter, der ihn in ein Gefängnis im Stadtteil Bayrampaşa schickte. Dort teilt er sich nun eine Zelle mit Mördern und Vergewaltigern. Nur einmal durften seine Eltern ihn besuchen. Er habe erzählt, sagen sie, dass die anderen Häftlinge ihn schlugen und zwängen, den Boden zu schrubben.

„In diesem Land ist niemand mehr sicher“, sagt Gül Akgül, die Mutter. Der Fernseher in ihrem Wohnzimmer läuft nun ständig, die Demonstrationen flackern über den Bildschirm. Die beiden sind Immobilienmakler, aber seit der Verhaftung ihres Sohnes arbeiten sie nicht mehr. Sie haben eine Anwältin engagiert, doch noch ist unklar, wie die Vorwürfe gegen Umut Akgül lauten und wann sein Prozess beginnen könnte.

Ihr Sohn sei in keiner politischen Gruppierung aktiv, sagen die Eltern, er habe vorher nie an einer Demonstration teilgenommen. Im schlimmsten Fall jedoch könnte er, wie einige andere Gezi-Demonstranten, unter dem Anti-Terror-Gesetz 3713 angeklagt werden – wegen des Verdachts auf Gründung einer terroristi-



GERO BRELOER / AP / DPA



SINAN CAKMAK / ANZENBERGER

Kaçmaz: Mehr als hundert Reporter wurden Opfer von Polizeigewalt – wer zu positiv berichtete, verlor seinen Job oder kam ins Gefängnis

schen Vereinigung, um die Regierung zu stürzen. Würde er verurteilt, könnte das eine lebenslange Freiheitsstrafe bedeuten. Die Regierung hatte das Anti-Terror-Gesetz im Jahr 2005 erheblich erweitert. Etliche Kurden, Regierungskritiker, Journalisten, Anwälte und Bürgermeister sitzen seither unter Terrorverdacht im Gefängnis, ohne Aussicht auf ein rechtsstaatliches Verfahren.

Der Haftrichter begründete Umut Akgüls Internierung mit einem Überwachungsvideo, das den Studenten beim Angriff auf Polizisten zeige. Doch die Person auf den Bildern trägt einen Pullover, Akgül trug an diesem Tag ein T-Shirt.

„In der Türkei gibt es keine Gerechtigkeit“, sagt sein Vater. „Notfalls ziehen wir vor den Europäischen Gerichtshof.“

Als Erdogan vor zehn Jahren Premierminister wurde, versprach er mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Verfolgung politischer Gegner und die Polizeiwillkür sollten ein Ende haben. Doch inzwischen sieht es so aus, als habe sich Erdogan die Mittel seiner Vorgänger zu eigen gemacht. Emma Sinclair-Webb von Human Rights Watch kritisiert die „massive Einschränkung“ von Grundrechten in der Türkei. Die Regierung unternehme nichts, um die Gewaltexzesse der vergangenen Wochen aufzuklären. Im Gegenteil, die Polizei gehe weiter brutal gegen friedliche Demonstranten vor.

In Antakya starb vorvergangene Woche ein junger Demonstrant, Augenzeugen zufolge wurde er von Polizisten zu Tode geprügelt. Er ist das fünfte Todesopfer. Fast 8000 Menschen sind seit Beginn des Gezi-Aufstands verletzt worden, darunter

111 Fotografen und Journalisten, die laut der Istanbul „Stiftung der Fotografie“ Opfer von Polizeigewalt wurden.

Türkische Journalisten leiden seit Jahren unter Repressionen, in keinem anderen Land der Welt sitzen mehr Journalisten in Haft als hier. Doch erst die Gezi-Proteste haben für alle offensichtlich gemacht, wie begrenzt die Meinungsfreiheit ist: Die meisten Medien schlugen sich auf die Seite Erdogans; und Reporter, die nach Meinung der Regierung zu positiv berichteten, haben seither ihren Job verloren, einige wurden sogar verhaftet.

Erstmals richtet sich die Einschüchterung auch gegen ausländische Journalisten. Ein Kameramann des arabischen Senders al-Dschasira wurde verletzt, ein italienischer Fotograf des Landes verwiesen. Amberin Zaman, Korrespondentin des britischen „Economist“, sagt, sie habe in ihrer Laufbahn noch nie eine vergleichbare Gewalt gegen Journalisten erlebt.

Mehmet Kaçmaz, Fotograf der türkischen Agentur Nar, glaubt, dass die Öffentlichkeit vor allem von den Bildern von brutalen Polizisten aufgeschreckt worden sei. Daher seien diese gezielt gegen Journalisten und Fotografen vorgegangen, um weitere Bilder zu verhindern.

Kaçmaz hat die Proteste von Anfang an dokumentiert. Er erzählt von Kollegen, die verprügelt wurden, deren Bilder gelöscht, deren Kameras beschlagnahmt oder auf dem Boden zertreten wurden. Einem Freund zerschmetterte eine Gasgranate den Fuß. „Sie wollen uns einschüchtern“, sagt Kaçmaz.

Er selbst hätte beinahe sein linkes Auge verloren. Zusammen mit vier Kollegen

fotografierte er vor zwei Wochen nahe dem Taksim-Platz. Die Polizei hatte die Demonstranten mit Reizgas und Gummigeschossen vertrieben. Kaçmaz stand am Straßenrand, er trug keinen Helm und keine Maske. Als die Sicherheitskräfte auf ihn zukamen, hob er die Hände. Kein einziger Demonstrant war in der Nähe. Doch der Polizist feuerte ein Gummigeschoss auf Kaçmaz, mitten ins Gesicht. Der Fotograf hörte den Knall, dann floss Blut über sein Auge. Die Kollegen schleppten ihn ins Krankenhaus. Drei Tage lang war er blind, sein Augenlid musste genäht werden. Inzwischen kann er wieder sehen.

Der konservative Journalist Yigit Bulut schwört die Türken bereits auf einen „Krieg“ ein und sagte, er selbst würde „für Erdogan sterben“. Hinter den Protesten stünden, so verbreitet es Bulut, die deutsche und die britische Regierung, die die Türkei schwächen wollten. „Aber das türkische Volk wird diesen Krieg gewinnen.“ Premier Erdogan scheint diese Ansichten zu teilen: Er hat Yigit Bulut inzwischen zu seinem Chefberater ernannt.

Doch bei manchen fachen die Einschüchterungsversuche den Widerstandsggeist eher an. Tayfun Kahraman jedenfalls, der nach Anatolien versetzte Aktivist, hat bereits eine neue Aufgabe gefunden: In Gaziantep soll ein öffentlicher Park abgeholzt werden, wogegen eine kleine Gruppe Umweltschützer protestiert. Kahraman hat sie besucht – und angeboten, ihnen bei einem Gutachten für eine Klage zu helfen. Gezi ist überall, auch in Gaziantep.

ÖZLEM GEZER,
MAXIMILIAN POPP

VATIKAN

Der Menschenfischer

Franziskus begeistert seine Fans mit klaren Worten und mutigen Reformen, seine Feinde fürchten ihn genau deshalb. In dieser Woche reist der Papst nach Brasilien und wird dort fortsetzen, was er auf Lampedusa begann: hingehen, sich einmischen, unbequeme Fragen stellen.

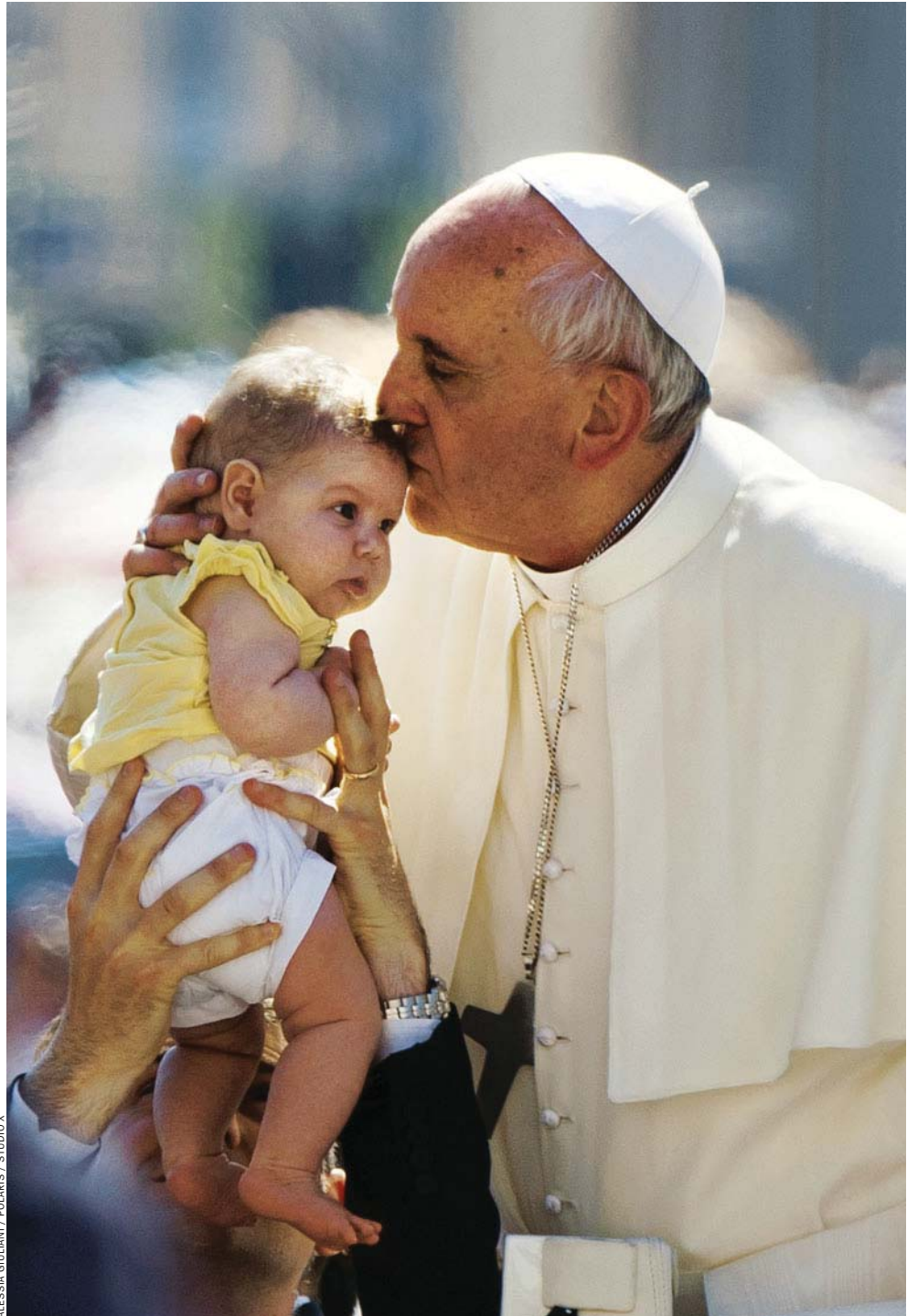
Das große Erwachen im Vatikan beginnt jeden Morgen um sieben. Dann steht Papst Franziskus vor 80, manchmal 90 Mitarbeitern in der modernen Kapelle mit dem Charme eines Kühlschranks im Gästehaus Santa Marta und hält die erste Messe des Tages. Er spricht Italienisch mit sanftem spanischem Einschlag, ohne Manuskript, ohne Latein, dabei schaut er den Gläubigen ins Gesicht. Am Ende entschwindet er durch die Sakristei, um sich zu den Menschen zu setzen; er faltet die Hände, senkt den Kopf, betet.

Die Müllmänner des Vatikans waren die Ersten, die der neue Papst einlud zu diesen Morgenmessen, dann die Sicherheitsleute, Gärtner, Ordensschwwestern, sogar die Berater der Vatikanbank. Viele der rund 4000 Mitarbeiter kommen zum Gebet; nicht weil sie müssen, sondern weil sie Franziskus verehren.

„Berührungssängste kennt er nicht“, sagt ein Zimmernachbar aus dem Gästehaus am Südrand der Vatikanstadt, in dem Franziskus wohnt. „Er ist wie Don Camillo, ein Gemeindepfarrer aus der Pampa: schlichte Predigt, warme Worte. Die Trennung zwischen Laien und Klerus hat er überwunden.“

Mittags steht Jorge Mario Bergoglio dann in der Kantine und wartet, bis sein Kaffee aus dem Automaten getropft ist. „Zuerst saß er allein, und wir starrten hinüber“, sagt der Nachbar. Jetzt aber setzen sie sich zu ihm, zuletzt wagte sich Kardinal Luis Antonio Tagle vor, einer der Jüngsten im Konklave. „Heiliger Vater, darf ich?“, fragte Tagle. „Heiliger Sohn, gewiss“, sagte der Papst.

Franziskus ist ein Menschenfischer wie einst Johannes Paul II. Ein gutes Vierteljahr nach seiner Wahl am 13. März, nach seinem ersten, fast schüchternen „Buona sera“ von der Loggia des Petersdoms, hat er sein Amt aus himmlischen Höhen geholt. Er macht es den Menschen leicht, ihn zu lieben. Sie mögen seine Stilbrüche und seine schlichten Worte: „Betet für mich“ oder „buon pranzo“, guten Appetit. Sie mögen, dass er das Protokoll über den Haufen wirft. Dass er zu Ostern die Füße einer muslimischen Frau wäscht, Ford Focus oder Bus fährt, dass er ins



Papst Franziskus bei seinen Generalaudienzen auf dem Petersplatz: „Er ist wie Don Camillo, ein

Gästehaus gezogen ist und nicht in den Apostolischen Palast.

Bergoglio ist der erste Jesuit und seit dem Mittelalter der erste Nichteuropäer im Papstamt. Er wurde als Sohn italienischer Einwanderer in Argentinien geboren, am „Ende der Welt“, so sagt er es selbst. Mit dieser Perspektive schaut Franziskus bis heute auf die Alte Welt, er ist der Papst aus dem Süden. Und als solcher darf er die Finanzkrise verteufeln, die Armut und Instabilität, die sich jetzt auch in Südeuropa breitmachen. Dieser Papst lebt im Jetzt; er ist politischer als sein

Vorgänger. Aber es ist auch klar, worüber er schweigen wird: über Frauenordination, Zölibat, Abtreibung, die Gleichstellung der Homo-Ehe. Da bleibt er auf der Linie seines deutschen Vorgängers.

Benedikt XVI. war der Papst des Wortes, der Professor Dr. Papst, seine Messen gleichen Vorlesungen. Franziskus ist das Gegenteil, er argumentiert nicht, er appelliert, er hält eine Art Volksschule auf dem Petersplatz ab; am besten begreift man ihn durch seine Gesten und Auftritte. Sein Besuch auf Lampedusa vor zwei Wochen war so eine Geste der Barmherzig-

keit, sie gab einen Vorgeschmack auf sein Programm: hingehen, sich einmischen, unbequeme Fragen stellen.

In seinen Predigten kritisiert Franziskus oft die „mondäne Kirche“, die sich um sich selbst drehe, nach Macht und Reichtum strebe. Er will dagegen „eine arme Kirche und eine Kirche für die Armen“. Sie soll in die Peripherie gehen, an die Ränder der Gesellschaft. Das ist die Idee der „Theologie des Volkes“, von der Franziskus beeinflusst ist, deren Anhänger in den siebziger Jahren die Pfarrhäuser verließen und in die Slums zogen.

Mehr Rand als die Flüchtlingsinsel Lampedusa geht nicht, dort beginnt Afrika, dort verteidigt Europa seine Wohlstandsfestung. Dort stand der Papst an einem Altar, der aus dem Holz der gestrandeten Todesschiffe gezimmert worden war, und wetterte gegen die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“. Er fragte, wer eigentlich schuld sei am Flüchtlingselend, warum so viele das Mitgefühl und das Weinen verlernt hätten. Es war ein vielversprechender Auftakt dieses Pontifikats.

Trotz dieses Auftritts ist Franziskus aber nicht der „Popstar-Papst“, als den ihn viele am Anfang sahen. Er schreitet zur Tat, und sein Tempo ist erstaunlich. „Er handelt wie einer, der weiß, dass er nicht ewig Zeit hat. Er hat ja nur eine halbe Lunge, er schwankt wie ein Schiff, wenn er geht. Im Dezember wird er 77 Jahre alt“, sagt ein Kurienmitarbeiter, der anonym bleiben will.

Franziskus' erster Sommer als Papst wird arbeitsam, eine Pause in Castel Gandolfo ist nicht vorgesehen. Demnächst könnte der neue Kardinalstaatssekretär ernannt werden, die Schlüsselfigur in der so oft geforderten Kurienreform, die den Seilschaften, der Vetternwirtschaft und Geldverschwendung endlich einen Riegel vorschieben soll. Die Kurie spaltet sich derzeit in Besorgte, die fürchten, der Papst verausgabe sich – und in jene, die Angst vor der Neuordnung haben. „Noch läuft sich der Papst warm“, sagt der Kurienmann. „Wir kauern im Schützengraben; es sind nicht wenige, die zittern.“

Eine seiner größten Baustellen ist das IOR, das Institut für die religiösen Werke, im Volksmund: Vatikanbank. An diesem Julimorgen stehen ein paar Nonnen in der kuppelförmigen Schalterhalle, viel ist nicht los. Und doch ist so etwas wie Perestroika zu beobachten, denn plötzlich lassen sie einen hinein in diese kloßige, ansonsten verschlossene Trutzburg neben dem Staatssekretariat. Man darf die Hand des Bankchefs schütteln, Berater in Nadelstreifen führen durch die Gänge. Ist das der „Franziskus-Effekt“, von dem sie alle reden, oder eine eilige Krisen-PR?

Am Ende des Flurs liegt die geheime Schaltzentrale, auch hier ist ein kurzer Blick erlaubt: ein Tisch, Kabel, viele Bild-



AGF S.R.L. / REX FEATURES / ACTION PRESS



ALESSIA GIULIANI / GPP / POLARIS / STUDIO X

Gemeindepfarrer aus der Pampa: schlichte Predigt, warme Worte“

schirme, davor sitzen eine Harvard-Professorin und ein Dutzend externe Unternehmensberater mit hochgekrempelten Ärmeln. Sie prüfen die Konten, jede Bewegung über 10 000 Euro, durchleuchten jeden Kunden. Einer flog bereits auf, als er 20 Millionen Euro im Privatjet aus der Schweiz nach Rom bringen wollte. Monsignore Nunzio Scarano war das, der Chefbuchhalter der Vatikanischen Güterverwaltung, über das IOR wollte er Gelder waschen. Weitere werden noch folgen, so viel ist sicher, es soll jetzt Tabula rasa gemacht werden in der Bank Gottes.

Franziskus hat das IOR zur Chefsache gemacht. Das tat zwar auch Benedikt, als er im Februar Ernst von Freyberg zum Direktor ernannte – aber das war zu spät, zudem kümmerte er sich kaum um die Details.

Franziskus dagegen hat Ende Juni per handschriftlichem Dekret einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Zwei Tage später wurde der Chefbuchhalter festgenommen, am 1. Juli traten überraschend die beiden Generaldirektoren zurück. Vergangenen Freitag berief er dann noch eine Sonderkommission, die ihn direkt in Wirtschaftsfragen beraten und für größere Transparenz sorgen soll. Außerdem setzte der Papst einen Prälaten ein, der Zugang zu allen Besprechungen hat und an ihn berichtet. Es ist Monsignore Battista Ricca, zuvor Verwalter des Gästehauses im Vatikan.

Doch gerade enthüllte das Magazin „L'Espresso“, dass Ricca im Jahr 2001 strafversetzt worden war, weil er in wilder Ehe mit einem Mann in der Nuntiatur von Montevideo gewohnt haben soll und in einer Schuldenbar verprügelt wurde. Gibt es sie also doch, die „Gay-Lobby“, das schwule Netzwerk im Vatikan, das sich gegenseitig Posten zuschanzt? Hat die Kurie Riccas Vergangenheit dem Papst bewusst verschwiegen? Die Antwort muss vorerst offenbleiben. Doch die Ernennung von Ricca könnte Franziskus' erste Fehlentscheidung gewesen sein.

Auf dem Petersplatz wartet derweil Alessia Giuliani, 42, Römerin und Kettenraucherin. Sie steht am Obelisk, im Arm ihre Paparazzi-Kamera mit Teleobjektiv. Es ist Mittwochmorgen, gleich beginnt die wöchentliche Generalaudienz. Zu Hunderttausenden strömen Menschen heran, der Petersplatz ist ein Meer aus Smartphones und Sonnenschirmen.

Vor 15 Jahren begann Alessia Giuliani damit, Pilgergruppen abzulichten, dann stieg sie als erste Frau auf in den erlauchten Kreis der Papst-Fotografen. Seit Franziskus das Amt angetreten hat, braucht sie stärkere Blitze und eine größere Blende, er ist dunkelhäutiger als seine Vor-

gänger. Sie verkauft jetzt mehr Bilder, aber sie hat kaum noch ein Privatleben, weil Franziskus oft spontan auftritt – und sie dann hinter ihm herjagen muss.

Sie schaut durch ihre Linse und sieht: Franziskus auf dem Papamobil, den Damen hochgestreckt wie der „Like“-Button bei Facebook. Sein Sicherheitschef hebt Kinder in den Wagen, Franziskus verteilt Küsse, nimmt ein Trikot seines geliebten Fußballvereins Atlético San Lorenzo de Almagro entgegen, umarmt ein Mädchen mit Down-Syndrom. So geht das immer, oft dauert es eine Stunde, bis die Messe beginnt. „Che spettacolo“, sagt eine Römerin und wendet sich kopfschüttelnd ab: was für ein Spektakel.

Die Fotografin lässt die Kamera sinken und sagt, die Szenerie sei zu verschwommen. Sie habe noch kein Bild gefunden,

aus Mainz auch mal im Jogginganzug. Er hat gute Laune, er ist seit genau einem Jahr im Amt. Wie es aussieht, wird ihn der neue Papst bald bestätigen.

Und auch diese leidige Sache mit den Piusbrüdern scheint ausgestanden. Einer von ihnen, Richard Williamson, hatte den Holocaust geleugnet, Benedikt aber reichte den Erzkonservativen trotzdem die Hand. Jetzt scheint der Dialog mit den Piusbrüdern bis auf weiteres eingestellt.

Der Erzbischof wird Franziskus auf seiner Reise zum Weltjugendtag nach Brasilien begleiten. Er hat als Seelsorger in Peru gearbeitet und ist mit dem Befreiungstheologen Gustavo Gutiérrez befreundet, der in den achtziger Jahren wegen marxistischer Gesinnung von Rom abgestraft wurde. Unter Franziskus werden die Rebellen wohl weniger bekämpft. Auch das ist neu.

Dass Franziskus als Ziel für seine erste große Reise Brasilien auswählte, solle zeigen, sagt Müller, dass es noch etwas anderes gäbe als „diesen verlotterten Haufen aus Rom voller Prunk und Fürstengehabe“. Er hofft, die Predigten in Rio de Janeiro könnten einen ähnlichen Ruck auslösen wie die auf Lampe-dusa. Franziskus wird dort klare Worte an die Armen in der Favela Varginha richten, an jugendliche Straftäter und Drogenabhängige.

So nahbar dieser Franziskus erscheint, ihn zu treffen ist schwer. Es ist Mitte Mai, Privataudienz der Bundeskanzlerin beim Papst, im Anschluss dürfen ihn ausgewählte Deutsche begrüßen. Man läuft minutenlang durch spiegelglatte Korridore im Apostolischen Palast, vorbei an salutierenden Schweizergardisten, wartet in damastbespannten Vorzimmern – und hört dann das Jungmädchenkichern von Angela Merkel. „Das nächste Mal essen wir Pizza auf der Piazza“, sagt sie auf Deutsch zum Abschied, dann ist sie weg.

Zurück bleibt Franziskus. Kleiner, als er auf Bildern wirkt, ermattet nach genau 47 Minuten Gespräch über soziale Marktwirtschaft und Finanzmarktregulierung. Er reicht die Hand mit festem Druck, die Augen sind neugierig. Nichts an ihm ist Karneval; er trägt keinen goldenen Fischerring, sondern eine Uhr aus Plastik.

Was sagt man dem Papst? Vielleicht, dass Rom seit seiner Wahl wie ausgewechselt wirkt, wie erwacht aus ewigem Schlaf? Er hat das sicherlich schon gehört, aber er lacht sein herzliches Lachen, er wirkt erfreut und echt. Wie ein Mensch, der – und das ist seit Benedikts Rücktritt nicht selbstverständlich – eine unbändige Lust hat auf sein Amt.

FIONA EHLERS



Heilige Messe mit Franziskus: „Kirche für die Armen“

das den neuen Papst beschreibe. Je länger sie ihn beobachte, desto mehr befürchte sie, es könnte bald zu viele Bilder von ihm geben, seine Gesten könnten sich abnutzen, seine Botschaften verflachen.

Den Jubel der allwöchentlichen Volksmesse hört Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, 65, bis in seine Wohnung am Tor Santa Anna. Er nennt es nicht Spektakel, er nennt es Lebenshilfe, so predige man eben in Lateinamerika.

Der Erzbischof hat die Wohnung von Joseph Ratzinger übernommen, in der dieser 23 Jahre lang wohnte – und auch dessen früheren Job: Müller ist Präfekt der Glaubenskongregation, der oberste Glaubenshüter der Kirche. Privat empfängt der Sohn eines Opel-Vorarbeiters



Blaue Moschee in Masar-i-Scharif: „Die Freitage sind am schlimmsten, acht versuchte Suizide an einem Tag“

BRYAN DENTON / NEW YORK TIMES / REDUX / LAIF

AFGHANISTAN

Vergiftete Freiheit

Die Frauen von Masar-i-Scharif töten sich mit Rattenmitteln, Pestiziden, Schlaftabletten. Obwohl sie in einer der liberalsten Städte des Landes leben. Oder gerade deshalb. Denn auch hier sind Zwangsheirat und häusliche Gewalt üblich. *Von Nicola Abé*

Fareba Gul entschied sich, in einer Burka zu sterben. Sie legte das Gewand an, das sie sonst nicht trug, dann fuhr sie zum heiligsten Ort von Masar-i-Scharif, zur Blauen Moschee, und schluckte das Insektizid Malathion. Sie lief hinüber zu dem Platz, auf dem Hunderte weiße Tauben darauf warten, dass Besucher sie füttern. Inmitten der Vögel setzten die Krämpfe ein.

„Als ich dort ankam, lag Fareba auf dem Boden, um sie herum stand eine Menschenmenge“, erzählt ihr Onkel Faiz Mohammed, den sie vorher noch angerufen hatte. „Sie schrie um Hilfe.“ Er hob seine Nichte auf, trug sie in ein Taxi und brachte sie in die Klinik. Schaum quoll aus ihrem Mund, immer wieder verlor sie das Bewusstsein. Eine Stunde später

war Fareba Gul, 21, tot. Sie starb am selben Tag, im selben Krankenhaus wie ihre Schwester Nabila, 16.

Es sei um eine harmlose Liebesgeschichte gegangen, so erzählen es Verwandte. Zwischen den Schwestern sei ein Streit entbrannt, Nabila, die Jüngere, habe es mit der Freiheit zu weit getrieben: Sie hatte sich verliebt. Fareba schimpfte, Nabilas Verhalten sei unanständig, sie solle die Beziehung beenden. Beide seien heftig aneinandergeraten, sie hätten sich angeschrien. Die Mutter sei ins Zimmer gekommen und habe Nabila geohrfeigt. Das Mädchen habe dann das Gift aus dem Vorratsschrank ihres Vaters geholt und in ihrem Zimmer geschluckt. Nur wenige Stunden später nahm auch Fareba das Mittel. „Sie fühlte sich schuldig“, sagt Faiz Mohammed.

Der Doppelsuizid der beiden Schwestern liegt nun wie ein Schatten über der Stadt, die zu den friedlichsten und liberalsten in Afghanistan zählt; ein Vorzeichen vielleicht für das, was droht, wenn die westlichen Truppen demnächst abziehen.

Wer in Masar-i-Scharif wohnt, lebt in relativer Sicherheit. Nun eskaliert ausgerechnet hier die Gewalt junger Frauen gegen sich selbst. Das macht ratlos – und doch ist es kein Zufall.

Denn gerade die Frauen in Masar-i-Scharif sind zerrissen zwischen Tradition und neuer Freiheit, zwischen familiären Erwartungen und eigenem Empfinden. Sie sind gefangen in einer konservativen Gesellschaft, die aber genug Freiraum bietet, um einen modernen, westlichen Le-

bensstil zu entdecken. Es gibt hier Internet und Kabelfernsehen, Mädchen gehen in die Schule, Frauen arbeiten. Aber Zwangsheirat, häusliche Gewalt und andere Einschränkungen existieren für viele weiter – und sind umso schwerer zu ertragen. Der Freitod kann da eine Form der Selbstbestimmung sein.

Frauen, die sich das Leben nehmen? „So etwas gibt es nur in der Provinz Herat oder in abgelegenen Bergdörfern“, sagt der Polizeichef. Frauenrechtsorganisationen nennen als Ursachen für die Selbsttötungen Armut und mangelnde Bildung.

Das Haus der Guls jedoch liegt in einem der besten Viertel der Stadt, es ist geräumig und gepflegt, im Garten blühen Rosen. Marzia Gul, die Mutter, bittet ins Wohnzimmer und lässt sich in rote Polster sinken: „Fareba, meine Älteste, studierte Jura. Anwältin wollte sie werden, wie ihr Vater.“ Nur ein Jahr habe bis zum Examen gefehlt. Auch Nabila, die Jüngere, sei eine gute Schülerin gewesen: „Sie wollte Journalistin werden.“

Die Mutter steht auf, geht zum Schrank und nimmt ein Foto aus einer gläsernen Dose. Darauf ist ein kleines, fröhliches Mädchen zu sehen, mit Zöpfen und Sommersprossen. „Sie war so freundlich und hilfsbereit“, sagt Marzia Gul. Dann bricht ihre Stimme.

Der Freitod der beiden ist gerade deshalb so verstörend, weil sie ein privilegiertes Leben führten in diesem geschundenen Land: Sie sahen Bollywood-Filme, hatten Mobiltelefone und Internetzugang. Zu Jeans und Make-up trugen sie nur ein Kopftuch, keine Burka. Sie mussten sich nicht verstecken.

Und sie lebten in einer Stadt, in der die Reichen sich nicht hinter Betonmauern verschanzten. Ein mächtiger Gouverneur kontrolliert hier das Leben – so effektiv, dass die Menschen kaum fürchten müssen, bei einem Bombenanschlag zu sterben. Ausländische Entwicklungshelfer dürfen sich frei bewegen. In den Straßen sieht man kaum Waffen. Stattdessen kann man im Basar die Frauen beim Anprobieren von Schuhen beobachten, die Augen mit Kajal geschminkt, einen Schal locker über das Haar gelegt. Masar-i-Scharif ist eigentlich ein Ort der Hoffnung.

Aber das Regionalkrankenhaus, Abteilung Innere Medizin, ist ein Ort der Verzweiflung. „Die Freitage sind am schlimmsten“, sagt der Arzt Khaled Basharmal und schlägt ein Notizbuch auf:

„Acht versuchte Suizide an einem Tag.“ Er liest die Namen der zuletzt Eingeliefertten vor: Raihana, Roya, Shukuria, Tereza, Rahima ... Auch zwei junge Männer sind darunter.

„Es ist ein Desaster. Seit Ende März hatten wir mehr als 200 Fälle“, sagt Basharmal, auch die Schwestern Fareba und Nabila Gul waren seine Patientinnen. Der Arzt schwitzt unter seinem weißen Kittel, er ist müde. Es ist kurz vor zwölf Uhr mittags, er hat wieder einmal die ganze Nacht Dienst gehabt.



Überlebende Zarghana: „Ich war eine erfolgreiche Frau“



Arzt Basharmal: „Viele wollen nicht wirklich sterben“

Es gibt keine offizielle Statistik und niemanden, der die Zahlen des Arztes bestätigen kann. Aber Afghanistan gilt als eines der wenigen Länder weltweit, in denen sich mehr Frauen als Männer das Leben nehmen. Nach einer neueren Studie suchen nur 5 von 100 000 Frauen pro Jahr den Freitod, doch es dürften weit mehr sein, die Rate steigt vor allem in den Städten. Mehr als 1,8 Millionen Frauen sollen zudem unter Depressionen leiden.

Wer die Abteilung Innere Medizin in Masar-i-Scharif besucht, der braucht keine Statistik. Ein Krankenzimmer, die Wände kahl, keine Geräte, nur acht Betten. Eine neue Patientin wird hereingetragen, wieder ein Suizidversuch. Die

Krankenschwestern legen sie in ein freies Bett. Der Schleier des Mädchens ist nach oben geschoben, er entblößt ein auffallend schönes Gesicht, nur die Augen sind seltsam erloschen. Eine Schwester schiebt einen Schlauch durch die Nase, hinein in den Magen des Mädchens, salzige Lösung läuft hindurch. Die Flüssigkeit, aus dem Magen zurück in eine Plastikflasche gepumpt, ist pechschwarz. „Schlaftabletten“, sagt Basharmal.

In einem anderen Bett im selben Raum liegt eine schmale, junge Frau, auch sie eine Überlebende der vergangenen Nacht. 24 Jahre sei sie alt, so hat es die Familie am Empfang eintragen lassen. „Vielleicht 18“, glaubt der Arzt. Sie heißt Roya und hat kaum Kraft zu sprechen. Sie habe sich Rattengift gespritzt, haucht sie und zeigt auf die Vene in ihrer linken Armbeuge.

Sie hatte ihren Tod gut geplant. Sie sei zum Arzt gegangen, habe sich ein Mittel gegen niedrigen Blutdruck verschreiben lassen und eine Spritze mit nach Hause genommen. Dann das Rattengift. Sie sei verzweifelt gewesen, sagt Roya, deshalb habe sie sterben wollen.

Ihr Bruder betritt den Raum, zusammen mit der Mutter. „Sie hat doch ein glückliches Leben. Es gibt keine Probleme“, sagt der Bruder. Roya nickt, zu widersprechen wagt sie nicht.

Nur eine Etage tiefer liegt Zarghana, 28, eine Verwandte von Roya. Sie hat Schlaftabletten und Pestizide geschluckt. Nun greift das Gift ihre Organe an. Sie kam in die Notaufnahme und liegt nun in einem Raum mit zwei Frauen, die eine nackt, übersät mit Hämatomen, die andere noch ein Kind, komatös, voller Blut. Ob sie Opfer eines Unfalls wurden oder häuslicher Gewalt, darüber machen die Krankenschwestern unterschiedliche Angaben.

„Niemand hört mir zu“, hat Zarghana in der Nacht immer wieder geschrien. Jetzt, da jemand nach ihrer Geschichte fragt, schiebt sie zitternd die Tücher und den Kragen ihres Umhangs beiseite, zeigt ihren Hals, ihr Schlüsselbein, zerstörte, vernarbte Haut mit weißen Flecken.

Zweimal habe sie versucht, sich umzubringen, sagt Zarghana. Beim ersten Mal sei es beinahe gelungen. Sie nahm Benzin aus dem Generator im Badezimmer, übergoss sich damit im Hof, entzündete ein Streichholz, brannte lichterloh. Doch dann war da der Gedanke an ihre Kinder, war der Schmerz so groß, dass sie nach

FARSHAD USYAN / DER SPIEGEL

FARSHAD USYAN / DER SPIEGEL

einer Decke griff, die auf der Wäscheleine im Hof hing. Sie versuchte, die Flammen zu ersticken. Danach konnte man an ihrem Rücken bis auf die Knochen sehen.

Ein halbes Jahr ist das nun her. Zarghana wurde in einer Klinik in Kabul behandelt, die Ärzte transplantierten ihre Haut. Ihr Vater, ein wohlhabender Beamter, bezahlte die Rechnung.

„Viele wollen nicht wirklich sterben“, sagt der Arzt Basharmal, „sie suchen einen Ausweg. Sie wollen ein Zeichen setzen.“ Doch in etwa jedem zehnten Fall ende der Hilfescrei tödlich.

Die Suche nach dem Motiv für Zarghanas Suizidversuche führt über eine staubige Straße an den Stadtrand. Sie ist inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden und wieder zu Hause. Sie hat stechende Schmerzen, die sie wohl nicht mehr verlassen werden, Magen und Nieren werden sich nicht vom Gift erholen.

Zarghana kann lesen und schreiben, sie spricht sogar ein wenig Englisch. Jahrelang hat sie gearbeitet, zuerst als freiwillige Helferin für lokale Menschenrechtsorganisationen. Sie unterrichtete Dorffrauen und klärte sie über ihre Rechte auf. Dann wurde sie befördert, von der freiwilligen zur bezahlten Mitarbeiterin. Mit dem Geld versorgte sie ihre Familie, sie verdiente mehr als ihr Ehemann. „Ich war eine sehr erfolgreiche Frau“, sagt Zarghana und beginnt zu weinen.

Doch Zarghana, die Erfolgreiche – das ist nur die halbe Geschichte. Denn sie wurde schon mit 13 Jahren ihrem zukünftigen Ehemann versprochen, wie viele im Land. 60 bis 80 Prozent der Frauen werden noch immer zwangsverheiratet, rund 15 Prozent der Bräute sind nicht älter als 16 Jahre, stellte eine unabhängige Menschenrechtsorganisation fest.

Zarghanas Bräutigam war ihr Stiefbruder. „Nur weil ich gekämpft habe, durfte ich weiter zur Schule gehen“, sagt Zarghana. Sie brachte sieben Kinder zur Welt, bis eines Tages ihr Mann verschwand. Nur ab und zu ließ er sich blicken in den vergangenen zwei Jahren. Sie verlor ihren Job und ihr Einkommen. Sie will sich von ihrem Ehemann trennen, doch ihr Vater verbietet die Scheidung.

Wenn Zarghana spricht, dann beginnt sie immer wieder zu zittern, so sehr, dass ihre Zähne aufeinanderschlagen. Ihre jüngste Tochter, gerade zwei Jahre alt,

kauert in einer Ecke. Zarghanas Hilfeschreie sind ungehört verklungen. Ihr kaputter Körper zieht sie weiter hinab in einen Strudel von Selbstzerstörung und Depression. Der Glaube an ein glückliches Leben ist ihr entglitten.

Dann ist diese Begegnung jäh beendet, plötzlich tauchen mehrere Männer am Gartentor auf. Die Journalisten sollen verschwinden, sagen sie, es gebe hier nichts zu sehen.

Es sind die tiefen Widersprüche, an denen sich der Lebensmut so vieler afgha-

Nach dem Ende der Taliban-Herrschaft verbesserte sich die Lage der afghanischen Frauen: Mädchen konnten wieder zur Schule gehen, vor dem Gesetz hatten Frauen und Männer gleiche Rechte. Doch seit kurzem mehren sich die Anzeichen, dass all diese Fortschritte wieder zurückgedreht werden könnten.

Die Zahl der wegen „moralischer Verbrechen“ verhafteten und weggesperrten Frauen ist im vergangenen Jahr dramatisch gestiegen. Ein Gesetz, das Gewalt gegen Frauen verbietet, wurde im Mai von den Abgeordneten in Kabul nicht verabschiedet. Stattdessen beraten sie nun über eine Strafrechtsreform, die Angehörige von Angeklagten als Zeugen ausschließen soll – was die Verfolgung häuslicher Gewalt erheblich erschweren würde. Und die Frauenquote von 25 Prozent, die bisher für die Provinzräte galt, wurde vorige Woche auf 20 verringert.

Die Taliban gewinnen wieder an Einfluss, militärisch wie politisch. Menschenrechtler fürchten, dass der Westen und die Regierung Karzai die Frauenrechte opfern könnten, zugunsten eines Kompromisses mit den Islamisten. Fälle wie der Doppelselbstmord der Schwestern könnten dann nicht mehr nur die traurige Ausnahme sein.

Die Mutter von Fareba und Nabila Gul steht im Garten: „Hier habe ich Nabila gefunden. Sie hat meine Hand geküsst und gesagt, es tue ihr leid.“ Im Krankenhaus schrie Nabila vor Schmerzen und rief, sie bereue alles. Die Angehörigen kamen, Vater und Mutter saßen an ihrem Bett, hielten ihre Hand und weinten. Nach zwei Stunden starb Nabila. Der Vater brach zusammen, der Arzt gab ihm eine Beruhigungstablette. Dann brachten sie Nabilas Leichnam in einem höl-

zernen Sarg zum Haus der Guls. Die Familie trauerte, betete, sang. Wenig später bemerkte die Mutter, wie Fareba in einer Burka das Haus verließ: „Ich dachte, sie geht los, um den anderen Bescheid zu sagen.“

Doch stattdessen ging Fareba zur Blauen Moschee. Als sie am Abend nicht zurückkehrte, rief die Mutter die Verwandten an. Diese hätten ihr gesagt: „Fareba ist im Krankenhaus. Es geht ihr gut.“

Die Nacht über lag Marzia Gul am Sarg von Nabila, sie weinte und küsste das Holz. Am Morgen fuhr sie zur Klinik. „Fareba ist schon zu Hause“, sagten sie ihr. Als die Mutter zurückkam, standen da zwei hölzerne Särge nebeneinander. ♦



Junge Frauen in Masar-i-Scharif: Jeans und Zwangsheirat

nischer Frauen, und auch einiger Männer, zerreibt. Denn die konservative Gesellschaft will bis ins Intimste hinein alles kontrollieren, andererseits kennt die städtische Mittelschicht mittlerweile andere Lebensmodelle, sogar im eigenen Land: Da ist die Politikerin Malalai Joya, die im Parlament die Verfolgung krimineller Warlords und Drogenbosse fordert; die Sängerin Elaha Soroor, die an der Sendung „Afghan Star“ teilnahm und trotz Morddrohungen weiter Musik macht; Khatool Mohammadzai, die einzige Generalin der Armee.

Sie alle stehen für das scheinbar Unmögliche, für Freiheit und Aufstand gegen die Tradition.



Oma gesucht

GLOBAL VILLAGE: Wie junge jüdische Einwanderer und alte Holocaust-Überlebende gemeinsam die Einsamkeit bekämpfen

Zitternd bewegt sich die Maus über den Bildschirm, Jenny Rosenstein klickt einmal, dann hat sie auf Facebook eine Freundschaftsanfrage an Jonathan Josephs geschickt. Josephs sitzt währenddessen an ihrem Küchentisch, er wischt auf dem Display seines Mobiltelefons herum, um die Anfrage zu bestätigen. Sie sind jetzt auch Freunde auf Facebook, im richtigen Leben sind sie es bereits. Eine seltene Freundschaft, auf den ersten Blick.

Jenny Rosenstein ist 78 Jahre alt, eine zierliche Frau mit geblümter Bluse, schwarzen Lackpantoffeln und Amethyst-Ohringen. Zu ihren Füßen sitzt Nana, ihr Cocker-Pudel. „Da“, sagt sie und deutet auf alte Fotos an ihrer Wohnzimmerwand. „Ich habe früher ausgesehen wie Romy Schneider.“

Sie wurde 1935 in Czernowitz geboren, das damals zu Rumänien gehörte und heute Teil der Ukraine ist. Mit 15 Jahren kam sie per Schiff nach Tel Aviv. Sie ist ein sogenanntes Schoah-Kind: Sie wuchs im Ghetto auf und hat im Holocaust ihre Kindheit und einen Großteil ihrer Familie verloren.

Jonathan Josephs ist 27 Jahre alt, auch er ist Jude, geboren in England, aufgewachsen in Frankreich. Vor einem Dreivierteljahr ist er nach Israel ausgewandert, er arbeitet jetzt in einer Kanzlei für Vertragsrecht in Tel Aviv. Nur hier, sagt er, fühle er sich als Teil von etwas Größerem.

Beide haben Europa den Rücken gekehrt, um für immer in Israel zu leben, das verbindet sie. Er hat seine Familie zurückgelassen, sie wünscht sich einen Enkel, mit dem sie reden kann. Zusammengeführt hat die beiden die Organisation Adopt-a-Safta. Safta, das heißt auf Hebräisch Oma. Die Idee ist, dass junge Immigranten sich um alte Holocaust-Überlebende kümmern, denn beide haben das selbe Problem: Sie sind einsam.

In Tel Aviv leben etwa 10 000 junge jüdische Zuwanderer aus aller Welt; allein im vorigen Jahr zogen 17 000 Juden nach Israel, sie kommen vor allem aus Europa, Russland, Äthiopien und den USA.

192 000 Holocaust-Überlebende gibt es in Israel, im Durchschnitt sind sie 84 Jahre alt. Etwa die Hälfte von ihnen ist sehr einsam, wie die Umfrage einer Stiftung für Holocaust-Opfer ergab. Viele haben als Kinder oder Jugendliche die Schoah überlebt, die Traumata haben sie verheert; sie sind öfter chronisch krank und leiden häufiger unter Angstzuständen.

Einmal, manchmal zweimal die Woche besucht Jonathan Josephs seine Adoptiv-Oma. Jenny Rosenstein zieht sich dann die Lippen nach, manchmal kocht sie

„Die Deutschen dachten, ich wäre aus einer arischen Familie gestohlen worden.“ Mehr als 20 Jahre lang färbte sie ihr Haar dunkel, als würde sie Trauer tragen.

Wenn Jenny Rosenstein erzählt, wie sie sich davor geekelt hat, die Zähne der Ermordeten zusammenzukehren, schwenkt Jonathan Josephs verlegen sein Wasserglas. Sie habe die Ameisen so beneidet, sagt Rosenstein. Die Ameisen konnten das Ghetto verlassen.

Eiswürfelklicken. Das Zuhören schmerzt. Und gleichzeitig fühle er sich privilegiert, sagt Jonathan Josephs. Nicht mehr viele Menschen hören die Geschichten der Holocaust-Überlebenden aus erster Hand. Wenn Jenny Rosenstein über ihre Vergangenheit redet, weiß er, dass es richtig war, nach Israel zu ziehen. Es klingt nicht pathetisch, wie er das sagt.

Jonathan Josephs besitzt die britische und die französische Staatsbürgerschaft; seine Familie lebt in Montpellier. Seine Freunde waren entsetzt, als er ankündigte, er werde nach Israel auswandern. Du wirst im Bombenhagel sitzen, sagten sie. Unsinn, antwortete er.

Er war keine zwei Wochen in Israel, da saß er tatsächlich im Bunker. Das war im vergangenen November, die Hamas feuerte Raketen vom Gaza-Streifen bis nach Tel Aviv.

Neben ihm im Bunker saß an diesem Nachmittag eine alte Frau, sie sagte: „Ich bin vor den Nazis geflohen und fürchte immer noch um mein Leben.“ Besonders erschrocken klang sie allerdings nicht. Das Schlimmste, sagte sie dann, seien für sie weder Gewalt noch Krieg. Das Schlimmste sei die Einsamkeit. Tage später meldete sich Jonathan Josephs als Freiwilliger bei Adopt-a-Safta.

Mittlerweile kümmert er sich sogar um zwei israelische Adoptiv-Großmütter, die er regelmäßig besucht. Und er hat jetzt auch eine Freundin, Talia Jannai, die er bei der Schulung für die freiwilligen Helfer kennengelernt hat. Macht fast eine ganze Familie.

JULIA AMALIA HEYER



„Familie“ Jannai, Rosenstein, Josephs: Seltene Freundschaft

Kaffee. Kuchen mag sie nicht. Dann setzen sie sich an den Tisch, und Rosenstein erzählt von damals, von der Zeit im Ghetto.

„Das Reden macht mich leichter“, sagt Jenny Rosenstein in diesem altmodischen, schönen Deutsch, das die Vokale weich dehnt. Erst seit ein paar Jahren kann sie darüber reden, was ihr als Kind im Ghetto von Mogiljow-Podolski widerfahren ist – dorthin wurden die Juden aus Czernowitz deportiert. Jahrzehntelang war sie in psychiatrischer Behandlung.

Nie hat sie mit ihrer Familie über ihre Erlebnisse im Ghetto gesprochen, nicht mit ihrem Mann, als er noch lebte, nicht mit ihrer Tochter. Sie hat ihnen nicht erzählt, dass sie sich nach ihrer Ankunft in Israel das Haar dunkelbraun färbte, weil sie sich schuldig fühlte, überlebt zu haben. Weil ihr Haar blond war, das ihrer Eltern und ihrer Schwester aber dunkel.



Baumgartner in der Ostsee 2012

EXTREMSPORT

„Fix und fertig“



Der Schweizer Ausdauerathlet Bruno Baumgartner, 44, über den Reiz und das Risiko des Langstreckenschwimmens

SPIEGEL: Vor einer Woche starb eine 34-jährige Engländerin beim Versuch, den Ärmelkanal zu durchschwimmen. Ist die Route zwischen Dover und der französischen Küste besonders gefährlich?

Baumgartner: Die Route ist sehr anspruchsvoll, von 100 Schwimmern geben etwa 80 erschöpft oder unterkühlt auf. Gefährlicher als andere Meerespassagen ist sie nicht.

SPIEGEL: Wo liegen die Tücken?

Baumgartner: Die Strömung ist wegen der Gezeiten sehr stark, es rupft einen hin und her. Man kann nicht die direkte Linie schwimmen, also rund 33 Kilometer, sondern muss, je nach Tageszeit, einen S- oder Z-Kurs wählen. Hinzu kommt starker Seegang. Und die Wassertemperatur liegt selbst im Sommer oft nur bei knapp 15 Grad.

SPIEGEL: Sie haben Ihre beiden Versuche im Ärmelkanal abgebrochen. Warum?

Baumgartner: Beim ersten Mal scheiterte ich an den Wellen, sie waren etwa zwei Meter hoch. Selbst bei ruhigem Seegang dringt einem beim Atmen und bei der Nahrungsaufnahme Spritzwasser in Mund und Nase, die Zunge schwillt stark an, der Gaumen fühlt sich an, als hätte man eine Stunde mit einem schottischen Hochlandrind geknutscht. Ich schluckte von Beginn an extrem viel

Salzwasser, so dass mein Magen auf halber Strecke rebellierte. Ich konnte nichts mehr trinken. Fix und fertig schleppte ich mich ins Begleitboot. Beim zweiten Mal streikte, ebenfalls auf halber Strecke, eine Schultersehne – aus, keine Chance.

SPIEGEL: Sie haben vor einem Jahr den Fehmarnbelt durchquert. Ende August wollen Sie den Bodensee von Bodman bis Bregenz durchschwimmen, 64 Kilometer. Warum tun Sie sich das an?

Baumgartner: Das habe ich mich auch gefragt, nachdem ich Anfang voriger Woche 36 Kilometer durch den Thuner See schwamm, meine längste Trainingseinheit. Danach hatte ich nur einen Gedanken: Geh nach Hause, schreib eine Mail, melde dich ab! Am nächsten Tag hatte ich meine Zuversicht wiedergewonnen. Für mich ist der Bodensee, was für Roger Federer Wimbledon ist: die Krönung.

STEUERFALL HOENEß

Grüne fordern Aufklärung

Die Grünen im Bayerischen Landtag werden Informationen zu den Steuerermittlungen gegen Uli Hoeneß voraussichtlich beim Verfassungsgericht einklagen. Durch zwei parlamentarische Anfragen wollte der Abgeordnete Martin Runge herausfinden, welche Behörde und welches Mitglied der

Staatsregierung wann von Hoeneß' Schweizer Geldanlagen wusste und wer ihn möglicherweise beraten hat. Runge interessiert auch, ob Behörden schon vor der Selbstanzeige von Hoeneß von dem Schweizer Konto wussten, ebenso, wann genau und von wem die Selbstanzeige beim zuständigen Finanzamt abgegeben wurde. Diese Fragen aber möchte das bayerische Justizministerium nicht beantworten. Das



BERND TELL / M.I.S.

Steuergeheimnis stehe dem entgegen, teilte Justizministerin Beate Merk jetzt mit. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen den Präsidenten des FC Bayern sei „der Zeitpunkt der Kenntnis über die Geldanlage insbesondere für die Beurteilung der Wirksamkeit der Selbstanzeige relevant“. Runge widerspricht: Das Steuergeheimnis greife hier nicht, die Fragen betreffen keine Steuerdaten von Hoeneß.



Funktionär Watzke im Ruhrgebiet

DOMINIK ASBACH

FUSSBALL

Aki, der Kanzler

Hans-Joachim Watzke hat Borussia Dortmund saniert und zum Dauerrivalen des FC Bayern München gepöppelt. Mit dem Erfolg ist er selbst berühmt geworden. Der Boulevard kommt schon nicht mehr ohne ihn aus.



Choreografie Dortmunder Fußballfans

TEAM2

Auf dem Weg zu seinem Haus im sauerländischen Marsberg muss Hans-Joachim Watzke noch schnell in seine Wohnung in Dortmund-Schüren, eine Jeans holen. Es wird zwar nicht klar, warum der Chef von Borussia Dortmund im Sauerland keine Hose hat, aber er will auch nicht unhöflich sein. Und so darf man ihn nach oben begleiten, fünfter Stock.

Das ganze Haus hat er zusammen mit einem Partner vor drei Jahren gekauft, erfährt man im Fahrstuhl, die Tür zur Wohnung geht auf: Der Blick fällt auf die Fensterfront. Darunter liegen, malerisch, die Wiesen und Felder des östlichen Ruhrgebiets, zumindest bis Dortmund-Aplerbeck. „Schön grün“, sagt der Hausherr.

Neben ihm steht das Bücherregal, darin erkennbar die Biografie von Steve Jobs und einige Krimis – einen Monat pro Buch brauche er mittlerweile, bedauert der stressgeplagte Bewohner. Und neben Fotos vom Sauerland und von Watzke fallen zwei gerahmte Aquarelle auf: Fußballspieler, ein Stadion, im cartoonhaften Stil, wie Udo Lindenberg malt.

„Hi Aki, no Panic“, steht wirklich darauf. Das waren Geschenke zu den Meisterschaften 2011 und 2012, erklärt „Aki“ Watzke – „von meinem Freund Udo“.

Watzke, 54, ist der Sanierer und Reanimierer des vor acht Jahren fast ruinierten Traditionsunternehmens BVB. Unter seiner Führung hat sich der Club zum einzigen ernstzunehmenden Rivalen des FC Bayern München gemausert, international zum Sympathieträger, mit mehr als zehn Millionen Fans. Wer mit Watzke für eine Weile zu tun hat, entdeckt so manche ungeahnte Freund- oder Bekanntschaft.

Auch sogenannte gute Verhältnisse kommen in seinem Sprachgebrauch häufig vor. „Eigentlich ein gutes Verhältnis“ habe er zu Karl-Heinz Rummenigge, dem Münchner Amtskollegen, und zu Dietmar Hopp, Mäzen der TSG Hoffenheim, seinen Pappenheimern also, mit denen er sich auf dem Boulevard gern mal streitet. Um den Krach wieder herunterzudrehen, benutzt er dann seine Wendung – Verhältnis gut, alles gut.

Real Madrids Präsident Florentino Pérez dagegen: ein Freund, schon lange. Juan Carlos I. wird sich auch nicht wehren können, bald zum Freundeskreis zu gehören, Spaniens König, der beim Halbfinale der Champions League in Madrid neben Watzke saß. Man kennt sich. Kürzlich beim spanischen Pokalendspiel, zu dem Watzke auf Pérez' Einladung gereist war, kam der an der Hüfte operierte König im VIP-Raum auf den Deutschen zugehumpelt, laut „Borrrussia Dortmund!“ rufend. So erzählt es triumphierend der Aufsteiger Watzke, „das war geil“.

Man kann es dem Textilunternehmer und Ex-Politiker, einst im Landesvorstand

der Jungen Union, wohl nicht verdenken, dass er ab und zu stolz ist. Anfangs half er, Gläubiger und Investoren vom Sanierungskurs zu überzeugen, um Borussia Insolvenz zu vermeiden. Jetzt ist der Club auf dem Weg, ein „zweiter Leuchtturm“ im Fußballland zu werden, so nennt er das, und, ja: 150 Millionen Euro Schulden wurden auf dem Weg zu zwei Meistertiteln abgebaut.

Wenn er nun davon redet, dass der BVB „breiter und globaler aufgestellt“ werden konnte, „mehr in der Gesellschaft implementiert“, dann heißt das natürlich: Auch er steht irgendwie breiter da, breitbeinig, global, eine Hand in der Hosentasche wie auf der Bühne des Natural History Museum in London in der Nacht nach dem verlorenen Champions-League-Finale. Danach sang Helene Fischer.

Manchmal hat er auch Glück. Das sagt er selbst. Er sagt es aber so, dass selbst das Glückhaben wie eine Eigenleistung erscheint – vergleichbar mit dem Pressing der Dortmunder Mannschaft, wenn sie den Fehlpas des Gegners erzwingt. Die Investmentbanker von Morgan Stanley traten beim BVB einst rechtzeitig auf den Plan und auch rechtzeitig, dank der Finanzkrise, wieder ab. Watzke sagt

Sein Club wolle nicht dünnhäutig sein, aber selbstbewusst, meint der Chef.

dazu, dass man sich „an den Mantel der Geschichte hängen“ müsse, sobald der durch den Raum wehe. Das klingt, als hätte Aki Watzke die deutsche Einheit gewuppt oder zumindest die Euro-Zone saniert.

Anderes Beispiel: Als Borussia Konsolidierung gelungen, der Fußball aber langweilig war, kam ein Trainer namens Jürgen Klopp und führte einen erfrischenden Jugendstil ein. Glück? In Watzkes Version hatte man mit Bedacht einen Trainer gesucht, der erfrischenden Fußball mit jungen Talenten inszeniert.

Ein glücklicher Zufall war es aber wohl, dass an jenem Samstag, als die Welt von Uli Hoeneß' Steuerproblemen erfuhr, Watzke abends im ZDF-„Sportstudio“ saß, in Strickjacke, Jeans und Sneakers. Den Auftritt umgab ein leichter Zauber von Wachablösung auf der Position des Vordenkers der Bundesliga. In der Sendung sagte der BVB-Chef einen schwierigen Satz: „Dass wir die Bodenhaftung verlieren würden, mir persönlich, da bin ich sicher, dass mir das nicht passieren könnte.“

Das war kurz bevor die Bayern kaltlächelnd den Dortmundern das Talent Mario Götze wegschnappten. Aber es

stimmt ja: Wohin sollte Aki Watzke noch abheben? Er steht, wenn nicht gerade eine WM oder eine EM stattfindet, häufiger in der Zeitung als der Bundestrainer.

Das liegt auch daran, dass er seit einiger Zeit jede mediale Vorlage mindestens mit einem verbalen Flachpass verlängert. Ob er will oder nicht, inzwischen wird er zu allem gefragt. Schalke-Manager Horst Heldt hat irgendwo einen Ball vor das Foto eines Dortmunder Spielers getreten? Watzke sagt, dass er das „nur peinlich“ finde. Oliver Kahn macht einen Scherz über die Bayern-Verfolger? Watzke spöttelt, Gott sei Dank herrsche Meinungsfreiheit. Und greift der Torwart Marc-André ter Stegen im Länderspiel daneben, fordert Watzke anderntags: Dortmunds Keeper Roman Weidenfeller müsse in die Nationalmannschaft.

Gemessen an dem Aufwand, den der BVB für PR und Marketing betreibt, sind die Einlassungen oft nicht sehr originell. Aber darauf kommt es wohl nicht an. Sein Club wolle nicht dünnhäutig sein, aber selbstbewusst, meint der Chef. Zwar meckerte sogar der Vielredner Reiner Calmund, Watzke öffne „Woche für Woche neue Fässer“. Doch der Dortmunder glaubt, dass er seinem Verein damit hilft.

Mit seiner Kritik an den neureichen, fremdgepöppelten Clubs wie dem VfL Wolfsburg und Hoffenheim, die „die Sahn daraus lutschen“, wenn Traditionsclubs „die Folklore abliefern“, mit diesem Interview habe er einmal vorsätzlich einen Ruck ausgelöst, meint er sogar. Diese Ruckrede habe „einen Schulterschluss im Verein“ hervorgerufen, den Leuten nach den Demütigungen der Fast-Insolvenz den Stolz zurückgegeben.

Der Diplom-Kaufmann ist gut darin, Dingen nachträglich einen Sinn einzureden. Außerdem setzt er gern Themen wie ein Politiker. Thomas Steg, der frühere stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, berät ihn. Früher eiferte Watzke dem JU-Kollegen Friedrich Merz aus dem Nachbarort Brilon nach, bis er dann lieber Geld verdienen wollte.

Watzke, nach eigener Einschätzung ein „kompletter Nicht-Ideologe“, hatte es für sinnvoll gehalten, sich für eine politische Karriere im schwarzen Sauerland die CDU auszusuchen. Sein Vater, ein gelernter Maurer, später Geschäftsführer eines Straßenbauunternehmens, saß 15 Jahre lang für die CDU im nordrhein-westfälischen Landtag. In Marsberg-Erlinghausen, 1100 Einwohner, ist sogar eine Straße, der Hans-Watzke-Weg, nach dem Vater benannt.

Heute ist der Sohn der berühmteste Bürger von Erlinghausen, in der Dorf-broschüre ist ihm eine ganze Seite mit Foto gewidmet. Es spricht sich herum, wenn sich der Aki der Heimat nähert, die 200 Höhenmeter von Marsberg im Automatik-Mercedes hinauf. Dann hisst der

Nachbar vom gegenüberliegenden Hügel schnell die schwarzgelbe Fahne Borussia Dortmunds, zu seinen Ehren. Watzke kann sie von seiner Terrasse aus sehen. Auf dem Grünland dazwischen grasen die Kühe.

„Ich wär schon mal ab und zu gern einen Tag länger hier, das entschleunigt“, sagt der Fußballfunktionär, bevor er wieder losfährt. Der Arbeitsplatz, die BVB-Geschäftsstelle, ist 125 Kilometer entfernt. Er hat sich das so ausgesucht.

Watzke, der Prinz von Erlinghausen und Präsident des ansässigen Landesligisten Rot-Weiß, bei dem er einst im Mittelfeld Regie führte, ist vor acht Jahren aus seinem Dorf aufgebrochen, weil ihm das alles nicht mehr gereicht hat, so muss man das wohl sehen. Irgendwann war das zu wenig: Bezirksliga, Landesliga, Kreispokal. Und auch die 20 Millionen Euro Umsatz mit Kleidung für Rettungsdienst, Forstschutz und Feuerwehr, die Latzhosen mit Kettensägen-Schnittschutz oder Funktionsunterhosen.

Unten im Tal der Diemel liegt der heutige Sitz der Firma Watex, die Aki Watzke mit 30 Jahren in Marsberg gründete, damals mit einem Angestellten und einem Gabelstapler. Jetzt gehört ihm da unten ein 10 000-Quadratmeter-Gelände. Genäht wird aber in Produktionsstätten in Albanien und der Slowakei. Zwei Geschäftsführerinnen schmeißen nun den Laden, eine davon Watzkes Frau.

Seine Welt ist größer jetzt. Sie liegt zwischen Wembley und Signal-Iduna-Park. Der BVB hat zuletzt um die 250 Millionen Umsatz erwirtschaftet. Er gab rund 50 Millionen Euro für Neueinkäufe aus, den Gabuner Pierre-Emerick Aubameyang und Henrich Mchitarjan statt Mario Götze. Acht Wochen Arbeit stecken allein in dem Transfer des Armeniers.

Die Montagskonferenzen beim BVB mit seinen fünf Direktoren nennt Watzke „unsere Kabinettsitzungen“. Er ist da also der Kanzler. Sein Jahresgehalt, vom Gewinn abhängig, betrug zuletzt 2,2 Millionen Euro. Das nächste wird höher sein.

Man kann ihn buchen. Was die Wirtschaft vom Sport lernen kann, das ist zumeist Thema seiner Vorträge, zuletzt etwa beim Wirtschaftsforum der thüringischen Volks- und Raiffeisenbanken. Das Honorar bekommt die gemeinnützige BVB-Stiftung.

Zum Standardreferat gehört, wie Watzke an die Spitze der Borussia Dortmund KGaA gelangte. Er schildert das mit einer Pointe. Demnach erteilte ihn ein Anruf des neugewählten Präsidenten Reinhard Rauball. Ob er den BVB retten wolle. Warum gerade er, habe er zurückgefragt.



Dortmunder Neuzugang Aubameyang: Größere Welt

Er, Watzke, sei als Erster ans Telefon gegangen, habe Rauball erwidert.

So war es nicht. Rauball war Watzkes Mann, die beiden zogen längst an einem Strang. Watzke trinkt einen Schluck aus der Dose Red Bull ohne Zucker, die zwischen den Ledersitzen im Auto steht. „Aber es macht sich so besser.“

Menschen, die damals schon im Club beschäftigt waren, können sich erinnern, dass alles mit Matthias Sammer begann. Mehr oder weniger zufällig habe Watzke in dem Flieger gegessen, den der BVB-Profi gelegentlich für Reisen nach München zu seinem Leibarzt benutzte. Watzke habe sich irgendwann als Fan und Unternehmer vorgestellt und sich an regelmäßigem Kontakt interessiert gezeigt.

Irgendwann war das alles zu wenig: Bezirksliga, Landesliga, Kreispokal.

Bald gab es Einladungen, bald kam der Profi Andreas Möller dazu, es gab gemeinsame Essen mit den Ehefrauen. Den „ersten Zipfel vom Tischtuch“ nennt ein Alt-Borusse Watzkes ersten Griff nach dem Club und der Macht. Vielleicht war es der Mantel der Geschichte.

Zu Beginn der Berufslaufbahn war Aki Watzke in einem Industrieunternehmen für Textilien zuständig. Er kannte zufällig den Sonderbeauftragten für Soldatenbekleidung im Verteidigungsministerium, die Bundeswehr brauchte eine neue Nassetzschutzmontur. So steigerte der Abteilungsleiter Watzke den Umsatz um 350 Prozent. Mit dem Know-how und den

Kontakten machte er sich selbstständig.

Bei Borussia Dortmund war sein Verbindungsmann Sammer. Über den Sonderbeauftragten Sammer gelangte er zum BVB-Manager Michael Meier. Bei Meier hinterlegte er sein Interesse an einem Posten im Vorstand. Bei der zweiten Gelegenheit, als der Schatzmeister überraschend zurücktrat, war er drin.

Von Anfang an habe es ihn an die Spitze der Geschäftsführung gedrängt, sagen Insider. Auffällig sei gewesen, dass Hans-Joachim Watzke stets Zeit hatte. „Er war immer da.“

In jenen Wochen, als Zahlen und Informationen über Bilanztricks der Führung um Gerd Niebaum an die Presse gelangten, hieß der Schatzmeister intern „Herr Schwatzke“. Watzke bestreitet, am Sturz der Führung beteiligt gewesen zu sein. Doch

die Freundschaft mit Sammer ist damals zerbrochen.

Heute ist es eine Art Feindschaft. Watzke weiß, dass ihm Sammer übelnimmt, Niebaum beerbt zu haben. Und er ahnt, dass Sammer glaubt, er habe den Vorgänger abgesägt. Niebaum war Sammers Patron und Mentor. Der Mann verlor seinen Job und seinen Ruf.

Die gemeinsame Geschichte erklärt manche Funkstille zwischen den Clubs, seit Sammer Sportvorstand bei Bayern München ist. Als der Stürmer Robert Lewandowski zu den Bayern wollte, telefonierte Sammer nur mit Dortmunds Manager Michael Zorc. Als sie nach Götze griffen, riefen die Bayern nicht mal an.

Man wolle kein Selbstbedienungsladen sein, sagt Watzke an einem Mittag, als die Entscheidung reift, Lewandowski in diesem Jahr nicht abzugeben. Auch sein Sohn André, 19, ist zum Essen beim Italiener gekommen. Er geht auf ein Wirtschaftsgymnasium. Die beiden diskutieren viel, auch über die Borussia.

Aki Watzke will verstanden werden. Er habe nie im Leben Neid verspürt, sagt er im Auto, aus dem Audiosystem singt Amanda Lear. Eine „Prise Eitelkeit“ schade nicht, sagt er. Dass er solche Bekanntheit erreichen würde, hätte er nie gedacht.

Neulich bat ihn der Manager seines Erlinghäuser Heimatclubs um einen Gefallen. Der Landesligist wollte einen Stürmer bei der Konkurrenz abwerben, Watzke sollte den anrufen. Als der Stürmer den Namen und die Stimme hörte, sei er gefangen gewesen, erzählt Watzke. Der Mann sagte zu.

Jetzt hoffen alle in Erlinghausen, dass der Stürmer das richtig verstanden hat. Dass ihn nicht Borussia Dortmund verpflichtet hat.

JÖRG KRAMER

39 Zeugen

Ein Schmiergeld-Prozess gegen Bernie Ecclestone rückt näher. Neue Aussagen belasten den Formel-1-Chef.

In den nunmehr fast 83 Jahren seines Lebens hat Bernard Charles Ecclestone zweierlei erreicht: reich und unabhängig zu sein. Mit der Formel 1 hat er Milliarden gemacht, doch dabei ging es ihm nie darum, Luxus anzuhäufen. Das Geld an sich ist sein Maßstab, die Höhe eines Gewinns befriedigt ihn wie einen Schauspieler der Applaus, daran bemisst er seinen Erfolg als Geschäftsmann.

Vor allem aber macht Geld autonom. „Ich habe das Glück, dass ich mir aussuchen kann, ob ich etwas tun will oder nicht“, sagt er. „Des Geldes wegen muss ich jedenfalls nicht mehr arbeiten.“

Derzeit erlebt Ecclestone, dass er sehr viel von dem verlieren könnte, was ihm wertvoll erscheint. Er muss teure Anwälte bezahlen und soll 400 Millionen Dollar Schadensersatz leisten. Das wäre zu verkraften für jemanden, der es sich zur Gewohnheit gemacht hat, Probleme mit Geld aus der Welt zu schaffen. Doch wenn es richtig schlecht für ihn läuft, wandert er ins Gefängnis. Ein Horror für einen Mann, dem nichts heiliger ist als ein selbstbestimmtes Leben.

Staatsanwälte aus München möchten Bernie Ecclestone den Prozess machen. Sie haben mit großer Sorgfalt eine 223 Seiten starke Anklageschrift formuliert, es geht um Bestechung und Anstiftung zur Untreue, das Aktenzeichen lautet 405 Js 161741/11. Ecclestone hat eine englische Version erhalten. Nach Lektüre muss dem Formel-1-Boss dämmern, wie finster es für ihn werden könnte.

Ihm wird vorgeworfen, gegen Gesetze verstoßen zu haben, um seine Macht im Rennzirkus zu sichern. Nach Version der Staatsanwaltschaft hat Ecclestone Gerhard Gribkowsky, ehemals Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesbank, mit 44 Millionen Dollar bestochen. Und er soll sich den größten Teil des Schmiergeldes sogar von der BayernLB besorgt haben, indem er mit Gribkowskys Hilfe von der Bank eine Provision kassierte.

Ecclestone bestreitet beide Vorwürfe. Sein Anwalt Sven Thomas äußert sich vorerst nicht zu Details der Anklage. Mitte August wollen er und seine Kollegen die Anklage beim Landgericht erwidern.

Gribkowsky ist voriges Jahr wegen Bestechlichkeit, Untreue und Steuerhinterziehung zu achteinhalb Jahren Haft ver-

urteilt worden. Seitdem konzentrieren sich die Staatsanwälte darauf, den mutmaßlichen Bestecher zu überführen: aus ihrer Sicht Ecclestone.

Mit dem Schmiergeld habe sich Ecclestone vor acht Jahren Gribkowskys Zustimmung erkaufte, dass die Anteile der BayernLB an der Formel 1 von der Investmentgesellschaft CVC übernommen werden. So kam es. 814 Millionen Dollar kassierte die BayernLB von CVC, und Ecclestone blieb nach Willen des neuen Besitzers Geschäftsführer der Rennserie.

Für das Geschäft erhielt der Formel-1-Chef sogar eine Provision. Auf Gribkowskys Drängen hatte der Vorstand der BayernLB im November 2005 zugestimmt, 41,4 Millionen Dollar an Ecclestone zu zahlen. Für die Staatsanwaltschaft steht fest, dass sich der Brite, mit Gribkowsky als Komplizen, jene Millionen besorgte, mit denen er dann den Banker bestach. Ecclestone habe also Gribkowsky zur Untreue angestiftet – der zweite Anklagepunkt der Münchner Staatsanwaltschaft.

Gegen den Bestechungsverdacht wehrte sich Ecclestone bereits im Prozess gegen Gribkowsky: Bei seiner Vernehmung

banker“ bezeichnet, als Beamten-Banker. Ecclestone bestreitet, von Gribkowskys Status gewusst zu haben.

Neu ist, dass nicht mehr allein Gribkowsky behauptet, Ecclestone sei klar gewesen, welche Art Bank die BayernLB ist. Laut Anklageschrift belasten zusätzlich zwei frühere Mitarbeiter von Gribkowsky, die an den Verkaufsverhandlungen beteiligt waren, den Formel-1-Boss. Zeuge G. sagte aus, Ecclestone habe gewusst, dass „die BayernLB ‚state owned‘ ist“. Zeugin I. gab zu Protokoll, ihm sei die „Shareholder-Struktur der BayernLB bekannt“ gewesen.

Wohl im September wird das Münchner Landgericht entscheiden, ob es zum Prozess kommt. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, 39 Zeugen vorzuladen.

Ecclestone tut so, als berühre ihn das alles nicht. „Für mich ändert sich durch diese Sache nichts“, sagt er.

In der Formel 1, in der oft und laut gestritten wird, herrscht Zurückhaltung, wenn es um Ecclestones mögliches Ende als Pate der Rennserie geht. Der Daimler-Konzern, mit Mercedes in der Formel 1 aktiv, verlangt noch keinen Rücktritt.



Rennsport-Manager Ecclestone: „Des Geldes wegen muss ich nicht mehr arbeiten“

vor Gericht behauptete er, erpresst worden zu sein. Gribkowsky habe ihn bei den britischen Steuerbehörden anschwärzen wollen; deshalb habe er die 44 Millionen Dollar gezahlt. Und die 41 Millionen Dollar der BayernLB an ihn? Eine übliche Provision sei das gewesen.

Die Staatsanwaltschaft sieht in dem Deal ein typisches Kick-back-Geschäft. Den Anklägern geht es vor allem darum, Ecclestone nachzuweisen, er habe gewusst, dass die BayernLB ein öffentlich-rechtliches Geldinstitut ist – und Gribkowsky folglich Amtsträger war. Im Juli 2012 etwa hatte Gribkowsky gegenüber Ermittlern behauptet, Ecclestone habe ihn als „civil servant“ oder „civil servant

Und CVC, de facto Ecclestones Arbeitgeber, möchte „die Entwicklung der Situation weiterhin beobachten“.

Treueschwüre klingen anders. „Es brodelte“, sagt ein Rennmanager. „Aber alle warten ab, ob es zur Hauptverhandlung kommt. Vorher traut sich niemand was.“

Einen kleinen Triumph allerdings hat der Milliardär in der ganzen Affäre serviert bekommen. Die Münchner Steuerfahndung informierte die Staatsanwaltschaft Ende vorigen Jahres darüber, dass gegen den Angeschuldigten Ecclestone kein hinreichender Tatverdacht wegen einer Steuerhinterziehung bestehe.

DINAH DECKSTEIN, DETLEF HACKE,
MICHAEL WULZINGER

Den SPIEGEL empfehlen, eine Prämie sichern!



Lieferung ohne iPhone

NEU

netatmo Wetterstation für Smartphones und Tablets

Dank der persönlichen Innen- und Außenwetterstation aus edlem Aluminium und der kostenlosen App können Sie Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Luftdruck, CO₂-Konzentration u. v. m. ganz einfach auf Ihrem Smartphone oder Tablet verfolgen. Dabei werden die individuellen Umweltkomponenten, z. B. daheim oder im Büro, gemessen und kabellos via Wi-Fi auf die App übertragen. Alle Daten werden gespeichert und sind jederzeit abrufbar. Maße Innenmodul (B x H x T): ca. 4,5 x 15,5 x 4,5 cm, Maße Außenmodul (B x H x T): ca. 4,5 x 10,5 x 4,5 cm.

Ohne Zuzahlung



Samsung Galaxy Pocket Plus – ohne Vertrag

Modernes und kompaktes Smartphone aus der Galaxy-Familie. Das Samsung Galaxy Pocket Plus bietet zahlreiche Möglichkeiten zum Arbeiten, Surfen oder einfach nur zur Unterhaltung. Mit Android 4.0-Betriebssystem, 2,8"-Touchscreen, 4 GB internem Speicher, Bluetooth, WLAN und GPS. Wahlweise in den Farben Weiß oder Schwarz.

Ohne Zuzahlung

Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Vollendete Formensprache, durchdachte Funktion! Dieses Meisterstück im Bauhaus-Stil designte Wilhelm Wagenfeld 1924. Ohne Leuchtmittel. Maße: Höhe ca. 36 cm, Schirm-Ø ca. 18 cm, Fuß-Ø ca. 15 cm.

Zuzahlung: nur € 149,-



Telefon 040 3007-2700
Aktionsnummer SP13-146



Fax 040 3007-857085
Einfach Coupon ausschneiden und faxen



www.spiegel.de/praemien
Weitere Prämien im Internet



DriversChoice-Universal-Tankgutschein € 100,- bei Bestellung bis zum 29.7.2013

Flexibel unterwegs auf Deutschlands Straßen: Der universelle Tankgutschein ist deutschlandweit bei über 7300 Tankstellen der Mineralölgesellschaften Aral, Shell, Star, Total, Westfalen, OMV und Eni einlösbar.



TEASI one – Fahrrad- und Wandernavigation

Ideal für alle Radfahrer, Wanderer, Fußgänger und Geocacher. Großes transflektives 3,2"-Display, integrierter Tripcomputer inkl. GPS-Kompass, individueller Streckenwahl, profilabhängigem Routing u. v. m.

Ohne Zuzahlung



BestChoice-Universalgutschein €100,- bei Bestellung bis zum 29.7.2013

Machen Sie sich mit diesem Universalgutschein im Wert von € 100,- eine Freude. 200 Handelspartner mit über 25.000 Filialgeschäften oder Online-Shops stehen zur Auswahl – von Alessi über Ikea bis zu Karstadt u. v. m.



ACER 7"-Tablet-PC „Iconia B1“ 16 GB – ohne Vertrag

Tablet-PC mit Betriebssystem Android 4.1.2 Jelly Bean, 5-Punkt-Multitouch-Display mit 70-Grad-Blickwinkel von allen Seiten, Frontkamera, GPS, Wi-Fi u. v. m. Gewicht: ca. 320 g. Maße (B x H x T): ca. 12,8 x 19,7 x 1,1 cm.

Zuzahlung: nur € 29,-

Sie brauchen selbst kein Abonnent sein!

Ihre Vorteile im Überblick:

- ☒ Wunschprämie für den Werber
- ☒ Der Abonnent zahlt zurzeit nur € 4,- statt € 4,20 pro Ausgabe
- ☒ SPIEGEL und KulturSPIEGEL bequem frei Haus

Unser Tipp: Den digitalen SPIEGEL gleich mitbestellen!

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,- statt € 4,20 im Einzelkauf. Den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird. Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags durch den neuen Abonnenten. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Dieses Angebot gilt nur in Deutschland.

Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie in der Auftragsbestätigung und unter www.spiegel.de/widerrufsrecht

☐ Ja, der neue Abonnent möchte auch von weiteren Vorteilen profitieren. Deshalb ist er damit einverstanden, dass der SPIEGEL-Verlag oder die manager magazin Verlagsgesellschaft ihn künftig per Telefon und/oder E-Mail über weitere interessante Medienangebote informiert.

Wenn Sie künftig unsere Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

Coupon senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

Noch heute antworten und Wunschprämie sichern!

Ich abonniere den SPIEGEL zum Vorzugspreis:

☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____

☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen. SD13-014

E-Mail (Pflichtfeld für Abonnenten der digitalen Ausgabe) _____

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

Ich zahle bequem per Bankeinzug.

DER SPIEGEL vierteljährlich: € 52,-
Digitale Ausgabe halbjährlich: € 13,-

Geburtsdatum **19** _____

BLZ _____ Konto-Nr. _____

Geldinstitut, Ort _____

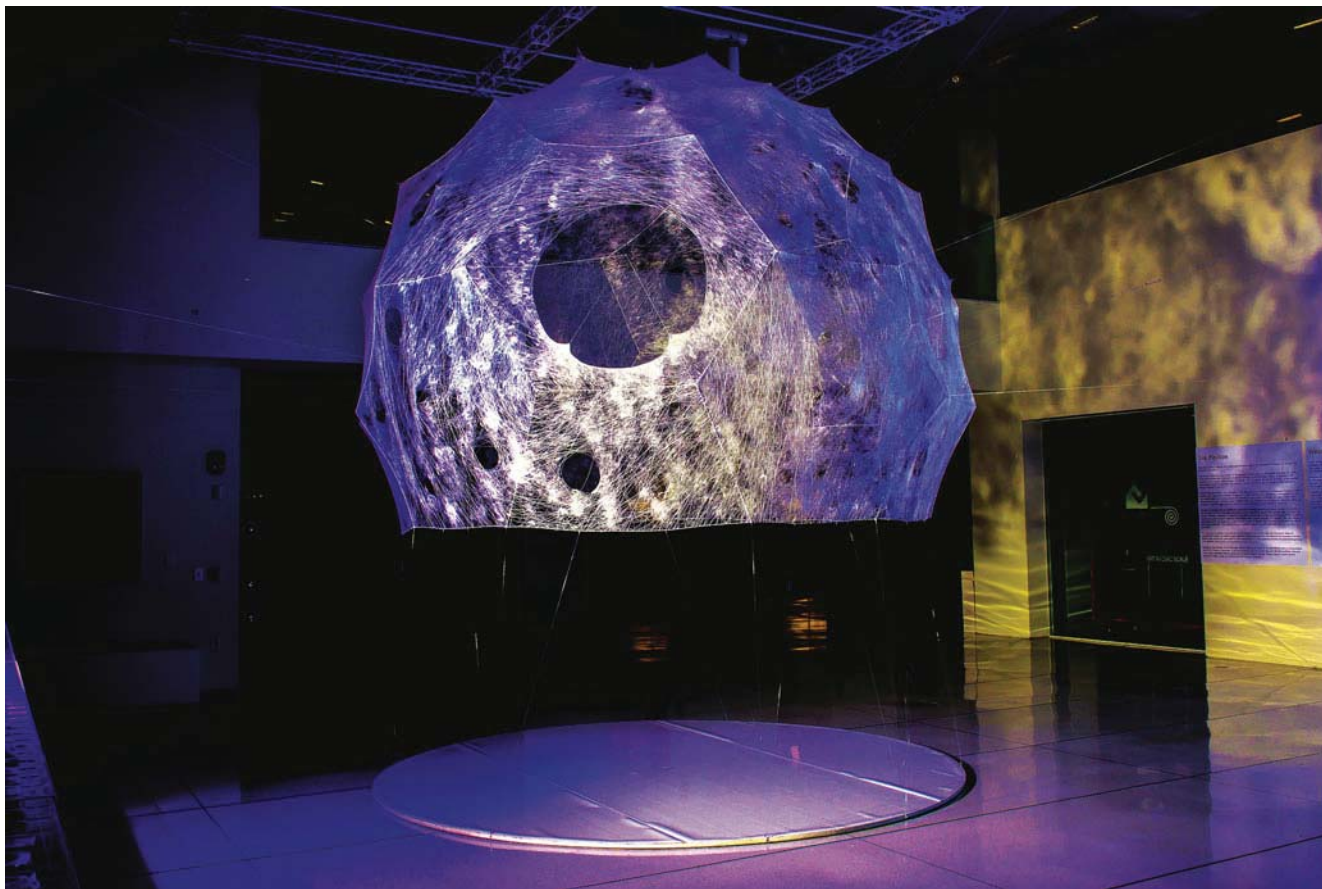
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Ich bin der Werber und erhalte folgende Prämie:

SP13-146

- ☐ netatmo Wetterstation (4606)
- ☐ Universalgutschein € 100,- (3018) bei Bestellung bis zum 29.7.2013
- ☐ Samsung Galaxy Pocket Plus – ohne Vertrag
- ☐ TEASI one – Fahrrad- und Wandernavigation (4227)
- ☐ weiß (4568) ☐ schwarz (4567)
- ☐ Wagenfeld-Tischleuchte (3739) Zuzahlung: € 149,-
- ☐ ACER 7"-Tablet-PC „Iconia B1“ (4533) Zuzahlung: € 29,-
- ☐ Tankgutschein € 100,- (3843) bei Bestellung bis zum 29.7.2013

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____



RICK FRIEDMAN / DER SPIEGEL

Spinnende Bauarbeiter Die Kuppel aus Seide ist das gemeinsame Werk von Forschern des MIT bei Boston, einem Roboterarm und 6500 Seidenspinnerräupen. Die Wissenschaftler brachten zunächst in Erfahrung, welche Bahnen die

Räupen beim Spinnen ziehen. Ein Roboter webte dann einige Fäden als Grundgerüst vor. Den Rest erledigte die Räupenarmee: Auf die filigrane Konstruktion gesetzt, vollendete sie – wie vorausberechnet – das kleinwagengroße Bauwerk.

ERFINDUNGEN

Supersauger aus Schweden

Wissenschaftler der Universität Uppsala haben ein Material mit einzigartiger Saugfähigkeit erfunden. Ein Gramm des neuartigen Stoffs „Upsalit“ hat eine Oberfläche von 800

Quadratmetern. Wie ein poröser Schwamm nimmt Upsalit-Pulver große Mengen Flüssigkeit auf. Der Supersauger könnte dazu dienen, giftige Stoffe zu beseitigen oder Gerüche einzufangen. Das Material besteht aus Magnesiumcarbonat, das die Forscher so hergestellt haben, dass sich kein Kristallwasser einlagern konnte. Bisher gelang das nur bei sehr hohen Temperaturen und auch nur für kurze Zeit. Das neue Mineral sei dagegen stabil, berichten die Schweden.

MEDIZIN

Gesunde Alte

Glaubt man den Prognosen von Demografen, werden 2030 mehr als zwei Millionen Deutsche unter Demenz leiden. Zwei Studien im Medizinblatt „Lancet“ zeigen nun aber: Das Demenzrisiko muss mit dem Alter nicht unweigerlich steigen. Bei über 65-Jährigen in drei englischen Regionen fiel der Anteil der Demenzkranken um



Senioren im Hörsaal

ein Viertel geringer aus als ursprünglich erwartet; statt 8,3 waren nur 6,5 Prozent betroffen. Unter Hochbetagten (älter als 90) in Dänemark sank der Anteil mit schwerer Gedächtnisstörung in zwölf Jahren von 22 auf 17 Prozent. Der Lebensstil habe einen bisher unterschätzten Einfluss auf das Gehirn, sagt Neurobiologe Martin Korte, 48, von der TU Braunschweig: „Durch gesunde Ernährung sowie körperliche und geistige Aktivität können wir den Ausbruch von Demenz um fünf bis sieben Jahre nach hinten schieben.“

UMWELT

„Verantwortungslose Jagd“



Der Ökologe Rainer Froese, 62, vom Forschungszentrum Geomar in Kiel über die gescheiterten Verhandlungen zur Einrichtung neuer Meeresschutzgebiete in der Antarktis

SPIEGEL: Warum sträuben sich Russen und Chinesen gegen ein Fangverbot vor der Antarktis?

Froese: Sie wollen besonders den antarktischen Krill jagen. Russland stockt gerade seine Fangflotte auf. Aus den Krebstieren wird Fischmehl gemacht – Futter für Aquakulturen, damit wir Reichen im Westen Lachs essen können. China ist schon heute



einer der größten Importeure von Fischmehl.

SPIEGEL: Der antarktische Krill gilt als eines der erfolgreichsten Tiere der Welt. Braucht er wirklich Schutz?

Froese: Auf Krill basiert die ganze Nahrungskette im Südpolarmeer. Jetzt Jagd auf ihn zu machen ist verantwortungslos. Die Bestände sind schon zurückgegangen, wie Berechnungen zeigen. Künftig sollen Millionen Tonnen pro Jahr aus den Meeren geholt werden.

SPIEGEL: Was heißt das für die Pinguine, Wale und Fische am Südpol?

Froese: Sie müssen sich viel mehr anstrengen, um satt zu werden. Auch ihre Zahlen werden zurückgehen.

SPIEGEL: Wäre mit Fangquoten eine nachhaltige Fischerei in der Antarktis möglich?

Froese: Die Frage ist, ob der Mensch in diesen Gewässern überhaupt etwas zu suchen hat. Die Tiere dort sind die Verlierer des Klimawandels. Fischerei könnte ihr Schicksal besiegeln.

ARCHÄOLOGIE

Zähne der Zeit

Mit Hilfe von Mumienzähnen haben Geochemiker der Universität Lyon untersucht, wie sich das Klima des alten Ägypten im Laufe der Jahrtausende verändert hat. Das Ergebnis: Zwischen 3500 vor und 500 nach Christus ist es in Ägypten immer trockener geworden.

den. Die Forscher entnahmen dazu 48 Mumien unterschiedlicher Epochen etwas Zahnschmelz oder Knochen. Die Ägypter tranken damals Nilwasser und kochten damit; in ihren Zähnen reicherten sich daher Spuren von zwei Sauerstoff-Isotopen aus dem Nil an. Niederschlag und Verdunstung beeinflussen das Mischungsverhältnis dieser Isotope. Die unterschiedlich alten Mumien zeigten den Forschern somit, ab wann der Nil weniger Wasser führte –

ein Zeichen zunehmender Trockenheit. „Obwohl die Umwelt sich veränderte, blieb die ägyptische Zivilisation lange Zeit sehr stabil“, sagt Christophe Lécuyer, einer der Autoren der Studie. Auch der Speiseplan der Ägypter änderte sich in 4000 Jahren kaum, wie die Zusammensetzung der Zähne verriet. Neu entwickelte Bewässerungsanlagen, so Lécuyer, hätten den antiken Klimawandel für die Bevölkerung womöglich abgemildert.

GEOLOGIE

Schreiender Vulkan

Bevor der Vulkan Redoubt in Alaska ausbrach, stieß er gleichsam unterirdische Schreie aus. Dies ergibt sich aus den Aufzeichnungen des Ausbruchs im März 2009, die jetzt von amerikanischen Seismologen analysiert wurden. Eine lange Abfolge schwacher Beben vor einem Vulkanausbruch ist nicht ungewöhnlich. Bei Redoubt jedoch steigerten sich die Erschütterungen zu einer nie zuvor gemessenen Rekordfrequenz: 30-mal pro Sekunde bebte das Gestein – zehnmal häufiger als normal. Dann, eine Minute vor der Eruption, herrschte plötzlich Stille. Mit 60-fachem Tempo abgespielt klingt das Knattern des Vulkans wie ein pfeifender Teekessel. Warum Redoubt derart toste, können die derzeitigen Ausbruchmodelle kaum erklären. Im „Journal of Volcanology and Geothermal Research“ spekulieren die Geowissenschaftler: Möglicherweise blieb das Magma auf seinem Weg durch den engen Vulkanschlot immer wieder stecken. Mit steigendem Druck von unten löste es sich – wodurch es dann zu dem Stakkato an Beben kam.

Ausbruch des Vulkans Redoubt im März 2009



„Der Tod ist umkehrbar“

Der New Yorker Notfallmediziner Sam Parnia beklagt den Ärztepfusch bei der Wiederbelebung, empfiehlt Tiefkühlgemüse zur Rettung absterbender Hirnzellen und berichtet über die seltsamen Nahtoderlebnisse seiner Patienten.



Jeder Mensch erleidet irgendwann einen Herzstillstand – und für die meisten ist dies der Beginn des Todes. Nur in den wenigsten Fällen gelingt es Ärzten, die klinisch Toten mit Reanimationsmaßnahmen ins Leben zurückzuholen. Dabei wären viele Betroffene noch zu retten, wenn die Ärzte das verfügbare Wissen über die Therapie des Herzstillstands nur besser anwenden würden – diesen Vorwurf erhebt der britische Notfallmediziner Sam Parnia in einem vielbeachteten Buch, das jetzt auf Deutsch erscheint. Parnia, 41,*

ist Leiter der Wiederbelebungsforschung am Universitätskrankenhaus von Stony Brook nahe New York. Als er Student war, ist ihm vor fast 20 Jahren ein Patient, den er gut kannte, unter den Händen weggestorben. Für den jungen Mediziner war dies ein Schlüsselerlebnis. Seither beschäftigt er sich damit, den Sterbeprozess zu verstehen und den Tod zu bekämpfen.

SPIEGEL: Herr Parnia, Sie behaupten, schon bald werde es möglich sein, Menschen wiederzubeleben, die vor vielen Stunden oder gar noch längerer Zeit gestorben sind. Das klingt nach Wiederauferstehung. Meinen Sie das ernst?

Parnia: In den vergangenen zehn Jahren hat die Reanimation gewaltige Fortschritte gemacht. Heute können wir Menschen aus den Klauen des Todes befreien, deren Herz vor ein, zwei, manchmal noch mehr Stunden stehengeblieben ist. In Zukunft dürften wir noch besser werden, den Tod umzukehren. Wahrscheinlich verfügen wir bald über injizierbare Medikamente, die den Prozess des Zelltods im Gehirn und in anderen Organen verzögern. In 20 Jahren, so glaube ich, werden wir in der Lage sein, Menschen zu reanimieren, die schon seit 12 oder gar 24 Stunden tot sind. Nennen Sie das Wiederauferstehung, wenn Sie wollen.

* Sam Parnia, Josh Young: „Der Tod muss nicht das Ende sein“. Scorpio Verlag, München; 400 Seiten; 19,99 Euro.



MARTIN ADOLFSSON

Für mich ist es die Frucht einer wissenschaftlich ausgerichteten Wiederbelebungsmedizin.

SPIEGEL: Sie feiern die Möglichkeiten der modernen Medizin, doch in Wahrheit ist die Bilanz ernüchternd. Die Überlebensraten für Menschen, die außerhalb des Krankenhauses einen Herzstillstand erleiden, sind sehr dürftig und heute kaum besser als vor 25 Jahren.

Parnia: Da gebe ich Ihnen recht. Entscheidend ist, dass die Hilfe frühzeitig einsetzt. In vielen Gegenden der USA liegt die Überlebensrate in solchen Fällen nahe null. Besser sind die Chancen für jene Menschen, die im Krankenhaus einen

Herzstillstand erleiden. In US-Kliniken liegt die Überlebensrate bei durchschnittlich 18 Prozent. In Großbritannien sind es 16 Prozent, und ich nehme an, dass sie sich in Deutschland in einer ähnlichen Höhe bewegt.

SPIEGEL: Das ist immer noch eine erschütternd schlechte Quote.

Parnia: Hier in Stony Brook hatten wir eine Erfolgsrate von 21 Prozent, als ich vor zwei Jahren herkam. Jetzt liegen wir bei 33 Prozent. Im ersten Quartal 2013 – daher stammen unsere aktuellsten Daten – haben wir einen Wert von 38 Prozent erreicht, womit wir zu den besten Kliniken in den USA gehören. Die meisten unserer Patienten, aber natürlich nicht alle, verlassen das Krankenhaus sogar ohne jeglichen neurologischen Schaden.

SPIEGEL: Sind Sie ein Zauberer?

Parnia: Keineswegs. Wir folgen strikt den Empfehlungen des Ilcor, der internationalen Vereinigung notfallmedizinischer Fachgesellschaften. Zum Teil gehen wir in unserer Klinik auch schon darüber hinaus. Alle fünf Jahre publiziert das Ilcor die aktuellen Richtlinien zur bestmöglichen Behandlung, zuletzt 2010. Das Problem ist nur: Die meisten Krankenhäuser scheren sich nicht darum. Die dramatischen Fortschritte in der Reanimation kommen in den meisten Kliniken einfach nicht an. Diese Nachlässigkeit kostet Abertausende Menschenleben.

SPIEGEL: Sind Krankenhausärzte ignorant?

Parnia: Offenbar. Kürzlich haben Kollegen in einer Studie nachgewiesen, dass die Dauer einer Wiederbelebung bei mindestens 40 Minuten liegen sollte, dass aber die meisten Ärzte innerhalb von 20 Minuten aufgeben. Sie tun das, weil sie fälschlicherweise glauben, dass das Gehirn nach dieser Zeit bereits irreversibel geschädigt und der Kampf verloren wäre.

SPIEGEL: Warum finden solche Erkenntnisse nicht den Weg in die medizinische Praxis?

Parnia: Wiederbelebung wird immer noch angesehen als etwas, was Ärzte nebenher leisten sollen. Aber tatsächlich ist dies längst ein hochspezialisiertes Fachgebiet wie die Kardiologie. Solange Krankenhäuser nicht verlangen, dass ihre Reanimationsmediziner vollausgebildete Spezialisten sind, werden die Überlebensraten kaum steigen. Wir brauchen daher unbedingt eine staatliche oder eine berufsständische Regulierung. Nur so können wir bessere Standards durchsetzen. Es kann nicht sein, dass jedes Krankenhaus selbst entscheidet, welchen Teil der Richtlinien es übernimmt und welchen nicht.

SPIEGEL: Auch in Erste-Hilfe-Kursen lernen die Menschen, wie empfindlich das Gehirn ist. Drei bis fünf Minuten ohne Sauerstoff, so der dort verbreitete Lehrsatz, und schon kann es dauerhaften Schaden davontragen.

Parnia: Das ist ein weitverbreiteter Mythos, sogar unter Ärzten. Der Irrtum geht zurück auf Forschungen Mitte des vorigen Jahrhunderts. Aus den damaligen Experimenten folgerten Mediziner, dass Hirnzellen sehr schnell absterben. Heute wissen wir: Richtig behandelt, dauert es Stunden, bis das Gehirn irreversibel geschädigt ist. Ohne Durchblutung allerdings kann sich der Schaden schon nach fünf Minuten bemerkbar machen. Wir leben noch mit falschen Vorstellungen aus der Vergangenheit. Das fängt schon an mit dem Begriff des Todes. Jahrtausendlang war der Tod ein klar definierbarer Zeitpunkt. Das Herz hörte auf zu schlagen, das war's. Nichts konnte das ändern, entweder man lebte oder nicht. Jetzt ist es nicht mehr so einfach, denn seit über 50 Jahren kennen wir die Reanimation, vor allem die Herzdruckmassage und die Beatmung. Der Tod ist seither kein Augenblick mehr, sondern ein Prozess, der nach dem Herzstillstand einsetzt und sich in unterschiedlichem Tempo in den verschiedenen Geweben des Körpers ausbreitet.

SPIEGEL: Und viel länger als gedacht ist dieser Prozess des Sterbens umkehrbar?

Parnia: Natürlich kommt es darauf an, das Gehirn zu schützen. Eine schnell einsetzende Herzdruckmassage ist unerlässlich, damit Blut ins Gehirn gelangt. Aber kritisch sind auch die ersten Stunden, nachdem wir das Herz wieder in Gang gebracht haben. In einem Hirn, das vorübergehend nicht richtig durchblutet war, wirkt der Sauerstoff toxisch. Das Organ schwillt an und entzündet sich, die Durch-

„Die Nachlässigkeit der Krankenhäuser kostet Abertausende Menschenleben.“

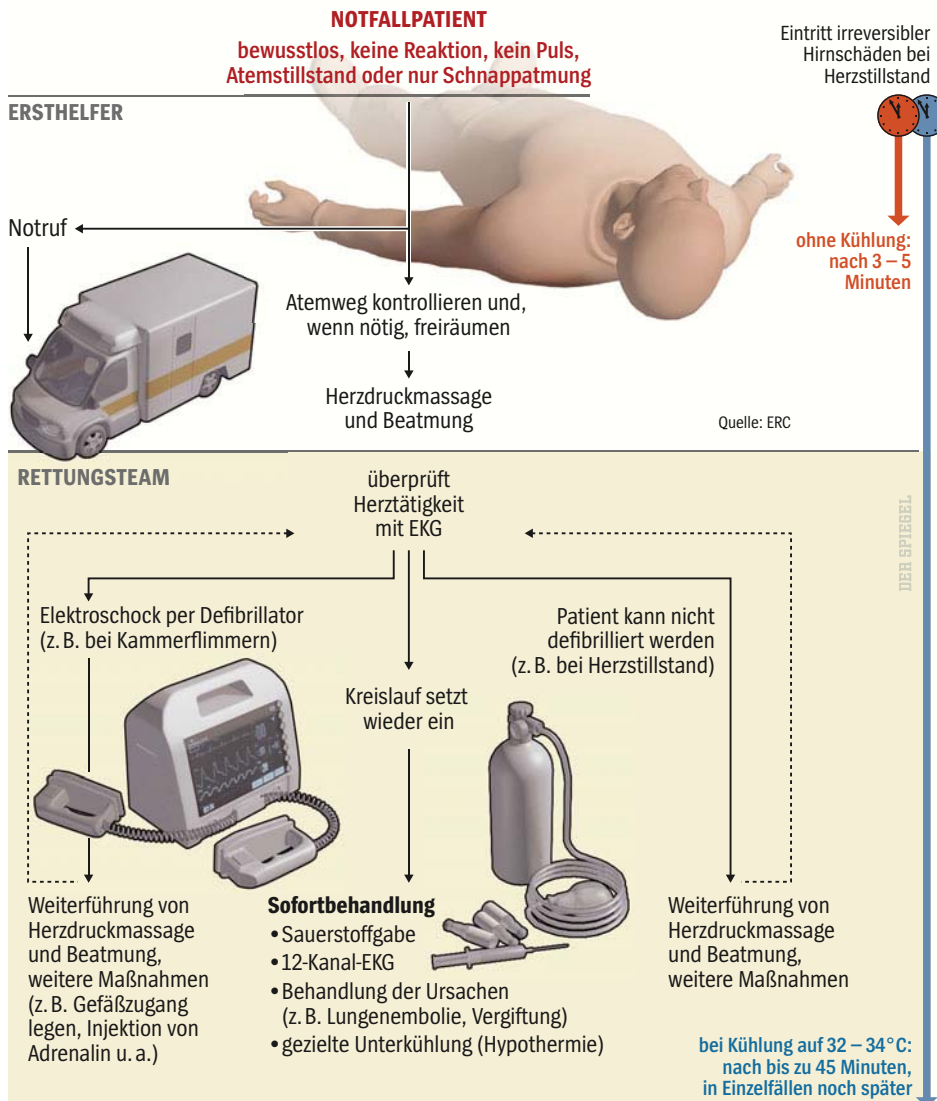
blutung nimmt weiter ab. Die gefürchteten Hirnschäden entstehen darum meist nicht während der ersten Minuten der Wiederbelebung, sondern innerhalb der ersten 72 Stunden danach. Aber mit der richtigen Therapie lassen sich die Schäden gänzlich verhindern.

SPIEGEL: Was passiert genau, wenn ein Mensch einen Herzstillstand erleidet, zum Beispiel in Ihrem Krankenhaus?

Parnia: Er verliert schlagartig das Bewusstsein. Die Atmung setzt aus. Innerhalb von Sekunden erlischt alle Gehirntätigkeit, sogar am Hirnstamm. Die Pupillen weiten sich und werden starr. Das EEG zeigt eine Nulllinie. Der Mensch ist tot – allerdings in einem frühen Stadium des Todes. In vielen Krankenhäusern würde jetzt der Totenschein ausgestellt, die Leiche würde bald in den Keller gefahren.

SPIEGEL: Dabei könnte der Mensch noch weiterleben?

Schnelle Rettung Ablauf von Wiederbelebungsmaßnahmen



Erst den Notarzt rufen, dann die Herzdruckmassage beginnen – und alles Tiefkühlgemüse auf den Patienten legen. Kühlen hilft, das Gehirn zu schützen.

SPIEGEL: Und was machen Sie noch anders als viele Ihrer Kollegen?

Parnia: Wir prüfen zum Beispiel genau, wie viel Blut und Sauerstoff in das Gehirn gelangen. Wenn wir 80 Prozent der Normalwerte erreichen, verbessern sich die Chancen der Patienten bereits. Wir setzen weitere Maschinen ein zur Brustkorbkompression und zur Beatmung. Als letztes Mittel reichern wir über zwei Katheter das Blut außerhalb des Körpers mit Sauerstoff an. In Japan und Südkorea wird diese Methode sehr oft angewandt, und dort hat sie für eine beträchtliche Erhöhung der Überlebensraten gesorgt. Trotzdem wird diese Technik im Rest der Welt nur auf wenigen Intensivstationen genutzt.

SPIEGEL: Wenn alles so einfach ist – wieso sind Ihre Kollegen in der Welt dann dazu nicht in der Lage?

Parnia: Weil es eben ganz und gar nicht einfach ist. Es ist sehr schwer, das Sterben des Gehirns aufzuhalten. Nur spezialisierte Fachleute sind dieser Aufgabe gewachsen. Zusätzlich braucht man Beatmungsexperten und Kardiologen. Es gibt keinen Arzt, der all diese drei Fachgebiete gleichermaßen beherrscht. Wenn wir Reanimation auf dem Niveau des 21. statt des 20. Jahrhunderts betreiben wollen, dann geht das nur, wenn wir dafür spezialisierte Fachärzte ausbilden. Richtig angewandt, könnte die Reanima-

„Millionen sind über die Schwelle des Todes getreten und wieder zurückgekehrt.“

tion künftig sogar eine wichtige Rolle spielen in der Therapie vieler bedrohlicher Erkrankungen. Das könnte Tausende Leben retten.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit genau?

Parnia: Ich bin der Meinung, dass junge, ansonsten gesunde Menschen nicht mehr am Herzinfarkt sterben müssten. Denken Sie an James Gandolfini, den Schauspieler aus der Fernsehserie „Die Sopranos“. Er starb vorigen Monat mit 51 Jahren in Rom. Wenn er bei uns in New York gestorben wäre, würde er vielleicht noch leben. Wir hätten ihn heruntergekühlt und hätten ihn an Katheter angeschlossen, um seine Körperzellen weiter mit Sauerstoff zu versorgen. So hätten wir ihm im Zustand des klinischen Todes einige Zeit verschafft, in der ein Kardiologe den Herzinfarkt hätte behandeln können. Der hätte den akuten Gefäßverschluss aufgespürt, ihn aufgelöst und einen Stent

Parnia: Das kommt darauf an, woran der Patient gestorben ist, was die Ursache des Herzstillstands war.

SPIEGEL: Was tun Sie, um einen Herztoten zurück ins Leben zu holen?

Parnia: Nötig ist eine ganze Reihe von Maßnahmen, und es kommt auf jeden einzelnen Schritt an. Ein Fehler – und der Tote bleibt tot oder lebt weiter mit schweren Hirnschäden. Wir beginnen so früh wie möglich mit der Herzdruckmassage, erst per Hand, dann mit einer Druckmaschine; denn auch Ärzte können den notwendigen Standard kaum länger als ein paar Minuten halten. Gleichzeitig beatmen wir mit einem Beatmungsbeutel. Die Zahl der Atemzüge darf höchstens bei acht pro Minute liegen. Selbst dies wird auf vielen Intensivstationen noch falsch gemacht. Sobald man zu viel Luft in den Brustkorb pumpt, drückt diese auf das Herz, und als Folge wird es nicht mehr anspringen. Dann bleibt der klinisch Tote tot.

SPIEGEL: Was sind die neueren Behandlungen, die Sie anwenden?

Parnia: Wir kühlen den Körper auf 32 bis 34 Grad Celsius. Ich persönlich gehe meistens auf 32 Grad. Die Patienten bleiben auf dieser Temperatur für 24 Stunden oder länger. Das Kühlen bringt eine Reihe positiver Effekte mit sich: Es reduziert den Sauerstoffbedarf des Gehirns, es verhindert, dass sich dort gefährliche Substanzen wie Wasserstoffperoxid bilden, und es verlangsamt den Prozess des Zelltods. Das Kühlen ist inzwischen eine durchaus bekannte Maßnahme, auch in Deutschland, aber dennoch wird es nicht überall routinemäßig angewandt. Es wird häufig berichtet, dass manche Krankenhäuser das einfach nicht machen.

SPIEGEL: Wie gehen Sie beim Kühlen vor?

Parnia: Wir kleben Kontaktflächen auf Oberschenkel und Brustkorb. In wenigen Stunden kühlt eine Maschine den Körper auf die gewünschte Temperatur. Dies ist übrigens etwas, was jeder auch zu Hause machen kann, sollte er dort ein Familienmitglied mit Herzstillstand auffinden.

Clever & Smart!

Der digitale SPIEGEL + das neue BlackBerry® Z10

Der digitale SPIEGEL

Sie lesen 52 Ausgaben des digitalen SPIEGEL bereits sonntags ab 8 Uhr.
Mit zusätzlichen Hintergrundberichten, Videos, interaktiven Grafiken u. v. m.



BlackBerry® Z10

Endlich gibt es ein intelligentes und intuitives Smartphone, das sich Ihren ganz persönlichen Anforderungen immer wieder aufs Neue anpasst.

Ihr Preis für das BlackBerry® Z10:
€ 249,-* statt € 509,- UVP

* Bei Abschluss eines Jahres-Abos des digitalen SPIEGEL.
Vierteljährliche Zahlung von € 49,40 möglich.

Mehr Lesespaß mit der optimierten
App DER SPIEGEL – jetzt bei BlackBerry World.

Jetzt bestellen:

www.spiegel.de/BBZ10

€ 259,-
Ersparnis
im Paket



DER
SPIEGEL

Der digitale SPIEGEL.
Die neue Art zu lesen.



OSKAR EIB

Luftrettung eines Verkehrsoffers: „Viele berichten von Ruhe und Frieden“

eingesetzt. Und dann hätten wir das Herz wieder zum Schlagen gebracht.

SPIEGEL: Ihr Optimismus in allen Ehren – aber erliegen Sie jetzt nicht einem Machbarkeitswahn?

Parnia: Ich bin fest davon überzeugt: Wenn Ärzte alles richtig machten, was ja leider nicht der Fall ist, dann müssten nur noch jene Patienten wegen eines Herz-Kreislauf-Versagens sterben, deren Grundleiden nicht rasch therapierbar ist. Ein Herzinfarkt ist behandelbar. Ein Blutverlust auch. Ein terminaler Krebs oder eine Infektion mit multiresistenten Erregern möglicherweise nicht. Selbst wenn wir das Herz wieder in Gang setzen würden, es würde wieder und wieder aussetzen.

SPIEGEL: Sie sagen, Sie holen einen Menschen aus dem Tod zurück. Aber bedeutet die Tatsache, dass Ihnen dies gelingt, nicht vor allem, dass der Mensch noch nicht wirklich tot war?

Parnia: Ich denke, der Zustand des klinischen Todes erfüllt für uns alle das kulturelle Konzept, das wir vom Tod haben. Dies ist der Tod, den wir in Filmen sehen und über den wir in Büchern lesen. Und dieser Tod ist im Jahr 2013 umkehrbar.

SPIEGEL: Das mag stimmen, wenn das Herz aufhört zu schlagen. Aber das wirkliche Ende ist der Hirntod.

Parnia: Genau. Sobald die Zellen im Gehirn zerstört sind, wird keine Intervention, weder jetzt noch in tausend Jahren, sie wieder ins Leben zurückbringen. Dieser Tod ist tatsächlich endgültig. Aber bis zu diesem Punkt haben wir es mit einer Grauzone zu tun. Wir wissen heute nicht, wann genau die Phase des reversiblen

Todes in den irreversiblen Tod übergeht. Alle medizinischen Tests, die zur Diagnose des Hirntods angewandt werden, prüfen ja nur, ob die Gehirnfunktion erloschen ist. Sie prüfen nicht, ob die Hirnzellen tatsächlich abgestorben sind.

SPIEGEL: Sehen Sie darin nicht ein Problem für die Organspende, welche in vielen Ländern die Diagnose des Hirntods voraussetzt?

Parnia: Niemand weiß, wann der Hirntod nach dem Ausfall jeglicher Hirnfunktion eintritt. Die Kriterien für den Hirntod unterscheiden sich darum von Land zu Land, in den USA sogar von Bundesstaat zu Bundesstaat. Klar ist nur: Je länger das Gehirn nicht funktioniert, desto wahrscheinlicher wird der Hirntod. Deshalb müssen die entscheidenden Tests bei der Diagnose innerhalb einer bestimmten Zeitspanne wiederholt werden. Das Gehirn mag trotzdem noch nicht ganz tot sein, weil man einzelne Zellen herausnehmen und im Labor zum Wachsen bringen könnte. Der Organentnahme steht dann aber nichts entgegen.

SPIEGEL: Als Forscher beschäftigen Sie sich nicht nur mit Wiederbelebung, sondern



SANDRA SPERBER / DER SPIEGEL

Parnia beim SPIEGEL-Gespräch*

„Wir müssen den Tod nicht fürchten“

auch damit, was Menschen während der Wiederbelebung erleben. Ist sich die Wissenschaft nicht darin einig, dass Tote nichts mehr erleben können?

Parnia: Das zumindest besagt unser gegenwärtiges Verständnis von Bewusstsein. Aber dennoch: In den 50 Jahren seit Einführung der Herz-Lungen-Wiederbelebung sind Millionen Menschen über die Schwelle des Todes getreten und wieder zurückgekehrt. Und viele von ihnen berichten in unglaublichen Geschichten über ihre Erlebnisse. Ich selbst habe mehr als 500 Menschen mit Nahtoderlebnissen interviewt.

SPIEGEL: Was genau erzählen Ihnen die Betroffenen?

Parnia: Viele berichten von Ruhe und Frieden. Manche sehen ein helles Licht, andere spüren die Gegenwart eines warmherzigen, liebenden, mitfühlenden Wesens. Viele sagen, sie hätten ihr ganzes Leben an sich vorüberziehen sehen, von der Kindheit angefangen. Andere berichten von Wiedersehen mit verstorbenen Familienmitgliedern. Manche haben ein Out-of-Body-Erlebnis. Sie schildern, dass sie unter der Zimmerdecke schwebend das Geschehen auf der Intensivstation beobachteten. Tatsächlich haben einige zutreffend über Unterhaltungen berichtet, die im Behandlungsraum stattgefunden haben. Eine der faszinierendsten Geschichten hat ein niederländischer Mediziner 2001 im Fachblatt „The Lancet“ beschrieben. Ein wiederbelebter Patient fragte seinen Krankenpfleger nach seinem Gebiss. Er

„Es gibt Verrückte, die mich darum bitten, sie zu töten, damit ich sie zurückholen kann.“

erinnerte sich, dass dieser es während seiner Reanimation in eine Schublade gelegt hatte.

SPIEGEL: Für keine dieser Beschreibungen gibt es einen wissenschaftlichen Beweis. Glauben Sie den Menschen etwa ihre Erzählungen?

Parnia: Die Betroffenen werten ihre Erfahrungen als höchst real. Warum sollten wir sie dann als Hirngespinnst abtun? Und diese Nahtoderlebnisse kommen in allen Kulturen vor, in allen Ländern, bei religiösen Menschen und Atheisten – selbst bei Kleinkindern. Es wäre falsch, sie einfach für erfunden zu halten.

SPIEGEL: Und welche Erklärung haben Sie anzubieten?

Parnia: Für mich sieht es danach aus, dass das Bewusstsein im frühen Tod nicht schlagartig ausgelöscht wird. Obwohl es zu diesem Zeitpunkt keine messbare Hirnaktivität mehr gibt. Das ist ein

* Mit Redakteur Marco Evers am Notfallsimulator des Stony Brook Hospital im US-Bundesstaat New York.

medizinisches Paradoxon. Außerdem scheint es so zu sein, dass der Tod für die meisten eine angenehme Erfahrung darstellt. Wir müssen ihn offenbar nicht fürchten.

SPIEGEL: Vielleicht sind all das ja doch Hirngespinnste – oder Begleiterscheinungen etwa vom Sauerstoffmangel, wie einige Hirnforscher vermuten?

Parnia: Ich habe das geprüft und halte es nicht für stichhaltig. Seit einigen Jahren leite ich die AWARE-Studie, eine der größten, die je zum Thema Nahtoderlebnis gemacht worden sind. In 16 Krankenhäusern in den USA, Großbritannien und Österreich haben wir Bilder auf Regalen angebracht, die knapp unter der Decke hängen. Wir möchten damit ergründen, ob Leute, die behaupten, dass sie in der Wiederbelebungsphase außerhalb ihres Körpers an der Decke schwebten, wirklich wahrnehmen können, was passiert. Im November werden wir unsere ersten Daten veröffentlichen. Darauf können Sie gespannt sein. Aber noch verrate ich keine Details.

SPIEGEL: Sie sind ein anerkannter Mediziner. Aber nun klingen Sie wie ein Esoteriker.

Parnia: Ich bin neutral. Ich bin Forscher. Für viele Leute ist der Tod Domäne der Religion oder allenfalls der Philosophie, als Naturwissenschaftler soll man sich damit nicht beschäftigen. Ich halte das für unsinnig. Ich erlebe den Tod jeden Tag – und an dem, was wir zu erforschen versuchen, sehe ich nichts Übersinnliches. Dennoch werde ich heftig kritisiert – von allen Seiten: Esoteriker glauben, dass ich in ihrem Gebiet wildere. Religiöse Menschen werfen mir Blasphemie vor. Manche Wissenschaftler halten mich für einen Überläufer. Und dann gibt es auch jene Verrückte, die mich darum bitten, sie zu töten, damit ich sie im Namen der Forschung wieder zurückholen kann.

SPIEGEL: Sagen Ihnen Ihre Kollegen nicht: Bilder unter der Decke anzubringen für Schwebende – das ist schon etwas irre?

Parnia: Kritik und Unverständnis begleiten jede neue Forschung. Die Gentherapie wurde auch einmal als Science-Fiction abgetan. Als die Stringtheorie aufkam, war sie ein Karrierekiller für jeden Teilchenphysiker. Und lange lachten alle über die Quantentheorie, Einstein eingeschlossen. Vielleicht führt unsere Forschung ja zu einem neuen Verständnis des Bewusstseins. Noch kann niemand erklären, wie es funktioniert und wie es auf die Hirnzellen einwirkt.

SPIEGEL: Herr Parnia, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Video: Reanimationsforscher Parnia erklärt seine Methode

spiegel.de/app302013notfallmedizin
oder in der App DER SPIEGEL

Mit dem digitalen SPIEGEL mehr erleben.



So einfach genießen Sie den SPIEGEL auf digitalen Endgeräten:

1. Installieren

Laden Sie die kostenlose App DER SPIEGEL für Ihr Tablet oder Smartphone aus dem entsprechenden App-Store.

Zum Lesen im Browser besuchen Sie magazin.spiegel.de.

2. Registrieren und anmelden

Registrieren Sie sich einmalig, und melden Sie sich mit Ihrer persönlichen SPIEGEL-ID in Ihrer App/Ihrem Browser an.

3. Heft kaufen oder Testangebot sichern

Lesen Sie Ihre gekauften Ausgaben auf jedem Ihrer Geräte, überall – auch offline.

App für Windows 8, Android, iPad, iPhone, Kindle Fire, BlackBerry 10 sowie für PC/Mac.

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag 8 Uhr!**



Einfach scannen und Testangebot sichern – Nutzen Sie unsere App **DER SPIEGEL** mit integriertem QR-Code-Scanner!

**DER
SPIEGEL**

AUTOMOBILE

Taktisches Tandem

Porsches Hybrid-Sportwagen strebt Rekorde im Schnellfahren wie im Sparen an. Er soll Ausdruck einer neuen Strategie des Dachkonzerns VW sein.

Autos, die durch besondere Sparsamkeit auffallen, sind im Straßenbild unauffällig. Ihre Stromlinienkarossen wirken wie Tarnkappen, und ihre Motoren sind auch keine Brüller.

Der Sportwagenhersteller Porsche beginnt nun im Spätsommer mit der Produktion eines extremen Sparmobils, das so aussieht, als wäre es für das 24-Stunden-Rennen von Le Mans gemacht.

Und manchmal klingt es auch so.

Eine Spitzengeschwindigkeit von 345 Kilometern pro Stunde soll das neue Modell 918 Spyder erreichen – es wird mithin das schnellste Auto von Porsche sein, das jemals eine Straßenzulassung bekommen hat. Dazu wird Porsche für das Gefährt einen amtlichen Verbrauchswert von gut drei Litern auf 100 Kilometer ausweisen.

Es bedarf keiner physikalischen Hochschulbildung, um zu ahnen, dass dieses Auto nicht drei Liter verbrauchen wird, während es 345 fährt. Der niedrige Verbrauchswert ergibt sich aus einer Prüfung im sogenannten Normzyklus. Und den absolviert der Wagen vorwiegend im Stadttempo – weitgehend elektrisch.

Der Porsche 918 Spyder ist ein Plug-in-Hybrid-Fahrzeug. Er verfügt über einen Benzin-, zwei Elektromotoren sowie einen Akku, der an der Steckdose geladen werden kann und es dem Wagen erlaubt, je nach Fahrweise bis zu 30 Kilometer weit nur mit Strom voranzukommen. Erst dann springt ein Achtzylinder-Benzinmotor an.

Das taktische Tandem taugt perfekt, um in der Norm-

messung Sensationswerte zu erzielen und auf Rennstrecken mit beispielloser Dynamik zu glänzen: Die Nordschleife des Nürburgrings, den weltweit anspruchsvollsten Gradmesser für Auto-Sportlichkeit, absolvierte einer der 918-Prototypen in sieben Minuten, 14 Sekunden und stellte damit einen neuen Firmenrekord für Straßenautos auf.

Wie viel Benzin der Wagen bei dieser Übung verschlang, wurde indes nicht ermittelt; es dürfte mehr als das Zehnfache der Normangabe gewesen sein. Wie auch immer die Kunden dieses Auto künftig bewegen, es wird auf das ökologische Wohlergehen des Planeten Erde wenig Einfluss haben. Porsche wird 918 Exemplare des Modells fertigen, das Stück zu 645 400 Euro (zuzüglich der im jeweiligen Vertriebsland geltenden Steuern).

Das Porsche-Management sieht gleichwohl in dem Exoten einen Innovations-träger von enormer Breitenwirkung: „Die Plug-in-Hybrid-Technologie ist die Brückentechnologie für die nächsten 15 bis 20 Jahre“, erklärt Frank-Steffen Walliser, der verantwortliche Entwickler des 918 Spyder. Walliser ist ein hagerer Mittvierziger mit dichten schwarzen Locken und hohem Karrierepotential. Er trägt Manschettenknöpfe aus Miniaturen des 918 Spyder und steuert einen der Prototypen durch das schwäbische Bergland. Schon der E-Antrieb allein, erklärt er, sei etwa so stark wie ein Porsche-Sportwagen der frühen Achtziger. Der Benzinmotor, ein Achtzylinder aus der Rennentwicklung, legt dann noch mal mehr als das Doppelte drauf.

Walliser demonstriert das Wechselspiel aus nahezu geräuschlosem Vortrieb und eruptionsartigem Motorengeräusch. Die Gesamtleistung beider Antriebe wird vom Hersteller mit 887 PS beziffert und ist in ihrer erlebbaren Form als Vortriebs-

moment eine Belastung, wie sie gemeinhin nur Stuntmen zugemutet wird.

Vergleichbar groß ist die Strahlkraft, die Porsches bimodale Antriebstechnik auf den gesamten VW-Konzern hatte. Als das Projekt vor drei Jahren vorgestellt wurde, war Porsche nach dem misslungenen Versuch, Volkswagen zu schlucken, als elfte Marke im VW-Reich angekommen. Das Selbstbewusstsein der Sportwagenbauer war zerschrammt und das Motiv, nun als Ideengeber in der Wolfsburger Gefangenschaft neues Profil zu finden, entsprechend groß. Der 918 Spyder, sagte der damalige Porsche-Chefentwickler Wolfgang Dürheimer, werde „eine Leuchtturmwirkung“ auf VW haben.

Das Signal war eindeutig: Reine Elektroautos sind noch nicht praxistauglich, Plug-in-Hybride sehr wohl. Nur sie können respektable Strecken rein elektrisch zurücklegen, ohne sich dabei das Problem limitierter Reichweiten einzuhandeln. Die Konzernleitung war in dieser Frage damals noch orientierungslos. Ihr Innovations-Satellit Audi setzte auf wunderliche E-Mobile mit Wankelmotor als Notstromspender und verhub sich mit einem Elektro-Extremsportwagen, dessen betriebswirtschaftliche Rechnung nie aufgegangen wäre.

Dürheimers Botschaft wurde im Konzern offenbar verstanden. Der Porsche-Mann stieg bald zum Chefentwickler von Audi auf. Dort zerschlug er die bestehenden Elektro-Projekte, sprach dabei einige Wahrheiten offenbar zu deutlich und überwarf sich schnell mit dem übrigen Management. Nach weniger als einem Jahr musste er den Posten kürzlich wieder räumen.

Seine Doktrin wird nun auch ohne ihn umgesetzt. VW und Audi entwickeln inzwischen verstärkt Plug-in-Hybride, werden diese aber deutlich später auf den Markt bringen als viele Konkurrenten.

Porsche hat neben dem 918 Spyder auch schon den viertürigen Panamera mit dieser Technik zur Serienreife gebracht und so im VW-Verbund tatsächlich eine Art Leuchtturm angeknüpft: Er illustriert den größten Autokonzern Europas als das, was er ist – einen technologischen Spätzügler.

CHRISTIAN WÜST



Video: Christian Wüst testet den neuen Porsche 918

spiegel.de/app302013fahrtst/
oder in der App DER SPIEGEL



Porsche 918 Spyder
Botschaft verstanden

TIERE

Der Küken-Macher

Bislang scheiterte die Nachzucht seltener Großpapageien oft an unfruchtbaren Männchen und wählerischen Weibchen. Nun gelang die künstliche Besamung.



Freilebende Grünflügel-Aras in Brasilien: Selbst Vögel müssen nicht mehr vögeln

ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Wer träumt nicht davon, dem perfekten Partner zu begegnen? Die Chancen stehen gut: Unter sieben Milliarden Menschen sollte sich im Lauf des Lebens der Richtige finden. Was aber, wenn sehr viel weniger Artgenossen zur Wahl stehen?

Von den Spix-Aras gibt es weltweit nur noch um die 80 Exemplare. Die blauen Papageien flatterten einst durch die Caraiba-Wälder im Nordosten Brasiliens, bis Siedler und Maisbauern ihren Lebensraum abholzten; die Letzten ihrer Art wurden vermutlich Opfer von Wilderern. In freier Natur gilt *Cyanopsitta spixii* als ausgestorben.

Eines Tages, hoffen Artenschützer, könnten wieder Vögel ausgewildert werden – wenn nur die kleine Truppe, die in Volieren in Katar, auf Teneriffa oder in Deutschland haust, genügend Nachwuchs ausbrütet.

Genau da liegt das Problem, nicht nur beim Spix, sondern auch bei den meisten anderen vom Aussterben bedrohten Großpapageien: Viele sind ebenso selten wie schwer vermittelbar. Spontane Sympathie unter Artgenossen ist rar.

Mitunter können Halter von Glück sagen, wenn die erste Begegnung potentieller Papageienpärchen nicht tödlich endet. Andere hocken zwar friedlich im gemeinsamen Käfig, ignorieren einander aber hartnäckig. Auch die Konstellation „gute

Freunde“ ist eine züchterische Sackgasse. „Die verstehen sich bestens, aber sie kopulieren nicht“, sagt Michael Lierz, Tiermediziner an der Gießener Justus-Liebig-Universität.

„Ein Paar muss funktionieren“, weiß der Vogelfachmann, „Papageien sind sehr anspruchsvoll.“ Haben sie sich füreinander entschieden, bleiben sie zwar oft ein Leben lang zusammen, ziehen ihre Küken gemeinsam groß und trauern um den toten Partner. Doch das Modell Treue ist nur in intakten Populationen mit großer Auswahl sinnvoll. Für den Erhalt aussterbender Arten taugt es nicht.



MARTIN LOSSL / DER SPIEGEL

Veterinärmediziner Lierz, Nymphensittich Zuchterfolg dank Mini-Vibrator

Was läge näher, als der Natur auf die Sprünge zu helfen? In fast allen Bereichen der Tierzucht ist Sex längst Vergangenheit: Schweine- und Rindersperma kann jeder Landwirt per Katalog bestellen, Rennpferde werden nicht nur im Reagenzglas gezeugt, sondern oft auch von Leihmüttern ausgetragen, um die wertvollen Zuchtstuten zu schonen. Selbst Vögel müssen nicht mehr vögeln: Von der Pute bis zum Falken kommen Standardtechniken künstlicher Befruchtung zum Einsatz.

Doch es gibt Unterschiede: Eber und Zuchtbulle bespringen bereitwillig alles, was auch nur entfernt an die Rückansicht weiblicher Artgenossen erinnert, Nymphensittichsperma lässt sich durch Massage gewinnen. Und Falken können gar lernen, auf den Hut ihres Pflegers zu ejakulieren – das Sperma wird dann in einer eigens dafür vorgesehenen Vertiefung gesammelt. An Papageiensamen aber ist mit derlei Methoden nicht heranzukommen.

Anfangs massierten die Gießener Wissenschaftler Papageienrücken und versuchten, die Hähne mit einem Vibrator zu beglücken – vergebens. Erst eine eigens entwickelte Metallsonde, die zarte elektrische Impulse abgibt, brachte den Durchbruch. Die Kloakensonde zur Elektrostimulation ist inzwischen zum Patent angemeldet.

Der Loro-Vogelpark im Norden Teneriffas hält die weltweit meisten Arten von

Großpapageien: An knapp 250 Männchen probierten die Deutschen dort ihren metallenen Mini-Vibrator aus – fast immer mit Erfolg, wie sie im Fachmagazin „Scientific Reports“ berichten.

Somit dürfte die Erfindung als Meilenstein in die Geschichte der aviären Reproduktionsmedizin eingehen. Bislang konnten Veterinärmediziner noch nicht einmal mit Bestimmtheit sagen, ob der männliche Part einer hoffnungsvollen Papageienallianz überhaupt zeugungsfähig ist.

Nun aber können Lierz und seine Kollegen Samenproben unter dem Lichtmikroskop analysieren: Gibt es genügend bewegliche Spermien? Sind die Köpfe wohlgeformt oder verklebt? Auch nach Viren und Bakterien können die Veterinäre jetzt fahnden – eine Befruchtung soll die kostbaren Weibchen nicht mit tödlichen Keimen infizieren.

Zehn Babypapageien sind dank der Spermasonde schon geschlüpft, darunter Kakadus und ein Grünflügel-Ara. Es könnten weit mehr sein, glaubt Lierz, wenn er erst weitere Grundsatzfragen enträtselt hat: Ist die Qualität des Spermas abhängig von der Jahreszeit? Ein Gießener Doktorand sammelt seit Monaten Proben im Loro-Park.

Wann ist der optimale Zeitpunkt für die Besamung? Noch muss Lierz' Kollege Dominik Fischer oft überstürzt die Koffer packen, wenn irgendwo auf der Welt ein Papageienweibchen ein Ei legt. Denn dann folgen meist noch zwei bis drei weitere, so dass der Tierarzt die Henne rechtzeitig mit frisch gezapftem Sperma besamen kann.

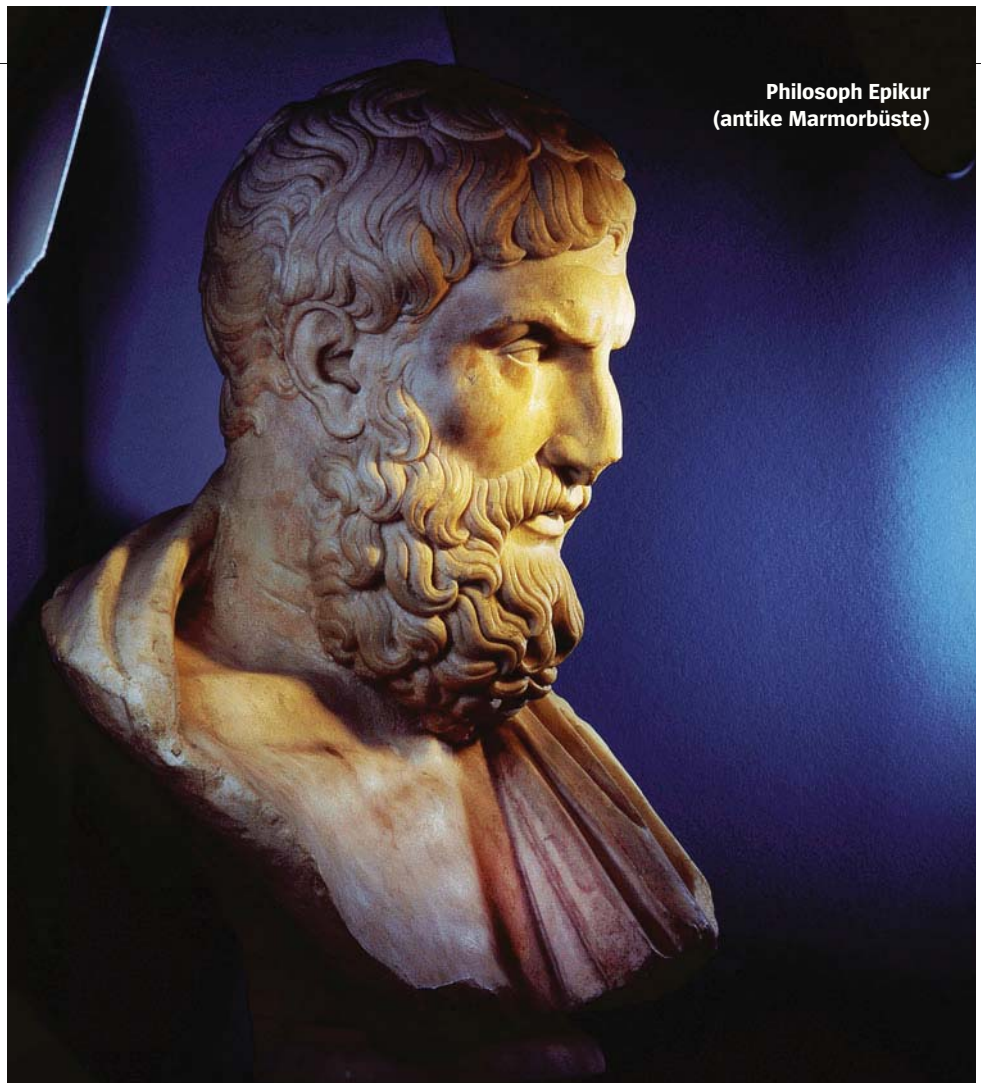
„Wenn der Hahn aber ausgerechnet dann schlecht drauf ist, haben wir Pech gehabt“, erklärt Fischer. Die Wissenschaftler würden deshalb gern Vorräte horten – doch auch wie das Einfrieren am besten geht, müssen sie erst noch herausfinden. Womit kann man das Sekret verdünnen? Welches Frostschutzmittel schadet am wenigsten? Übersteht der Samen langsame Kühlung besser als Schockfrost?

Im Hof der Gießener Vogelklinik steht eine Voliere voller Nymphensittiche. Sie sind die Spermalieferanten für das Tiefkühlprojekt der Küken-Macher. Ob ihre Besamungsmethode prinzipiell funktioniert, haben Lierz und sein Team zunächst an den pflegeleichten Kleinpapageien getestet.

Auch das Königsamazonen-Küken, das sich vor kurzem in Florida aus dem Ei pickte, verdankt sein Leben den Gießener Pionieren. Zwar hat sein Vater allerbestes Sperma, doch musste ihm vor Jahren ein Flügel amputiert werden. „Für normale Zuchtprogramme kam der nicht in Frage“, sagt Lierz, „er hätte sich gar nicht auf der Henne halten können.“

JULIA KOCH

Philosoph Epikur
(antike Marmorbüste)



PHILOSOPHIE

4000 Jahre Zweifel

In Oxford berieten Altertumsforscher über frühe Formen des Atheismus: Der Unglaube, so ihre Botschaft, sei keine Erfindung der Neuzeit, sondern älter als das Christentum.

Ausgerechnet das Corpus Christi College in Oxford, das vor 500 Jahren von gottesfürchtigen Kleirikern gegründet wurde, verwandelt sich in diesem Sommer in einen Hort des Unglaubens. Umgeben von Kreuzen, Bischofsmützen und Bibeln diskutieren Altertumswissenschaftler aus aller Welt über Frühformen des Atheismus.

Einer der Organisatoren der Tagung ist Tim Whitmarsh. Der Professor für Altphilologie wuchs katholisch auf, ist aber nicht mehr gläubig. In Konferenzpausen twittert er ketzerische Sprüche wie: „Mein liebster Atheisten-Rocksong: Too Much Jesus, Not Enough Whiskey.“

„Viele Menschen denken ja, der Unglaube sei ein Produkt der Aufklärung

und Industrialisierung, aber das stimmt nicht“, sagt Whitmarsh. „Schon im alten Ägypten gab es Zweifler und Ungläubige, die Quellenlage ist eindeutig.“

Verglichen mit der altehrwürdigen Tradition des Unglaubens sei das Christentum fast neumodischer Schnickschnack. Ob Osiris, Zeus, Thor, Bhagwan, Jesus oder Mohammed: Die Götter und Erlöser kommen und gehen, das eherne Fundament des Zweifels aber bleibt bestehen – nachweisbar seit mehr als 4000 Jahren.

Schon 2000 Jahre vor Christi Geburt habe sich der Zweifel am ewigen Leben in die Herzen gefressen, bestätigt auch der bekannte deutsche Ägyptologe Jan Assmann, ein Bilderbuchgelehrter mit schlohweißem Schopf und entrücktem

Lächeln. Beiläufig zitiert er aus viele tausend Jahre alten Papyri, als handelte es sich um eine Tageszeitung: Das vielgepriesene Jenseits sei eigentlich gar kein schöner Ort, sondern „dunkel und endlos“ – auch könne man dort „keine Liebe machen“. Assmann: „Die skeptischen Stimmen waren wohl immer schon da.“

Spätestens in der Zeit nach dem Pharao Echnaton schwappte eine Welle des Unglaubens durch Ägypten, bereits um 1450 vor Christi Geburt wurden dort in Trink- und Liebesliedern die Freuden des Diesseits beschworen: „Lebe dein Leben, das Grab wird dich nicht erlösen!“ Ungeahnte Töne aus dem jenseitsversessenen Pyramidenland.

Im antiken China grübelten Philosophen über jenes theologische Paradoxon, das nach Kriegen oder Naturkatastrophen später auch viele Christen zum Unglauben bekehren sollte: Wenn der Himmel („tian“) gütig ist und wenn der Himmel allmächtig ist – wieso lässt er dann so viel Leid und Tod zu?

Dieses Problem beschäftigte auch viele Griechen während des Peloponnesischen Krieges zwischen Athen und Sparta vor gut 2400 Jahren. Als die Insel Melos von einem feindlichen Heer belagert wurde, flehten die Bürger die Götter um Hilfe an. Die Gläubigen wurden trotzdem überannt. Wie konnte das sein? Waren die Götter böse oder hilflos oder indifferent?

Diagoras von Melos, ein Zeitgenosse von Sokrates, spottete unter diesem Eindruck des Peloponnesischen Krieges über Götter und Mysterien. Wegen seiner Ketzerie wurde der Philosoph in Athen zum Tode verurteilt, konnte jedoch fliehen – anders als kurz zuvor der Zweifler Sokrates, der unter anderem wegen Missachtung der Götter einen Giftbecher trinken musste.

Im folgenden Jahrhundert floh Theodoros – Beiname: „der Atheist“ – aus Angst vor einem Ketzerprozess aus Griechenland. Er rettete sich übers Mittelmeer in den liberalen Schmelztiegel von Alexandria, schrieb eines der ersten atheistischen Bücher („Über die Götter“) und gründete die Schule der „Theodorier“.

„Vielleicht bringt jede Kultur ihre eigene Form des Unglaubens hervor“, spekuliert Whitmarsh. „Vielleicht äußert sich Atheismus im Umfeld einer Religion mit vielen Göttern anders als in einer Religion mit nur einem Gott. Sollten wir für die Antike daher besser vom Poly-Atheismus sprechen?“ Derzeit schreibt er an einem Buch mit dem Titel „Battling the Gods“ – Schlacht gegen die Götter.

Verwirrend erscheint ihm aus heutiger Sicht manch antike Legende. Der Spötter Salmoneus etwa soll die Götter lächerlich gemacht haben, indem er frech behauptete: Was Zeus kann, kann ich auch. Salmoneus baute eine Krachmachmaschine und warf mit Fackeln um sich, um Blitz

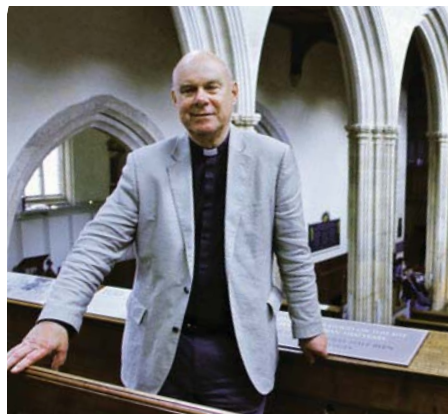
und Donner zu simulieren. Statt den Göttern Opfer zu bringen, ließ er lieber sich selbst anbeten. Und als seine Tochter behauptete, der Meeresgott Poseidon habe sie geschwängert, lachte er sie aus. Da langte es Zeus: Der Göttervater streckte den Ketzer mit einem Blitz nieder.

Kann diese Sage wirklich als ein Beleg für antiken Atheismus gelten, wie einige Gelehrte auf der Tagung in Oxford vermuten? Oder diene das Lehrstück über Salmoneus umgekehrt eher sogar dazu, den Glauben an die Macht der Götter zu stärken? Viele antike Texte, so Whitmarsh, seien doppelbödig, ironisch, schwer zu deuten – und damit erfrischend



Ägyptologe Assmann

„Skeptische Stimmen waren immer da“



Pfarrer Mountford in seiner Kirche

Christliche Atheisten willkommen

anders als einige dogmatische Glaubensdebatten von heute.

Ein Meister solcher Zwischentöne war Epikur. Der griechische Philosoph lehrte um 300 vor Christus in einem Garten außerhalb Athens. Seine Botschaft lautete: Habt keine Angst vor den Göttern – denn die interessieren sich nicht für die Menschen. In Wahrheit bestehe die Welt ohnehin nur aus Atomen und leerem Raum.

Sein Ratschlag: Kümmert euch um eure Freunde und genießt das Leben, denn danach kommt nichts mehr. Von Kindern und Politik hielt er nichts – zu viel Stress.

Der Prophet der Leere wirkt bis heute nach. Thomas Jefferson, einer der Grün-

derväter der USA, war bekennender Epikureer. Das Versprechen der US-Verfassung, den Menschen das „Streben nach Glück“ zu ermöglichen, ist nicht weit entfernt von jenem sehr modern wirkenden Lebensmotto, das einst über Epikurs Gartentor in Athen gestanden haben soll: „Hier ist das höchste Gut der Genuss“.

Doch war Epikur wirklich Atheist? Zumindest nicht im strengen Sinn, denn er ging in den Tempel. Wollte er seinen Unglauben nur tarnen – oder zweifelte er gar am Zweifel?

Sein lustbetonter Unglaube jedenfalls machte seine Anhänger zu Konkurrenten für die frühen Christen. Beide Gruppen einte schließlich, dass sie am damals herrschenden Vielgötterkult rüttelten. „Zu den Ersten, die als Atheisten beschimpft wurden und sich dagegen wehrten“, erzählt Whitmarsh, „gehörten wohl die frühen Christen.“

In Korinth lebten die alteingesessenen Epikureer und die Anhänger der jungen Christensekte sogar in offener Gemeinschaft zusammen. In seinen berühmten Korintherbriefen warnte der Apostel Paulus die urchristliche Gemeinde daher vor einer Unterwanderung durch die ungläubigen Epikureer – eine Gefahr, die auch heute wieder besteht.

In Oxford gibt es mittlerweile zahlreiche Kirchgänger, die als „christliche Atheisten“ bezeichnet werden. Sonntags sitzen sie in der Kirche Saint Mary the Virgin, nur ein paar Schritte vom Corpus Christi College entfernt, und schmettern Hymnen zu Ehren eines Gottes, an den sie nicht glauben. Was sie verehren, sind lediglich die folkloristischen Rituale der anglikanischen Kirche.

Pfarrer Brian Mountford spricht mit verblüffendem Wohlgefallen über diese verirrtten Schäfchen: „Ich verlange nicht, dass jemand noch vor dem Frühstück an sechs unmögliche Dinge glaubt, wie es bei ‚Alice im Wunderland‘ heißt.“

Mountford sitzt im alten Chorgestühl der Kirche, die einst als Verwaltungszentrum der Stadt diente: als Bibliothek, Gerichtssitz und Vorlesungssaal. Fast jedes der 38 Colleges von Oxford hat eine eigene Kapelle, einen eigenen Pfarrer und eine eigene Bar. Gleichzeitig ist die Stadt eine Hochburg der britischen Nichtreligiösen; jeder dritte der 150 000 Einwohner gehört keiner Religion an.

Der Romanautor Philip Pullman etwa, ein bekennender Atheist, singt gern im Kirchenchor von Saint Mary the Virgin. Eines seiner neuesten Bücher heißt „Der gute Mann Jesus und der Gauner Christus“. Pfarrer Mountford ließ den Lästler kürzlich in seiner Kirche zu den Gläubigen sprechen. „Es war eine der stärksten Predigten, die ich hier gehört habe“, sagt Mountford. „Die beste zeitgenössische Theologie wird heute vielleicht von Atheisten gemacht.“

HILMAR SCHMUNDT



AlunaGeorge in Manchester 2012

GARY WOLSTENHOLME / REDERNS VIA GETTY IMAGES

POP

Leichtfüßig

Sie dürften die meistgehypte britische Formation dieses Sommers sein: das Duo AlunaGeorge aus London. Aluna Francis, 24, die kapriziöse Hipster-Schönheit mit der kühl-süßlichen Stimme, und George Reid, 24, der bleiche nerdige Junge, der weiß, wie man am Computer einen Rhythmus zusam-

menbaut. Ihr Versprechen: die alte Form des Popsongs mit Avantgarde-Geklöppel und neuesten Clubsounds zu verbinden – und dabei auch noch sehr gut auszusehen. Damit schafften sie es im vergangenen Dezember fast ganz an die Spitze der BBC-Liste der größten Pophoffnungen dieses Jahres. Am Freitag erscheint nun endlich das Debütalbum „Body Music“, 14 Songs, die den Individualismus junger Großstädter mit einer Freude, Unschuld und Leichtfüßigkeit feiern, als hätte dies noch nie jemand vor ihnen getan. Es ist lange her, dass der britische Pop so modern klang wie bei AlunaGeorge.

EDITIONEN

„Oft verflucht“



Der Kafka-Forscher Hans-Gerd Koch, 58, über den von ihm herausgegebenen, jetzt bei S. Fischer publizierten vierten Band der Briefe Kafkas

SPIEGEL: Herr Koch, die Mehrzahl der Briefe Kafkas aus den Jahren 1918 bis 1920 sind an seine große Liebe gerichtet, an die verheiratete Milena Pollak – leider alle undatiert. Eine Herausforderung für den Herausgeber?

Koch: Mein Ehrgeiz war, alle Briefe zeitlich einzuordnen.

SPIEGEL: Sie haben dafür Zugverbindungen, Zeitungsartikel, sogar Wetter-

berichte aus jener Zeit zu Rate gezogen. Hat sich der Aufwand gelohnt?

Koch: Ich muss gestehen, dass das Internet eine große Hilfe war. Früher hätte ich zur Durchsicht der Meraner Tageszeitungen eigens nach Meran fahren müssen, wo der Briefwechsel begann.

SPIEGEL: Sie haben sogar die Rubrik „Zur Datierung“ für jeden einzelnen Brief eingeführt.

Koch: Oft habe ich mich selbst dafür verflucht. Aber die Detektivarbeit hat auch Spaß gemacht und zu Entdeckungen geführt. Ich wollte, dass die Festlegung auf ein Datum nachvollziehbar und überprüfbar ist.

SPIEGEL: Die neu angeordneten 140 Briefe an Milena stehen den bisher nicht wieder aufgetauchten an Kafkas damalige Verlobte Julie Wohryzek gegenüber, von der er sich getrennt hat.

Koch: Ja, man wüsste zu gern, wo die abgeblieben sind und wie er ihr

darin seine Liebe zu Milena erklärt hat. Erhalten sind zwei Rohrpostbriefe an die Verlobte, die hier erstmals in einer deutschen Ausgabe publiziert werden. Überhaupt sind viele Briefe Kafkas für uns unerreikbaar, manche im anonymen Privatbesitz oder ganz verschollen. In einigen Fällen besitzen wir wenigstens Abschriften oder Kopien.



Kafka 1917



Pollak um 1920

ARCHIV FRIEDRICH / INTERFOTO

LITERATUR

Spieglein, Spieglein

Nach einem Autounfall wacht die Fernsehmoderatorin Gillian im Krankenhaus auf. Ein Arzt bringt ihr einen Spiegel, in dem sie ihr zerstörtes Gesicht betrachten soll. „Das sieht im Moment nicht sehr schön aus, sagte er, aber ich glaube, es ist gut, wenn Sie es sich anschauen.“ Wer so schlichte Sätze schreibt wie der Schweizer Schriftsteller Peter Stamm, balanciert stets an der Grenze zur Banalität. In seinem neuen Roman „Nacht ist der Tag“ hat Stamm, 50, diese Grenze nun überschritten. Bald erfährt der Leser, dass Gillian vor dem Unfall einen Streit mit ihrem Mann Matthias hatte. Der war eifersüchtig geworden, weil er Nacktfotos von Gillian entdeckt hatte, die sie vor ihm geheim gehalten hatte. Bei einer Feier am Silvesterabend tranken beide zu viel, und auf dem Heimweg geschah der Unfall. Matthias starb. Der Roman wird in drei Teilen erzählt und beschreibt Gillians Annäherung an einen Maler namens Hubert, den Fotografen der Aktfotos. Dabei gerät Stamm der anfängliche Konflikt – eine Moderatorin, die davon lebt, dass sie ihr Gesicht zeigt, verliert es durch einen Unfall – ganz aus dem Blick. Stattdessen erinnert sich Gillian an ihre erste Begegnung mit Hubert und wie er in ihr den Wunsch auslöste, er möge sie porträtieren. Sehen und Gesehenwerden – routiniert und wie von sich selbst gelangweilt entwickelt Stamm dieses Motiv, das schon seine früheren Romane prägte. Doch es gelingt ihm nicht, die Beziehungen zwischen seinen Protagonisten mit jenen Irritationen und psychologischen Feinheiten auszustatten, die die anderen Bücher zu genauen Studien über das Nichtgelingen der Liebe machten. Diesmal ist die Lektüre einfach öde. Dass Gillian im ersten Teil noch Gillian heißt, sich in der E-Mail-Korrespondenz mit dem Maler Julie nennt und nach dem Unfall schließlich den Namen Jill trägt, ist eine plumpe Namensmetamorphose – leider symptomatisch für die Einfalt des ganzen Romans.



Peter Stamm

Nacht ist der Tag

S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 256 Seiten; 19,99 Euro.

KINO IN KÜRZE

„Drei Stunden“ erzählt von einer Umweltaktivistin (Claudia Eisinger) und einem Dichter (Nicholas Reinke), die einander nach langen Umwegen finden. Regisseur Boris Kunz und seine Darsteller geben sich redlich Mühe, ihre romantische Komödie in Schwung zu bringen. Man merkt dieser Produktion, die an der Münchner Filmhochschule entstand, die Begeisterung ihrer Macher an. Doch leider sitzen die Pointen viel zu selten, und die Gefühle wirken oft nur behauptet. Der Film trampelt zu heftig durch ein Genre, das nach Leichtfüßigkeit verlangt.



Eisinger, Reinke in „Drei Stunden“

„Wolverine“ ist der vielleicht schwermütigste Superheld im Comic-Universum des Marvel-Konzerns, weil er ständig von Erinnerungen an die Menschen verfolgt wird, die er im Laufe seines ewigen Lebens sterben sah. Hugh Jackman spielt ihn mit der Leichenbittermiene eines Clint Eastwood, dem gerade der Kautabak gestohlen wurde. Im neuen Film muss der grimmige Held nach Tokio und Nagasaki

und sich dort mit vielen wieseligen Japanern herumschlagen. Der härteste Brocken ist jedoch eine hochgewachsene Blondine, die eine Resistenz gegen jede Art von Gift entwickelt hat. Für das nächste Abenteuer wünscht man Wolverine etwas bessere Laune und einen richtig guten Rasierer.



INTERNET

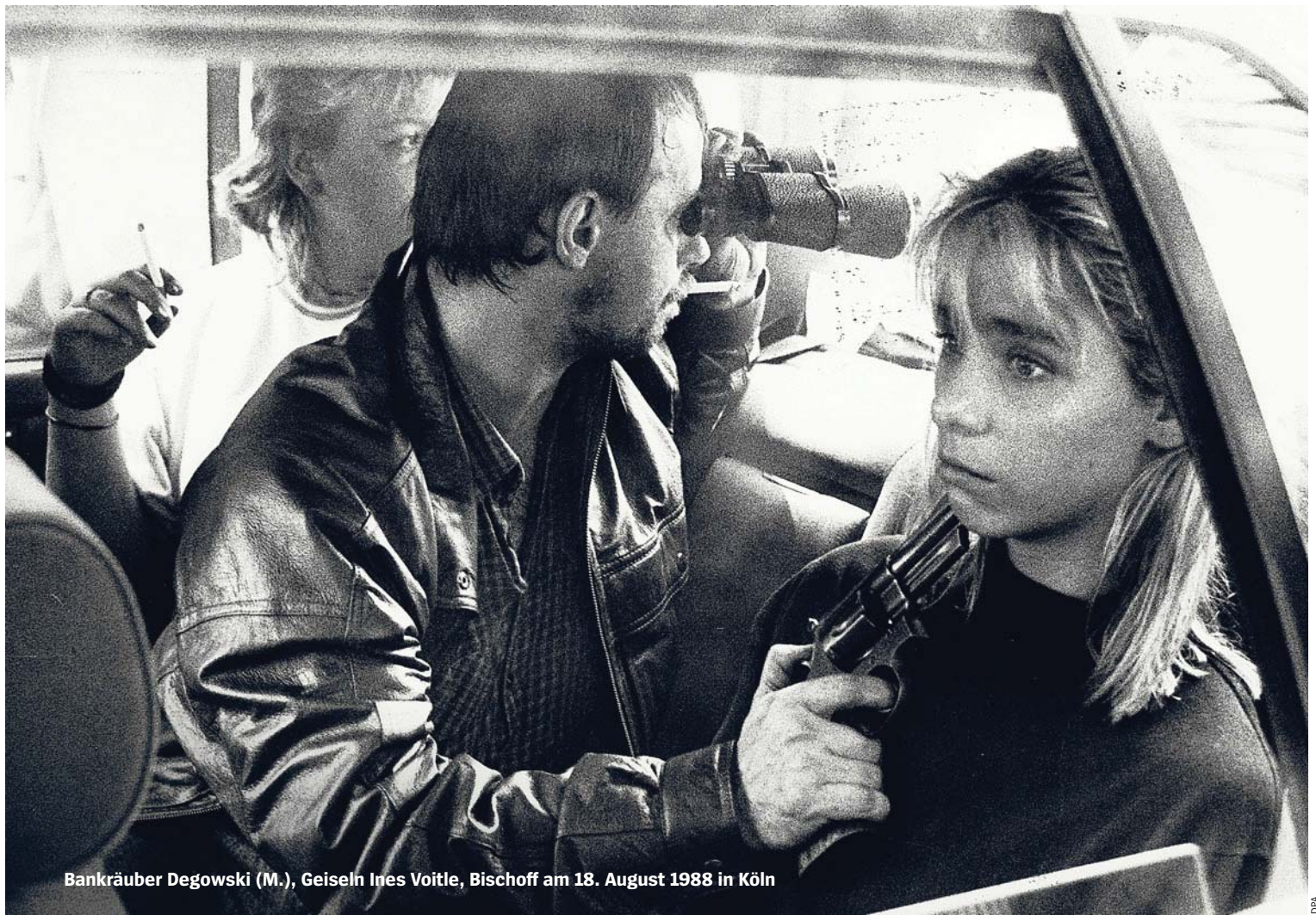
Wagner zur Miete

Mit geschlossenen Augen, den Kopf telegen geneigt und den grauen Haarschopf elegant getrimmt, so dirigierte Herbert von Karajan beinahe sein ganzes Konzert-Repertoire mit den Berliner Philharmonikern für die Unitel, eine TV-Produktionsfirma. Das ZDF sendete die Aufnahmen immer wieder. Dann verschwanden sie im Spartenkanal. Nun hat der neue private Internet-sender Klassik.tv diese – neben vielen anderen bedeutenden Archivalien – als Paket erworben und stellt sie ins Netz. Zu sehen und hören sind außerdem Konzerte, Kammermusik, rund 160 Opern- und etliche Ballettaufführungen. Legendäre Produktionen sind dabei. Ein Basisprogramm mit Ausschnitten und Werbeunterbrechungen ist gratis, der volle, werbefreie Zugang mit frei wählbarem Programm kostet 100 Euro im Jahr. Einzelne Mitschnitte, etwa von der bildstarken „Rheingold“-Inszenierung 2007 in Valencia, kann man auch für 48 Stunden mieten, zum Preis von 4,99 Euro.



„Rheingold“-Aufführung in Valencia 2007

TATO BAEZA



Bankräuber Degowski (M.), Geiseln Ines Voitle, Bischoff am 18. August 1988 in Köln

LITERATUR

Der Sündenfall

Es war einer der spektakulärsten Kriminalfälle der Bundesrepublik, ein Fiasko für Polizei und Medien. Nun erzählt der Schriftsteller Peter Henning, 25 Jahre danach, das Gladbecker Geiseldrama in einem packenden Roman. *Von Matthias Matussek*

Wer würde hier in der Kölner Breiten Straße der NSA auffallen, auf einem dieser Rasterzooms aus dem All, die wir aus Thrillern wie „Staatsfeind Nr. 1“ kennen?

Wohl dann doch diese junge Frau, auf den Stufen zur U-Bahn. Sie ist die Einzige, die nicht auf ein Handy-Display starrt, sondern in ein Buch, halb im Untergrund, verdächtig, reglos.

Doch auch die übrigen Passanten haben allenfalls das Tempo von Leguanen, Sommerschwüle verwandelt die Shopping-Meile schon um elf in ein Terrarium.

Die Stadtnomadin auf der Treppe, henarot, Leopardenmini, schmutzige Füße,

Plastiktüte, hält in den Händen eine 1000-Seiten-Schwarte, irgendwas mit Anwalt und Satan, sie hat gerade angefangen.

Hoch über ihr eines dieser Motivationsposter, „Rock your life!“, für die Jugend 2013: „Ich will Judith Rakers werden.“ Die hier will es bestimmt nicht, vielleicht will es selbst Judith Rakers nicht, bei der Hitze.

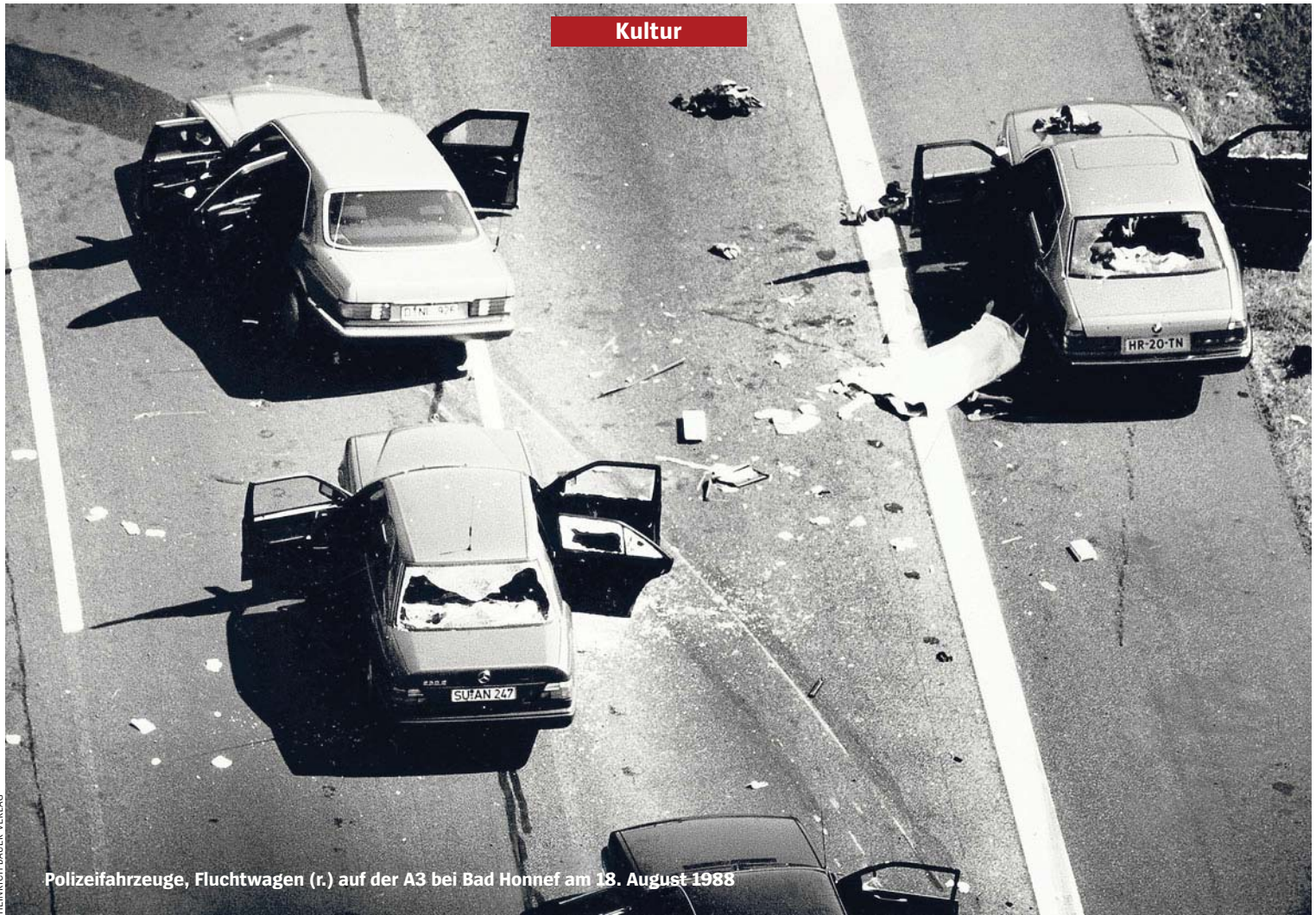
„Wie vor 25 Jahren“, sagt Peter Henning, 54, Schweißsteller unter den Achseln, grimmiges Lächeln, Stoppelfrisur, eher der Typ ziviler Ermittler, sachlich.

Auch damals, als das Drama spielte, über das Henning einen Roman geschrieben hat, war eine gespenstische

Verlangsamung im Lande, ein Jahr bevor die Weltgeschichte die Fenster aufstieß und Deutschland wurde, was es heute ist.

Damals allerdings, in diesem Stillstand, war hier in der Breiten Straße ein 7er-BMW festgekeilt, und der war umflattert von hysterischen Reporterschwärmen, die ranwollten, denn im Auto saß das Böse.

Ein Schlagzeilenfestival. Zwei bewaffnete Kleinganoven mit Geiseln, Hans-Jürgen Rösner und Dieter Degowski, hatten in Gladbeck eine Bank überfallen, beide waren tätowiert, Rösner mit dem Spruch „Ich hasse euch alle“, und beide gaben Interviews.



Polizeifahrzeuge, Fluchtwagen (r.) auf der A3 bei Bad Honnef am 18. August 1988

Sie waren bereits Titelhelden.

Tatsächlich: In einer qualvollen Zeitlupe war das Böse durch die Städte gezogen, aus dem Ruhrgebiet nach Bremen, dann über die niederländische Grenze, dann nach Köln, weil Rösner mal den Dom sehen wollte, vor den Augen einer ohnmächtig-untätigen Polizei und einer Öffentlichkeit, die hungrig war auf den ungefilterten Rohstoff, auf Drama und Angst und Brutalität in Echtzeit.

Rösner und Degowski hatten in Kamearas gesprochen, „ich schieß auf mein Leben“, hatte Rösner gesagt, er hatte sich den Pistolenlauf in den Mund gesteckt, großes Kino, das hier in Köln war die vorletzte Station.

Frank Plasberg hielt sein Mikro hin, einer von vielen, RTL wurde damals groß, es kamen die Print-Leute, auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen, und alle stellten hektisch die gleiche Frage an die Geisel Silke Bischoff, der sich der Revolverlauf Degowskis in den Hals bohrte.

Die Frage hieß: „Wie geht es Ihnen?“ Tatsächlich, das wurde gefragt.

Die große Hektik war gleichzeitig die große Leere. Das Böse, das sie alle berühren wollten, ja, dem sie unter die Hirschen kriechen wollten, verschlug ihnen die Worte, ließ sie stammeln.

Schließlich stieg Udo Röbel, Vizechef des Kölner „Express“, der sein Büro in der Nähe hatte, ins Auto ein und lotste die Gangster aus der Stadt. Nahe an Beihilfe, vor allem aber ganz dicht dran.

Silke Bischoff übrigens hatte auf die Frage, wie es ihr gehe, geantwortet: „Ja, gut.“

Wenige Stunden später war sie tot. Das Sondereinsatzkommando (SEK) aus Nordrhein-Westfalen hatte sich auf der Autobahn zum Zugriff ohne Rücksicht auf Verluste entschlossen, kurz vor der Grenze zu Rheinland-Pfalz und damit gerade noch innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs.

Die Fernbedienung, mit der man den Motor des präparierten Fluchtautos hätte abschalten können, war vergessen worden. Mehr als 60 Schüsse wurden auf die hinten seitlich gerammte Limousine abgegeben.

Die Behörden behaupteten, Silke Bischoff sei zweifelsfrei durch Rösners Waffe erschossen worden, obwohl Rösner auf dem Fahrersitz vor ihr war. Das Projektil ging erst bei der Obduktion verloren und tauchte dann völlig verformt wieder auf.

Rösner wurde dann auch nur wegen versuchten Mordes (und der Geiselnahme) zu lebenslanger Haft verurteilt.

Das Gladbecker Drama, bei dem zwei Geiseln und ein Polizist starben, ging als eine der peinlichsten Stümpereien in die deutsche Polizeigeschichte ein. Telefonnummern stimmten nicht, der Funkkontakt brach ab, Kompetenzzwirrwarr.

Doch es war auch der Sündenfall der Medien, die jede Distanz aufgegeben hatten, eine Tragödie in Zeitlupe, ganz sicher auch eine moralische. Autor Henning: „Der Gipfel war wohl, als ein Reporter dem sterbenden italienischen Jungen den Kopf anhub, damit der besser fotografiert werden konnte.“

Peter Henning hat seinen Roman „Ein deutscher Sommer“ genannt, weil er weit über die Gladbecker Ereignisse hinausgeht*. Er beschreibt Sitten und Haltungen einer ratlosen Stille, eine Welt der Münztelefone und einbeinigen Loewepalcolor-Fernseher, ein Panoptikum der scheußlichen letzten westdeutschen Jahre, Missmut unter Kanzler Kohl, bevor der politisch wiedergeboren wurde.

Henning ist das Kunststück gelungen, die sattsam bekannte Fakten-Wahrheit mit der inneren zur Reibung zu bringen.

Sieben Lebensläufe erzählt er, neben drei der real Beteiligten auch vier er-

* Peter Henning: „Ein deutscher Sommer“. Aufbau Verlag, Berlin; 608 Seiten; 22,99 Euro.

fundene, auch Nebenfiguren, die in den Strudel geraten sein könnten, wie das Mädchen auf der Treppe.

Schon vor Jahren hatte Henning diesen Fall im Kopf, noch vor seinem meisterhaften 600-Seiten-Familienhysterie-Roman „Die Ängstlichen“, der ihn auf die Landkarte der deutschen Gegenwartsliteratur setzte. Und der beginnt tatsächlich mit einem Zoom aus dem All, bis er sich auf der Suche nach Wahrheit durch den neurotischen Dschungel seiner Figuren schlägt. Was die NSA kann, kann der Romancier schon lange.

„Ein deutscher Sommer“, diese atemberaubende und klug konstruierte Erkundung jüngster deutscher Geschichte, beginnt ganz unten, beginnt mit der Fahrt zur Bank, mit einer Motorradfahrt, die schiefgeht, weil sich Kumpel Degowski in der Kurve in die falsche Richtung lehnt. Henning beginnt mit der Atemlosigkeit des Boulevards, viel PS, viel Testosteron, viel drängendes Tempo.

Doch auch wo der Roman komplizierteren Tiefenbohrungen nachgeht, Fragen wie der nach der Verlässlichkeit von Bildern, ist dieses Drängen, dieser untergründige Sog spürbar.

Und dann tauchen in diesem Erzählstrom Figuren auf wie jene Taxifahrerin mit ihrem Trauma, die am Tag des Überfalls von einem Journalisten zur Verfolgung des Täters überredet wird, und andere wie der Pole Adam, der den Bus fährt, beide kurz vorher verbunden durch eine zarte Liebesgeschichte.

Gibt es das Böse? Henning zuckt die Schultern. Es gibt ganz sicher den bösen Zufall. „Degowski stand auf blonde Frauen“, erzählt er. „Und Silke Bischoff hatte sich wenige Tage vor ihrer Busfahrt in Bremen blond färben lassen – deshalb hat er sie als Geisel ausgewählt.“

Der tumbe Verlierer Degowski hatte eine Knarre. Und nun hatte er eine blonde Frau.

Mit dem ehemaligen Dortmunder SEK-Beamten Rainer Kesting aus dem Einsatzkommando hatte sich Henning angefreundet. Vom Fotografen Peter Meyer, der den Mittler zwischen Gangster und Polizei gab, ließ er sich über die Vorgänge im gekaperten Verkehrsbus berichten.

Tatsächlich hatten die Gangster in Bremen einen Bus gekapert. Als auf einem Stopp an der Raststätte Grundbergsee Rösners Freundin mit mehreren Geiseln aufs Klo ging und von Polizisten „abgefischt“ wurde, drohte Rösner mit Geiselschüssen. Rösners Freundin wurde wie-

der freigesetzt, doch als sie zurückkam, war es zu spät.

Da hatte Degowski bereits den 15-jährigen italienischen Jungen Emanuele de Giorgi in den Kopf geschossen.

Henning will mehr als nur die Verdopplung des Geschehens. Im Überwachungsdeutsch gesagt: Die Bewegungsprofile sind bekannt, doch deren tiefere Wahrheiten lassen sich nur mit den Algorithmen der erzählerischen Phantasie durchdringen.

Wir fahren nach Gladbeck, dahin, wo alles begann, hin zu den Chancenlosen, auch Henning hatte nicht die besten Chancen, er kam bereits mit ein paar Monaten ins Heim, dann zur Großmutter, später kümmerte er sich um einen morphiumsüchtigen polnischen Onkel.

Ein Kämpfer, keine literarische Betriebsnudel. Noch heute jeden Abend Hanteltraining, früher hat er Tennis auf Liga-Niveau gespielt. Noch früher Fußball bei Hanau 93, auf der anderen Seite, beim Gegner, dribbelte manchmal ein anderer Halbwüchsiger, der Rudi Völler hieß. Später ein Germanistikstudium, abgebrochen, Weltenerfahrer, dann Journalist, auch um mit denen in Kontakt zu treten, die in der literarischen Welt Randgebiete besiedeln. Einzelgänger.

Nun schwärmt er doch. Paul Bowles in Tanger etwa oder Cioran in Paris, ein großer Versteckspieler, der ihm mal gestand: „Ich empfehle den Selbstmord schriftlich, um mündlich von ihm abzuraten.“ Der ebenfalls in Paris lebende Dichter Paul Nizon war sein Lehrer und ist ein Freund.

Henning hat spät zur Literatur gefunden. Journalismus ist übrigens nicht das schlechteste Training, denn als Journalist musst du mit jedem Absatz erneut um einen zerstreuten Leser kämpfen. Und Henning kämpft.

„Für mich war Gladbeck damals wie die Fortsetzung von Menges ‚Millionenspiel‘ aus den siebziger Jahren“, erinnert er sich, „ein regelrechter Reality-Thriller, nur waren jetzt die Mörder echt und die Journalisten auch.“

In Menges bitterböser Satire auf den Fernsehbetrieb moderierte Dieter Thomas Heck die Jagd der Killer auf ihre Beute, hier war es Hans Meiser von RTL, der in der Bank anrief.

„Hier ist Hans Meiser, deutsches Fernsehen, guten Tag, kann ich bitte einen der Geiseltäter sprechen?“

„Wer ist da?“

„Wer sind Sie denn bitte?“

„Wer wohl? Der Bankräuber.“

Es folgt der wenig ehrenhafte Versuch, aus dem

Fernsehstudio heraus mit dem Gangster Strategie und Taktik zu besprechen.

„Na, nun gut“, sagte Meiser schließlich, „man kann Sie ja mit Hubschraubern verfolgen.“

„Das Gespräch ist beendet“, sagte Rösner und legte auf.

„Der Rösner war plötzlich wer“, sagt Henning. „Plötzlich sagten die Journalisten alle ‚Herr Rösner‘ zu ihm. Der war davon zugleich angeekelt und amüsiert.“

Rösner und Degowski hatten keinen Plan. Nachdem den Gangstern die 300 000 Mark Lösegeld von einem Polizisten in Unterhose vor die Tür der Bankfiliale in Gladbeck geschoben wurden und tatsächlich ein Fluchtauto bereitgestellt worden war, zogen sie ab, mit Bankgeiseln.

Und wohin? Erst mal die Freundin abholen. In der Apotheke einkaufen, mit der Knarre rumfuchteln, neues Fluchtauto. Und dann? Wieso nicht nach Bremen, da hatte die Freundin Verwandte.

Die Polizei ließ sie an langer Leine, um, so einer der Ermittler, nach Beendigung der Geiselnahme „in eine Fahndungssituation“ hineinzugehen. So klingt Ohnmacht, wenn sie später vor einer TV-Kamera amtlich formuliert wird.

In Bremen ging Rösner erst mal shoppen mit seiner Freundin. „H & M, er kannte nichts anderes“, sagt Henning. Der Knaller: „Er besorgte sich ein T-Shirt mit dem Aufdruck ‚Commander‘.“

Degowski blieb mit den Geiseln aus der Bank allein im Fluchtauto zurück. Irgendwann stieg auch er aus, um zu pinkeln. Auch in diesem Moment sah die Einsatzleitung „keine Zugriffssituation“.

Das Ruhrgebiet musste schnell wieder aufgebaut werden, man sieht es ihm an, vieles erinnert an den Osten. Man feiert seine Helden. Auf einer Autobahnbrücke vor Essen: „Rahn müsste schießen“. Auf der nächsten: „Tor! Tor! Tor!“

Gladbeck empfängt überraschend grün mit Park und freundlichen Uferweiden an einem Bach, es hat ein „historisches Zentrum“, die letzte Zeche wurde 1971 geschlossen. Ein nettes Provinzstädtchen mit der üblichen Häufung an Muskelbuden, Videotheken und Döner-Imbissen.

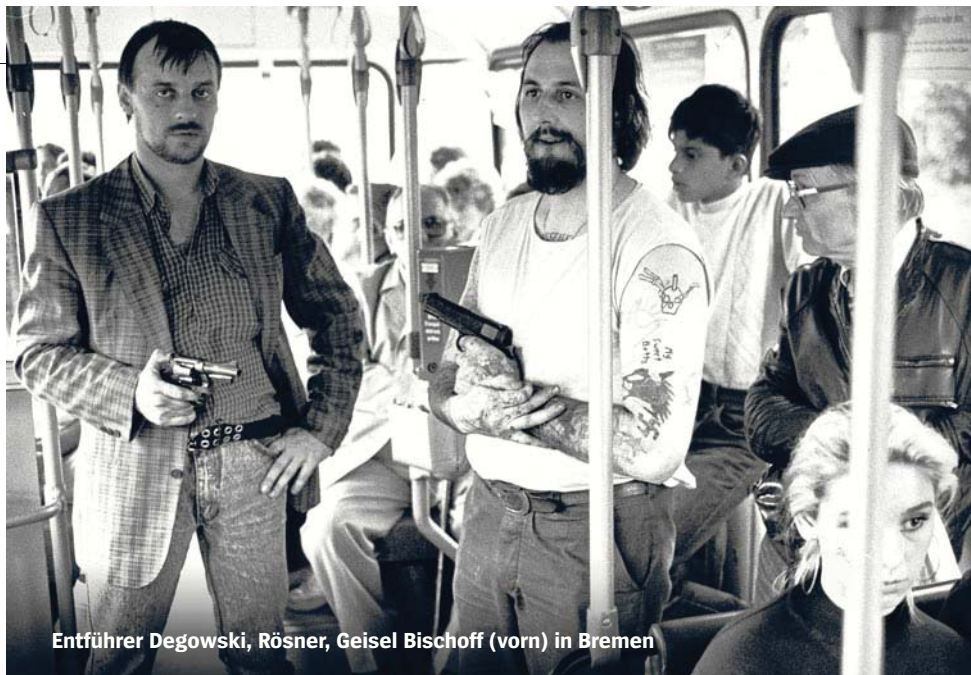
Doch seit der Geiselnahme ist Gladbeck eine Marke im Kollektivbewusstsein, ein Schicksalswort, ein Begriff für ein ungeheuerliches Versagen der Zivilgesellschaft, ja, für deren Ohnmacht schlechthin. Das Böse durfte sich austoben und selbstbewusst Interviews geben, sogar in den „Tagesthemen“.

Heute hat das Städtchen nicht mit dem Bösen zu kämpfen, sondern mit der Arbeitslosigkeit, die, das sagen viele, das Böse erst ausbrüten kann.

Die Deutsche-Bank-Filiale in Gladbeck-Rentfort, wo alles begann, hat längst dichtgemacht. Später war Schlecker drin, aber die haben ohne jeden Überfall aufgegeben. Ansonsten: Supermarkt Nah-



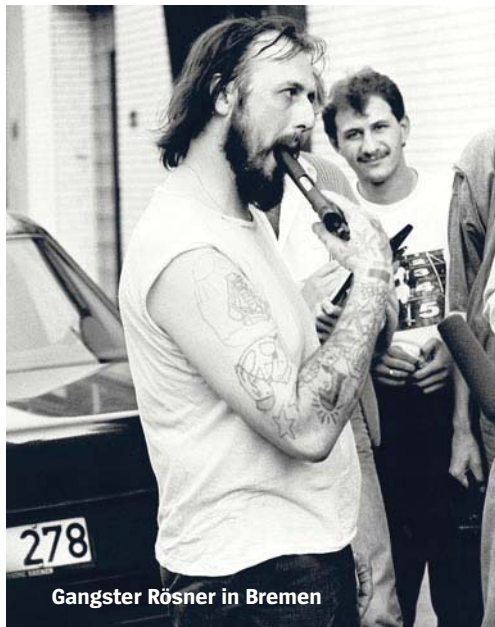
Autor Henning
Langer Weg zur Literatur



Entführer Degowski, Rösner, Geisel Bischoff (vorn) in Bremen



Polizeihubschrauber über der A3



Gangster Rösner in Bremen



Fluchtauto in der Breiten Straße in Köln

Stationen der Geiselnahme am 17. und 18. August 1988: *Das Böse durfte sich austoben und Interviews geben*

kauf, zwei russische Alte mit Rollator davor, Blumenladen, Geschenkartikel, Apotheke, vieles ist neu zu vermieten.

Ein kleines Atrium zu Füßen eines 15-geschossigen Wohnsilos, einer Platte, die leer steht. Am Bauzaun das bunte Kinderladenschild: „Wir alle sind Rentfort-Nord“ mit einer Art Großfamilie darauf, Alt und Jung, deutsche und türkische Fahnen, klingt besser als „Wir alle sind Gladbeck“, doch auch Rentfort ist Endstation, türkische Teenager bieten eine Besichtigungstour in den verrammelten Hochbau an, wo ein paar Junkies leben sollen.

Windstilles Deutschland, allerdings eines, das sehr viel besser im Bilde ist über die Welt, Rösner und Degowski wären heute längst auf den Handys der Kids und die Namen von Rappern.

Die Apothekerin sagt: „Hoffentlich kommt der Rösner nie wieder raus.“ Ei-

gentlich könnte er 2016 abgebüßt haben, allerdings wurde gleich mit der Haftstrafe eine anschließende Sicherungsverwahrung angeordnet.

Und Degowski? Schwierig, eigentlich könnte er dieses Jahr rauskommen. Ist er integrierbar, ein Killer nach 25 Jahren Knast? Er hat eine Kochlehre absolviert. Was würde die NSA sagen? Das Bewegungsprofil der vergangenen 25 Jahre würde nicht viel hergeben, Degowski ist digital völlig unbeschrieben, aber da ist immerhin die Sache mit den Kochtöpfen.

Auch für Degowski hat sich die Welt geändert: Mittlerweile gibt es den Euro, rumballern und „Kohle her“ ist hitverdächtig, und vor Gericht stehen Banker, die etliche Milliarden versenkt haben.

Lahdo, der türkische Pizzabäcker an der Ecke, armenischer Christ, der von Erdogan nichts wissen will, schuftet allein,

„die Jungs wollen nicht mehr arbeiten, wo soll das hinführen“, rock your life, er verkauft die Pizza Diavolo zum Kampfprijs von 3,50 Euro. Gladbeck ist Deutschland.

Hennings Roman war gut 200 Seiten länger. Er hat die Umweltterroristen rausgeschmissen, die für den Erhalt der Eiablageplätze eines seltenen Schmetterlings, des winzigen Ameisenbläulings, kämpfen. Er ist Schmetterlingskenner von früher Kindheit an, sein Bildschirm-schoner auf dem iPhone ist ein Schwalbenschwanz.

Schade um die Kürzung. Aber vielleicht ist es ja ein neuer Roman, über den Schutz der Schöpfung und Terroristen mit Schreibmaschinen und selbstgebauten Waffen? Nein?

Na gut, dann eben eine Beziehungsgeschichte, mit starken Frauen!

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Angsterfüllter Kontinent“

Der britisch-amerikanische Historiker Walter Laqueur hat den Untergang des alten Europa miterlebt und den Aufstieg des neuen verfolgt. In der Euro-Krise stellt er der EU eine düstere Prognose.

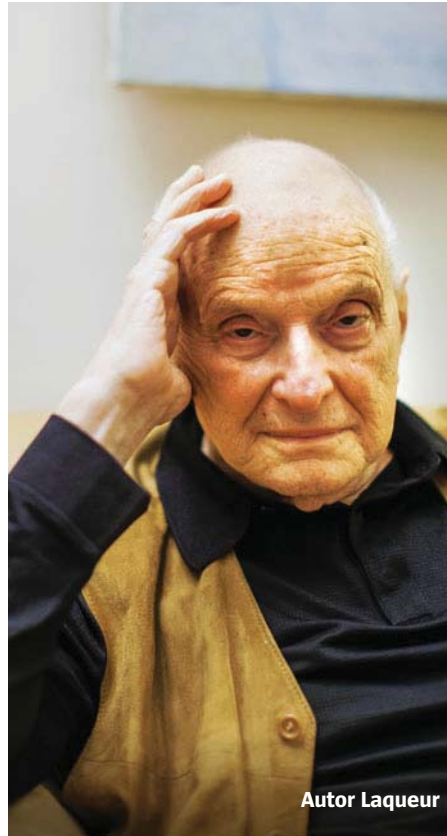
Walter Laqueur ist ein zeithistorischer Diagnostiker von Rang, der sich mit zahlreichen Publikationen zum Nationalsozialismus, zu Russland und dem Kalten Krieg, dem Nahen Osten und Europa internationales Ansehen erworben hat. 1921 in Breslau als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren, emigrierte er 1938 kurz vor der Pogromnacht nach Palästina, wo er an der Hebräischen Universität in Jerusalem studierte. Seine Eltern und die meisten Verwandten wurden im KZ ermordet. Nach dem Krieg ging er nach London, leitete dort das Institut für Zeitgeschichte („Wiener Library“). Später arbeitete er am Center for Strategic and International Studies in Washington, einer Denkfabrik für Sicherheits- und Außenpolitik. Zuletzt analysierte er die Probleme und die Krise der EU in seinem Buch „Europa nach dem Fall“ (Herbig Verlag, München; 360 Seiten; 24,99 Euro).

SPIEGEL: Herr Laqueur, Sie haben Europa und die Europäer in den besten wie in den schlechtesten Zeiten erlebt. Geschichtliche Brennpunkte und die Stationen Ihrer persönlichen Biografie haben sich eng und manchmal dramatisch miteinander verwoben. Wie fällt die Bilanz aus, die Sie jetzt, im hohen Alter von 92 Jahren, ziehen?

Laqueur: Ich wurde ein Historiker der Nachkriegszeit in Europa, aber das Europa, wie ich es kannte, gibt es nicht mehr. Mein Buch „Europa aus der Asche“ erschien 1970, und es endete mit einer optimistischen Einschätzung der Zukunft. Später, 2008, folgte „Die letzten Tage von Europa“. Mit meinem jüngsten Werk „Europa nach dem Fall“ habe ich noch einmal nachgelegt. Die Reihenfolge der Titel sagt eigentlich schon alles.

SPIEGEL: Die beiden letzten klingen jedenfalls, als stehe der Untergang des Abendlandes bevor.

Laqueur: Europa wird nicht unter einem Ascheregen versinken wie Pompeji und Herculaneum, aber Europa befindet sich im Abstieg. Es muss einen schon erschrecken, wenn man sich seine Hilflosigkeit angesichts der heraufziehenden Stürme vorstellt. Nachdem der alte Kontinent so lange das Zentrum der Welt-



Autor Laqueur

DAN CHUNG / DER SPIEGEL

politik war, läuft er nun Gefahr, ein Spielball zu werden.

SPIEGEL: Die Europäische Union hat zum Glück auf alle imperialen Ambitionen verzichtet. Dennoch bleibt sie ein politisch wie ökonomisch imposantes Gebilde, trotz der Finanz- und Schuldenkrise.

Laqueur: Als Wirtschaftsmacht und Handelspartner wird Europa wohl auch künftig Einfluss behalten. Aber bis heute steht der Kontinent politisch und militärisch nicht auf eigenen Füßen. Das wäre nicht so wichtig, wenn Machtpolitik keine Rolle mehr spielen würde und Konflikte friedlich durch die Vereinten Nationen oder den Internationalen Gerichtshof geregelt worden wären. Die Konflikte sind jedoch nicht zurückgegangen, der Fanatismus und die Leidenschaften in ihnen brennen weiter, wie sich gerade wieder in Syrien, aber auch in Ägypten beobachten lässt. Ist es unter diesen Voraussetzungen rea-

listisch, eine europäische Unabhängigkeit in der Weltpolitik zu fordern?

SPIEGEL: Warum sollte die EU nicht der Champion der „soft power“, der sanften Macht, sein können?

Laqueur: Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit – wunderbar, ich will die Errungenschaften der europäischen Gesellschaften auf diesen Feldern nicht schmälern. Aber ein Vorbild? Europa ist viel zu schwach, um eine zivilisierende oder moralische Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Schöne Reden und wohlmeinende Ermahnungen haben wenig Gewicht, wenn sie aus einer Position der Schwäche heraus vorgetragen werden. Sie bewirken höchstens Verärgerung in China und Russland. Solche Belehrungen sind anmaßend, aufgesetzt, leider oft genug lächerlich. Europa wäre unter den gegebenen Umständen gut beraten, sich etwas bedeckter zu halten.

SPIEGEL: Das ist ein Ratschlag, den auch ein anderer alter Weiser, Helmut Schmidt, gern erteilt.

Laqueur: Ich fürchte, Europa hat seinen moralischen Kredit weitgehend verspielt. Es scheut sich, Sanktionen zu verhängen; es tut sich unendlich schwer, in Krisen außerhalb Europas zu intervenieren; es hat seine weitgehende Ohnmacht sogar bei Kriegen im eigenen Hinterhof bewiesen. Die meisten europäischen Regierungen, nicht zuletzt die deutsche, haben nicht einmal den Schneid, sich zu ihrem Doppelspiel zu bekennen.

SPIEGEL: Nach zwei Weltkriegen versteht es sich von selbst, dass Europa sich in einem postheroischen Zustand befindet.

Laqueur: Ja, aber wie wird die Postmoderne in einer Welt überleben, in der allzu oft das Chaos herrscht, nicht das internationale Völkerrecht? Die Postmodernen werden nach zwei verschiedenen Methoden handeln müssen: einmal nach solchen, die den Umgang untereinander regeln, und nach anderen, wenn es um die Rüpel und Schurken geht, die noch nicht den aufgeklärten Zustand der Postmoderne erreicht haben.

SPIEGEL: Sie scheinen eine Art liberalen Imperialismus zu fordern, das wäre ja wohl ein Widerspruch in sich selbst. Das nimmt auch niemand den USA ab.



Protestkundgebung in Athen im Juli: „Kollektive Depression“



Arbeitslose in London 1931: „Krisen schaffen Zusammenhalt“

Laqueur: Das ist in der Tat ein unnötig provozierender Begriff, der auch nicht für eine realistische Politik steht. Ein Verhalten in der internationalen Politik nach zwei unterschiedlichen Kodizes von Regeln, Werten und Standards stellt nicht nur eine Diskriminierung dar, sondern erfordert auch eine kaltblütige Entschiedenheit, die Europa fehlt. Europa ist oft angstgetrieben, das merken die Rüpel, und das spüren auch die Hilfsbedürftigen.

SPIEGEL: Dennoch wäre die EU als Mitwirkende im globalen Spiel in weiten Teilen der Welt höchst willkommen.

Laqueur: Sicher, aber die europäische Krise ist nicht vorrangig nur eine Schuldenkrise. Die Frage ist doch: Will Europa in seiner Apathie überhaupt eine weltpolitische Rolle? Arthur Schopenhauer, der große Philosoph des Pessimismus, hat gesagt, es sei leicht zu wollen, aber „wollen

wollen“ sei nahezu unmöglich. Europäische Werte mögen noch so oft angerufen und angepriesen werden – Willensschwäche, Trägheit, Ermüdung, Selbstzweifel, mangelndes Selbstvertrauen, das läuft auf die psychologische Diagnose eines schwachen Egos hinaus.

SPIEGEL: Die Depression ist nach den Schrecken des 20. Jahrhunderts und Deutschlands zweimal furchtbar gescheitertem Griff nach der Weltmacht ein Teil des europäischen Gemütszustands?

Laqueur: Gegen die kollektiven Depressionen von ganzen Nationen und Generationen haben die Pharmakologen noch kein Mittel entdeckt. In Deckung zu bleiben fällt den meisten Europäern leichter, als den politischen Willen aufzubringen, wieder zu einer politischen Großmacht aufzusteigen.

SPIEGEL: Es ist ja auch weniger riskant.

Laqueur: Da bin ich mir nicht so sicher, die Zeit wird es weisen. Die Europäer haben noch nicht ganz begriffen, dass es keinen Schutz vor den Folgen der Weltpolitik bietet, sich heraushalten zu wollen. Rückzug bietet keine Sicherheit vor den Konsequenzen. Vielleicht ist übertriebene Vorsicht mitunter angebracht, aber auch Untätigkeit kann sich als verhängnisvoll erweisen. Präsident Obama hat bei seinem jüngsten Besuch in Berlin gesagt, die Erinnerung an die Geschichte dürfe nicht dazu führen, ganz aus der Geschichte auszutreten. Die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Probleme, vor denen Europa steht, scheinen mir keineswegs unüberwindlich. Doch hat eine sonderbare „Abulie“ um sich gegriffen. Diesen Begriff haben französische Psychologen Ende des 19. Jahrhunderts geprägt, um eine unerklärliche Willenlosigkeit zu bezeichnen, die manche nun als Begleiterscheinung einer Vergreisung im Wohlstand interpretieren.

SPIEGEL: Ist es nicht etwas einfach, Europa Dekadenz zu bescheinigen? Europa hat sich immer von Krise zu Krise vorwärtsbewegt.

Laqueur: Ein Zyniker des 19. Jahrhunderts hat einmal gesagt, eine Krise sei die Periode zwischen zwei anderen Krisen. Historiker sind wahrscheinlich von Natur aus konservativ, sie neigen zur Skepsis. Auch Konrad Adenauer bemerkte einmal sinngemäß, es gebe unzählige Möglichkeiten, etwas falsch zu machen, aber nur eine, es richtig zu machen. Ich bleibe bei meiner Diagnose, dass Europa sich im Niedergang befindet, besonders, wenn man es an den Erwartungen misst, die sich nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zerreißen des Eisernen Vorhangs eingestellt hatten.

SPIEGEL: Der Euro-Optimismus ging damals so weit, dass sogar in den USA in Büchern, Vorträgen und Essays vorausgesagt wurde, das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert Europas werden.

Laqueur: Um die Jahrtausendwende zeigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihren Gipfeltreffen überzeugt, dass Europa dabei sei, ein leuchtendes Beispiel zu werden, ein Vorbild für die Nationen, mit seinen internationalen Tugenden, seinen gemeinsamen Werten, seinem Sozialstaatsmodell und dem System der zwischenstaatlichen Beziehungen. Wer daran zweifelte, wurde nicht nur als Pessimist, sondern als Reaktionär abgestempelt. Diese Euphorie hatte wahrscheinlich mehr mit einer Enttäuschung über Amerika, vor allem über das Amerika von George W. Bush, zu tun als mit den wahren Umständen in Europa. Dank der kurzsichtigen, auch arroganten und aggressiven US-Außenpolitik jener Jahre flackerte der europäische Anti-amerikanismus, der auf der Linken wie auf der Rechten stets latent geblieben ist,



Berlin-Besucher Obama, Kanzlerin Merkel
„Permanentes Selbstlob“

wieder auf – und verstellte den Blick auf die eigenen Schwächen.

SPIEGEL: Erlebt Europa in der gegenwärtigen Krise seinen Moment der Wahrheit?

Laqueur: Das fordert die Gegenfrage heraus: Wie stehen die Aussichten auf eine Umkehrung des Prozesses? Der Niedergang ist relativ, er vollzieht sich schleichend. Die Lage ist schlecht, in Griechenland, Spanien und Portugal sogar sehr schlecht, aber sie ist nicht verheerend. Man versucht nach Kräften, den Absturz zu verhindern und eine sanfte Landung hinzubekommen. Der Zusammenbruch der Währungsunion ist nicht unausweichlich, er scheint mir sogar, wenn man die Folgekosten bedenkt, in absehbarer Zeit eher unwahrscheinlich. Vielleicht wäre ein rasanter Abstieg sogar besser, denn er würde das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Generalüberholung der europäischen Konstruktion schärfen. Krisen schaffen Zusammenhalt, wie der europäische Gründervater Jean Monnet wusste.

SPIEGEL: Dass die EU eine Solidar-, ja eine Schicksalsgemeinschaft ist, wird inzwischen anerkannt. Die Schaffung eines Rettungs- und Stabilitätsmechanismus ist dafür das Symbol.

Laqueur: Aber damit ist auch das Gefühl für das geschwunden, was man auf Englisch eine „clear and present danger“ nennt, eine klare und unmittelbare Gefahr. Die verantwortlichen Europäer glauben ja schon wieder, dass sie aus dem Gröbsten heraus seien. Nun ja, Wunder geschehen. Doch ich habe den Eindruck, man wendet das Rezept an, das auf längere Sicht den geringsten Erfolg verspricht und das am wenigsten schmerzt – ein bisschen Reform hier, ein Stück Flickschusterei da und eine Dosis business as usual.

SPIEGEL: Man könnte auch weniger ätzend sagen, das sei eben pragmatisches Krisenmanagement, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel betreibt.

Laqueur: Es ist eine Politik, die der Kraft der Beharrung folgt. Es sieht so aus, als

gäbe es in der Geschichte ein verborgenes Gesetz, wonach Institutionen, wenn sie einmal da sind, zum Selbstläufer werden und wider alle Erwartungen oder Befürchtungen weiterbestehen, zumindest viel länger als erwartet. Es gibt immer ein retardierendes, beharrendes Moment, bevor der Zusammenbruch kommt.

SPIEGEL: Am Ende steht doch das böse Erwachen?

Laqueur: Aufstieg und Zerfall von Reichen sind Konstanten der Geschichte. Historiker suchen seit der Antike nach Erklärungen dafür. Ist es, wie Oswald Spengler nach dem Ersten Weltkrieg meinte, eine unvermeidliche Konsequenz des Alterungsprozesses – der Wunsch eines alten Menschen nach einem ruhigen und unbehelligten Leben? Hat der materielle Wohlstand eine furchtsame Gesellschaft hervorgebracht, die allen Konflikten ausweichen und sämtliche Warnsignale missachten möchte, durch die sie ihren Hedonismus gestört sieht?

SPIEGEL: Spenglers Theorie erklärte nichts, sie drückte 1918 nur eine Stimmung aus. Und hat eine saturierte Gesellschaft nicht auch ihre Vorteile – die Gewaltbereitschaft sinkt?

Laqueur: Sicherlich, das Leben spielt sich nicht nur an der Spitze ab. Das Ausscheiden aus der Champions League ist nicht das Ende. Aber dann wäre es vielleicht ratsam, die freigiebige Verteilung von guten Ratschlägen an andere Länder etwas einzuschränken und die eigenen Leistungen weniger pathetisch zu beschwören. Das permanente Selbstlob könnte leicht kontraproduktiv werden, das Erreichte ist nie gesichert. Die EU mag die gegenwärtige Krise überleben – aber auch die nächste und die übernächste? Es ist nicht länger selbstverständlich, dass eine Mehrheit der Europäer den Weg der Einigung bis zur politischen Union zu Ende gehen will. Die ersten Absetzbewegungen sind unübersehbar. In der Geschichte und in der Politik ist nichts alternativlos.

SPIEGEL: Blicke dann von Europa mehr als ein geografischer Begriff und eine kulturelle Erinnerung?

Laqueur: Als was wird sich Europa entpuppen? Europa braucht die Welt, die Welt braucht Europa: Das sind gern gehörte, hehre und irgendwie auch wahre Worte.



Laqueur (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Neigung zur Skepsis“

Wer könnte da nicht zustimmen! Aber empfindet die Welt genauso? Die Möglichkeit, dass Europa ein Museum oder ein kultureller Vergnügungspark für die Neureichen der Globalisierung wird, ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Vor zehn Jahren kamen 900 000 Chinesen als Touristen nach Westeuropa. Inzwischen sind es mehrere Millionen.

SPIEGEL: Schmerzt Sie das als alten Europäer?

Laqueur: Ich habe alle Länder Europas bereist, mit Ausnahme von Norwegen und Albanien, glaube ich. Mein Vater ist niemals nach Frankreich oder Großbritannien gekommen, meine Mutter hat ihre Heimat niemals verlassen. Meine erste Station in Europa nach meiner Rückkehr aus Israel Anfang der fünfziger Jahre war Paris, die zweite Berlin, die dritte London, wo ich fast 30 Jahre lang Leiter des Instituts für Zeitgeschichte war. Von meiner Wohnung dort kann ich beinahe das Grab von Karl Marx erblicken. London ist allerdings weniger interessant geworden, als es mal war. Doch ich bin nicht tief-sentimental. Ja, ich empfinde ein gewisses Bedauern, dass Europa nicht so weit gekommen ist, wie man hoffen durfte. Aber schlaflose Nächte habe ich deswegen nicht gehabt.

SPIEGEL: Sie haben einmal geschrieben, dass Sie am liebsten statt im schrecklichen 20. am Ausgang des 19. Jahrhunderts gelebt hätten. Das war das alte Europa, wie es leibt und lebt.

Laqueur: (lacht) Und zwar in Paris! Das Fin de Siècle mit seiner Belle Époque war eine unglaublich optimistische Zeit. Sogar die Sozialisten dachten, dass es aufwärts-gehe und sie bald an die Macht kämen zum Wohle der Menschheit. Das führt uns zu einer interessanten Einsicht: Die Jahre nach der französischen Niederlage von 1870/71 waren Jahre der Depression, Paul Verlaine dichtete: „Ich bin das Reich am Ende der Dekadenz.“ 30 Jahre später war Paris eine Stadt voller Energie und Lebensfreude – Theater, Tanzlokale, Kabarett, der Salon der Impressionisten, die Weltausstellung 1889, der Bau des Eiffelturms, der Flug über den Ärmelkanal von Louis Blériot. Die Franzosen hatten ihren Lebensmut wiedergefunden. Und niemand weiß so recht, warum.

SPIEGEL: Das gibt doch wieder Hoffnung für Europa.

Laqueur: (lacht) Die Hoffnung versiegt nie – „Hope springs eternal“. Das ist einer der am häufigsten zitierten Verse der englischen Poesie. Der Dichter war Alexander Pope, ein überaus vorsichtiger Mann. Er hatte viele Feinde, und wir wissen von seiner Schwester, dass er nie auf die Straße ging ohne seinen großen, bissigen Hund, und immer mit zwei geladenen Pistolen in der Tasche.

SPIEGEL: Herr Laqueur, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Redakteur Romain Leick in Washington.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Dan Brown**
Inferno
Lübbe; 26 Euro
- 2 (2) **Kerstin Gier**
Silber – Das erste Buch der Träume
Fischer JB; 18,99 Euro
- 3 (3) **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro
- 4 (4) **Martin Suter**
Allmen und die Dahlien
Diogenes; 18,90 Euro
- 5 (6) **Nina George**
Das Lavendelzimmer
Knaur; 14,99 Euro
- 6 (5) **Donna Leon**
Tierische Profite
Diogenes; 22,90 Euro
- 7 (7) **Stephen King**
Joyland
Heyne; 19,99 Euro
- 8 (8) **Eugen Ruge**
Cabo de Gata
Rowohlt; 19,95 Euro
- 9 (9) **Dora Heldt**
Herzlichen Glückwunsch, Sie haben gewonnen!
dtv; 17,90 Euro
- 10 (10) **Anne Gesthuysen**
Wir sind doch Schwestern
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
- 11 (11) **John Green**
Das Schicksal ist ein mieser Verräter
Hanser; 16,90 Euro
- 12 (15) **Volker Klüpfel / Michael Kober**
Herzblut
Droemer; 19,99 Euro
- 13 (13) **Martin Walker**
Femme fatale
Diogenes; 22,90 Euro
- 14 (12) **Tess Gerritsen**
Abendruh
Limes; 19,99 Euro
- 15 (16) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Flammender Zorn
Oetinger; 18,95 Euro
- 16 (14) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Gefährliche Liebe
Oetinger; 18,95 Euro
- 17 (–) **Jussi Adler-Olsen**
Das Washington-Dekret
dtv; 19,90 Euro
- 18 (20) **Kerstin Gier**
Saphirblau – Liebe geht durch alle Zeiten
Arena; 16,99 Euro
- 19 (17) **Kerstin Gier**
Smaragdgrün – Liebe geht durch alle Zeiten
Arena; 18,99 Euro
- 20 (–) **Eva Menasse**
Quasikristalle
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro



Herzerreißende Liebesgeschichte zweier Jugendlicher im Schatten einer Krebserkrankung

Sachbücher

- 1 (1) **Hannes Jaenicke**
Die große Volksverarsche
Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro
- 2 (2) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des Jahrhunderts
S. Fischer; 19,99 Euro
- 3 (4) **Meike Winnemuth**
Das große Los
Knaus; 19,99 Euro
- 4 (3) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro
- 5 (7) **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen
Arkana; 19,99 Euro
- 6 (6) **Dirk Müller**
Showdown
Droemer; 19,99 Euro
- 7 (8) **Eben Alexander**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro
- 8 (5) **Dieter Nuhr**
Das Geheimnis des perfekten Tages
Bastei Lübbe; 14,99 Euro
- 9 (9) **Richard David Precht**
Anna, die Schule und der liebe Gott
Goldmann; 19,99 Euro
- 10 (10) **Markus Gabriel**
Warum es die Welt nicht gibt
Ullstein; 18 Euro
- 11 (11) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro
- 12 (12) **Guillem Balagué**
Pep Guardiola
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
- 13 (–) **Hubert Wolf**
Die Nonnen von Sant'Ambrogio
C. H. Beck; 24,95 Euro
- 14 (15) **Helmut Schmidt**
Ein letzter Besuch
Siedler; 19,99 Euro
- 15 (14) **Andreas Englisch**
Franziskus – Zeichen der Hoffnung
C. Bertelsmann; 17,99 Euro
- 16 (16) **Harald Welzer**
Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand
S. Fischer; 19,99 Euro
- 17 (19) **Egon Bahr**
„Das musst du erzählen“ – Erinnerungen an Willy Brandt
Propyläen; 19,99 Euro
- 18 (13) **Margot Käßmann**
Mehr als Ja und Amen
Adeo; 17,99 Euro
- 19 (–) **Robert Skidelsky**
Wie viel ist genug?
Kunstmann; 19,95 Euro
- 20 (–) **Peter Schneider**
Die Lieben meiner Mutter
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro



Packendes Porträt einer Frau, die gegen alle Konventionen mehrere Beziehungen führte

Jetzt im Handel



■ BAIN-STUDIE

Die beliebtesten Managementmethoden der Welt

■ FAMILIENUNTERNEHMEN

Wie Sie mit unfähigen Verwandten richtig umgehen

■ SCHWERPUNKT STRATEGIE

Plädoyer für ein neues Kurzfristedenken



NEU

Jetzt als App für iPad und Android

Hier testen:

harvardbusinessmanager.de/angebot

www.harvardbusinessmanager.de



Harvard Business manager

DAS WISSEN DER BESTEN

FESTSPIELE

Wagners Dienstleister

In Bayreuth präsentiert in dieser Woche Regisseur Frank Castorf seine Version vom „Ring des Nibelungen“ – und soll so den wackeligen Ruf der Intendantinnen retten.

Hoch droben auf dem Festspielhügel in Bayreuth, ein paar hundert Meter steil ansteigenden Fußwegs vom Festspielhaus entfernt, lässt der Regisseur am späten Abend etwas Dampf ab auf der Sommerterrasse der Ausflugs-gaststätte „Bürgerreuth“. „Heute hätte ich am liebsten mit Steinen geschmissen“, sagt Frank Castorf über die gerade absolvierte Hauptprobe der „Götterdämmerung“, während im Licht über den Bier-tischen die Mücken schwirren. „Was da auf der Bühne ablief, war Stadttheater Ingolstadt. Und das ist freundlich gesagt.“

Castorf lehnt sich zurück und zieht durch schmale Nasenflügel geräuschvoll die Luft ein, sein Gesicht ist sommerlich gebräunt. Er wirkt sehr vernünftig, während er sich ereifert. „Ich spüre so eine Postbeamtenmentalität“, sagt er. „Da muss eine ganz andere Aggressivität rein.“ Es sieht so aus, als freue sich Castorf über die Schufferei, die ihm auf dem Grünen Hügel in Bayreuth noch bevorsteht. Dabei sagt er: „Es ist ja so, dass ich im Juli nicht gern arbeite.“

Von Freitag dieser Woche an werden der Regisseur Castorf und der Dirigent Kirill Petrenko ihren „Ring des Nibelungen“ im Bayreuther Festspielhaus herzeigen, ihren Beitrag zum Jubiläumsjahr, in dem Richard Wagners 200. Geburtstag gefeiert wird. Es ist eine auf 17 Stunden Gesamtdauer veranschlagte Großproduktion, die in äußerst knapper Vorbereitungszeit entstanden ist. Castorf nämlich sprang ein, nachdem der ursprünglich für den „Ring“ engagierte Filmregisseur Wim Wenders nach längerem Überlegen abgesagt hatte; auch andere prominente Regiekünstler, darunter Tom Tykwer, hatten sich von den Festspielleiterinnen Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier nicht verpflichtet lassen wollen.

Castorf, 62, gibt nun den Retter. „Ich verstehe mich hier als Dienstleister“, sagt er. Die knappen Probenzeiten nimmt er sportlich. „Ich musste ‚Rheingold‘ in neun Tagen inszenieren, das ist natürlich Wahnsinn. Ungefähr so, als arbeite man bei ‚Gute Zeiten, schlechte Zeiten‘.“ Wagners „Ring“ sei, findet Castorf, „ein einziger großer Eklektizismus“, was es jedem Regisseur erleichtere, mit eigenen Ideen zu arbeiten.

Wie groß ist seine Begeisterung für Wagners Musik? „Ich weiß nicht, ob ich

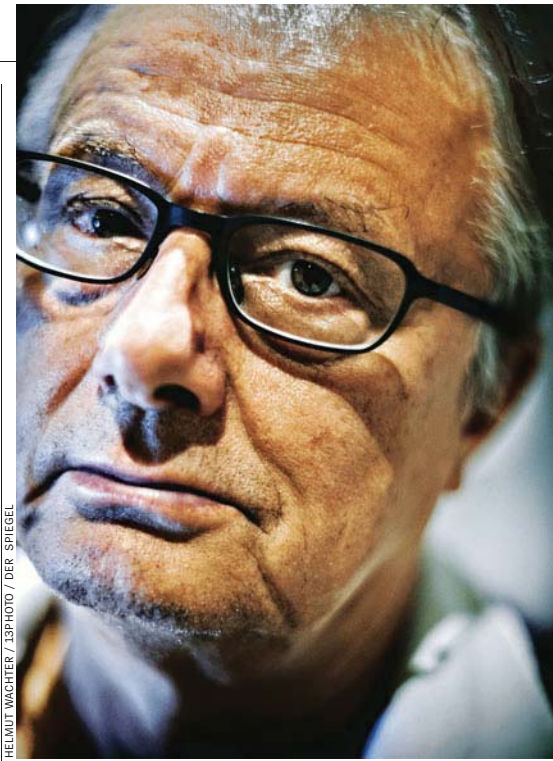
ein großer Fan von Wagners Musik bin“, grübelt Castorf. „Ich würde es nicht so ausdrücken. Ich verstehe, wieso seine Musik so großen Einfluss auf die amerikanische Filmmusik hatte. Es ist dieses Leitmotivische, dieses sehr Deutsche, auch Brechtische. Der Wille, durch hohe Momente Erkenntnis zu schaffen. Alles folgt dem Prinzip, dass man aus etwas heraustreten muss, um zu erkennen. Das ist auf die Dauer sehr durchsichtig.“ Immerhin: „Die Sänger schmelzen oft so dahin.“

Die Nervosität der Verantwortlichen in Bayreuth vor der „Ring“-Premiere ist offensichtlich groß. Während der Dirigent Petrenko Interviews von vornherein ausschloss, sagte Regisseur Castorf fast alle ab, Festspielchefin Katharina Wagner drängte zwar öffentlich darauf, dass der nur bis ins Jahr 2015 reichende Vertrag mit ihr und Eva Wagner-Pasquier möglichst schnell zu verlängern sei, verriet über den „Ring“ aber nur: „Das, was man bislang sehen kann, ist beeindruckend.“ Nicht viel zu sehen bekamen vergangene

„Jeder von außen ist der Feind“, sagt Castorf über die Stimmung in der Festspielleitung. „Das ist pure DDR.“

Woche, anders als sonst bei Bayreuther Premieren üblich, die Vorab-Berichterstattung aus Presse, Radio und Fernsehen. „Wir müssen Ihnen leider mitteilen, dass es entgegen vorheriger Ankündigung nicht mehr möglich ist, die Hauptproben für ‚Siegfried‘ und ‚Götterdämmerung‘ zu besuchen“, verkündete die Pressestelle der Festspiele. „Auf Wunsch des Inszenierungsteams und in Absprache mit den Verantwortlichen wurden die Hauptproben durch die Festspielleitung vollständig für alle Besucher geschlossen.“

Manche Besucher will man auf dem Grünen Hügel nicht mal zur Premiere ins Haus lassen. So wurden der passionierten Bayreuth-Kritikerin Monika Beer, die im Internet einen mit viel Festspiel-Insiderstoff gefütterten Wagner-Blog betreibt und für die Regionalzeitung „Fränkischer Tag“ von den „Ring“-Aufführungen berichten wollte, zumindest bis Ende vori-



Theatermacher Castorf, „Rheingold“-Bühnenbild,

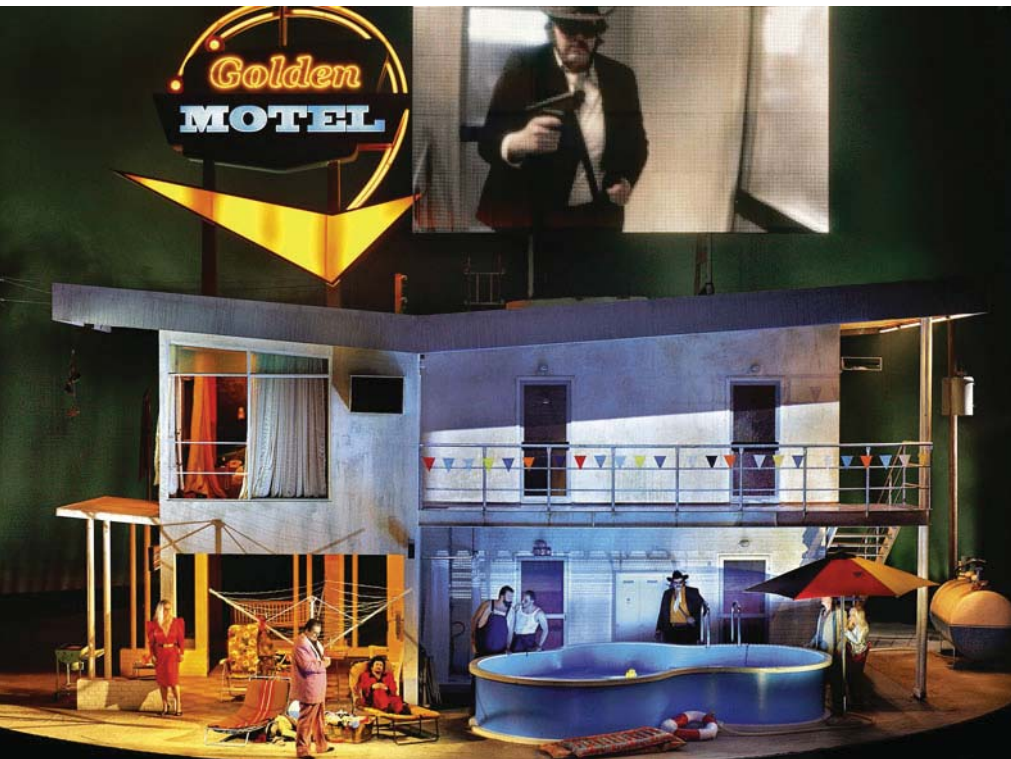
ger Woche die Premierentickets verweigert. Beer attackiert in ihren Texten regelmäßig die in Bayreuth regierenden Wagner-Schwestern zumal wegen deren, wie sie sagt, „katastrophaler Künstlerpolitik“, nun beschied man sie, das Pressekontingent sei diesmal zu gering. Die Kritikerin glaubt: „Die Leitung des Hauses will Leute wie mich draußen haben.“

Frank Castorf sagt, im Leitungsteam der Bayreuther Festspiele habe er eine Stimmung vorgefunden, die ihn an seine wilden Zeiten im deutschen Osten erinnere. „Jeder von außen ist der Feind. Das ist pure DDR.“ Er spricht von einer „Phobie“ unter den Verantwortlichen, die derart ausgeprägt sei, dass er selbst über die Erlaubnis diskutieren musste, die eigenen Verwandten bei den Proben zusehen zu lassen. „Meine Mutter und mein Sohn durften aber dann doch rein.“

Eine spektakuläre Grundidee seiner „Ring“-Inszenierung hat Castorf schon früh verraten. Das Gold im Rhein, der Nibelungenschatz, werde in seiner Version das Erdöl sein, auch werde er, weil er bei Wagner an die „Route 66“ durch die USA denken müsse, für Teile der Handlung Nordamerikas Steppe als Schauplatz nutzen. Er wolle „weg von der Illustration“, viel Video und Drehbühne einsetzen und seine Öl-Story vornehmlich in Aserbaidschan und Texas ansiedeln.

Heute sagt er: „Solche Übersetzungen funktionieren nicht eins zu eins. Direkte Übersetzungen in die Welt der modernen Industrieproduktion oder der Wall Street stimmen im Theater nie, egal ob bei Ruth Berghaus oder bei Peter Konwitschny.“

Der aus Serbien stammende, in Belgrad lebende Bühnenbildner Aleksandar Đenić, 49, hat schon ein paarmal für Cas-



Bühnenbildner Denić: Arbeitsbedingungen wie bei „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“

torf gearbeitet, unter anderem für dessen Pariser „Kameliendame“ im Jahr 2012, er ist auch als Filmkulissen-Schöpfer zum Beispiel für Emir Kusturicas „Underground“ bekannt, für Bayreuth ließ er monumentale Ansichten aus jenen Glanz- und Elendszeiten bauen, in denen die Menschheit das Erdöl als schwarzes Gold zu lieben lernte. „Es ist eine Reise durch die Zeit, durch die Geografie, durch die Politik- und Sozialgeschichte“, sagt Denić, die Abfolge halte sich nicht an historische Vorgaben. „Wir springen hin und her.“

Das „Rheingold“, in Wagners Tetralogie „Vorabend“ genannt, spielt bei Denić vor einem texanischen Motel samt Tankstelle. Der Bühnenbildner, ein spirrelliger, temperamentvoll argumentierender Mann, beschwört die großen Zeiten des hemmungslosen Automobilismus in den USA, „die goldenen Jahre der Sechziger und Siebziger, als in Amerika das Benzin billig war, als man große Autos fuhr, als die Erdölreserven unerschöpflich schienen“.

Die „Walküre“ spielt bei Denić und Castorf in Baku in Aserbaidschan. „Dort fing man im Zeitalter der Industrialisierung an, Erdöl zu fördern, alle großen Ölkonzerne waren vor Ort. Erst als die Russische Revolution kam, wurden sie verjagt und machten in Kalifornien und Texas weiter.“ Während die „Götterdämmerung“ zumindest teilweise vor der Kulisse der New Yorker Börse spielt, „dem Ort, an dem sich heute alle Schicksale entscheiden“, hat Denić für „Siegfried“, den dritten Teil der Tetralogie, den Berliner Alexanderplatz nachgebaut. „Siegfried“ erzähle von einer geteilten Welt, für die das Berlin der Mauerjahre „eine perfekte Metapher“ sei, findet der Bühnenbildner.

Es gibt in „Siegfried“ zudem eine Parodie auf den Mount Rushmore zu bestaunen. Aus der Bergkette in South Dakota sind die monumentalen Köpfe von vier wichtigen US-Präsidenten herausgehauen. In Bayreuth sind es nun die von Marx, Lenin, Stalin und Mao. Hölzerne Baugerüste umgeben die Häupter der kommunistischen Revolutionäre. „Diese Männer haben die Welt verändert, ob zum Besseren oder zum Schlechteren, entscheidet jeder selbst“, sagt Denić. „Die Gerüste können bedeuten, dass die Köpfe zerstört oder dass sie hergerichtet werden, vor allem aber zeigen sie: Irgendwer arbeitet noch an diesem Projekt.“

Der Regisseur Castorf hat einen gewissen Ruf als Theaterwilder zu verteidigen, weil er mit verwegenen Interpretationen und dreisten Eingriffen in Dichtertexte einst als „Stückezertrümmerer“ berühmt wurde. Er hat seit seinem Musiktheaterdebüt im Jahr 1998 mit einem Verdi-„Otello“ in Basel aber schon oft genug Opern (unter anderem die „Meistersinger“) inszeniert, um sich dankbar über die Toleranz zu äußern, die man ihm in Bayreuth entgegenbringt. „Die Sänger sind sehr offen, das hat mich gewundert und positiv überrascht, das ist eine neue Erfahrung“, schwärmt er, „sehr okay, sehr angenehm.“

Kleinere Scharmützel hat er sich mit dem Dirigenten Kirill Petrenko geliefert. Er habe eine Maschinenpistole eingesetzt im „Siegfried“, sagt Castorf. „Die war dem Kirill zu laut. Wir mussten uns auf eine mittlere Feuerkraft einigen.“ Mitunter muss man den Menschen in Bayreuth eben erklären, in welch hartgesottenen Zeiten wir leben. „Es ist ja nicht mehr wie im 19. Jahrhundert, wo die Frauen massenhaft in Ohnmacht fielen wegen jeder Kleinigkeit.“

Konflikte mit der Festspielleitung habe es „nur zwei- oder dreimal“ gegeben, berichtet der Regisseur. Einmal wurde ihm offenbar das schwarze Stretchkleid einer Mitspielerin nicht erlaubt, ein andermal störten die hohen Absätze einer Darstellerin. „Natürlich wurde das mit Sicherheitsbedenken begründet, weil man angeblich stolpern könnte. Das hat eine Absurdität, die ich von der Staatssicherheit der DDR her gut kenne“, sagt Castorf. „Ich bin neu in Bayreuth und versuche herauszufinden, was der Geschmack hier so ist. Stöckelschuhe gehen nicht.“

Eva Wagner-Pasquier und Katharina Wagner habe er vor Jahren durch den Kollegen Luc Bondy kennengelernt, so der Regisseur. „Hier in Bayreuth habe ich die beiden nicht oft gesehen. Eine inhaltliche Diskussion gab es eher nicht. Ich hatte den Eindruck, ihr Interesse gilt vor allem meiner Pünktlichkeit. Die ist nicht meine Stärke. Aber hier wurde mir klargemacht, dass man um zehn Uhr da sein muss. Das ist wie in der Manufaktur.“

Castorf strahlt eine heitere Ruhe aus, die Souveränität eines Käpt'n Graubär, den so leicht kein Orkan mehr erschüttern kann. Er wünscht sich, dass die Zuschauer in Bayreuth, selbst die konservativsten der Wagnerianer, „vielleicht die Leichtigkeit, den Humor, eine gewisse überraschende Herangehensweise“ seiner Regiearbeit zu würdigen wissen. Zugleich sagt er: „Man darf das alles hier nicht so wahnsinnig ernst nehmen. Warum auch?“ Castorf lacht lautlos in sich hinein. „Ich will keinen Jahrhundert-„Ring“ präsentieren. Mir reicht ein Jahres-„Ring“.“ Man kapiert sofort: Das Gegenteil ist wahr.

WOLFGANG HÖBEL



Sprachartist Wurm

VG BILDKUNST, BONN 2013; FOTO: RAMON HAINDL / DER SPIEGEL

KÜNSTLER

Auf dem Bedeutungsmarkt

Erwin Wurm ist ein berühmter Bildhauer aus Österreich. Er ärgert sich über den Kunstbetrieb, dem er seinen Wohlstand verdankt. Jetzt hat er seinen Zorn aufgeschrieben. Diese Wortskulptur beschreibt sein Dilemma. *Von Dirk Kurbjuweit*

Der Künstler Erwin Wurm würde dem russischen Milliardär und Kunstsammler Roman Abramowitsch gern ins Gesicht treten. Wurm schreibt:

Abramowitsch hat sicher den größten, längsten Schwanz, weil er das größte, längste Boot hat. Eigentlich Schiff. Dieser längste Schwanz bedroht alle zwei Jahre die tollste Biennale der Welt, die Venedig Biennale. Sein Schwanz legt sich darüber und lässt sich bewundern. Er liegt wie eine riesige Frankfurter Wurst oder wie die Frankfurter sagen würden, wie ein „Wienerle“, über der Stadt. Des Oligar-

chen „Wienerle“ liegt schlaff auf Venedig, das knapp vor dem Ersaufen ist. Dieser Oligarch – der reichste, die reichsten, die geschmacklosesten, die peinlichsten, die mit den schlechtesten Manieren, die mit dem Nur-Geld-macht-die-Welt-Blödsicht. Die mit dem Ich-kauf-mir-alles-auch-dich-Gesicht – in diese Gesichter, diese Arschgesichter würde ich gerne treten, so richtig. So richtig, dass ihnen das Arschgesicht adäquat zu ihrem Blödmannschädel passend gemacht scheint.

Erwin Wurm, 58, Österreicher, macht Skulpturen, er zeigt deformierte Menschen, Häuser, Autos, die Welt in neuen

Proportionen, dicker, schmaler, kastiger, krummer. Er ist damit so erfolgreich, dass er eine Autostunde von Wien entfernt ein herrliches Anwesen besitzt, ein kleines Schloss, einen flotten Fuhrpark, einen Schwimmteich neben einem Swimmingpool, ein paar Rasenmäher, die computergesteuert herumwuseln wie besoffene Riesennameisen, einen Hügel, den er von Hunderten Lastern hat aufschütten lassen.

Von oben würde man eine liegende Venus sehen, beweidet von Schafen. In der Eingangshalle steht ein kräftiger Mann ohne Kopf, aber mit einer stattlichen Beule in der Hose. In einer Halle arbeiten

seine Assistenten gerade an Skulpturen aus Plastikwürstchen, einem Hund aus Würstchen, einer Hand aus Würstchen.

Wurm ist so drahtig, wie es nur ein 58-Jähriger sein kann, der streng mit sich ist, aber es gibt eine neue Sorge: Altersflecken. Er redet kein krauses Zeug, er lacht wenig, lächelt kaum und kennt sich aus in der Politik, kurz: Auf den ersten Blick wirkt er nicht wie der Mann, der Skulpturen schafft, die andere zum Lachen bringen. Er findet, dass er zu viele Steuern zahlt, so wie das fast alle finden.

Dieser nicht besonders schräge Mann hat einen schrägen Text geschrieben, wüst, aber intelligent. Wurm lässt sich damit in die Künstlerseele blicken, aber nicht in den allseits geliebten und bewunderten Teil, in dem die Seele um die Inspiration ringt, wo das Göttliche wirkt und das Teuflische auch, und was es da noch mehr an romantischen Vorstellungen gibt.

Erwin Wurm schreibt über seine Beziehungen zur Außenwelt, zum Kunstbetrieb mit seinem so feinen wie grausamen System, Künstler zu bewerten und einzuordnen. Er malt das Porträt des Künstlers, wie das Publikum ihn nicht sehen mag: nicht von Schaffensdrang getrieben, sondern von Marktüberlegungen. Es geht um den Bedeutungsmarkt, von dem sich die Preise für die Werke ableiten, die dann wieder die Bedeutung beeinflussen.

Wurm war so angekotzt von alldem, vielleicht auch von sich, dass er auf Flügen aufschrieb, was ihn peinigte. Es wurde ein Wortschwall, der in seinen wütenden Teilen an den Schriftsteller Thomas Bernhard erinnert. Österreicher sind Spezialisten für Entladungen. Matthias Hartmann, der Direktor des Wiener Burgtheaters, ein Deutscher, inszeniert den Text mit drei Schauspielern am 25. Juli für die Salzburger Galerie Ropac, als sogenannte Wortskulptur parallel zu einer Ausstellung mit Wurms Skulpturen.

Der Text hat keine Ordnung, die einer Logik folgte, er ist eher eine lose Folge von Ausbrüchen, kurz oder lang. Besonders kurz an dieser Stelle: *Einen Hand-besen derart zwischen die Arschbacken klemmen, dass dieser im rechten Winkel zum Körper absteht.* Einfach mal so, und, klar, warum nicht?

Würde man dem Text eine Ordnung geben, könnte man mit dem Selbstporträt des Künstlers beginnen. Wurm: *Aber wie unterscheiden sich die Künstler von den anderen? Wie zeigt sich ihre Individualität? Ist es ihr Langschläfertum? Ist dies gleichzeitig eine skulpturale Qualität oder die notorische Besserwisserei? Hat auch dies skulpturale Qualität, die Besserwisserei, oder noch besser die Besserfählerei. Künstler fühlen sich besser als der Rest. Niemand weiß warum, aber sie tun es ständig. Fühlen sich als bessere*

Denker, in ihrer Kreativität sowieso, da sind sie unschlagbar! Da macht ihnen so schnell niemand was vor. Einzigartig. Und die Anfänger unter den Künstlern sind die, die sich am besten fühlen, am wichtigsten, unersetzlich. Kaum ein Dutzend Bilder fertig oder einige Skulpturen behauen, einige Seiten geschrieben, schon riecht man den unkreativen, ungebildeten Pöbel. Kaum einige Nummern auf der Gitarre gekratzt, schon weiß man, man ist besser als die anderen. Gottsei-



„Ich habe mich den Malern immer unterlegen gefühlt, als Bildhauer – als Schnöselbildhauer.“

dank, darum sind wir Künstler, weil wir zu einer, ebendieser Künstlerelite gehören wollen. Die Schauspieler sowieso die obersten! Und dann erst die Maler. Lüpertz hat das schon gewusst – die Malerei ist die alleroberste Disziplin! Hat er gesagt! Er hat Recht – ich habe mich den Malern immer unterlegen gefühlt, als Bildhauer – als Schnöselbildhauer. Die Schriftsteller – ich weiß es nicht! Für Schwab war immer klar, dass er einmal den Nobelpreis für Literatur bekommt. Das war sein täglich Brot, das ihn zum weiter im Suff schreiben angespornt hat. Daran hielt er sich fest. Der Griff an die Leber und durch, wie bei Kippenberger, ebenso der Griff an die Leber und durch, wie bei West.

Martin Kippenberger, Franz West und Werner Schwab sind Künstler, die zu früh gestorben sind.

So weit ist der Text noch klassisch, der Künstler als saufender, elitärer Außenseiter, Größenwahn und Selbstzweifel. In seinen Außenbeziehungen schert sich dieser Künstler offenkundig am wenigsten um Kritiker. Für Schriftsteller sind Kritiker interessant, weil sie großen Einfluss auf das Ansehen haben. Der Kunstmarkt funktioniert anders, da er über Angebot und Nachfrage einen Preis ermittelt, einen Marktwert also, und der ist maßgeblich. Für die Kritiker hat Wurm daher nur einen Satz übrig: *Die Kritiker sterben ja noch früher als die sterblichen Künstlerinnen und Künstler. Egal. Egal.*

Interessanter findet er die Rankings, die globalen Ranglisten, die zum Beispiel das „manager magazin“ Jahr für Jahr vorlegt. Wurm sieht deren Wirkung so: *Die ersten Hundert, das sind natürlich die ersten. Nummer 35 bis Nummer 78, ja, Nummer 7528, oh Gott, nein! Nummer 28, wunderbar! Nummer 4829, leider nein oder bitte nicht. Kommt eine Künstlerin in eine Stadt oder zu einer Dinnereinladung, wird vorher gegoogelt, und man weiß sofort, sie ist die Nummer 721. Wer möchte schon mit der Nummer 721 reden, das ist doch vergeudete Zeit – wenn schon mit Nummer 21 oder 99, das geht auch noch, aber über 100 wird es mühsam. Das heißt, die will eigentlich niemand wirklich. Natürlich, man ist höflich und denkt sich ok, nun sei mal nicht so, der oder sie ist doch ein netter Mensch und sieht übrigens auch gut aus, also reiße dich zusammen. Aber Nummer 721, das ist schon eher auf der Schattenseite der Straße. Und dann erst die Nummer 8372 oder 14221 oder 48001, oh Gott, da ist dann schon Mitternacht auf der Straße, da ist es zappenduster. Komm, lass uns Nummer 58 einladen, dafür wieder etwas Licht haben, dass wir wieder etwas sehen.*

Wurm steht in diesem Jahr im Kunstkompass des „manager magazins“ auf Platz 83, nach Platz 98 im Vorjahr. In der aktuellen Tennisrangliste wäre er damit das Pendant zu Andrej Kusnezow. Ist das nun bedeutend oder nicht? Indem Wurm die Rankings verachtet, nimmt er sie schon ernst. In der Logik dieses Marktes gibt es keine wirklich souveräne Position.

Es gibt auch ein Ranking für die Toten, das ist in Wahrheit interessanter für die lebenden Künstler, als Ziel interessanter, denn da wollen sie unbedingt rein. Unsterblichkeit ist die höchste Belohnung, schwer zu bekommen. Wurm: *Wirklich unsterblich sind nur die wirklich echten Unsterblichen. Mozart z. B., Beethoven, Vermeer oder Michelangelo oder Richter! Halt Moment, welcher Richter? Gerhard oder Daniel? Das wird sich dann noch zeigen. Im Moment stehen beide nicht schlecht da. Wobei natürlich der eine, der Gerhard schon sicherer zu den Unsterb-*



Wurm-Werke in den Hamburger Deichtorhallen 2007: Im Geschmeicheltsein steckt schon die Verkleinerung

lichen gehört. Ganz sicher zu den unsterblich Teuersten. Daniel ist dagegen auch nicht schlecht unterwegs, da weht auch schon ein Götterhauch um ihn. Etwas zumindestens – allerdings weiß man nicht, ob der Hauch bleibt oder doch weiterzieht.

Gerhard Richter ist die Nummer eins im aktuellen Kunstkompass, Daniel Richter liegt nicht unter den ersten hundert und damit hinter Wurm. Ist das Spott gegen den Kollegen oder ein Hinweis, dass auch Wurm auf Unsterblichkeit hofft? Wenn schon Daniel Richter, dann ja wohl auch er.

Ein anderes Instrument, den Künstlern ihren Platz zuzuweisen, ist der Superlativ. Bester. Größter. Einflussreichster. So steht es in Kritiken und Katalogen, so tönt es in Reden. Bei Wikipedia heißt es zu Erwin Wurm, er gehöre „zu den erfolgreichsten Gegenwartskünstlern“. Als Wurm den Großen Österreichischen Staatspreis bekam, sagte der Schriftsteller Josef Winkler in seiner Laudatio: „Erwin Wurm zählt zu den international einflussreichsten zeitgenössischen Künstlern aus Österreich.“ Wurm hört das nicht ungern, aber er kann es nicht hören, ohne aus der Zukunft zurückzublicken, und so wird es zur Belastung. In seiner Suada nimmt er dafür ein Beispiel aus einer anderen Branche: *Das Oriental Hotel in Bangkok, das weltbeste Hotel! Und jetzt kommt's dick! In den achtziger Jahren. Wie erbärmlich ist das. Dann lieber nicht der Beste sein, weil diese Art von Nachsätzen wie ein schlechter Nachruf sind.*

Ehrlich? Nicht der Beste sein? Auf dem Bedeutungsmarkt kommt man leicht dahin zu verachten, um dann zu merken, dass ein Teil des Verachteten schon in einem steckt. Das ist die Dialektik der Bedeutung. Sie schmeichelt und macht groß, aber im Geschmeicheltsein steckt schon die Verkleinerung. Eine zweite Dialektik steckt in der Beziehung von Werk und Künstler, wie Wurm natürlich weiß.

Über das Werk wird der Künstler entdeckt, was ja noch ganz schön ist, aber mit dem Erfolg verschwindet das Werk hinter der Person, was Wurm nicht mag. Die Werke sind unwichtig, schreibt er, sind übersehbar. Wen interessiert das schon. Die Namen zählen. Die Werke sind austauschbar, besonders die von sterblichen Künstlern und Künstlerinnen. Die Person ist wichtig. Sammler kauften sich „einen Richter“, nicht ein bestimmtes Werk. Das wiederum stört den Künstler, der Unterschiede macht zwischen seinen Werken und diese Unterschiede gewürdigt sehen will.

Ändert der Kunstbetrieb mit seinen Eigenheiten den Künstler und die Kunst? Wurm antwortet auf diese Frage mit einer

„Die Namen zählen. Die Werke sind austauschbar, besonders die von sterblichen Künstlern. Die Person ist wichtig.“

Flucht, zu Mozart: *Vorausgesetzt das große Genie der Musik hätte länger gelebt. Vorausgesetzt es wäre nicht so früh abgetreten, es hätte die langandauernden Höchstflüge miterlebt, hätte das seine Arbeit verändert? Hätte ihn das Publikum verändert? Die Zuhörerschaft, die zu all seinen genialen Werken genial gesagt hat, diese auch weiterhin als genial eingestuft? Hätte dieses schnell komponieren, diese Fähigkeit äußerst schnell sein Musikmuster, das in seinem Kopf war und ganz natürlich dort vorkam – ein natürliches Vorkommen war – kein angelerntes-erstrebt-ersehtes, weiterhin die Zuhörerschaft gefesselt? Hätte diese unglaubliche Gabe das Publikum weiterhin verückt oder wäre ihm genau das übel genommen worden?*

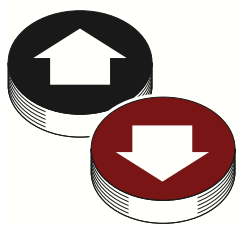
Angenommen er hätte von dieser übel gestimmten Meinung der Zuhörerschaft gekränkt-zutiefst gekränkt und dadurch verunsichert seine Gabe der schnellen Übertragung seiner Musiken von Kopf aufs Papier eingebüßt, was natürlich eine verspätete, sich langsam wie ein Virus ausbreitende, lähmende Verunsicherung mit sich bringt – es hätte also diese Unsicherheit, seine Sicherheit in der Übertragung seiner Musiken beeinträchtigt. Nieder mit ihm! Was so viel bedeutet wie schlechter Komponist, was automatisch eins ist mit ein schlechter Künstler, was auch heißt ein gescheiterter Mensch, ein gescheiterter Künstlermensch.

So viel zu den Ängsten auch eines Erwin Wurm.

Der Text hat eine Lücke. Das ist die Frage, ob sich der Künstler in der Arbeit von diesen Einflüssen löst oder ob er schließlich Kunst für den Bedeutungsmarkt produziert. Wer sagen würde, er macht das, was verlangt wird, wäre als Künstler erledigt. Der Markt arbeitet mit einer romantischen Selbsttäuschung. Denn in Wahrheit herrscht der Markt über fast alle Kunst, egal, mit welcher Intention sie entsteht. Wer sein Werk bewusst gegen den Markt stellt, ist sofort Liebling des Marktes. Nach dieser Logik würde Abramowitsch selbstverständlich einen hohen Preis für die Abramowitsch-Beschimpfung zahlen.

Auch Erwin Wurm wird demnächst auf äußeren Einfluss reagieren, es geht dabei allerdings nicht um den Bedeutungsmarkt.

Er reagiert auf Beschwerden junger Mütter. Das sind die Mütter der Freundinnen seiner kleinen Tochter. Wenn diese Freundinnen zu Besuch kommen, müssen sie jedes Mal an dem stämmigen Kerl mit der Beule in der Hose vorbei. Ein paar Mütter haben sich beschwert, dass es für ihre Töchter nicht zumutbar sei, diese Beule zu passieren, zweimal pro Besuch. Wurm wird den Kerl wegschaffen lassen.



Warum sind wir hier?

FILMKRITIK: Paolo Sorrentinos Film „La Grande Bellezza“ erzählt mitreißend von der Sinnsuche inmitten ewiger Schönheit.

Über den Dächern von Rom tanzen die Menschen durch die Nacht. Zufrieden grinsend betrachtet Jep Gambardella auf seiner Terrasse, die direkt gegenüber dem Kolosseum liegt, das Treiben seiner Gäste. Er liebt die Polonaise, weil sie am Ende immer ins Nichts führt.

Jep, von Toni Servillo gespielter Held in Paolo Sorrentinos Film „La Grande Bellezza“, ist eine Koryphäe des Nichts. Er ist wohlhabend und berühmt, er feiert rauschende Feste, er umgibt sich mit Menschen, die um sich selbst kreisen. Doch nun wird er 65, und von einem Tag auf den anderen geht es für ihn um alles.

Die erste Frau, die Jep je geliebt hat, stirbt; der beste Freund, den er je hatte, verlässt die Stadt. Jep hat es stets genossen, nach einer durchzechten Nacht im Morgengrauen durch das menschenleere Rom zu gehen und die Stadt fast für sich allein zu haben. Den Vormittag kennt er nicht, der ist was fürs arbeitende Volk, da schläft er immer noch. Doch nun fängt er an, sich einsam zu fühlen.

„La Grande Bellezza“, auf Deutsch die große Schönheit, erzählt von Menschen, die sich dem Nichtstun hingeben können, weil sie schon alles haben.

Doch Sorrentino ist überzeugt davon, dass sich erst im Luxus die entscheidende Frage des Lebens stellt: Warum sind wir hier, worin besteht der Sinn unserer Existenz?

Vor über 50 Jahren stellte ein Film genau dieselbe Frage: Federico Fellinis „La Dolce Vita“. Darin spielt Marcello Mastroianni einen Boulevardjournalisten, der sich durch das nächtliche Rom treiben lässt, ständig nach Sensationen jagt, aber letztlich nur wissen will, was er auf diesem Planeten verloren hat. „La Grande Bellezza“ ist eine neue, zeitgemäße Version von „La Dolce Vita“.

Damals, 1960, zeigte Fellini Fotografen, die durch Rom hetzen, um kompromittierende Fotos von Prominenten zu machen. Einer von ihnen hieß „Paparazzo“. Sorrentino dagegen beschreibt eine Welt, in der die Menschen davon besessen sind, sich selbst zu fotografieren.

Eine Frau filmt ihr Geschlecht, während sie Sex mit ihrem Partner hat. Ein Mann macht an jedem Tag seines Lebens ein Foto von sich und stellt die Bilder aus. Die Menschen lassen in „La Grande Bel-

Vor 40 Jahren hat Jep einen gefeierten Roman geschrieben, „Der menschliche Apparat“. Wahrscheinlich ist es der Roman, von dem Mastroianni als Reporter in „La Dolce Vita“ immer träumte, der große Gesellschaftsroman über das süße Leben, das allumfassende Werk über das Nichts.

Noch öfter, als Mastroiannis Reporter in Fellinis Film darauf angesprochen wird, warum er keinen Roman zustande bekommt, muss sich Jep Gambardella dafür

rechtfertigen, warum er auf seinen Debüterfolg kein zweites Werk folgen ließ. „La Grande Bellezza“ ist auch eine Meditation über die Bequemlichkeit, die mit dem Alter und mit dem Erfolg einhergeht.

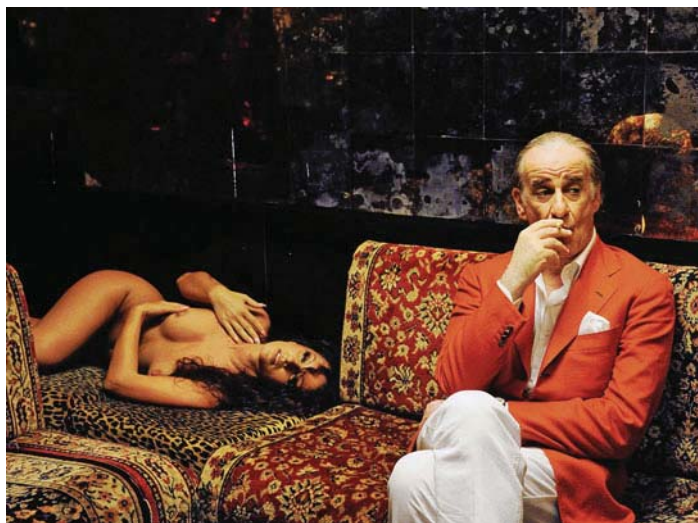
Der Film hört seinem Helden geduldig dabei zu, wie er darüber lamentiert, dass er nach wahrer Schönheit sucht. Aber er zeigt ihn auch, wie er sich durch eine Stadt bewegt, die schöner kaum sein könnte, die jeden Morgen aus ihrer weit über 2000-jährigen Geschichte in eine überwältigende Jugend erwacht.

Es gibt keine Ausflüchte gegenüber dieser Schönheit, davon ist

Regisseur Sorrentino überzeugt. Sein Held, der in weißen und roten Jacketts durch diese Stadt stolziert wie der letzte Papagallo auf Erden, wird seine Selbstgefälligkeit ablegen müssen. Diese Stadt zwingt ihn, so gut zu schreiben, wie er kann.

„La Grande Bellezza“ erzählt vom Altern, vom Tod und von den Verlusten, die auf jeden von uns zukommen. Aber zugleich ist dies ein grandioser und am Ende beglückender Film über die Erfahrungen, die man mit anderen Menschen teilen kann, wenn man auf sein Leben zurückblickt.

LARS-OLAV BEIER



„Bellezza“-Star Servillo: Der letzte Papagallo auf Erden

lezza“ nichts unversucht, sich selbst einzufangen, sei es in einem einzigen Moment oder über Jahrzehnte hinweg.

Für die Grundfragen nach dem menschlichen Sein gibt es vermutlich keinen besseren Resonanzboden als die Straßen Roms. Nirgendwo wirkt das Leben flüchtiger als in der Ewigen Stadt. Jeder Pflasterstein scheint von uns wissen zu wollen, was wir zur Entwicklung unserer Kultur beizutragen haben.

Was wird überdauern, was in Vergessenheit geraten? In diesem sehr katholischen Film, in dem immer wieder Nonnen, Kardinäle und Heilige auftauchen, steckt ein sehr protestantischer Grundgedanke. Die Idee Immanuel Kants nämlich, dass sich ein Mensch, der seine Talente rosten lässt, letztlich an der Menschheit vergeht.



Video: Hommage an „La Dolce Vita“

spiegel.de/app302013filmkritik
oder in der App DER SPIEGEL

Kinostart: 25. Juli

Sommer-Spezial!

DER SPIEGEL

SPIEGEL-Leser wissen mehr.

7 x den SPIEGEL mit hochwertigem Geschenk für nur € 19,90.

iHome iBT16 Bluetooth-Mini-Lautsprecher

Gigantischer Sound zum Mitnehmen! Trotz seiner geringen Größe bringt das stylische iBT16 einen klaren und starken Sound. Streamen Sie Ihre Musik kabellos über alle Bluetooth-fähigen Geräte. Mit wiederaufladbarem Lithium-Ionen-Akku. Inkl. Eingang für MP3-Player und Ladekabel. Maße (B x H x T): ca. 72 x 72 x 74 mm.



Brüder-Mannesmann-Werkzeuge-Steckschlüsselsatz, 130-tlg.

Praktischer Schlüsselsatz mit Umschaltknarre, Verlängerung, Schraubendrehergriff, T-Gleitgriff, 13 Steckschlüsseleinsätzen, 7 Innensechskantschlüsseln, Hakenschrauber, Bitadapter und 104 Aufsätzen.

Jetzt nur
€ 19,90
32 % sparen



B&F - Borken

Ihre Vorteile im Überblick:

- ✓ 7x den SPIEGEL ohne Risiko testen
- ✓ Nur im Testpaket über 32 % sparen
- ✓ Wunschgeschenk sichern
- ✓ SPIEGEL und KulturSPIEGEL bequem frei Haus

Ich lese den SPIEGEL 7 Wochen zum Vorzugspreis von nur € 19,90 statt € 29,40 im Einzelkauf. Mein Geschenk erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Wenn ich mich nach Erhalt der 5. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für nur € 4,- statt € 4,20 pro Ausgabe im Einzelkauf. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Ich kann jederzeit zum Monatsende kündigen. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

- ☐ Ja, ich möchte auch von weiteren Vorteilen profitieren. Deshalb bin ich damit einverstanden, dass mich der SPIEGEL-Verlag oder die manager magazin Verlagsgesellschaft künftig per Telefon und/oder E-Mail über weitere interessante Medienangebote informiert.

Unser Tipp: Lesen Sie den digitalen SPIEGEL im Testzeitraum gratis!

Wenn Sie künftig unsere Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten widersprechen.

Ja, ich möchte mein SPIEGEL-Testpaket!

Mein Wunschgeschenk:

Bluetooth-Mini-Lautsprecher ☐ grau (4604) ☐ blau (4605) ☐ Steckschlüsselsatz (4511)

☐ Frau

☐ Herr

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Geburtsdatum

1 9

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Ich zahle bequem per Bankeinzug

BLZ

Konto-Nr.

Geldinstitut, Ort

- ☐ Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL beziehen.

SD13-541

Diesen erhalte ich im Rahmen des Testpakets gratis und anschließend in Verbindung mit dem Bezug des gedruckten SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe.

SP13-221

Datum, Unterschrift



Einfach Coupon senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg



Telefon 040 3007-2700
Aktionsnummer SP13-221



www.spiegel.de/sommer
Einfach und schnell im Internet

TV-SHOWS

„Ich will niemanden bedrängen“



Gastgeberin Engelke (r.) mit Schauspielerin Caroline Peters, Autorin Katja Brunner

Entertainerin Anke Engelke, 47, über ihre neue Sendung „Anke hat Zeit“ (Samstag, 27. Juli, 22.45 Uhr, WDR)

SPIEGEL: Sie haben früher mal gesagt, dass Sie keine Talkshows moderieren wollen. Warum tun Sie es nun trotzdem?

Engelke: Da wären wir schon beim ersten Missverständnis: „Anke hat Zeit“ ist keine Talkshow, sondern eine Kultursendung mit Überraschungen. Der Zuschauer bekommt etwas empfohlen, so wie er in der Parfümerie ein Duftprobchen erhält. Meine Gäste stellen ihre Musik, ihr Buch oder ihre Theaterarbeit vor, wir reden darüber, aber ich

will niemanden bedrängen, etwas von sich preiszugeben.

SPIEGEL: In der bereits aufgezeichneten Premiersendung wirkt es manchmal, als wären Sie noch unsicher, ob Sie selbst dabei mehr Entertainerin oder mehr Zuhörerin sein sollen.

Engelke: Es gehört dazu, die eigene Rolle abzustecken. Ich will mich auch mal zurücklehnen und sehen, wie Gäste aufeinander reagieren. Wenn es gut läuft, finde ich in dieser Show gar nicht statt.

SPIEGEL: Die Sängerin Sophie Hunger sagt in der ersten Folge: „Anke ist viel weniger schlagfertig, als man denkt.“ War Ihnen das peinlich?

Engelke: Es war einer meiner Lieblingsmomente. Toll, dass Sophie so losgepoltet hat. Sie hat gespürt: Hier muss niemandem der Hintern geleck werden. Bei uns muss niemand bedeuten-der sein als der andere. Die Alternative wäre, dass wir alle in die üblichen Stereotypen verfallen.

SPIEGEL: Welche denn?

Engelke: Ich finde es ätzend, wenn ein Moderator den Fragenkatalog von seinen Kärtchen abhakt. Es gibt auch ganz elende Standardsätze wie: „Können Sie noch mal die Geschichte erzählen ...?“ Und diese typischen Rätselmoderationen: „Sie wurde vor 110 Jahren geboren, ihr Vater humpelte, trotzdem schrieb sie großartige Romane: Isolde Bumsstein.“ Finde ich schlimm.

SPIEGEL: Soll „Anke hat Zeit“ also eine Art Anti-Talkshow sein?

Engelke: Zumindest machen wir manches anders. Wir besetzen nicht nach Klischees, von wegen: Wir brauchen eine richtig geile Blonde, einen Nachdenklichen und eine Spaßkanone. Wir haben auch keinen Vorklatscher, der das Studiopublikum animiert. Und wenn wir einen Musiker zu Gast haben, blenden wir nicht ein: „Bratschist / hat viele Preise bekommen / lobt seine neue Platte“. Das kann er selbst erzählen, wenn er will.

SPIEGEL: In welchen Talkshows fühlen Sie sich als Gast wohl?

Engelke: In wenigen. Am liebsten bin ich bei Bettina Böttinger, die ist behutsam. Sarah Kuttner mag ich auch. Bei Beckmann oder Lanz war ich noch nie. Ich stelle mir das so vor, dass in allen Talk-Redaktionen Namenslisten mit Anmerkungen hängen: „Kommt auch spontan, wenn ein Gast ausfällt.“ Oder: „Dranbleiben. Mehr Geld bieten.“ Oder auch: „Auf keinen Fall anfragen. War gemein zum Redaktionsleiter.“ Vielleicht können Sie mal recherchieren, was da bei mir steht.

SOZIALE NETZWERKE

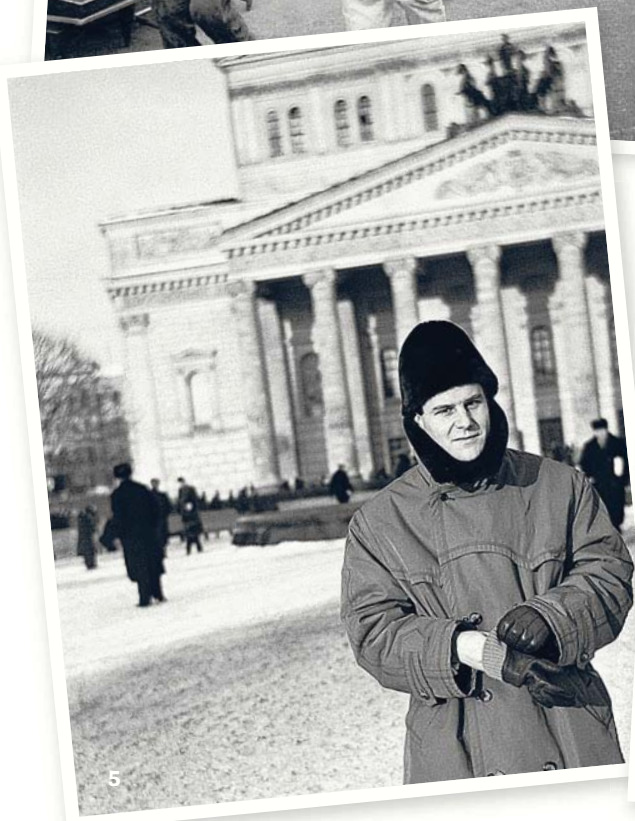
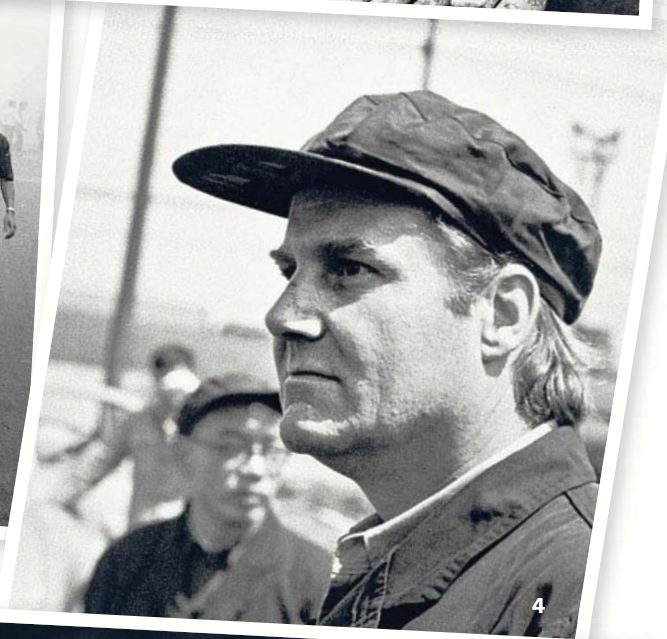
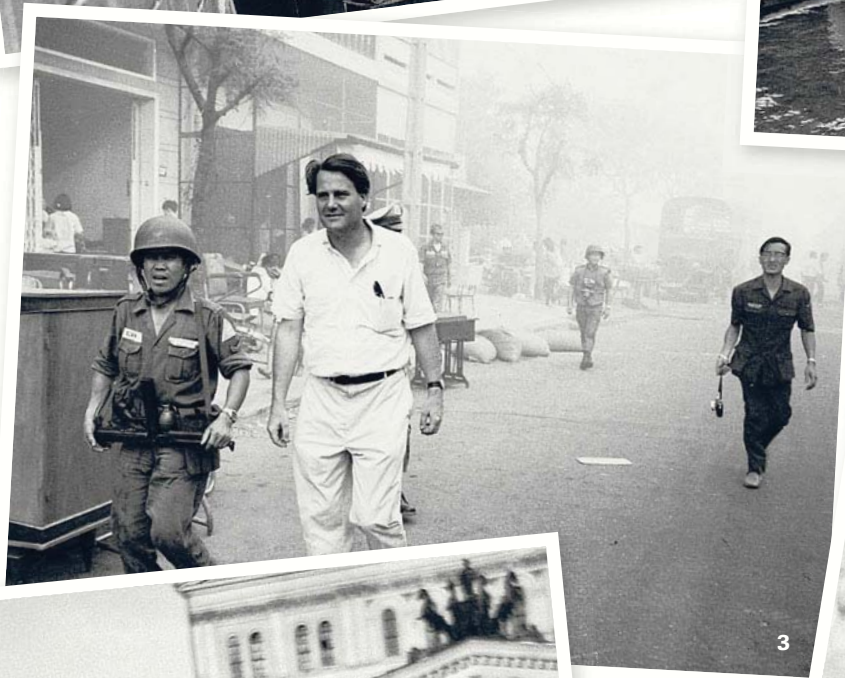
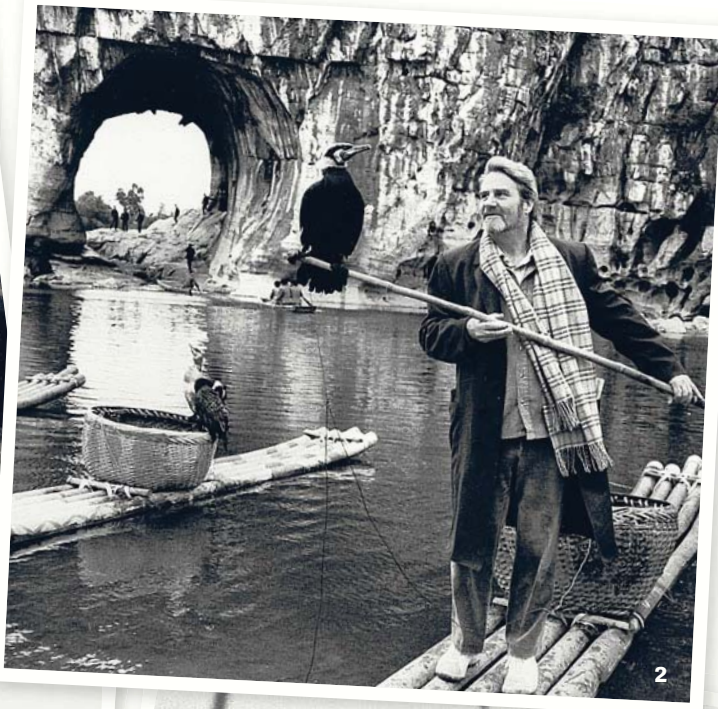
Google+ holt auf

Vor zwei Jahren war Google+, das soziale Netzwerk des Suchmaschinenkonzerns, mit großen Erwartungen gestartet. Die Nutzerzahlen sind seither stetig gestiegen. Der Abstand zur Konkurrenz ist aber weiterhin beträchtlich. Inzwischen treibt es 190 Millionen Menschen weltweit monatlich mindestens einmal in den Nachrichten-Stream von Google+. Noch im vergangenen Dezember waren

es 135 Millionen – ein Zuwachs von 40 Prozent. Dennoch liegt der Platzhirsch Facebook nach wie vor weit vorn. Über eine Milliarde Nutzer loggen sich nach Facebook-Auskunft dort regelmäßig ein. „Wenn die Leute an soziale Netzwerke denken, denken sie in erster Linie zuerst an Facebook“, gibt Google-Sprecher Stefan Keuchel zu. Allerdings habe der Konkurrent auch einen Vorsprung von sieben Jahren. Google+ wolle zudem „kein zweites Facebook sein“, sondern eine Schnittstelle zwischen den einzelnen Google-Diensten wie der Suchfunktion oder YouTube.

Aktuelle aktive Nutzer sozialer Netzwerke in Millionen



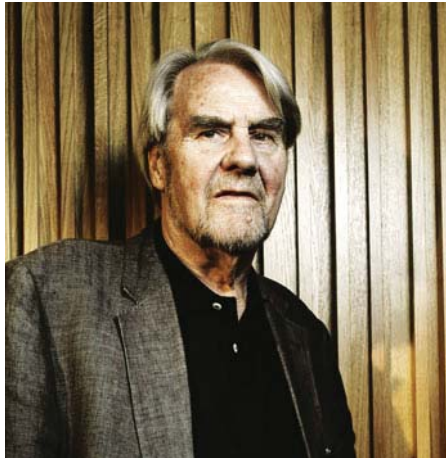


Reporter Ruge: **1** auf dem Balkon des Moskauer Hotels National 1957, **2** in Südwest-China 1994, **3** während der Tet-Offensive in Saigon 1968, **4** in China 1974, **5** vor dem Moskauer Bolschoi-Theater 1956, **6** mit Michail Gorbatschow 1991

„Alles aus, alles geplatzt“

Der Reporter Gerd Ruge entdeckt Gemeinsamkeiten bei den Protesten rund um den Erdball. Für seine Nachfolger im Fernsehen, per Handy ständig im Kontakt mit den Redaktionszentralen, empfindet er beinahe Mitleid.

Ruge, der am 9. August 85 wird, hat die deutsche Fernsehnation geprägt, er ist der Pionier der Auslandsreportage. Der gebürtige Hamburger erhielt 1950 als erster bundesdeutscher Journalist nach dem Krieg ein Visum für Jugoslawien, 1956 ging er als erster ständiger Korrespondent der BRD für die ARD nach Moskau. Gemeinsam mit dem späteren Regierungssprecher Klaus Bölling erfand er das Magazin „Weltspiegel“. Die weiteren Stationen waren: Korrespondent der ARD in Washington, dann für die „Welt“ in Peking, Hörfunkmann in Moskau, WDR-Chefredakteur und von 1987 an Leiter des Moskauer ARD-Studios. Ende Juli erscheinen seine Erinnerungen.*



DIETER MAYER / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Herr Ruge, Ihre großen Stationen als Korrespondent waren Moskau, Washington, Peking. Von wo würden Sie noch einmal berichten wollen?

Ruge: Vielleicht aus Peking. Denn als ich Anfang der siebziger Jahre aus China berichtete, war ich in meiner Arbeit enorm eingeschränkt, ich hatte kaum Kontakte zu den Menschen dort. In all den Jahren habe ich keine zehn privaten Gespräche mit Chinesen geführt, ich war ja einer der ganz wenigen Ausländer dort.

SPIEGEL: Das Land ist Ihnen rätselhaft geblieben? Ihrem Buch zufolge ist Chinas innere Entwicklung so widersprüchlich, dass Sie kaum eine Voraussage wagen.

Ruge: Es war die Zeit vor Maos Tod, keiner wusste, was kommt. Jetzt wissen wir, dass da ein Umbruch läuft, aber er verläuft langsamer, als wir es von hier aus zu sehen glauben. Wir reden vom Wirtschaftsboom und davon, dass China ganz Afrika aufkauft. In Wirklichkeit ist es zugleich ein Entwicklungsland, das Probleme hat, seine eigenen Leute zufriedenzustellen.

SPIEGEL: Erwarten Sie, dass die inneren Widersprüche, etwa das Fehlen eines Sozialstaats, den Aufstieg Chinas zu einer echten Weltmacht verhindern werden?

Ruge: Es gibt große Spannungen und Tausende von Zusammenstößen im Innern

des Landes, die sich irgendwann ausweiten könnten. So war es in letzter Zeit an vielen Orten der Welt: Leute, die gar kein gemeinsames politisches Programm hatten, taten sich in ihrem Protest gegen die Staatsmacht zusammen – und dann entwickelte sich eine Lawine daraus.

SPIEGEL: In Ihrem Buch schildern Sie die Niederschlagung von Protesten auf dem Platz des Himmlichen Friedens Mitte 1976 als Vorläufer des Tiananmen-Massakers von 1989. Sind Sie pessimistisch hinsichtlich der Entwicklung politischer Freiheiten in China?

Ruge: Sie können nicht erwarten, dass es so wie in Deutschland wird. Die Chinesen sind ein anderes Volk, eine andere Gesellschaft, in der es Tradition ist, dass von oben nach unten regiert wird. Aber die Führung muss den Forderungen der Menschen mehr Raum geben, das tut sie nicht, und das ist gefährlich.

SPIEGEL: Wenn Sie vergleichen, was Ihnen an Berichterstattung in China möglich war und was Sie heute aus China sehen, beneiden Sie die Kollegen?

Ruge: Ja, schon, sie können sich viel freier im Lande bewegen. Ich musste immer erst irgendwelche Genehmigungen einholen – manchmal klappte es, manchmal nicht. Wenn ich irgendwo hinkam, hatten die Chefs der Volkskommunen bereits ihren Standardtext vorbereitet, den kannte ich schon auswendig, es war überall der gleiche.

SPIEGEL: Sie waren vor allem in der Zeit des Kalten Krieges unterwegs. Fühlen sich die bitteren Töne, die derzeit zwischen Washington und Moskau ausgetauscht werden, nicht wieder an wie Kalter Krieg, auch wenn es diesmal ein ideologiefreier ist?

Ruge: Ideologiefrei? Scheinbar ja, aber ich bin mir da nicht sicher. Das großflächige Abhören und Ausspionieren, von dem wir jetzt durch Herrn Snowden erfahren, hat es damals nicht gegeben. Wir wurden natürlich vom KGB überwacht, die Telefone wurden abgehört, das wusste man, damit hatte man sich abgefunden. Und auch damit, dass unsere russischen Mitarbeiter jeden Mittwochnachmittag zur Berichterstattung in ihre Behörde mussten. Aber jetzt ist das ein derart engmaschiges, weltweites Netz von Kontrolle – unfassbar. Insofern waren wir damals besser dran.

SPIEGEL: Wie lebten Sie damit, dass Sie nie an der Zensurbehörde vorbeikamen, beispielsweise in Moskau?

Ruge: Man musste zum Zentralen Telegrafentamt und dort seinen Text einreichen. Nach zwei Stunden oder manchmal nach zwei Tagen bekam man ihn zurück. Er war dann zusammengestrichen oder auch nicht, man durfte nur durchgeben, was auf dem Papier stand. Sonst wurde die Leitung gekappt. Ich habe später oft ganz marginale Sätze in den Text eingefügt. Die lenkten den Zensor ab. Wenn ich die beim Lesen wegließ, ergab sich der klare Sinn meiner Botschaft.

SPIEGEL: Egal ob in Moskau oder in Washington, Sie schienen sich stets von Dissidenten und Außenseitern angezogen gefühlt zu haben. Wie haben Sie das gegeneinander ausbalancieren können, dass Sie einerseits Insider-Informationen aus der Welt der Herrschenden brauchten, andererseits aber erkennbare Sympathien zu Oppositionellen pflegten?

Ruge: In Moskau zum Beispiel hatte ich einen guten Bekannten, einen Historiker, der war auf mich angesetzt, alle drei Monate kam der und unterhielt sich mit mir. Aber auch ich erfuhr von ihm Interessantes. Ich fand jedoch auch andere Leute, die mir Zugänge eröffneten, beispiels-

* Gerd Ruge: „Unterwegs. Politische Erinnerungen“. Hanser Verlag, Berlin; 328 Seiten; 21,90 Euro.

weise die Wunderheilerin Dschuna Dawitaschwili, mit der auch Rudolf Augstein bekannt war ...

SPIEGEL: ... und der der SPIEGEL 1981 eine Titelgeschichte widmete ...

Ruge: ... die behandelte viele ZK- und Politbüro-Mitglieder, besaß aber durch die Gunst Breschnews einen großen Freiraum. Sie war sehr nützlich für mich, weil schwer zugängliche Funktionäre meinen Einladungen folgten, in der Hoffnung, dass auch die Heilerin eingeladen sei.

SPIEGEL: Sie haben aus Moskau berichtet, als es noch so gut wie keine Konkurrenz gab. Was hat sich an der Berichterstattung geändert?

Ruge: Es gab in Moskau in den fünfziger Jahren nicht mehr als 15 westliche Korrespondenten, wir hatten mitunter tagelang Zeit, um uns mit einem Thema zu befassen. Alles ging langsam. Wir hatten eine Sekretärin, die sich den ganzen Tag mit nichts anderem beschäftigte, als die Drehscheibe des Telefons zu drehen und deutsche Nummern anzuwählen, damit eine Verbindung zustande kam. Erst 1991 gaben die Russen uns eine eigene Fernsehleitung ins Studio. Wir waren die Ersten, die so etwas hatten, so dass wir direkt zur „Tagesschau“ nach Hamburg schalten konnten – das war ausgerechnet zwei Wochen vor dem Putsch gegen Gorbatschow. Heute ist der Druck gewaltig: Kaum bist du als Korrespondent vor Ort, schon klingelt das Handy.

SPIEGEL: Nehmen die Heimatredaktionen heute mehr Einfluss?

Ruge: Nicht im politischen Sinne. Aber sie bestimmen mehr die Themen, das gab es damals nicht. Die hatten zu Hause doch meist keine Ahnung, was in dem betreffenden Land vor sich ging.

SPIEGEL: Als der Kollege Ulrich Tilgner sich mit dem ZDF überwarf, sagte er, in den Heimatredaktionen säßen heute nur „bedingt sachkundige“ Redakteure.

Ruge: Mehr oder weniger. Das ginge ja noch, wenn sie nur ausreichend neugierig und interessiert wären und das Gefühl für die Wichtigkeit von Storys hätten. Auch wir hatten damals allerdings oft keine Ahnung, was wirklich passierte. Beim berühmten Adenauer-Besuch 1955 in Moskau wäre ich fast auf die Schnauze gefallen. Da lief während der Verhandlungen mit Chruschtschow Außenminister Heinrich von Brentano an mir vorbei und rief: „Alles aus, alles geplätzt, es geht nicht weiter, wir reisen ab.“ Unter heutigen Bedingungen wäre ich hinter die nächste Laterne gegangen, hätte die „Tagesschau“ angerufen und diese Meldung sofort verbreitet. Das war damals technisch gottlob nicht möglich. So konnte ich eine Stunde lang warten, bis Adenauer herauskam und dementierte.

SPIEGEL: Es wird viel über eine neue Eiszeit zwischen Deutschland und Russland gesprochen, über das kühle Verhältnis zwischen Angela Merkel und Wladimir

Putin. Die Gefühls- und Wutausbrüche, die Sie beim Adenauer-Besuch auf beiden Seiten erlebten, scheinen schlimmer gewesen zu sein.

Ruge: Hinter den enormen Spannungen steckten auf beiden Seiten bestimmte Erinnerungen, belastende Geschichten. Es war zehn Jahre nach Kriegsende; heute kann man sich schwer vorstellen, dass so etwas noch einmal passiert.

SPIEGEL: Zu Beginn Ihrer Moskauer Tätigkeit durften Sie ein paar Wochen in der Suite arbeiten, in der Lenin 1918 nach seiner Ankunft in Moskau gearbeitet hat. Andererseits haben Sie das Ende der Sowjetunion mitbekommen. Im Rückblick, was war das für ein Staat?

Ruge: Ein Staat, der aus ganz verschiedenen Schichten bestand. Eine Mischung aus russischer Tradition und kommunistischem Neuanfang. Den Kommunismus probierte man nur bis Mitte der zwanziger Jahre, danach hatten wir mit Stalin wieder eine Einmandiktatur wie zu Zaren-Zeiten. Irgendwann, unter Breschnew, löste sich der Staat auf, da war kein Antrieb und keine Begeisterung mehr.



Ruge (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Wir müssen näher am Ereignis sein“

SPIEGEL: Und wie würden Sie hier einen Mann wie Putin einordnen?

Ruge: Putin war stets ein bürokratischer Funktionär des KGB. Männer wie Honecker oder vorher Ulbricht und deren kommunistischer Idealismus, die Gesellschaft zu verändern, dürften ihm fremd gewesen sein. Diese Vorstellung war bei den Russen zu der Zeit schon lange tot.

SPIEGEL: Und dazwischen Gorbatschow – war er eine tragische Figur?

Ruge: Er war eher ein Glücksfall. Diesen Übergang, den Zerfall, den Abbau der Zentralgewalt – das hat er schon geschickt betrieben. Er war nie sehr klar in dem, was er wollte, das konnte er unter den Umständen auch kaum sein, aber er hat die nötigen Veränderungen durchgesetzt. Er hat das Pech gehabt – oder die Russen das Glück –, dass dann Jelzin kam. Über

den kann man auch allerhand sagen, aber als Nachfolger von Gorbatschow war er enorm wichtig, denn er verhinderte, dass der Mittelbau von KGB und Armee wieder die Macht übernehmen konnte. Es gab dann kein Zurück mehr. Auch Jelzin hat seine Linie nicht durchgehalten, vielleicht ist das in diesem Land auch enorm schwierig, denn er setzte Putin ins Amt – einen Mann, der zwei Seiten hat.

SPIEGEL: Wird die eine, die diktatorische Seite, im Westen überbetont?

Ruge: Putins Verhalten ist sehr viel diktatorischer geworden, als ich das in den ersten Jahren erwartet hätte. Ich glaube nicht, dass von ihm noch irgendeine Demokratisierung der Gesellschaft ausgehen wird. Es ist aber auch nicht so, dass das ganze russische Volk zusammensteht und demokratisiert werden will.

SPIEGEL: Zwischen Ihren Auslandsposten haben Sie auch mal den „Weltspiegel“ und den „Bericht aus Bonn“ gemacht und dort – neben dem Moskauer Putsch gegen Gorbatschow – die heißesten Wochen in Ihrer Laufbahn erlebt: während des erbitterten Kampfes um die Abstimmung über die Ostverträge im Frühjahr 1972. Warum war gerade das für Sie ein so einschneidendes Ereignis?

Ruge: Wie sich das Ost-West-Verhältnis entwickelt, hat mich immer interessiert. In Bonn waren die Meinungen dazu extrem unterschiedlich und in beiden Lagern hochgradig vereinfacht, die Verhandlungen mit Moskau liefen über verdeckte Kanäle. Wir saßen in dieser Zeit oft mit Brandt oder Wehner in unserem Büro zusammen, Wehner erzählte dann über seine Erlebnisse in der Moskauer Emigration und im Hotel Lux, wo all die Kommunistenführer saßen. Das ging mitunter fünf Stunden lang.

SPIEGEL: Sie schreiben, eine gut informierte Öffentlichkeit sei als Handlungsgrundlage der Politik unabdingbar. Sind die Deutschen heute gut informiert?

Ruge: Im Vergleich zu Amerika oder Großbritannien hat Deutschland noch sehr gute Zeitungen. Nur verwandeln sie sich leider manchmal in Magazine. Auch im Fernsehen gibt es zunehmend Nachrichtensendungen mit Material, das früher bestenfalls unter der Rubrik „Unterhaltung“ gelaufen wäre.

SPIEGEL: Journalisten wird heute oft vorgeworfen, dass sie als Meute immer nur der letzten kritischen Zuspitzung der Ereignisse hinterherhetzen und nicht mehr wirklich mit Ruhe und Überblick aus dem Ausland berichten. Stimmt das?

Ruge: Ja, und dieses Drängen nach sensationellen Geschichten hat natürlich auch die Einstellung der Zuschauer verändert. Die gewöhnen sich daran.

SPIEGEL: Wenn Sie die Berichterstattung von Kriegsschauplätzen betrachten, an denen, wie in Afghanistan, auch deutsche Soldaten stationiert sind: Vertreten die

* Hans Hoyng und Christian Neef in München.

Berichte nicht allzu deutlich die Berliner Haltung zum jeweiligen Einsatzbereich? **Ruge:** Ja. Aber Afghanistan-Berichterstattung ist auch besonders schwierig, weil die Fronten dort unklar sind. Und weil niemand die eigentliche Situation analysiert hat, bevor alles begann. Ich habe bei einer meiner ersten Reisen dorthin einen General des früheren Militärführers Masud kennengelernt. Der hat mir gesagt: In Afghanistan hat seit 40 Jahren niemand länger als zwei Jahre die Unterstützung der Bevölkerung gehabt. Wenn die Deutschen klug gewesen wären, wären sie dort schnell wieder rausgegangen.

SPIEGEL: Viele Kritiker beklagen heute einen „merkwürdigen Gleichklang“ in der Berichterstattung der Medien. Ob Russland, Syrien, Afghanistan – alle würden sich auf eine Interpretation einigen, hat ein Kollege von der „FAZ“ gesagt. „Und der, der dieser Interpretation nicht folgt, ist ein Radikaler oder ein Verrückter ...“

Ruge: Das ist vielleicht übertrieben. Aber manche übertragen ihre Erwartungen auf die Ereignisse draußen und wiederholen sie immer wieder. Wenn auf Russlands Straßen demonstriert wird, sagen sie, die Leute dort wollten Demokratie. Aber was die Mehrheit wirklich will, weiß man eben nicht so genau, und dass mit ihnen Demokratie einfach zu schaffen wäre – da bin ich mir nicht so sicher. Da sind Gruppen dabei, die wir ganz sicher nicht ertragen könnten. Das trifft auch auf Arabien oder China zu.

SPIEGEL: Der Kollege Theo Koll, der beim Zweiten das Konkurrenzmagazin „Auslandsjournal“ macht, hat gesagt: „Klassische Auslandsberichterstattung wirkt schon von der Begrifflichkeit abgehoben und weit weg.“ Geht es auch da nur noch um einen Kessel Buntes?

Ruge: Um näher an den Zuschauer zu kommen, müssen wir nicht bunter werden. Wir müssen näher am Ereignis sein, dort, wo sich etwas bewegt.

SPIEGEL: Sich zurücknehmen, jede Selbstdarstellung vermeiden und nur das bewerten, was zu sehen ist – das war über ein halbes Jahrhundert hinweg das Markenzeichen des Fernsehmanns Gerd Ruge. Stirbt dieser Typ im deutschen Fernsehen aus?

Ruge: Wenn ich mir meine alten Berichte anschau – in denen komme ich bis Ende der siebziger Jahre kaum vor. Dann werden die Berichte persönlicher. Aber ich habe mich mit eigenen Wertungen zurückgehalten und die Leute selbst reden lassen. Jetzt sehen Sie manche der neuesten Reporter und Korrespondentinnen von Anfang an in jedem Bericht, sie gehen ständig durchs Bild und heben einen Korb Wäsche oder eine Schaufel hoch. Warum? Das ist sinnlos. Sie glauben ihrer eigenen Strahlkraft mehr als der ihres Berichts.

SPIEGEL: Herr Ruge, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Kinder SPIEGEL-Leser wissen mehr.

Jetzt im Handel
oder im Abo unter
www.deinspiegel.de/abo



Das Nachrichten-Magazin für Kinder.

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.), Dr. Martin Doerry

ART DIRECTION Uwe C. Beyer

Politischer Autor: Dirk Kurbjuweit

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Christiane Hoffmann (stellv.), René Pfister (stellv.), *Redaktion Politik:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Ralf Beste, Horand Knap, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski. *Autor:* Markus Feldenkirchen *Redaktion Wirtschaft:* Sven Böll, Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Gerald Trautvetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

DEUTSCHLAND *Leitung:* Alfred Wieznier, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingdorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Anna Kistner, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubert, Bernd Kühn, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Maximilian Popp, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darmstadt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Özlem Gezer, Sven Röbel, Jörg Schindler, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Thomas Tuma, Marcel Rosenbach (stellv., Medien und Internet). *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brack, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Clemens Höges, Britta Sandberg, Juliane von Mittelestadt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Daniel Steinwörter, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Ralf Hoppe, Hans Hoyng, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Elke Schmitter, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Dr. Stefan Willeke, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goss, Barbara Hardinghaus, Wiebke Hollersen, Ansbert Kneip, Katrin Kuntz, Dialika Neufeld, Bettina Stiekel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Joben-Martin Gutsch, Guido Mingels, Alexander Osang, Cordt Schnibben

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großgordard (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruns, Angela Gatterburg, Uwe Klüßmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radü, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekehl, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlottbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basillon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Dötting, Susanne Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz *E-Mail:* bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Fabian Eschköter, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

Besondere Aufgaben: Michael Rabanus

Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalzenberg

Besondere Aufgaben: Stefan Kiefer

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

INTERNET www.spiegel.de

REDAKTIONSBLG spiegel.de@spiegelblog

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK [facebook.com/derspiegel](https://www.facebook.com/derspiegel)

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Kaiser, Anne Seith, Am der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smolczyk, P. O. Box 35 290, Abu Dhabi

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. (001617) 9452531

BRÜSSEL Christoph Pauly, Christoph Schult, Bb. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. (002721) 4261191

LONDON Christoph Scheuermann, P. O. Box 64199, London WC1A 9FP, Fax (004420) 34902948

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NEU-DELHI Dr. Wieland Wagner, 210 Jor Bagh, 2F, Neu-Delhi 110003, Tel. (009111) 41524103

NEW YORK 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P. O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, P. O. Box 330119, San Francisco, CA 94133, Tel. (001212) 2217583

TEL AVIV Julia Amalia Heyer, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810988, Fax 6810999

WARSAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minde, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmir, Dr. Vasilios Papadopoulos, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Schlarow, Dr. F. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Jil Sörensen, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szim, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 67 vom 1. Januar 2013

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg

Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden / Prinovis, Itzehoe



MIX
Papier
FSC® C020233

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffa

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 **E-Mail:** leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 **Fax:** (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 **Fax:** (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times News Service/Syndicate

E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com

Telefon: (00331) 41439757

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 **Fax:** (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

Nachbestellungen

SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel-versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben

Historische Magazine Bonn

www.spiegel-antiquariat.de

Telefon: (0228) 9296984

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: (040) 3007-2700 **Fax:** (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e.V.

Telefon: (06421) 606265

Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde

Telefon: (069) 955124-0

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 208,00

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Österreich: zwölf Monate € 234,00

Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40

Europa: zwölf Monate € 262,60

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 340,60

Der digitale SPIEGEL: zwölf Monate € 197,60

Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070,

www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 4,00 pro Ausgabe

☐ für € 3,80 pro digitale Ausgabe

☐ für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur

Normallieferung. Eilboten Zustellung auf Anfrage.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten	
Straße, Hausnummer oder Postfach	
PLZ, Ort	
Ich zahle ☐ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)	
Bankleitzahl	Konto-Nr.
Geldinstitut ☐ nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter: www.spiegel.de/widerrufsrecht	
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten	SP13-001 SD13-006 SD13-008 (Upgrade)

SPIEGEL-Testpaket für Studenten!

12 x den SPIEGEL + digitaler SPIEGEL + Wunschgeschenk



B&F - Borken

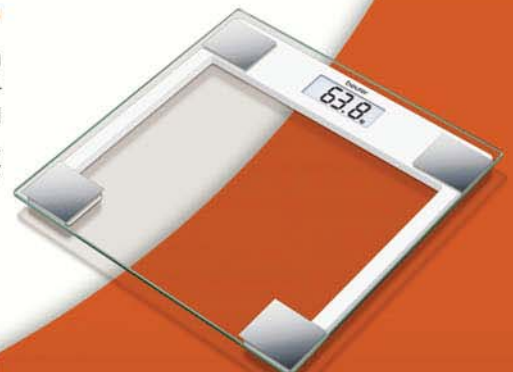
Komplett
für nur
€ 19,90
Über 60 %
gespart!

Alle Vorteile im Überblick:

- ☒ 12 x den SPIEGEL lesen und über 60 % sparen
- ☒ Inklusive 12 x den digitalen SPIEGEL
- ☒ Wunschgeschenk sichern
- ☒ UniSPIEGEL und KulturSPIEGEL frei Haus

Beurer-Glaswaage „GS14“

Aus Sicherheitsglas mit gut lesbarem LC-Display. Ca. 150 kg Tragkraft, umschaltbar kg/lb/st, Vibration-on-Technologie und Abschaltautomatik. Inkl. Batterie.
Art.-Nr. 4297



CASIO-Uhr „F-91W“

Trendige Armbanduhr mit beleuchtbarem Display, Stoppfunktion, automatischem Kalender sowie modischem Resin-Gehäuse und -Armband. Maße (B x H): ca. 3,32 x 3,82 cm.
Art.-Nr. 4576

Direkt anrufen oder online bestellen:



Telefon 040 3007-2700

Bitte Aktionsnummer angeben: SP13-222



www.spiegel.de/student30

SONNTAG, 28. 7., 22.40 – 23.25 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN
**Europas Hurenhaus –
Deutschland fördert Prostitution
und Frauenhandel**

Es war ein rot-grüner Traum: Prostitution sollte in Deutschland ein Beruf wie jeder andere sein. Doch was als liberale Idee begann, hat die Lage vieler Frauen im Gewerbe verschlechtert.


Prostituierte

Nach wie vor arbeiten Huren unter unwürdigen Bedingungen, während die Politik Menschenhändler und Zuhälter gewähren lässt.

MONTAG, 22. 7., 22.40 – 23.40 UHR | SKY

SPIEGEL GESCHICHTE
**Das ungeliebte Volk –
Die Geschichte der Roma**

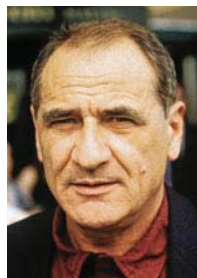
Die Roma sind Außenseiter, die von der Gesellschaft sowohl romantisiert als auch verteufelt werden. Da den Roma die sozialen Hierarchien und der politische Einfluss fehlen, um ihre Rechte vertreten und ihre Geschichte bekanntmachen zu können, müssen sie meist weiter in Armut und Rechtlosigkeit leben. Schätzungsweise 500 000 Roma sind im Zweiten Weltkrieg ermordet worden. Das Filmteam bereiste elf Länder und lässt viele Roma zu Wort kommen, darunter Überlebende des Holocaust, Aktivisten und Musiker. Die Dokumentation zeigt, wie reich an Kultur und gleichzeitig wie schwierig das Leben der


Holocaust-Überlebende

Roma ist, und erzählt, wie die heutigen Lebensumstände der Roma von den tragischen Ereignissen der Vergangenheit geprägt worden sind.

GESTORBEN

Vincenzo Cerami, 72. Über zwei Jahrzehnte lang war er der Stammautor von Roberto Benigni, er schrieb dem italienischen Starkomiker die Gags auf den hysterischen Leib. Zusammen schufen sie Filme wie „Ein himmlischer Teufel“ (1988) oder „Pinocchio“ (2002) und vor allem ihr Meisterwerk, das Oscar-prämierte KZ-Drama „Das Leben ist schön“ (1997). Die zutiefst berührende Tragikomödie feiert die Kraft der menschlichen Phantasie, dem Grauen des Holocaust zu trotzen. Cerami begriff Humor als Lebensmittel, in seinen Augen konnten Menschen kaum genug davon haben. Er begann seine Karriere als Drehbuchautor Ende der sechziger Jahre mit schlichten Spaghetti-western. In seinen späteren Filmen feuerte er die Pointen aus allen Rohren und nahm in Kauf, dass nicht jede ins Ziel traf. Er liebte die Kunst, andere Menschen aufzuheitern. Als einer der Autoren von Ettore Scolas Film „Die Reise des Capitano Fracassa“ (1990) schuf er die wohl schönste Hommage an das fahrende Volk der Wanderschaulspieler. Vincenzo Cerami starb am 17. Juli in Rom.



PIERO D'OLISI / POLARIS

Bert Trautmann, 89. Bevor er zum Helden wurde, zum vielleicht besten Fußballtorwart seiner Zeit, protestierten die Fans gegen ihn, gegen „Traut the Kraut“. Ein Deutscher, einst Fallschirmjäger bei der Wehrmacht, der im Zweiten Weltkrieg gegen die Briten gekämpft hatte – dieser Neuzugang wurde 1949 bei Manchester



DPA

City nicht mit offenen Armen empfangen. Einige Anhänger gaben erobert ihre Dauerkarten zurück. Doch der gebürtige Bremer, dessen Torwarttalent in britischer Kriegsgefangenschaft beim Fußballspiel zwischen den Lagern entdeckt worden war, überzeugte die Leute schlicht mit

seiner Leistung – und nicht zuletzt mit seiner Härte gegen sich selbst. Das Finale des FA Cups 1956 Manchester gegen Birmingham City gewann sein Club mit 3:1 und machte ihn zur Legende: Der Deutsche hatte trotz einer Nackenverletzung tapfer sein Tor weiter verteidigt. Später kam die Wahrheit heraus: Er hatte sich einen Genickbruch zugezogen und durchgehalten. 545 Spiele absolvierte er zwischen 1949 und 1964 für Manchester City. Als zweiter Ausländer überhaupt wurde er – 1956, schon vor dem sagenhaften Pokalfinale – in England zum Fußballer des Jahres gewählt, überdies war er Kapitän eines All-Star-Teams. Mehr als 60 000 Zuschauer kamen zu seinem Abschiedsspiel. Er galt als Deutschlands bester Nachkriegsbotschafter in England. Für die deutsche Nationalmannschaft spielte der Hüne allerdings nie: Bundestrainer Sepp Herberger duldete in seinem Team keine Legionäre, da war er unbittlich. Bert Trautmann starb am 19. Juli in La Llosa in Spanien.

Gottfried Greiffenhagen, 78. Der Sohn einer Bremer Pastorenfamilie erschrieb sich einen Dokortitel in Jura, bevor er Mitte der sechziger Jahre im spektakulär erfolgreichen Bremer Theater unter dem später legendären Intendanten Kurt Hübner als Referent anging. In Hübners Haus begegnete Greiffenhagen zum ersten Mal dem damals schon großen Regisseur Peter Zadek. Er wurde für lange Zeit zu dessen



wichtigstem Mitarbeiter. Nach einem kurzen Gastspiel als Dramaturg unter Peter Palitzsch in Stuttgart arbeitete Greiffenhagen von 1971 an ein paar glorreiche Jahre lang an der Seite Zadeks, der ihn als „fabelhaften Zuhörer“ und cool überlegenden Organisator pries, im Intendantenbüro des Bochumer Schauspielhauses. Dort firmierte er als Chefdramaturg, Stellvertreter und versierter Ausputzer des eher chaotischen Theaterleiters Zadek. Oft gemeinsam mit seiner Frau Inge begann Greiffenhagen, Stücke von Ibsen, Arthur Miller und vielen anderen zu übersetzen oder neu zu arrangieren. Als Bearbeiter und Übersetzer, aber auch als Autor des 1997 in Berlin uraufgeführten Erfolgsstücks „Die Comedian Harmonists“ war er ein wichtiger, an vielen Schauspielhäusern engagierter, dennoch vornehm zurückhaltender Groß- und Hauptakteur des deutschsprachigen Theaters. Gottfried Greiffenhagen starb in der Nacht zum 11. Juli in Gnarrenburg-Fahrendorf in Niedersachsen.

XXL AUF 256 SEITEN NOCH MEHR INFOS, FAKTEN UND FUSSBALL FÜR NUR € 5,50

sport1

DAS GROSSE SONDERHEFT

BUNDESLIGA SAISON 2013/2014

Der große Überblick:

BUNDESLIGA 72 Seiten

2. BUNDESLIGA 72 Seiten

3. LIGA 20 Seiten

Alle Kader, alle Teamfotos!

Präsentiert von

Movie
DIGITAL XXL



EXTRA
QR-Codes

GEWINNSPIEL

Club Familien-
Urlaub im
Club! 5.138

TOP-INTERVIEWS

Hans-Joachim Watzke

Bundesliga, 2. Bundesliga
und Regionalliga

36 Klub-Experten

XXL: Jede Menge
Top Interviews

DAS BUNDESLIGA SONDERHEFT SAISON 2013/2014

Jetzt am Kiosk oder als iPad App

sport1



Erhältlich im
App Store

Noch mehr Infos, Fakten und Fußball — € 5,50



BEN CURTIS / AP / DPA

Der große Präsident

Das Porträt besteht aus neun Leinwänden, die zusammengesetzt fast 22 Quadratmeter einnehmen. Der südafrikanische Maler und Fotograf **John Adams**, 38, hat das Bild noch vor dem 95. Geburtstag des ehemaligen Präsidenten und Freiheitskämpfers Nelson Mandela fertiggestellt. Adams ist sich sicher, dass

er es Mandela zu verdanken hat, Künstler geworden zu sein. Denn es war dieser Politiker, der auch schwarzen Kindern in Südafrika Bildung ermöglichte. Nebenbei wollte Adams mit dem Werk einen Rekord aufstellen und das größte gemalte Porträt des Nationalhelden auf Leinwand schaffen. Das Bild soll versteigert werden und der Erlös zwei Kinderhilfsorganisationen zugutekommen.

Auf die Finger

Offenbar hatte der Bürgermeister von London noch nicht von **Laura Bates**, 26, und ihrer Website gehört, als er sagte, Frauen gingen zur Universität, um einen Ehemann zu finden. Boris Johnsons frauenfeindliche Flapsigkeit ist nun auch im Internet dokumentiert: Auf dem Twitter-Account des Everyday Sexism Project ist der Politiker galligen Kommentaren ausgesetzt. So schrieb eine El Walker: „Jetzt ist mir klargeworden, dass ich zwei Jahre mit Studieren verschwendet habe, statt nach einem Ehemann zu suchen. Soll



CLAUDE SCHNEIDER

ich von vorn beginnen?“ Bates hat ihr Projekt gegen Sexismus im Alltag vor 15 Monaten gestartet. Sie forderte Frauen auf, ihre Erfahrungen mit sexistischen Situationen auf der Website oder via Twitter zu veröffentlichen. Das kann ein unwillkommener Kommentar über Brüste sein oder eine Handgreiflichkeit im Gedränge der U-Bahn. Was als schlichte Möglichkeit, sich auszutauschen, begann, wird heute als politisches Forum genutzt – und zwar in 16 Ländern. Bates glaubt, mit ihrer Initiative Frauen kommandierender Generationen vor sexistischen Übergriffen bewahren zu können.

Mietpalast mit Lavendelhain

Der Musiker **Sting**, 61, und seine Frau, die Schauspielerin und Yoga-Expertin **Trudie Styler**, 59, besitzen in der Nähe von Florenz ein Anwesen von royalen Ausmaßen. Es trägt den Namen „Il Palagio“ und steht auf einem 350 Hektar großen Grundstück; dazu gehören drei Villen, drei Gästehäuser und ein Swimmingpool; das Areal weist einen Oliven-/Lavendelhain auf sowie Apfel-, Mandel-, Pflaumen-, Birnen-, Pfirsichbäume und einen Ziergarten. Die Familie hat über die Jahre einige Millionen in Haus und Hof investiert. Dustin Hoffman und Bob Geldof waren zu Besuch. Sting nahm hier ein Renaissance-Musik-Album auf. Und nun soll das Ganze plötzlich wochenweise an Touristen vermietet werden. Ist die Familie pleite? Wird sich das Paar demnächst trennen? Kann einen Luxus so sehr langweilen, dass man ihn nicht mehr erträgt? Styler erzählte der „Sunday Times“, Sting und sie hätten schlicht keine Zeit, das Anwesen auch wirklich zu bewohnen. Ab 4000 Euro ist man als Mieter für eine Woche dabei.



ALL ACTION / ACTION PRESS



Nachrichten für einen Helden

Die deutsche Agentur glow hat das Werbepotential des Whistleblowers Edward Snowden für ihren Kunden Blush entdeckt. Blush verkauft Dessous. Die Anzeigen sind als Botschaft an den ehemaligen NSA-Zuarbeiter gestaltet: „... es gibt immer noch eine Menge aufzudecken.“ Blush will die Kampagne, die inzwischen international veröffentlicht wird, als symbolisches Asylangebot verstanden wissen. Der glow-Geschäftsführer sagt: „Snowden ist für uns ein Held.“ Datenschutz gehört ohnehin zu den wichtigen Themen der Berliner Agentur. Zu ihren Kunden zählen die Stiftung Datenschutz und die Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit. Der bürgerliche Name des Models **Anastasia**, das für die Anzeige posierte, wird geheim gehalten.

Tänzer ohne Stimme

Dass er sich gut bewegen kann, hat der französische Schauspieler **Omar Sy**, 35, in „Ziemlich beste Freunde“ einem Millionenpublikum bewiesen. In dem Film tanzt Sy zu dem Song „Boogie Wonderland“ von Earth, Wind & Fire so mitreißend, dass aus einer steifen Familienzusammenkunft eine ausgelassene Party wird – und der Zuschauer am liebsten mittanzen möchte. Jetzt ließ Sy in Paris in der großen Konzerthalle Zénith live die Hüften kreisen und sang ein paar Takte. Earth, Wind & Fire gastierte dort, der Schauspieler sprang als Überraschungsgast auf die Bühne. Die Musiker kündigten bereits eine weitere Kooperation mit ihm an: Auf der französischen Ausgabe ihres neuen Albums „Now, Then & Forever“, das im September erscheinen soll, wird es ein Duett von Sy und einem der Sänger der Band geben. Vielleicht hat Sy ein bisschen geübt; seine Gesangseinlage im Zénith beurteilte er selbst kritisch: „Ich bin eben kein Sänger.“



PHILIPPE QUAISSÉ / PASCO

Sigmar Gabriel, 53, SPD-Parteivorsitzender, sieht den missglückten Parteiausschluss von Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“) als schlimmste Niederlage seiner Amtszeit an. „Es ist eine große Schande, dass der weiterhin SPD-Mitglied sein darf“, sagte Gabriel bei den Jusos in Halle an der Saale. Gabriel glaubt, dass die Sozialdemokraten „die Debatte stellvertretend für das ganze Land verloren“ hätten. Von den Intellektuellen habe sich niemand an der Diskussion beteiligt. Sarrazins These von genetisch bedingter Intelligenz sei „eine zutiefst rassistische Argumentation“, so Gabriel. Am Ende sei es aber nur noch darum gegangen, ob jemand wie Sarrazin, vormals Finanzsenator von Berlin, etwas gegen Ausländer sagen dürfe oder nicht. „Es ist uns nicht gelungen, die Debatte auf den Punkt zu bringen“, sagte Gabriel, „wir waren eine Handvoll Leute, die das versucht haben, mehr nicht.“

Michael Grosse-Brömer, 52, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, wollte als Kind gern Müllmann werden. In den achtziger Jahren erfüllte sich sein Traum: Jurastudent Grosse-Brömer jobbte in den Semesterferien bei der Müllabfuhr im niedersächsischen Landkreis Harburg. „Ich war Kipper, also fuhr ich mit einem Kollegen hinten auf der Trittstufe mit und kippte den Müll aus den Tonnen in den Wagen.“ Mit 10,45 D-Mark sei der Stundenlohn „unschlagbar“ gewesen. Dazu kamen nichtmonetäre Anreize: „Viele Leute haben für uns Bier neben die Tonnen gestellt“, erinnert sich der CDU-Mann. Heutzutage verspürt Grosse-Brömer Mitleid mit den Ex-Kollegen: „Die Müllabfuhr sind größtenteils privatisiert, die Männer dürften viel weniger verdienen. Und es gibt oft nur einen Kipper pro Wagen.“ Auch die Bierspenden seien rar geworden.

Mari Aaby West, 27, Überlebende des Massenmords auf der norwegischen Insel Utøya vor zwei Jahren, arbeitet ihr Trauma auf. Die junge Sozialdemokratin ist Mitglied eines siebenköpfigen staatlichen Ausschusses, der über die Errichtung von Gedenkstätten für die Opfer des Terroranschlags entscheidet. Sowohl auf dem Festland unweit der Insel als auch im Osloer Regierungsviertel werden Orte des Erinnerns entstehen. Am 22. Juli 2011 tötete Anders Behring Breivik 77 Menschen, etwa 100 wurden verletzt. Zum vierten Jahrestag des Attentats, im Juli 2015, sollen die Erinnerungsstätten fertiggestellt sein. West und die anderen Ausschussmitglieder suchen nun nach einem geeigneten Gestalter. Bewerber können sich Künstler, Architekten, Bildhauer und Landschaftsplaner aus der ganzen Welt. Die norwegische Regierung stellt für das Projekt umgerechnet mehr als zwei Millionen Euro zur Verfügung.

Aus der „Schwäbischen Zeitung“: „Die Weglänge beträgt etwa siebeneinhalb Kilometer bei einer Gehzeit von zweieinviertel Stunden. Für Kurzwanderer gibt es eine etwa dreieinhalbstündige Tour bei einer Gehzeit von einer Stunde.“

Wir suchen
für unseren Gasthof ab sofort
auf 450,- Euro-Basis eine
Dame für die Zubereitung
sowie Betreuung unserer
Frühstücksgäste.

Kleinanzeige in der „Schwäbischen Zeitung“

Aus der „Ostsee-Zeitung“: „Gegen 23.45 Uhr waren am August-Bebel-Platz drei Männer aufgefallen, weil einer von ihnen lautlos rechte Parolen grölte.“

Mann zusammengeschlagen und gestohlen

Aus der „Mittelbadischen Presse“

Aus der „Celleschen Zeitung“: „Grillen auf dem Balkon ist grundsätzlich erlaubt. Allerdings nur, wenn die übrigen Bewohner des Hauses hierdurch übermäßig belästigt werden.“

Kratzen, beißen, spucken

Urdeutsche Tugenden heute im zweiten Gruppenspiel gegen Island gefragt

Aus dem Anzeigenblatt „Blickpunkt“

Aus dem Nachrichtenportal „Süddeutsche.de“: „Außerdem haben Soldaten die Kaserne abgeriegelt, in der sich Mursi aufhält.“

Bières Allemandes			
	Becks	33cl	6.00€
	Eku 28	33cl	8.50€
	Erdinger Weibbler	50cl	7.50€

Aus der Getränkekarte eines Restaurants in Orléans

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“: „Das Frankfurter Städel-Museum will vom 3. Juli bis zum 29. September einen neuen Blick auf sein Werk werfen und fragen, ob die Bilder des Malers und Grafikers zu Unrecht in den Endmühen der Kunstgeschichte verstauben.“

Nächste Woche im SPIEGEL



**Jeden
Monat**

als Beilage im
SPIEGEL

**Jede
Woche**

als Newsletter
per E-Mail

**Jeden
Tag**

kulturspiegel.de

Zitate

Das „Lëtzeburger Journal“ zum SPIEGEL-Artikel „Kohls bester Schüler“ über die erneute Kandidatur von Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker (Nr. 29/2013):

Glaubt man dem aktuellen SPIEGEL, dann weiß der Premierchef, der demnächst ja vielleicht nicht mehr Premierchef ist, neben dem Premierchefein nicht viel mit sich anzufangen ... Zwar habe Juncker noch vor kurzem behauptet, dass man im höchsten Regierungsamt „jederzeit absprungbereit“ sein müsse, aber, so der SPIEGEL, es gehöre nun einmal zum Wesen der Sucht, „dass der Süchtige ihre Existenz abstreitet“. Wer hätte das gedacht? Ein Süchtiger als Premierchef!

Die „Stuttgarter Zeitung“ interviewt Karl-Heinz Strauss, den Vorstandschef der Porr AG, die auch beim Bahn-Projekt Stuttgart 21 beteiligt ist:

Stuttgarter Zeitung: Im SPIEGEL-Interview haben die drei Architekten Christoph Ingenhoven (Stuttgarter Tiefbahnhof), Meinhard von Gerkan (Berliner Flughafen) und Pierre de Meuron (Elbphilharmonie Hamburg) beklagt, dass neben jeder Baustelle ein Rechtsanwalt stehe, um Nachforderungen zu begründen ...

Strauss: ... ich habe das Interview gelesen. Ich kann mich mit vielem, was die Herren sagen, nicht identifizieren.

Stuttgarter Zeitung: Womit zum Beispiel? Strauss: Die Aussage, dass die Eigenwilligkeit der Architektur Vorrang habe vor pragmatischen Vertragsthemen, hat mit Partnerschaft nichts zu tun. Wir machen Verträge, die alles regeln, wir unterschreiben sie, und dann sperren wir sie weg. Wir arbeiten nach der guten Tradition einer Partnerschaft, weil bei einem großen Projekt Flexibilität nötig ist.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum Prozess gegen den Künstler Jonathan Meese vor dem Amtsgericht Kassel:

Meese wird beschuldigt, bei einer Veranstaltung unter Schirmherrschaft des Nachrichten-Magazins DER SPIEGEL zum Thema „Größenwahn“ den Hitlergruß dargeboten zu haben. Er bestreitet das nicht. Der Hitlergruß gehört mittlerweile zu seinem Repertoire, wie das Verschwommene zu Gerhard Richters Gemälden, vor denen Meese gerne strammsteht, wie er sagt ... Er sei vom SPIEGEL als Performancekünstler eingeladen worden und habe auf einer Bühne eine Performance aufgeführt. Er sagt: „Meese macht Hitlergruß nur im Schutzraum der Kunst. Kunst ist die Gegenwelt. Kunst bezweifelt alles. Kunst ist kein Instrument.“

IMAGE-ANALYSE Die schlechtesten Topmanager
PROFI-FUSSBALL Die Dilettanten im Spielbetrieb
CHEF-ETAGE Die Rückkehr der Rentner



NEU

Jetzt als App für
iPad und Android.

Hier testen:

[manager-magazin.de/
angebot](http://manager-magazin.de/angebot)



Wirtschaft aus erster Hand

manager
magazin

** Jetzt im Handel ** Jetzt im Handel ** Jetzt im Handel ** Jetzt im



Von: Christoph Vogt
An: E.ON
Betreff: Regionale Energieerzeugung

**Sagt mal, E.ON, könnt Ihr
Energie auch vor Ort erzeugen?**

**Hallo Herr Vogt, wir erzeugen Energie
direkt dort, wo sie gebraucht wird.
Effizient und umweltfreundlich.**

Energieerzeugung vor Ort hat viele Vorteile. Zum Beispiel können durch Kraft-Wärme-Kopplung Strom und Wärme direkt genutzt werden, etwa in Schwimmbädern oder Turnhallen. Bereits heute haben wir deutschlandweit über 4.000 solcher Projekte umgesetzt – und es werden immer mehr. So wird Energie bestmöglich genutzt und bleibt sicher, umweltfreundlich und bezahlbar.

www.eon.de

e-on